AUS DER
WELTPOLITIK.

Socialdemokratische Zeitungen-Korrespondenz.

V. Jahrgang. Nr. 29. 20. Juli 1903.

Sächsische Wahlreform!

Wp. Die sächsiche Regierung will das Wahlrecht reformieren, sie will es — so erklärt sie — demokratischer gestalten. Wenn die sächsische Regierung das thut, so geschieht es, nicht weil sie auf einmal liberal geworden ist. Sie thut es, weil sie mit dem Dreiklassen-Landtag nicht mehr regieren kann. Die staatserhaltenden Parteien erklärten, die Sozialdemokratie störe sie an ihrem positiven Schaffen, — sieben Jahre ohne Sozialdemokratie, und der Staatskarren ist so verfahren, dass die Regierung selbst die Zügel fallen lässt. Es geht also nicht mehr mit der Sozialdemokratie, und ohne die Sozialdemokratie geht es erst recht nicht. Mit der Sozialdemokratie wurde vor dem Landtage jedes allgemeine Interesse, jeder höhere Gesichtspunkt vertrieben. Kaum waren die Vertreter der Besitzenden und Gebildeten allein untereinander, so begann ein schamloses Raufen und Würgen um Klqueninteressen. Die Sozialdemokratie hat sich ja gerade dadurch unliebsam gemacht, dass sie hartnäckig in jeder Frage das Volksinteresse suchte. Nun war man den bösen Kritiker los und konnte sich geben lassen. Schliesslich platzten die agrarischen und die industriellen Interessen aufeinander. Das Land ist durch und durch industriell, aber Dank dem Dreiklassenwahlrecht führen im Landtage die Agrarier die absolute Herrschaft. Die Regierung geriet in eine Zwickmühle: wollte sie die Interessen des industriellen und kaufmännischen Kapitals wahrnehmen, so bekam sie den Landtag gegen sich, und wollte sie mit dem Landtag gehen — was sie auch that — so erbitterte sie gegen sich die gesamte Bourgeoisie.

Die Regierung lässt sich entschuldigen: sie hätte nicht gewusst, dass das neue Wahlrecht die Massen von der Vertretung ausschliesse. Selbst wenn man dieser Beteuerung Glauben schenken wollte, so war es denn nicht die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Regierung, zu wissen, was folgen wird? Jetzt probiert sie es mit dem Wahlgesetz, Morgen mit einem Zollgesetz, einem Finanzgesetz, einer Steuer — und wenn das Land in Unglück gestürzt wird und ein wilder Aufruhr entfesselt wird, erklärt die Regierung: sie habe es ganz harmlos und ahnungslos ins Werk gesetzt. Ueberdies, wie kann sich die Regierung auf Unkenntnis berufen, da ihr die Sozialdemokratie tausendmal klargelegt hat, was kommen wird? Dass die Regierung es diesmal zugiebt, die Sozialdemokratie hätte Recht gehabt, das notieren wir uns. Die Sozialdemokratie hat Recht auch noch in anderen Fällen, in denen ihr Schwarzmalerei vorgeworfen wird. Schliesslich weiss es ja alle Welt, dass es der Zweck der Reform war, die Sozialdemokratie zu entfernen. Darüber war sich die Regierung durchaus im Klaren, was sie sich aber nicht recht hat vorstellen können, ist die agrarische Herrschaft, die dem Dreiklassenwahlrecht entsprang. Das ist der springende Punkt.

Die geplante Neugestaltung des sächsischen Wahlrechts ist ein Schachzug gegen die Agrarier. Die liberale Bourgeoisie, die erst das Wahlrecht der Reaktion ausgeliefert hat, jammerte längst, dass sie sich selbst dadurch um jeden politischen Einfluss gebracht habe. Die Handelskammern fassten langatmige Resolutionen gegen das Dreiklassenwahlrecht. Aber erst die Reichstagswahlen brachten die Entscheidung. Zunächst musste das gewaltige Anschwellen der Sozialdemokratie selbst dem borniertesten Reaktionär Respekt einjagen. Sodann haben die Wahlen die Schwäche der Agrarier aufgedeckt. Dazu gehört auch die Zerdrückung des Antisemitismus. Das gab der Regierung den Mut, sich zu entschliessen. Sie hat die neue Wahlreform angekündigt, unter dem Beifall der Liberalen; was daraus werden wird, bleibt abzuwarten.

Sieht man sich die Triebfedern dieser neuen Wahlreform an, so wird man von ihr nichts Gutes erwarten. Die Regierung ist einverstanden, dem industriellen Kapital eine Vertretung gegenüber den Agrariern zu sichern, das ist alles. Man wird es so zu machen suchen, dass die Arbeiter dabei möglichst schlecht wegkommen. Derartige Vorschläge sind bereits gemacht worden. Die Einen projektieren Pluralwahlkreise, die anderen Ausscheidung der städtischen Wahlkreise. Ja, die Bourgeoisie zeigt sich sogar bereit, sich mit etlichen Sitzen in der Ersten Kammer abfinden zu lassen.

Aber die Frage der Wahlreform ist von der Regierung selbst in Fluss gebracht worden — jetzt gilt es, die Dinge weiter zu treiben. Die öffentliche Meinung ist dadurch, dass die Regierung sich selbst ins Unrecht gesetzt hat, mächtig aufgerüttelt worden. Das muss ausgenützt werden. Die nächste Gelegenheit dazu bieten die Landtagswahlen.

Die Zeit ist gekommen, wo unsere Beteiligung an den sächsischen Landtagswahlen beim neuen Wahlrecht ihre Früchte tragen wird. Schon jetzt ist klar, dass das vollständige Fiasko des Systems nur dadurch erreicht worden war, dass wir uns an den Wahlen beteiligt haben. Sonst würde man es dem Verzicht seitens der Sozialdemokratie zuschreiben, dass die Arbeiter ohne Vertreter im Landtage bleiben, und nach wie vor so thun, als wenn das Wahlrecht selbst diese Vertretung nicht ausschliesse. Auch würde wahrscheinlich, wenn die Sozialdemokratie die dritte Wählerklasse den bürgerlichen Parteien ausgeliefert hätte, die Vertretung der Industrie sich weniger ungünstig gestaltet haben. Es war uns stets ein deprimirender Eindruck bei den Dreiklassenwahlen, dass man die grossen Stimmenzahlen, die wir aufgebracht hatten, durch ein Rutenkunststück wirkungslos machte. Aber diese krasse Ungerechtigkeit hat zugleich die weitesten Massen über das neue Wahlrecht aufgeklärt. Wie nötig das war, ersieht man daraus, das noch immer selbst in der entrechteten dritten Wählerklasse viele Stimmen für den reaktionären Kartell abgegeben werden. Das soll jetzt aufhören. Wir müssen unseren Ehrgeiz darauf setzen, dass bei den nächsten Wahlen die dritte Wählerklasse durchweg sozialdemokratisch wählt.

Unsere Losung ist: Her mit dem allgemeinen, direkten, gleichen Wahlrecht! Und — nieder mit dem Kartell!

Es ist zwar schwach um das Kartell. Es hat uns eminent genützt. Es hat die Unterschiede zwischen den bürgerlichen Parteien aufgerieben. Liberal und konservativ wurde dasselbe. Den Arbeitern wurden die Augen geöffnet und auch jedem freiheitlich denkenden Mann blieb gar nichts anderes mehr übrig, als sozialdemokratisch zu stimmen. Das sächsische

Kartell ist eins der wichtigsten Momente, die das Wahlresultat von 1903 vorbereitet haben. Doch Bosheitspolitik war nie unsere Sache. Wir treten für eine freiheitliche Entwicklung ein und bekämpfen deshalb das Kartell.

Ist es nun der sächsischen Bourgeoisie ernst mit dem Kampf um den Liberalismus, dann muss sie es vor allem wagen, mit dem Kartell zu brechen. Das genügt, um die Agrarier in Sachsen schon bei den nächsten Ergänzungswahlen, also in diesem Jahre noch, aufs Haupt zu schlagen. Es gehört dazu nicht viel: nur dass der Liberalismus es wagt, wirklich liberale Kandidaturen aufzustellen — Männer, die sich verpflichten, für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht einzutreten, und deren Persönlichkeit die Gewähr dafür bietet, dass sie diesen Verpflichtungen auch nachgehen werden.

Wird der sächsische Liberalismus noch soviel Ueberzeugungskraft in sich finden, um dieses Geringste, was man von einer liberalen Partei verlangen darf, auszuführen? Das wird sich zeigen. Ob aber so oder so, wir werden unsere Ernte halten: bei den Reichstagswahlen, wie auch bei den Landtagswahlen.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag
Richard Etzold in München.

AUS DER
WELTPOLITIK.

Socialdemokratische Zeitungen-Korrespondenz.

V. Jahrgang. Nr. 30. 27. Juli 1903.

Aus der russischen Bastille.

Wp. Die letzten Jahre brachten etliche Freilassungen aus der russischen Bastille, der Festung Schlüsselburg, in welcher die am meisten gefürchteten politischen Sträflinge von der zarischen Regierung gefangen gehalten werden. Dadurch dringt wieder Kundschaft in die Welt aus dem steinernen Sack, der so viele von den Besten ihres Volkes lebendig begraben hält. Einer der, nach vielen Jahren Haft, aus der Schlüsselburger Festung Entlassenen, W. Poliwanoff, veröffentlicht soeben in der russischen Auslandspresse einen offenen Brief an den russischen Justizminister. Man weiss, wie hart die zarischen Gesetze und Verordnungen gegen politische „Verbrecher" sind, — W. Poliwanoff zeigt aber, dass die zarischen Schergen noch über Gesetz und Verordnung hinausgehen und die Schutzlosigkeit ihrer Opfer dazu ausnützen, um an ihnen in der gemeinsten Weise Rache zu nehmen. Wir bringen im Folgenden die wichtigsten Stellen aus dem Schriftstück von W. Poliwanoff, das als ein Appel an die öffentliche Meinung der zivilisierten Welt aufzufassen ist.

„Band XIV der (russischen) Gesetzessammlung enthält die allerhöchst genehmigte Verordnung über das Schlüsselburger Gefängnis. Nach dieser Verordnung werden in dem Schlüsselburger Gefängnis politische Sträflinge untergebracht. Aber, erstens, wie kam dorthin P. W. Karpowitsch, der nicht als politischer, sondern als Kriminalverbrecher gerichtlich abgeurteilt worden war? Zweitens, gelangen bei weitem nicht alle Personen, die wegen politischer Verbrechen zu Zwangsarbeit verurteilt werden, in das Schlüsselburger Gefängnis. Wer entscheidet also darüber, ob diese oder jene Person dort untergebracht wird? Es sieht so aus, als wenn über Jemand, der bereits vom Gericht ordnungsmässig verurteilt worden ist, ein zweites Gericht für dasselbe Vergehen urteilt, und dieses zweite ist ein Geheimgericht, das, wie man aus dem Folgenden ersehen wird, die von dem ersten Gericht verhängten Strafen verdoppelt und verdreifacht!

Es gibt kein Gefängnis, wo den Gefangenen die Besuche ihrer nahen Verwandten, von Vater und Mutter, verboten worden wären, — im Schlüsselburger Gefängnis aber werden vom Tage seiner Eröffnung ab, also schon 19 Jahre, keine Besuche erlaubt. Als einer der Gefangenen, Popoff, der bereits 21 Jahre im Gefängnisse sitzt (davon 19 Jahre in Schlüsselburg), im Jahre 1900 um die Erlaubnis nachsuchte, seine alte Mutter, die ihrem Sohne schrieb, sie möchte ihn wenigstens noch einmal vor ihrem Tode sehen, empfangen zu dürfen, so wurde ihm das verweigert.

Die Korrespondenz mit den nächsten Verwandten ist zwar erlaubt, aber unter höchst erschwerenden Verhältnissen: nicht mehr als 2 Briefe im Jahr, der Brief darf nur 1 Briefbogen gross sein und nur Mitteilungen über Gesundheit, Beschäftigung und Familienangelegenheiten enthalten. Auch diese hohe Gnade

wurde erst 1897 erteilt, sodass viele Gefangene ganze 15 Jahre ohne Korrespondenz mit ihren Nächsten blieben und Niemand früher als nach 10 Jahren die Erlaubnis zum Briefverkehr erhalten hat."

Die russische Gesetze schreiben für zur Zwangsarbeit verurteilte Sträflinge obligatorische Kürzungen des Strafmasses nach Ablauf gewisser Fristen vor. Diese Bestimmungen, die gegenüber Kriminalverbrechern streng eingehalten werden, werden gänzlich ignoriert bei den politischen Gefangenen in Schlüsselburg. „Die russische Regierung hält also, unter Verletzung ihrer eigenen Gesetze, Leute im Gefängnis, die schon vor vielen Jahren hätten zur Ansiedelung in Sibirien freigelassen werden sollen, ja bereits vollständig ihr Strafmass absolviert haben.

Popoff absolviert bereits das 23ste Jahr Zwangsarbeit und wird ungesetzlich im Gefängnis gehalten — seit 15 Jahren, Morosoff und Frolenko absolvieren das 21ste Jahr und werden ungesetzlich im Gefängnis gehalten — seit 13 Jahren, Wera Figner, Aschenbrenner, W. Iwanoff — im Gefängnis das 19te Jahr, ungesetzlich — 11 Jahre.

Lukaschewitsch und Noworusski — im Gefängnis das 16te Jahr, ungesetzlich — 8 Jahre, Antonoff, Lopatin, S. Iwanoff und Starodworski — im Gefängnis das 16te Jahr, ungesetzlich — 8 Jahre.

1882 und 1883 gab es zwei grosse Prozesse der „Narodnaja Wolja". Nach dem ersten dieser Prozesse wurde von allen zum Tode Verurteilten nur einer, Suchanoff, hingerichtet, die anderen wurden begnadigt. Von den Begnadigten kamen sieben nach der Peter-Paul-Festung. Schon in kurzer Zeit starben fünf davon. Die übrigen zwei wurden nach Schlüsselburg gebracht. Einer starb nach einundhalb Jahren und nur der letzte ist noch am Leben. Nach dem zweiten Prozess wurden sämtliche sechs zu Tode Verurteilte — wegen der Krönungsfeier — begnadigt. Was war das Ergebnis dieser heuchlerischen Begnadigung? Einer, Telaloff, starb schon im ersten Jahre, die übrigen fünf wurden nach Schlüsselburg gebracht, wo sie untergingen, in folgender Reihenfolge: im Oktober 1884 erhängte sich Klimenko, April 1885 starb Buzewitsch, Dezember 1885 starb Slatopolski, Oktober 1887 beging Gratschewski Selbstmord, indem er sich mit Petroleum übergoss und verbrannte, Juli 1883 — starb Bogdanowitsch.

Also wurden innerhalb 5 Jahre alle sechs allerhöchst begnadigten Opfer zu Tode gequält. Was hatte es denn für einen Zweck, sie aufzuhängen, da die Regierung ein derartiges Mordinstrument wie Schlüsselburg zur Verfügung hatte?

In das Schlüsselburger Gefängnis wurden seit seiner Eröffnung 59 Personen gebracht.

Davon 8, um hingerichtet zu werden.

Von den übrigen 51 Personen wurden 2 erschossen — wegen Beleidigung der Obrigkeit, 3 kamen ins Irrenhaus als unheilbar Kranke, 2 wurden auf die Insel Sachalin übergeführt, 3 begingen Selbstmord, 15 starben, 12 wurden nach Sibirien verschickt. Die übrigen 14 verblieben im Gefängnis."

„Ich habe mir die Abschweifung in das Gebiet der Tatsachen, die bereits der Geschichte angehören, erlaubt" — damit schliesst W. Poliwanoff seinen Brief — „damit Sie in gebührender Weise die Lage jener beurteilen können, welche die Grauen der ersten Jahre der Gefangenschaft überlebt und jetzt noch ihre Strafe in Schlüsselburg durchzumachen haben. Schon die einzige Tatsache, dass von 22 Personen des ersten Kontingents der Inhaftirten 17 untergingen, nur zwei, nach 20 Jahren Haft, zur Ansiedelung nach Sibirien kamen und drei — alle drei lebenslänglich — in der Gruft verbleiben, ohne Aussicht, jemals Gottes freie

Natur zu erblicken, schon sie allein genügt, um die Situation zu beurteilen. Besonders Angesichts der Aenderung des Gefängnisregimes im Frühling 1902, wodurch die Inhaftirten wieder in die Zustände Anfangs der 90er Jahre versetzt wurden, wobei die Mehrzahl der „Erleichterungen", die den Inhaftirten in den letzten 10 Jahren zu Teil wurden, in Wegfall kamen. Das ist kein kleiner Verlust. Diese Erleichterungen wurden mit einem teuren Preis bezahlt, mit dem Leben der zu Grunde gerichteten Kameraden.....

Die Gespenster der Hinrichtungen, des Selbstmordes, des Todes, des Irrsinns — der noch schlimmer ist als der Tod selbst — erheben sich wieder vor den Augen der Inhaftirten in Schlüsselburg!"

Der Schreiber des Briefes, W. Poliwanoff, verbrachte selbst 20 Jahre in Schlüsselburg und wurde 1902 aus dem Gefängnis entlassen und nach Sibirien verbannt. Es gelang ihm, aus Sibirien zu entkommen und nach dem Ausland zu flüchten. Der Brief ist datirt: Paris, Mai 1903.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag
Richard Etzold in München.

AUS DER
WELTPOLITIK.

Socialdemokratische Zeitungen-Korrespondenz.

V. Jahrgang. Nr. 31. 3. August 1903.

Zum Parteitag.

Wp. Die Tagesordung des Parteitags ist diesmal sehr karg ausgefallen: die üblichen Berichte, die stereotype Maifeier und der internationale Kongress, der nun einmal nicht mehr weiter verschoben werden kann. Als wenn gar nichts geschehen wäre. Dass zwischen dem vorigen und dem nunmehrigen Parteitag die Reichstagswahlen liegen, davon merkt man in der Tagesordnung nichts.

Ist das nicht sonderbar? Von allen Seiten wird die ganz ausserordentliche Bedeutung dieser Wahlen erörtert. Hört man auf die verschiedenen berufenen und unberufenen Ratgeber der Partei, so könnte man gar glauben, dass die Addition der Wahlzettel eine politische Revolution ergeben habe und eine neue geschichtliche Aera für die Sozialdemokratie beginne. Soviel aber ist auf jeden Fall sicher, dass mit dem grossen Wahlerfolg die parlamentarische Stellung, das Ansehen, die Verantwortung und mit alledem die Aufgaben der Tagespolitik der Partei gestiegen sind. Die Sozialdemokratie ist wieder zum Brennpunkt der politischen Diskussionen geworden. Man tritt an sie heran mit Erwartungen, Hoffnungen, Forderungen, Befürchtungen. Die Parteien revidieren ihre Taktik in Bezug auf die Sozialdemokratie. Die Einen suchen nach neuen Mitteln, um die Sozialdemokratie zu vernichten, die Anderen, um sie zu hintergehen. Die Arbeitermassen, getragen vom Hochgefühl ihres Sieges, sehen vertrauensvoll dem entgegen, was die Sozialdemokratie jetzt beginnen werde, und erwarten Grosses von der Partei. Aber die Tagesordnung des Parteitags weiss nichts davon. Der Parteitag tritt zusammen, um Decharge zu erteilen und die notwendigen Wahlen vorzunehmen.

Der „Vorwärts“ schlägt zur Ergänzung der Tagesordnung als besonderen Punkt „die Reichstagswahlen“ vor. Er denkt sich das als grosse Siegesdemonstration der Partei. „Wir halten ein Siegesfest, indem wir die Aufgaben, die der Sieg uns stellt, gründlich und allseitig erörtern.“ Auf die Aufgaben kommt es an.

Wir müssen zeigen, wie wir den Sieg zu verwerten gedenken. Das wird von uns erwartet.

Es kann sich gewiss nicht darum handeln, irgend eine Extrapolitik zu erfinden, die alle Welt auf einmal in Erstaunen setzen würde. So was gibt es nicht. Eine Partei, die sich geschichtliche Ziele stellt, kann überhaupt nicht darauf hinausgehen, das Publikum durch unerwartete Trics zu überraschen, wie der Akrobat, der zum Staunen der Zuschauer sich mit der linken Fussspitze hinter dem Ohr kratzt. Es liegt die Kraft und die Siegeszuversicht der deutschen Sozialdemokratie darin, dass sie von Anfang an die gleiche klare, bestimmte und offene Politik treibt. Wir bauen unsere politischen Aufgaben nicht erst auf unsere Wahlstimmen auf — das übersehen die bürgerlichen Politiker, die von den 81 Reichstagssitzen eine tak-

tische Schwenkung, wenn nicht Frontänderung der Dreimillionen-Partei erwarten. Und die drei Millionen Stimmen, die wir erhielten, — im Grunde genommen, war denn das wirklich eine Ueberraschung? War das ein Geschenk, das uns unerwartet vom Himmel zufiel? Unsere Partei war ihrer Sache im Wahlkampfe sicher. Die Ueberraschung kam nur für die Gegner, die zwar ebenfalls unseren Sieg vermuteten, aber die, wenn auch unbegründete, Hoffnung hegten, dass er vielleicht doch nicht so „schlimm“ werden dürfte. Unser Wahlerfolg ist das Ergebnis einer langsamen und regelrechten Entwicklung. Und so kann auch unsere Taktik nach den Wahlen nur im Rahmen unserer bisherigen Entwicklung verbleiben.

Nicht darauf kommt es an, die Politik zu ändern, sondern darauf, die bisherige Politik, die Situation ausnützend, um einen Schritt vorwärts zu bringen. Nicht das Kampfziel, selbst das nächste, sondern die Intensität der Kämpfer muss geändert, und zwar gesteigert werden. Entschiedener, energischer müssen wir auftreten. Die Partei hat aus den Wahlen neuen Mut geschöpft, die Gegner sind schwankend und unschlüssig geworden, — das ist der Moment, den wir ausnützen müssen, um vorzudringen. Die erste Bedingung jedes Kampfes ist aber die Konzentration der Handlung. Es ist deshalb ein einfaches taktisches Gebot, dass wir von dem Vielen, das wir als unsere nächsten Aufgaben erstreben, für die unmittelbare Aktion irgend e i n e n Gegenstand in den Vordergrund setzen. Dazu eignet sich nichts besser, als der A c h t s t u n d e n t a g.

Unsere Partei hat sich seit fast anderthalb Jahrzehnten die Aufgabe gestellt, den achtstündigen Normalarbeitstag zu erringen. Die Gewerkschaften haben seitdem durch Regelung der Arbeitszeit in den einzelnen Unternehmungen und in ganzen Produktionsbranchen mächtig vorgearbeitet, die politische Partei blieb aber nach dieser Richtung hin weit im Hintertreffen. Zum Teil weil sie mit einem übermächtigen politischen Widerstand zu rechnen hatte, zum anderen Teil aber auch, weil ihr die Regierung und die Parteien soviel politische Arbeit verschafften, dass die ihr für positive Arbeiterpolitik verbliebene Zeit und Kräfte knapp wurden. Jetzt gilt es nachzuholen. Wir können auch mit 3 Millionen Wählern und 81 Mandaten nicht anderes tun, als bisher, aber wir können mehr unternehmen und mehr leisten, und das gilt es, an der Agitation für den Achtstundentag zu beweisen.

Der Parteitag hätte zu beratschlagen, wie das zu geschehen habe. Die Ankündigung einer parlamentarischen Kampagne zur Erringung des achtstündigen Normalarbeitstages — das wäre die würdigste Kundgebung des Sieges.

Man setze nur den Achtstundentag auf die Tagesordnung des Parteitags, und schon das wird glänzend wirken unter den Arbeitermassen. Von Freund und Feind wird es aufgefasst werden als Kampfeslosung für die nächste Zeit? Kennt Jemand eine bessere? Noch ist von keiner Seite eine praktische Aufgabe von grösserer Tragweite genannt worden. Denn die Frage des Reichstagspräsidiums kann doch wahrlich nur für einen Hofzeremonienmeister eine hohe politische oder gar prinzipielle Bedeutung haben.

Parvus.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag
R i c h a r d E t z o l d in München.

AUS DER
WELTPOLITIK.
Socialdemokratische Zeitungen-Korrespondenz.
V. Jahrgang. Nr. 33. 17. August 1903.

Chamberlains Plan und die englische Arbeiterklasse.

Wp. Chamberlains Plan ist noch immer Gegenstand der heftigsten Debatten. Jedes neue Heft der englischen Zeitschriften bringt Artikel für und gegen Chamberlain. Die Tagesblätter wimmeln von Aufsätzen und Notizen. Allerhand Fach- und Finanzleute machen sich damit zu tun, um die Wissenschaft und die Tatsachen, der Partei, die sie vertreten, dienstbar zu machen. Vor Allem appeliert man an die Arbeiterklasse. Die Einen suchen sie durch den Hinweis auf die unvermeidliche Verteuerung aller Nahrungsmittel abzuschrecken, während die Anderen diese Tatsache zwar nicht bestreiten, jedoch hoffen, die Arbeiter mit einer Aussicht auf Lohnerhöhung und einer Pension für altersschwache und arbeitsunfähige Arbeiter locken zu können. Ein Teil der Arbeiterschaft schenkt auch den Reden Chamberlains Gehör. Aber der weit bedeutendere Teil will nichts von diesen Plänen wissen.

Charakteristisch ist in dieser Hinsicht die Erklärung, die die Vertreter der Arbeiterschaft in einem Aufruf an die Kolonien, um deren engeren Verbindung mit der Metropole es Chamberlain angeblich so sehr zu tun ist, abgegenben haben. Nachdem darauf hingewiesen worden, dass dieser Plan, aller rhetorischen Verzierungen entkleidet, nichts anderes enthält, als die Preiserhöhung der Nahrungsmittel zu Gunsten der Kolonien, heisst es im Aufrufe, wie folgt: „Im 18. Jahrhundert haben wir die Hälfte unseres Reiches verloren, weil wir uns das Recht anmassen wollten, die Kolonien zu unseren Gunsten zu besteuern; jetzt heisst es, wir würden sie (die Kolonien) verlieren, wenn wir uns zu ihren Gunsten nicht besteuern lassen wollen. Unsere Forderung im 18. Jahrh. gegen die Kolonien war ungerecht und wir mussten es bald büssen. Wird denn nun dieselbe Forderung eurerseits gegen uns gerechter sein und glücklichere Folgen haben?“

Die Tatsachen sind hier nicht ganz richtig beleuchtet, aber diese historische Parallele ruft die Zeit zurück, wo das „imperialistische England“ nicht Gegenstand der Hoffnungen und Wünsche allerhand Projektmacher, sondern eine wirkliche Tatsache war.

Allerdings war damals die Lage Englands eine ganz andere. Der moderne kapitalistische Weltmarkt lag noch im Keime. Der Protektionismus war noch keine Notwendigkeit internationaler Wettkämpfe, er war nur ein Mittel den Fabrikanten zu fabrizieren, unabhängige Arbeiter zu expropiieren und die nationalen Produktions- und Lebensmittel zu kapitalisieren. Durch hohen Schutzzoll vor jede Konkurrenz von aussen her geschützt, führte die neuentstehende englische Grossindustrie einen erbitterten Kampf um die Eroberung des innern Marktes mit der Kleinindustrie, einen Kampf, der bald mit der völligen Niederlage der letzteren endete.

Die industrielle Bourgeoisie verlangte immer gebieterischer nach politischer Macht. Die Reform des

Wahlrechts und die Reform des Steuersystems traten auf die Tagesordnung. Und obwohl die amerikanischen Kolonien noch 1774 daran waren, dem britischen Parlamente das Recht zu gewähren, den Handel mit den fremden Staaten zu regeln, von welchem Rechte nun Chamberlain nicht einmal träumen darf, hat England damals die meisten Kolonien nur darum verloren, weil die regierende Oligarchie diese politischen Konzessionen den Kolonien nicht machen wollte. „Diese würden," hiess es, „die zügellosesten Appetite der unteren Klassen in der Metropole selbst entfesseln." Das Parlament, das selbst nach dem Sinne der Amerikaner ein „imperial parliament" sein sollte, wurde nur ein englisches Parlament. Der Klassenkampf in der Metropole verschärfte sich und die Landlords hätten nicht auf dem Finanzgebiete allein nachgeben müssen, wenn die napoleonischen Kriege ihnen nicht eine Galgenfrist verschafft hätten. England hatte sich für den Verlust der amerikanischen Kolonien zu entschädigen gewusst, aber die meisten neuen Kolonien sind fast zu unabhängigen Staaten geworden.

Nun hat sich das Bild verändert. Der Weltmarkt ist völlig kapitalistisch geworden. England begegnete dort den Vereinigten Staaten und Deutschland, Gegnern, die ihm seinen eigenen Markt streitig machen. Und obwohl sein Handel mit den fremden Staaten um das Vielfache den Handel mit den Kolonien übersteigt, obwohl es von 877 630 000 Pf., die ihren Umsatz bilden, den Kolonien nur 224 000 000 Pf. St. zufallen, glaubt doch Chamberlain und Konsorten der englischen Industrie den inneren Markt und den Absatz in die Kolonien sichern zu können, der zwar nicht in allen Kolonien gleich wächst, aber immerhin in rascherem Tempo als in den anderen Staaten.

Wie ist aber dieser im Steigen begriffene Absatzmarkt für England zu sichern? Chamberlain beruft sich gern auf den deutschen Zollverein, vergisst aber, dass der Handel innerhalb seiner Grenzen frei war, während seinem Plane nach jede englische, sich selbstverwaltende Kolonie ein abgeschlossenes Ganzes den anderen Kolonien wie der Metropole gegenüber bleiben soll. Die industriellen Kapitalisten sind in den Kolonien zu einflussreich, als dass die Kolonien auf den Protektionismus verzichten könnten. Es bleibt nur ein Mittel übrig. Das ist der Differenzialtarif. Da aber die Kolonien Rohstoff und Nahrungsmittel exportieren, so ist die Verzollung der Nahrungsmittel, d. i. die Besteuerung der Arbeitermassen, der alleinige Sinn des ganzen Systems. Ebenso unvermeidlich wird er die Entfremdung der Kolonien gegeneinander und die Verschlimmerung der Beziehungen zwischen England und den anderen Staaten zur Folge haben. Um z. B. Kanada zufrieden zu stellen, muss der Weizen verzollt werden, aber indem England ihre Beziehungen zu den Vereinigten Staaten verschlimmert, — kann es Kanada nicht völlig befriedigen, da die Vorzüge, die sie Kanada zuteil werden lässt, nicht der ganzen Kolonie, sondern nur einzelnen Distrikten zu gute kämen, usw. —

Es ist klar, dass Chamberlains Plan nur einer Gruppe englischer Kapitalisten Vorteil bringt und nicht einmal das sich selbst gesteckte Ziel zu verwirklichen vermag. Konsequnet durchgeführt, wird er nur wiederholt zum Abfall einiger Kolonien von der Metropole führen, während unter anderen Umständen die Verschmelzung aller britischen Kolonien zu einer Föderation mit der Metropole nur eine Frage der Zeit wäre. Eine Vorbedingung wäre allerdings die Lösung der irischen Frage und die Verwandlung Ostindiens aus einer Kronkolonie in eine sich selbstverwaltende.

Von entscheidender Bedeutung ist das Verhalten der englischen Arbeiterklasse. Die Versuche, die Stellung auf dem Weltmarkte dadurch zu behaupten, dass

die Lebenslage der Arbeiterklasse verschlimmert wird, die in dem Feldzug gegen die Trades-Unions so deutlich zum Ausdruck kamen, hat die englischen Arbeiter dem bisherigen Diferentismus entrissen. Chamberlains Plan wird der Arbeiterbewegung neuen Anstoss geben. Die Wahl Crooks in Wolwich und die Wahl Henderson's in Bornard Castle zeigen auf das Klarste, dass die Chancen zur Bildung einer unabhängigen Arbeiterpartei in England mit jedem Tag sich vermehren. Crooks siegte gegen einen Konservativen, Henderson siegte gegen einen Konservativen und Liberalen, in einem Kreise, der seit je den Liberalen gehörte.

Die bevorstehenden Wahlen werden eine selbständige Arbeiterpartei im Parlamente zur Folge haben, und welche Formen sie auch annimmt, sie wird sich unvermeidlich zum Ziel die Eroberung der politischen Macht setzen müssen. Hat sie aber dies erobert, so würde sie ebenso unvermeidlich daran denken, sie zur Aufhebung jeglicher Klassenherrschaft auszunützen.

Mor.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag
Richard Etzold in München.

AUS DER
WELTPOLITIK.

Socialdemokratische Zeitungen-Korrespondenz.

V. Jahrgang. Nr. 34. 24. August 1903.

Der Parteitag und der Achtstundentag.

Wp. Schon ist der Effekt der Reichstagswahlen in der Presse durch neue „Sensationen“ verdrängt und beinahe ausgelöscht worden. Die Presse braucht immer neuen Stoff, neue Knalleffekte. Das geht in ihr auf wie im Feuerwerk, zischend und prasselnd und im Nu erlischt es. Der Tod des Papstes, die Zwistigkeiten auf dem Balkan, die Affaire Humbert — Eins löst das Andere ab, die Farben wechseln wie im Kaleidoskop, die öffentliche Aufmerksamkeit wird zerrissen, bleibt auf Nichts dauernd haften, und jedes Mass der politischen Wertschätzung geht verloren.

Unser Parteitag wird das Interesse wieder wachrütteln. Und wieder wird es sich verflüchtigen. Dann tritt der Reichstag zusammen, und wenn nicht eine gegen die Sozialdemokratie gerichtete Gesetzesvorlage kommt, so wird sich alles in dem althergebrachten Schlendrian bewegen. Es wird weiter fortgewurstelt werden. Man wird sich über die Sozialdemokratie ärgern, die durch ihre ewigen Diskussionen keine Ruhe giebt, wird sie aber ebensowenig beachten wie zuvor und, im sicherem Besitze der nötigen Stimmenzahl, Steuern, Zölle, Flotten etc. bewilligen und Gesetze machen nach dem Wunsch der Regierung.

Bis neue Wahlen kommen — vorausgesetzt, dass nicht bis dahin das Wahlrecht geändert wird. Die Bestürzung auch nach den diesjährigen Wahlen wäre sicher nicht so gross, hätte man nicht während der fünfjährigen Pause vergessen, welchen Siegeszug die Sozialdemokratie seit ihrem Bestehen von Wahl zu Wahl genommen hat. Die Furcht vor der Sozialdemokratie ist im Moment sehr gross, doch die Furcht hat keine schaffende Kraft. Alles in allem, kann man von der Regierung und dem Reichstag wohl erwarten, dass sie etwa durch ein neues Wahlsystem das Wahlresultat fälschen, um sich selbst über das Wachstum der politischen Macht der Sozialdemokratie zu täuschen, nicht aber, dass sie aus eigener Initiative auf dem Gebiete der Gesetzgebung etwas unternehmen, um die Arbeitermassen freundlich zu stimmen. Kleinigkeiten, bureaukratischer Ausbau der bestehenden sozialpolitischen Gesetzgebung, das schon, doch nicht mehr als das.

Will die Sozialdemokratie ihren Wahlsieg sozialpolitisch ausnützen, so wird sie selbst Initiative ergreifen und mit viel Kraft und Energie sich ins Werk legen müssen.

Für uns aber handelt es sich in der Sozialpolitik vor Allem um den achtstündigen Normalarbeitstag. Dass dies den Brennpunkt der gesamten Arbeiterschutzgesetzgebung bildet, darüber kann es unter uns keine Meinungsunterschiede geben. Nachträglich wird man es einmal unbegreiflich finden, wie man erst durch übermässige Arbeitszeit auf die Arbeiter Krankheit, Siechtum, Unfälle häufte, um dann durch Kranken-, Unfall-, Invaliditätsversicherung dem im winzigen Masse entgegenzuwirken und dies noch als gewaltige kulturelle Tat pries — geschweige schon, dass für den Lohnarbeiter jede Arbeitsstunde eine Le-

bensstunde ist, die ihm verloren geht, und dass erst der Achtstundentag dem Arbeiter die Wege öffnet zur Bildung und zur Kultur.

Der Parteitag wird bei der Erörterung der Reichstagswahlen auch viele Fragen der nächsten Gesetzgebung zu besprechen haben. Worauf es ankommt, ist, dass mehr Arbeitspolitik getrieben werde. Die Opposition zur Regierungspolitik, die, ob agrarisch oder industriell, immer kapitalistisch bleibt, wird stets den Hauptteil der Tätigkeit unserer Reichstagsfraktion bilden, aber daneben muss sie offenbar immer mehr darauf drängen, reine Arbeiterfragen zur Diskussion und zur gesetzgeberischen Entscheidung zu bringen. Wir haben da Fragen, die einzelne grosse Arbeiterbranchen, wie die Bauarbeiter oder die Bergleute, oder die Konfektionsarbeiter etc. betreffen, Fragen allgemeiner Politik, wie die Koalitionsfreiheit usw., u. A. m. Aber nichts ist darunter, was sich an Tragweite mit dem Achtstundentag messen könnte. Der grosse Entschluss, den Achtstundentag zu erringen, ist 1889 gefasst worden, also um die Zeit, als die Partei unter dem Sozialistengesetz ihre grösste Energie entfaltet hatte. Man erinnere sich nur, wie zündend dieser Beschluss der Pariser Kongresses gewirkt und welch' grosse Hoffnungen man darauf gesetzt hatte. Wenn wir keine Spiegelfechterei treiben wollen, müssen wir uns eingestehen, dass seitdem auf politischem Wege traurig wenig geschah, um dies Ziel zu erreichen. Seit 1890 kam unsere Fraktion nicht dazu, einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. Man begnügte sich mit Interimsanträgen, die als Notbehelf in wenigen Monaten aufs Papier geworfen wurden. Wir wollen uns nicht darüber aufhalten, wieso es kam, dass sowenig geschah, und ob es nicht anders sein konnte. Dass die Fraktion mit anderen parlamentarischen Arbeiten überhäuft war, geben wir gern zu. Soviel ist klar, dass die Fraktion in ihrer jetzigen Stärke sich am allerwenigsten damit begnügen kann, die Regierung zu ersuchen, ihr gefälligst einen Gesetzentwurf über den Achtstundentag auszuarbeiten und vorzulegen.

Die Fraktion muss einen Gesetzentwurf über den Achtstundentag schon in der nächsten Session einbringen. Der Achtstundentag ist in der Industrie in Deutschland, unter Einhaltung einer nur kurzen Uebergangsfrist, leicht realisierbar. Es ist vielleicht mit mehr Störungen verbunden, den Neunstundentag auf rein gewerkschaftlichem Wege in einem einzelnen Industriezweig einzuführen, als den Achtstundentag durch allgemeine gesetzliche Reglementierung. Wir haben keine Veranlassung und dürfen nicht hinter dem zurücktreten, was wir schon 1889, vor fast anderthalb Jahrzehnten verlangt haben.

Angesichts der Tatsache, dass die Fraktion die zahlreichen früheren Beschlüsse der Parteitage, zuletzt noch des Münchener Parteitags, einfach unter das grüne Tuch geschoben hat, muss der Parteitag jetzt mit aller Bestimmtheit auf die Durchführung seines Beschlusses dringen.

Es wird allerdings innerhalb der vorgeschlagenen, höchst summarischen Tagesordnung des diesjährigen Parteitags ziemlich schwer fallen, Fragen wie der Achtstundentag eingehend zu erörtern und zu Beschlüssen zu bringen. Der Vorstand möchte diesmal alles und noch mehr unter seinen Bericht bringen. Ausser den Reichstagswahlen und unseren nächsten Aufgaben im Reichstage enthält dieser Punkt der Tagesordnung noch verschiedene Kleinigkeiten wie: Kassenbericht, Pressbericht, „Vorwärts", „Neue Zeit" etc., Justiz- und Polizeiwesen, Schiedsgerichte, Organisationsänderung, Gemeinde- und Landtagswahlen, Polenfrage etc. Nach der Logik des Parteivorstandes ist es eigentlich unbegreiflich, warum die Maifeier und der Internationale

Kongress ausgeschieden werden, denn sie sind auch im Vorstandsbericht enthalten. Um dem Wirrwarr zu entgehen, wird man die Debatte nach den einzelnen Gegenständen gruppieren und trennen müssen. Ob es da nicht doch zweckmässiger wäre, einen besonderen Punkt der Tagesordnung einzuschalten, etwa mit der Bezeichnung: „Die Reichstagswahlen und unsere nächsten Aufgaben im Reichstage“, oder noch besser: „Die Reichstagswahlen und die Arbeiterschutzgesetzgebung“?

Die Hauptsache bleibt: wir müssen vorwärts kommen in der Sache des Achtstundentags!

Parvus.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag
Richard Etzold in München.

Die „Leipziger Volkszeitung“ hat bis jetzt eine Insinuation, wonach ich den Kaiser für die Sozialdemokratie zu gewinnen empfehle, also eine kaisertreue, monarchische Sozialdemokratie befürworte, trotz meiner entschiedenen und klaren Zurückweisung, noch nicht berichtigt. Franz Mehring sitzt in Steglitz und weiss offenbar von nichts. Für die Artikel, die er schreibt, trägt die Redaktion die Verantwortung; für die Artikel, die die Redaktion schreibt, findet sich kein Verantwortlicher. Zwar gibt es zwischen Steglitz und Leipzig eine Rohrleitung und in der Redaktion sitzt ein gewisser Jemand, in dessen Schädel ein Trichter eingesetzt ist, doch öffentlich kann Franz Mehring stets sein Alibi beweisen: er sitzt in Steglitz und schreibt Berliner Briefe. Soviel für diesmal.

Parvus.

AUS DER
WELTPOLITIK.
Socialdemokratische Zeitungen-Korrespondenz.
V. Jahrgang. Nr. 35. 31. August 1903.

Nutzloser Streit.

Wp. So hat man es denn glücklich soweit gebracht, dass der Parteitag von einem Hausstreit der Partei ausgefüllt werden wird. Da hat man sich den Kopf zerbrochen, wie man die gewaltige Tagesordnung am besten einteilt: eine Siegesfeier sollte es sein und grosse Aufgaben sollten entfaltet, weitläufige Resolutionen gefasst werden, der Achtstundentag, der Arbeiterschutz etc. etc.! Jetzt ist alles eminent vereinfacht: schon beim Bericht des Parteivorstandes setzt das Gezänk ein, und das hört nicht auf, bis man ihm nicht mit Gewalt ein Ende legt, und schluckt auf jeden Fall Dreiviertel der Zeit des Parteitags. Und die Leute der mittleren Linie, die in jeder prinzipiellen Erörterung ein Veruneinigungsmoment der Partei erblicken, die gerade schüren jetzt den Streit und sind emsig daran, ihn persönlich zuzuspitzen. Oder welch' anderes Ergebnis kann es denn haben, wenn man zwei Referenten zu der gleichen Frage ernennt und Bebel Vollmar entgegensetzt? Also das der Abschluss? Die Massen haben sich über alles, über alle Streitigkeiten und Zweifel in unserer Mitte hinweggesetzt und durch ihr geschlossenes Auftreten alle und nicht zuletzt uns selbst nochmals zum Bewusstsein der sozialrevolutionären Kraft gebracht, die in ihnen steckt — und an den Gipfel dieser historischen Begebenheit setzt die Partei einen Redekampf zwischen Bebel und Vollmar!

Wenn je ein Moment ungeeignet war zu einem Parteistreit, so ist das der gegenwärtige Augenblick. War der Sieg gross, so brauchen wir umso grössere Einigkeit, um ihn auszunützen. Die Partei muss sich gross zeigen. Verliert sie sich in Kleinigkeiten angesichts der grossen Situation, so wird sie zum Gespötte der Gegner. Kleinlich aber ist der jetzige Streit und überflüssig.

Man kann es kaum fassen, dass eine derartige, ganz formelle und äusserst unbedeutende Angelegenheit soviel Staub in der Partei hat aufwirbeln können. Die Erklärung liegt in den Nebenumständen. Vor allem war es Ed. Bernstein, der die Frage in der Oeffentlichkeit angeregt hat. Seit Jahren eignet sich kein Mensch mehr als dieser Schriftsteller dazu, aus einer klaren Frage ein verzwicktes Problem zu machen. Sodann ist hinter Bernstein die gesamte bürgerliche Journalistik her, um nur etwas aufzuschnappen, was man gegen die Partei verwerten könnte. Die bürgerliche Presse hat sich denn auch sofort der Sache bemächtigt und verkündete den Parteistreit, noch bevor er da war. Schliesslich gibt es Geister in der Partei, die sich als die Antipoden Bernsteins fühlen. Was Bernstein verkehrt denkt, das denken sie umgekehrt. Ueber den Diskussionsgegenstand hinweg sehen sie auf Bernstein und springen ihm ins Gesicht. So geschah es denn auch diesmal, und zwar in der „Leipziger Volkszeitung".

Die „Leipz. Volksz.“ kann es überhaupt nicht begreifen, dass man den Gesichtspunkt Bernsteins bekämpfen und doch in der praktischen Aktion mit ihm einverstanden sein kann. Sie nennt es den „Gipfel der Konfusion“, dass ich mit Bernstein und Vollmar für die Besetzung des Präsidiums eintrete und doch mich in der gleichen Frage gegen Bernstein und Vollmar wende. Ich kann es vertragen. Ich trat zu Bernstein in der Frage der preussischen Landtagswahlen, als er die gesamte Partei mit Bebel an der Spitze gegen sich hatte. Ich bekämpfte mit aller Entschiedenheit die revisionistischen Ansichten Bernsteins, als er noch die grosse Autorität der revolutionären Theorie war und Niemand in der Partei, auch seine jetzigen Antipoden nicht, es wagte, gegen ihn aufzutreten, weil er Bernstein war. Ich lasse mich auch jetzt in meinem Urteil nicht beirren und stimme mit Bernstein in der Präsidentschaftsfrage, obwohl er Bernstein ist.

Dass Bernstein seine Antipoden fand, war selbstverständlich ein gefundenes Fressen für die liberale Presse. Wie gewöhnlich, tat sie noch ein Uebriges, fälschte, verdrehte und log. So war z. B. die erste Erklärung Bebels nur der energische Ausdruck einer durchaus berechtigten Indignation darüber, dass der Eindruck der grossartigen Wahlkundgebung durch die kleinliche Wichtigtuerei in einer Hofzeremonienmeisterfrage verpfuscht wird. Die bürgerliche Presse gab dieser Erklärung Tausend Spitzen gegen Richtungen und Personen. Nun kam Vollmar, der übrigens förmlich mit Spiessen und Stangen von der Presse gehetzt wurde, in die Arena zu treten, und erging sich in einer fulminanten Rede um die Bebel'sche Erklärung herum und machte erst die Sache zu einer Haupt- und Staatsaktion. Das weitere lässt sich leicht übersehen.

Mit einer bekannten Offenheit sagt es uns ja auch Bebel selbst, dass er erst durch die in der Parteipresse geäusserten Ansichten dazu kam, der Präsidentschaftsfrage eine grosse Bedeutung beizulegen. Also der grosse Parteistreit ergab sich erst aus der Diskussion, der Gegenstand selbst bietet nicht soviel Interesse. Mit anderen Worten, aus geringfügiger Veranlassung platzten die bereits vorhandenen Meinungsgegensätze scharf aufeinander. Da aber die Veranlassung geringfügig ist, so kann eine gross angelegte Diskussion zu keinem gleichwertigen konkreten Ergebniss führen. Es ist ja sehr erfreulich, dass Bebel mit aller Macht und Offenheit sich gegen Opportunismus, Revisionismus etc. sich ins Zeug legen will. Aber was er nach der Lage der Dinge erreichen kann, ist bestenfalls eine neue allgemeine Resolution zu den übrigen, bereits vergessenen, und praktisch höchstens das Verbot des Hofbesuchs — ein Ergebnis, das in keinem Verhältnis steht zu der Art, wie er zum Kampfe ausholt. Ein Sieg aber, der im Missverhältnis steht zum Kraftaufgebot, ist eine halbe Niederlage.

Dazu kommt, dass in diesem falsch disponierten Meinungskampfe — wie ein schiefer Turm, der dabei noch auf die Spitze gestellt ist — die Gesichtspunkte sich leicht verschieben. Der Opportunismus der Präsidentschaftsfrage liegt offenbar darin, dass man diese Sache so furchtbar aufbauscht. Wie eingeengt muss doch der Gesichtskreis sein, um nach der ganzen grossen Entwicklung, welche die Partei durchgemacht hat, die Frage des Vicepräsidiums zu einem politischen Brennpunkt zu machen. Man vergegenwärtige sich dabei, welcher Wert gerade von jener Seite auf „praktische Tätigkeit“, „positive Arbeit“ etc. legt. Man hat uns versprochen, das Kapital allmählich zu enteignen durch fortgesetzte Erweiterung der Arbeiterschutzgesetzgebung und -Versicherung, sowie Demokratisierung der Staatsverfassung, und das alles

einfach auf dem Wege der steigenden Stimmenzahl bei den Wahlen und der steigenden parlamentarischen Vertretung, — und nun — angesichts der drei Millionen Stimmen und 81 Mandate, womit, durch welches Gesetz, welche Massregel beginnen wir die allmähliche Enteignung der Kapitalistenklasse, die allmähliche Besserung der Arbeiterlage. „Besetzen wir das Vicepräsidium“ — das die Antwort. Die granze praktische Unfähigkeit des Opportunismus, seine Energielosigkeit und geistige Trägheit zeigt sich darin, dass er von den grösseren Aufgaben zu diesem ohne Kraftaufgebot erreichbaren Erfolg innerhalb des parlamentarischen Formalismus sich flüchtet. Indem man aber von der anderen Seite nicht den opportunistischen Standpunkt, sondern die parlamentarische Forderung bekämpft, bauscht man sie selber auf und verleiht dadurch dem Opportunismus eine Bedeutung, statt seine Wertlosigkeit aufzudecken. Diese ganze opportunistische Aktion ist erst durch die Opposition zu einer politischen Höhe aufgetrieben worden, die sie allein unter keinen Umständen würde erreichen können. Dabei bedingt der falsch gerichtete Kampf, dass man sich selbst Blössen giebt. So ging die ganze Argumentation der „L. Vz.“ fehl.

Ich bleibe dabei: dieser ganze Streit sollte am besten vermieden werden.

Parvus.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag
Richard Etzold in München.

Die Berichtigung der „L. V.“ war übersehen worden. Ich hatte, da ich mich in den Ferien befand, keine Gelegenheit, die „L. V.“ selbst zu verfolgen, und ein Freund, der es zu besorgen übernahm, liess sich zu unserem beiderseitigen Bedauern die Notiz entgehen. Selbstverständlich fallen mit der Voraussetzung auch meine Ausführungen über die Leitung der „L. V.“

Die Berichtigung der „L. V.“ geht aber dahin, ihre Andeutung, dass ich die Sozialdemokratie mit der Monarchie versöhnen will, sei ironisch zu verstehen, und zwar so, dass ich die Monarchie diskreditieren will. Ferner habe sie in meinem Artikel tatsächlich die Worte gefunden „ein Jude soll es extra sein“. Mit der Ironie der „L. V.“ könnte ich zwar behaupten, der Jude sei als Christ aufzufassen, doch brauche ich das nicht, da der Sinn jener Worte sich klar aus dem Zusammenhang meines Artikels ergibt und ich nichts zu vertuschen habe.

Die sachlichen Ausführungen meiner Artikel ignoriert die „L. V.“ geflissentlich.

AUS DER
WELTPOLITIK.
Socialdemokratische Zeitungen-Korrespondenz.
V. Jahrgang. Nr. 36. 7. September 1903.

Alte Taktik — neue Taktik!

Wp. Wir wollen bei der alten Taktik bleiben, die uns von Sieg zu Sieg geführt hat. So heisst es jetzt. Ausgezeichnet! Doch schliesst das keineswegs eine Aenderung der Taktik bezw. neue taktische Probleme aus. Die „alte Taktik" ist ein durchaus bestimmter Begriff, womit es sich um den Gegensatz zu opportunistischen Bestrebungen handelt. Diese „alte Taktik" ist einheitlich, aber nicht unveränderlich. Sie ist einheitlich durch den sozialrevolutionären Geist, der sie durchdringt, aber keineswegs unwandelbar, besteht vielmehr aus lauter Aenderungen. Wie soll es denn anders sein, da sich die ökonomischen und politischen und kulturellen Verhältnisse unablässig ändern, da mit dem Wachstum der Partei sie eine grössere Expansionskraft entwickeln kann, da, schliesslich, auch die Taktik der Regierung und der Parteien ihr gegenüber Aenderungen unterworfen ist?! Die grossen geschichtlichen Strömungen sind so, wie sie der wissenschaftliche Sozialismus erkannt hat, darauf beruhen unsere Grundsätze, das gibt uns das Endziel unserer Bewegung — aber eine konstante, unlenksame Taktik wäre ein Kurs geradeaus, auf einem Schiff ohne Takelage und ohne Seekarten, höchstens mit einem Kompass versehen, der die allgemeine Richtung angibt.

Die Tatsachen der Aenderung unserer Taktik sind in der gegenwärtigen Diskussion oft genug hervorgehoben worden. Wir brauchen sie nicht zu wiederholen. Ich möchte nur darauf verweisen, dass dabei leicht als Aenderung der Gesinnung erscheint, was in Wirklichkeit nur eine Aenderung des Gesichtskreises unter dem gleichen Gesichtswinkel ist. So erklärt z. B. Genosse Timm mit dem grössten Nachdruck, die Aenderung unserer Taktik bei den preussischen Landtagswahlen bedeute eine durch nichts als eben bessere Einsicht vermittelte Aenderung der Auffassung — denn, was habe sich den eigentlich in den Verhältnissen seit Köln geändert? Seit Köln allerdings nicht, aber vorher. Oder meint vielleicht Genosse Timm, eine Beteiligung unserer Partei an den preussischen Landtagswahlen in den 60er oder 70er Jahren könnte ein anderes Ergebnis haben als eine materielle und moralische Blamage? Zweifellos wurde die Beteiligung erst möglich mit dem Wachstum der Partei. Der Kölner Beschluss wurzelte noch in den alten Anschauungen, obwohl die Verhältnisse schon damals anders waren. Notabene! Weil der Beschluss der Wahlbeteiligung in Preussen auf die Anregung Bernsteins zurückzuführen ist, so wird das jetzt oft als opportunistische Taktik hingestellt. Geschweige schon von allem anderem, übersieht man dabei merkwürdigerweise, dass Ed. Bernstein selbst, als er jene Anregung gab, so ziemlich im Zenit seines Revolutionismus stand. Man vergleiche damit, wie er jetzt schwankenden Schrittes um die grossen Probleme, wie die Erringung des Achtstundentages, sich herumdrückt (so in den letzten „Soz. Monatsh."). Statt dessen schenkte er uns die Vice-

präsidiumsfrage. Der Opportunismus beruht ja vor allem auf einer Einengung des Gesichtswinkels.

Eine starre Taktik ist Stagnation, ist der Tod. Es gibt aber einen Revolutionismus, der vor jeder Aenderung zurückschreckt. Ein konservativer Revolutionismus. Er sieht nicht das Prinzip der alten Taktik, ihm ist die alte Taktik selbst Prinzip. Die alte Taktik, d. i. die Taktik, abschliessend mit den Resolutionen des jeweilig letzten Reichstags. Jede Neuigkeit ist ihm von vornherein verdächtig. Lieber nicht, dann bleibt das Prinzip rein. Er verneint nach rechts und links. Preussische Landtagswahlen? Nein. Sächsische Landtagswahlen? Nein. Politischer Massenstreik? Nein. Genossenschaften, Konsumvereine? Nein. Vicepräsidium? Nein. Agitatorische Konzentration auf den Achtstundentag? Ja und Nein! Die Benützung des allgemeinen Wahlrechts fand dieser Revolutionismus vor, sonst wäre er sicher dagegen. Auf Schritt und Tritt hört man von ihm, tut das nicht und tut das nicht, und noch nie hat er gezeigt, was man eigentlich tun soll. Denn statt im Prinzip die bewegende Kraft zu sehen, die die Praxis durchdringt, umfasst, schärft und richtet, sieht er in der Partei einen fortwährenden Wiederspruch und Kampf gegen das Prinzip. Er setzt sich dadurch in prinzipiellen Gegensatz zu seinem eigenem Prinzip, das er nicht als geschichtliches Postulat, sondern als moralisches Gebot auffasst. Er hütet das Prinzip wie die törichte Mutter ihr Kind, vor jedem Luftzug. Er lebt in tausend Aengsten um seine eigene Eixstenz.

Der Grundzug der „alten Taktik" ist, was Marx und Engels oft als das „auf die Spitze treiben" bezeichnet haben. Die Bourgeoisie opponiert gegen übermässige Steuern und übermässige Rüstungen? Keinen Mann und keinen Groschen! Regierung und Parlament wollen Sozialpolitik treiben? Stellen wir Forderungen, die das kleinliche Mass des Angebotenen in das schärfste Licht bringen. Diese Taktik gebar den Achtstundentag, eine Forderung, die alle Arbeiterschutzsimpelei in den Schatten stellt. Solange wir an den Achtstundentag festhalten, muss alles andere den Arbeitern unzureichend und kläglich erscheinen.

Diese Taktik ist offenbar auf den Konflikt abgesehen. Die Partei wirft sich dem kapitalistischen Staat auf Schritt und Tritt mit aller Energie entgegen und versperrt ihm alle Wege des Kompromisses mit dem Parlament. Wie schon erwähnt, nimmt sie Arbeiterschutzgesetze an, aber nur als „Abschlagszahlung" und übertrumpft sie durch neue und grössere Forderungen. Sie ist nicht zufrieden zu stellen und sammelt die unzufriedenen Massen um sich.

Wenn wir in dieser „alten Taktik" fortfahren, so bringt sie uns schnell an gewaltige Probleme einer „neuen Taktik". Wir sind mit dieser alten Taktik, von Sieg zu Sieg, nahe an den Punkt gelangt, wo die Regierungsmaschienerie, unter Voraussetzung der gegenwärtigen Verfassung des Deutschen Reichs und des allgemeinen Wahlrechts, nicht mehr weiter funktionieren kann. Es ist interessant, die veränderte Stellungnahme der einzelnen Parteien und Personen zum allgemeinen Wahlrecht aufzudecken, doch vor allem stehen sie alle unter dem Gebot der Tatsache, dass wir in absehbarer Zeit in die Lage kommen können, die verfassungsmässige Erledigung des Budgets und sämtlicher politischen Arbeiten zu verhindern. Für uns aber entsteht die Frage: was dann? Die praktische Voraussetzung unserer alten Taktik war das allgemeine, gleiche Wahlrecht — was sollen wir tun, wenn uns dieses fehlt? Wie sollen wir verhindern, dass es uns genommen wird? Ueberhaupt, was weiter? Der Konflikt ist da oder er kommt bald, auf dem unsere ganze alte Taktik hinarbeitete, — was sollen wir anfangen?

Und wenn uns eine Gefahr seitens des Opportunismus droht, so besteht sie darin, dass man der Lösung dieses grossen Problems sich dadurch zu entziehen sucht, das man es ignoriert. Das Allheilmittel des Opportunismus sind lauwarme Umschläge. Es wird empfohlen, dass man die Tonart mildert, die Forderungen mässigt und überhaupt alles tut, um den Konflikt zu vermeiden. Es ist eine Taktik der Hinausschiebung und Verlangsamung, die keine Lösung bringt, sondern nur eine Verzettelung der Kräfte. Der revolutionäre Gesichtspunkt fordert eine klare Stellung des Problems und eine Antwort ohne Umschweife. Das Wort fiel vom „Komödienspielen". Hier, in dieser Frage ist es vor allem notwendig, dass man nicht Komödie vor dem Spiegel spielt, nicht Vogelstrausspolitik treibt.

Ob es nicht höchste Zeit ist, das Problem der „neuen Taktik" für den Fall der Abschaffung des jetzigen Wahlrechts noch auf diesem Parteitag zu erörtern? Bernstein verweist uns auf die Bedeutung einer Vertretung im Präsidium, wenn die Geschäftsordnung des Reichstags geändert wird, — was tun wir aber, wenn die Staatsverfassung umgestürzt wird? Ich glaube, dass man auch auf der radikalen Seite dem Problem der Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen Staat um die politische Macht mindestens ebensoviel Interesse wie der Frage des Hofbesuchs entgegenbringen dürfte.

Parvus.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag
Richard Etzold in München.

AUS DER
WELTPOLITIK.
Socialdemokratische Zeitungen-Korrespondenz.
V. Jahrgang. Nr. 37. 14. September 1903.

Zum Parteistreit.

Bebels Artikel.

Die bürgerliche Presse duckt sich vor Bebels Artikel wie ein abgebrühter Hund; hinterrücks keift sie und speit Galle. Es war eine herzerfrischende Tat, belebend und hinreissend durch den Kampfesmut und die Siegeszuversicht. Abermals wird man sich bewusst, dass im Proletariat eine die Welt erschütternde Macht sich regt. Der Artikel wirkt wie der Blitz, der die Wolken erhellt und den Sturm ankündigt. Darin liegt sein grosser Wert im Kampf gegen den Opportunismus. Denn das Wesen des Opportunismus ist die Angst vor uns selbst — vor unserer Macht, unseren Erfolgen, unserem Fortschritt. Man erinnere sich, wie Ed. Bernstein uns eine „kolossale Niederlage" prophezeite, wenn wir zu schnell die Macht erlangen. Jetzt zeigt uns Bebel, wie Bernstein zerknirschten Herzens an der Leiche der von uns zertretenen Mollusken des Liberalismus steht. Sie wagen keinen Schritt vorwärts und schleichen lieber in die Kreuz und Quere, um nur die Entscheidung zu verzögern. Demgegenüber frischer Wagemut und unwankbarer Entschluss, vorwärts zu stürmen! Die bürgerlichen Politiker, die seelenvergnügt im opportunistischen Gewässche mit herumplätscherten, wanken verdutzt zurück, da ihnen eine derbe Hand übers breite Maul gefahren ist. Das also ist die Sozialdemokratie! Und die Arbeitermassen werden sicher neues Vertrauen fassen zu ihrem unbeugsamen Führer, dem Manne, dessen Temperament die ganze verhaltene Glut der um ihre Erlösung ringenden Klasse in sich aufgesaugt zu haben scheint.

Die Partei ist unserem jungen Alten zu Dank verpflichtet für diese erlösende Tat. Doch wird sie zugleich ernstlich erwägen und kritisch prüfen, was er ihr zu sagen hat. In diesem Sinne mögen die folgenden Zeilen aufgefasst werden — als ernste Prüfung der hochbedeutsamen Ausführungen des anerkannten und geachteten Führers der Partei.

Der Gegenstand des Streites.

Der Streitgegenstand selbst, das Vicepräsidium mit obligatem Kaiserbesuch, beschäftigt Bebel viel weniger, als die Gesichtspunkte, die dabei zum Ausdruck kamen, und das mit Recht. Es handelt sich tatsächlich, wie K. Kautsky in der gleichen Nummer der „N. Z." ganz richtig sagt, um „eine kleine und kleinliche, ganz nebensächliche Forderung." Obwohl nun Bebel in glänzender Weise eine Konsequenz an die andere reiht, um den Hofbesuch zu diskreditieren, so finde ich doch seine Argumentation in diesem Punkt nicht durchschlagend. Diese Argumentation gipfelt in einer Etikettenfrage, darin, dass man bei Hofe in

Wadelstrümpfen erscheinen muss. Ich frage: wäre die Situation wirklich anders, wenn die Kostümfrage anders geregelt wäre, wenn die Hofetikette sich mit einem Frack oder mit einem schwarzen Brautrock begnügen würde? Dann beschliessen wir doch: die Fraktion beteilige sich an dem Präsidium unter der Bedingung, dass unser Vertreter keine Wadelstrümpfe zu tragen brauche! Offenbar würden wir uns lächerlich machen, wenn wir dieser Aeusserlichkeit eine so hohe Bedeutung beilegen wollten. Steht sonst nichts im Wege, so können uns die Wadelstrümpfe an der Hofaudienz nicht hindern. Dagegen steht es uns frei, wenn wir am Präsidium teilnehmen, im Reichstage zu beantragen, er möge beschliessen, dass das Präsidium bei Hofaudienzen die allgemein gebräuchliche bürgerliche Tracht zu tragen habe. Der Reichstag wird es nicht beschliessen, aber die Debatte wird uns die Gelegenheit geben, in einer Weise gewissen anderen Leuten die Hosen straff zu ziehen, dass ihnen die Freude an den uns aufgezwungenen Kniehosen vergehen wird.

Mit mehr Erfolg bemüht sich Bebel nachzuweisen, dass unsere Stellung im Präsidium auf die Dauer unhaltbar sei. So, wenn unser Vicepräsident sich weigert, das Kaiserhoch auszubringen, oder wenn er, ausser dem offiziellen Besuch, alle Hofeinladungen zurückweist. Ein, zwei Mal mag er plausible Anreden finden. — „bei dem dritten Mal versagen sie. Bleibt er dennoch fort, so gibt es einen Affront bei Hofe, einen Affront im Reichstag und in der Presse, und wieder ist eine Ursache vorhanden, die der sozialdemokratischen Vicepräsidentenherrlichkeit zum Gelächter der ganzen Welt ein rasches Ende bereitet.“ Ich glaube, die Worte „zum Gelächter“ haben sich ganz ungerechtfertigterweise in diesen Satz eingeschlichen. Wenn es wirklich „einen Affront bei Hofe“ und „einen Affront im Reichstag“ gibt, so wird den Herren von den bürgerlichen Parteien schon das Lachen vergehen! Was verlieren wir denn dabei!? Ja, wenn wir selbst auf die Meinung bei Hofe Wert legen würden, dann schon. Sonst aber sollte man doch glauben, dass bei all diesen „Affronten“ das Lachen auf unserer Seite sein würde.

Ueberhaupt, und das gilt für die ganze Angelegenheit: entweder die Majoritätsparteien meinen es legal, oder sie wollen uns chikanieren. Sind sie einfach zu der Ueberzeugung gekommen, dass man uns den uns gebührenden Sitz im Reichstagspräsidium nicht mehr länger vorenthalten kann, ohne sich in den Augen der Oeffentlichkeit, also der Wähler, einer eklatanten Ungerechtigkeit schuldig zu machen, so werden sie sich mit der Tatsache abfinden und alles zu vermeiden suchen müssen, was zu Reibungen innerhalb des Präsidiums oder nach aussen hin führen kann. Zweifellos lässt sich da ein modus vivendi schaffen. Wollen sie uns aber Ungelegenheiten bereiten, so fällt das auf sie selbst zurück, da sie uns ebensoviel Möglichkeiten eröffnen sie selbst, und die Monarchie, die sie verteidigen, in Misskredit zu bringen. Indem man uns in das Präsidium aufnimmt, übernimmt man auch selbst uns gegenüber Verpflichtungen. Man muss die Ehre unserer Vertreter schützen, wie man das Präsidium überhaupt schützt. Tut es der Reichstag nicht, so vergreift er sich an seiner eigenen Würde. Das gibt einen „Affront“ in der Oeffentlichkeit, der unserer Agitation nur zu Nutze kommen kann.

Anschliessend noch einige Worte über die Beweisführung, die Kautsky in der gleichen Frage an-

wendet. Er fasst die Sache allgemein. „Soll unsere Partei einen Posten durch eine Konzession erkaufen, den sie nicht zu erobern vermag? Das ist die Frage.“ Man wäre versucht zu antworten: „es kommt auf den Preis an.“ Denn nur um den Preis unserer Grundsätze dürfen wir keine Kompromisse eingehen, sonst aber tun wir es auf Schritt und Tritt. So z. B. wollen wir bei den nächsten preussischen Landtagswahlen den Freisinnigen eine Anzahl Mandate konzedieren und verlangen dafür, dass auch sie uns Mandate abtreten, die wir selbst nicht zu „erobern“ vermögen. Vor allem aber, was heisst „erobern“? Kautsky wird mit mir einverstanden sein, dass man unter einer politischen Eroberung denn doch etwas mehr versteht, als bloss die Erreichung dessen, was gesetzlich vorgeschrieben ist. Gesetzlich ist es vorgeschrieben, dass das Reichstagsmandat den mehreren Stimmen zufällt — so erobern wir Reichstagssitze. Aber es gibt noch andere Eroberungen. Erobern heisst die Gegner zwingen, einen Posten zu verlassen und ihn uns abzutreten. Darüber besteht aber kein Zweifel, dass die Majoritätsparteien nicht aus Gefälligkeit, sondern höchst unwillig, gezwungen durch unsere steigende Macht, durch die Furcht vor der Oeffentlichkeit, uns den Posten im Präsidium räumen. Wir haben den Sitz erobert, wenn wir auch den Majoritätsparteien nicht die Polizei auf den Hals schicken können, um sie zur Erfüllung dessen zu veranlassen, was ihre politische Pflicht ist.

Das beweist, das man nicht jeden Quark zu einem Prinzip erweitern kann, wie man nicht aus einem Kuhschwanz Stiefel formen kann. Kautsky ging diesmal durch die falsche Tür hinein, und da ihm das bischen Inkonsequenz fehlt, um den Nebenausgang zu finden,

baut er die Treppe seiner Konsequenzen bis zu jenen ideologischen Höhen hinauf, auf denen die Civilehe ebenso zur moralischen Pflicht wird, wie die geistliche Trauung dem Katoliken. Dass Kautsky dabei die Irreligiosität mit der Berliner freireiligiösen Gemeinde verwechselt, ist noch das Wenigste; er verurteilt Tausende konfessionsloser Männer der Ehe, der Nachkommenschaft und den sonstigen angenehmen Folgen der Liebe zu entsagen, falls die Mädchen ihrer Wahl auf dem priesterlichen Segen bestehen!

Schliesslich wirft Bebel seine eigene Argumentation über den Haufen, indem er den Hofbesuch für erlaubt erklärt, falls er in der Geschäftsordnung des Reichstags vorgeschrieben wird. Aber die Kniehosen werden doch dadurch nicht schöner und die Konfliktsfälle, wie Kaiserhoch und nichtoffizielle Kaiseraudienzen nicht aus der Welt geschafft. Oder wenn die Hofaudienz vorgeschrieben ist, so sei es erlaubt, auch das Kaiserhoch auszubringen? Was in der Geschäftsordnung steht, meint Bebel, wird uns aufgezwungen. Aber wird uns denn auch jetzt der Kaiserbesuch nicht aufgezwungen? Verstehen wir uns recht: ein materieller Zwang besteht auch dann nicht, wenn der Hofbesuch vorgeschrieben ist: wir brauchen auch in diesem Fall nur auf das Vicepräsidium zu verzichten, um allen Förmlichkeiten zu entgehen. Der Zwang bestände nur darin, dass wir eben auf anderem Wege das Vicepräsidium nicht würden erlangen können. Und dieser Zwang besteht auch jetzt. Es ist der Wille der Reichstagsmajorität, der uns den Weg verstellt: ob dieser Wille bereits die Form einer geschriebenen Regel angenommen hat, oder uns mündlich kundgegeben wird, bleibt sich gleich. Bebel scheint selbst zu fühlen, dass hier seine Logik ein Loch bekommt,

und fügt hinzu, in jenem Fall könnten wir ja Anträge auf Aenderung der Geschäftsordnung stellen. Dass der Reichstag auf diese Anträge einginge, glaubt Bebel wohl auch nicht. Also welchen Zweck hätten sie? Eine Debatte zu provozieren und unseren Standpunkt zu wahren. Aber was hindert uns jetzt daran? Wir fügen uns dem parlamentarischen Brauch, aber deshalb begeben wir uns doch nicht unseres Rechtes, auf Aenderung dieses parlamentarischen Brauches hinzuarbeiten. Ich habe schon früher darauf hingewiesen.

Wenn nur der politische Wert des Vicepräsidiums ein grösserer wäre, dann würde man mit einer prinzipiellen Verneinung nicht so leicht bei der Hand sein. Gesetzt, die Majorität verleiht dem Präsidium die Macht, jede Diskussion nach Belieben zu unterbrechen, abzuschneiden, zu lenken und zu leiten und weist, um sich etwas Deckung zu schaffen, diese gewaltigen Befugnisse nicht dem Präsidenten allein, sondern dem Präsidium als Kollegialität zu. Zwar liegt auch dann das Schwergewicht des Kampfes ausserhalb des Präsidiums, doch es kommt schon auch was auf das letztere an. Aber Grundsätze bleiben Grundsätze und sind uns um keinen Preis feil. Bis zu jener Höhe der Konsequenz kann ich mich nicht emporschwingen, dass man erst sagt: absolut keine Konzessionen, dann: Konzessionen, wenn uns die Geschäftsordnung im Wege steht, schliesslich: Konzessionen, wenn bedeutende Interessen auf dem Spiele stehen.

Anderseits ist auch die Geschäftsordnung des Reichstags uns keineswegs absolut massgebend. Die Majorität kann eine Geschäftsordnung schaffen, die wir unbedingt würden verletzen müssen und der gegenüber wir uns vielleicht noch auf den langjährigen parlamentarischen Brauch berufen würden.

Man verwechsele doch nicht die Geschäftsordnung des Reichstags mit unserem Programm und die Verfassung des Deutschen Reichs mit unseren Grundsätzen. Weder können wir uns verpflichten, stets die Geschäftsordnung des Reichstags zu befolgen, noch dürfen wir uns vornehmen, nichts zu tun, was nicht in der Geschäftsordnung steht.

Bebel und noch mehr Kautsky schiessen weit über das Ziel hinaus: die ganze Frage ist eine Zweckmässigkeitsfrage, eine taktische Frage und keine prinzipielle. Sie würde auch an und für sich der Partei nicht viel Kopfzerbrechen bereiten. Aber um den geringfügigen Kern zog die Diskussion immer grössere Kreise, sodass der Inhalt des Streites jetzt weit über seine Veranlassung hinausgeht und bereits unsere gesamte Taktik und unser grundsätzliches Verhältnis zum Staate in seinen Bereich gezogen hat.

Der Opportunismus an der Arbeit.

Was eine politische Konzession unter Preisgabe unserer Grundsätze ist, ersieht man aus dem Vorschlag, anstelle Singers, unseres bisherigen Kandidaten für die Präsidentschaft, einen anderen zu wählen. Es ist ein Verdienst Bebels, diese Gedankengänge ins richtige Licht gestellt zu haben. Denn im Bewusstsein der Ungeheuerlichkeit seines Ansinnens schleicht sich hier der Opportunismus auf leisen Sohlen wie der Dieb in der Nacht heran. Das ist ja schon an und für sich kennzeichnend genug für diese Politikasterei, dass man nicht die Partei zu überzeugen, sondern sie zu hintergehen sucht. Jene Anregungen laufen nun auf nichts

anderes hinaus, als dass wir nicht den Mann wählen, der uns am besten passt, sondern der dem Hofe genehm ist. Wer solche Rücksichten nimmt, dem ist offenbar der Hofbesuch nicht einfach eine unumgängliche Formalität auf dem Wege zum Präsidium, sondern Selbstzweck. Man will damit etwas — was, weiss freilich kein Mensch — erreichen. Man will sich bei Hofe einschmeicheln. Dann wird man von der gewählten Person auch verlangen, dass sie keinen Anstoss errege, von der Partei, dass sie sich mässige, um das gute Einvernehmen bei Hofe nicht zu stören. Das ist opportunistische Hofgunstpolitik, die mit der Frage einer aufgezwungenen Hofaudienz ebensowenig gemein hat, wie die Bernsteinsche Theorie einer deutschen Republik, die im deutschen Kaiserreich steckt, etwa mit der Ausnützung des allgemeinen Wahlrechts.

Mit der emsigen Rührigkeit einer Ameise gibt sich Ed. Bernstein die Mühe, die Konsequenzen seines Revisionismus bis in alle Details des Absurden auszuarbeiten. Erst verschwand aus seinem Gesichtskreis der Begriff der sozialen Revolution; infolgedessen begannen ihm logischerweise die Unterschiede zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu schwinden, der Kapitalismus zog sich in den Sozialismus hinein und der Sozialismus senkte sich in den Kapitalismus hinab, und alles ward zu einem wogenden Nebelmeer; die Konturen der grossen geschichtlichen Klassenscheidung erschienen verwischt und von trüben Mittel- und Nebenströmungen überzogen; die menschliche Geschichte wurde zu einem ziellosen Dahinschweben im weltlichen Chaos; nun konnte auch der Begriff des Klassenkampfes, der sich scharf und klar gegenüberstehende Parteien voraussetzt, nicht mehr angewandt werden und wurde ersetzt durch den Begriff der

Demokratie; erst war ihm die Demokratie mit der Vorstellung einer bestimmten Staatsform, also der Republik, verknüpft; aber gerade die Republik zeigt uns am besten das rein Aeusserliche der politischen Demokratie — diese Erkenntnis führt den Sozialismus zum Resultat der ökonomischen Umwälzung, Bernstein aber auf dem Wege seiner logischen Rückentwicklung musste dazu gelangen, die Demokratie ausserhalb der Republik zu suchen; anstelle der demokratischen Staatsform trat für ihn der Sammelbegriff demokratischer Gesetze, Einrichtungen, Reformen, Ideen, Bestrebungen, ohne Unterschied der Staatsform; er machte aus der Demokratie einen weiten Bettlermantel, der aus lauter Fetzen zusammengeflickt ist und alles deckt; so gelangte er zu der Idee der Republik mit dem Kaiser an der Spitze. Also wird der Sozialismus allmählich verwirklicht innerhalb der republikanischen Monarchie des Kapitalismus!

Als Bernstein noch den weiten Blick hatte, bemerkte er manche Kleinigkeiten in seiner nächsten Nähe nicht. Jetzt kneift er die Augen zusammen und zwinkert, und wie anders erscheint ihm die Welt! Die Lichter der Strassenlaternen senden rötliche Strahlen aus und scheinen sich zu bewegen, die Häuser schwanken, die Wege schlängeln sich ins Dunkle hinein, der Horizont verschwindet. Er sieht vor seine Füsse — welche unendliche Mannigfaltigkeit im Staub der Strasse! Eine reiche Welt, die ihm bis dahin entgangen war. Welches Material zum Studium! Er knabbert an jedem Problemchen herum wie das Kaninchen am Salat. Entdeckungen macht er ohne Zahl. Er hat eine sehr ergiebige Methode: statt die grossen Unterschiede aufzudecken, sucht er nach den kleinen Zusammenhängen. Von diesem Gesichtspunkte entziehen

sich die Unterschiede zwischen dem preussischen Militär und der schweizerischen Volksmiliz dem Auge und in deen Vordergrund tritt die Analogie zwischen den schweizerischen Bund und dem deutschen Bundesreich. Es ist die Methode, mittel welcher man einen Zusammenhang nachweisen kann zwischen den Chimborazo und einem Chimpanse.

Dass die Uebertragung dieser geistigen Zerfahrenheit auf die Taktik der Partei zum Marasmus führen muss, braucht nicht erst nachgewiesen zu werden. Alles, was der Opportunismus bis jetzt als sein Specifikum vorgebracht hat, die Gegenüberstellung der Praxis der Theorie, der positiven Tätigkeit der negativen, der Gegenwartsarbeit dem Zukunftsideal, all das ist unwahr und erfunden. Der Opportunismus bedeutet einfach den Rückzug auf allen Gebieten, die Vorsichtsmeierei und Leisetreterei, sein Weg führt, wie Bebel richtig hervorhebt, zur Verbürgerlichung der Sozialdemokratie. Man begreift es, wenn Bebel dagegen flammenden Protest erhebt.

Die Abwehr des Opportunismus.

Kampf dem Opportunismus! Gewiss, das tut not, doch hat die Partei glücklicherweise auch noch anderes zu tun. Veranlassung, gegen ihn aufzutreten, gibt uns der Opportunismus unablässig Tag für Tag, doch ist nicht jeder Moment dazu gleich geeignet. Dass wir jetzt, nach den grossen Wahlen, uns vor allem einig zeigen müssten, das schlägt doch jedem in die Augen. Nun kann man ja sagen: wir sind eben uneinig, was nützt uns das Vertuschen? Auch ein Standpunkt, doch da kommt noch ein zweiter in Betracht: der Streit muss ein erreichbares Ziel haben, das ihn lohnt, ihm einen Wert gibt. Einen Streit um seiner selbst willen wird keiner befürworten, der nicht mit Polemiken

journalistischen Sport treibt bezw. in einen eine willkommene Gelegenheit erblickt, seinen Witz anzubringen. Die jetzige Diskussion ist aber zunächst dadurch gekennzeichnet, dass sie nur eine Wiederholung ist dessen, was schon oft wiederholt worden war, und dann, dass sie zu gar keinem konkreten Ergebnis von irgend welchem Wert führen kann.

Kein Komödiespielen mehr, ruft Bebel. Das ist aber eine so eigenartige Sache. Ich persönlich z. B. habe gar kein Talent zum Komödiespielen. Es ist mir oft nachgetragen worden. Bebel selbst ist hübsch mit derselben zornigen Energie gegen mich aufgetreten, weil ich die Dinge und Personen offen bei den Namen nannte, mit der er jetzt verlangt, dass sie genannt werden. Ich habe aber die Wahrnehmung gemacht, dass alle Offenheit im Kampfe wenig nützt, solange der Partner darauf nicht angeht, sondern eben vorzieht, Komödie zu spielen. Diese Erfahrung wird auch Bebel wieder machen. Er tritt offen auf, aber er wird keine offenen Gegner finden. Man wird sich auf Ausflüchte verlegen, die Missverstandenen und Gekränkten spielen und als Unschuldslämmlein dastehen, die kein Wässerchen getrübt haben. Bernstein ist der Einzige, der ehrlich seine Haut zu Markte trägt — mit dem stillen Lächeln und dem starren Blick eines Menschen, der einer fixen Idee nachgeht.

Kautsky meint: „das Ergebnis dürfte genug tiefen Eindruck machen, um uns für einige Zeit weiterer revisionistischen Debatten zu entheben?“ Das heisst: Klopfen, um die Geister zu verscheuchen. Nützt nichts! Es ist schon genug geklopft worden. Aber die Geister schütteln sich blos das Fell und zeigen sich bald wieder in irgend einem Ritz.

Ich habe von all diesen Auseinandersetzungen mit

dem Oppertinusmus nachgerade den Eindruck, als wenn wir gegen Spreu im Winde kämpfen. Es ist ja nicht blos persönliche Schlauheit, wenn die Oppertunisten uns im Meinungskampfe ausweichen; zu dieser Schlauheit müssen sie vielmehr ihre Zuflucht nehmen, weil sie keine Ueberzeugungen, keine durchdachten Ansichten zu vertreten haben. Sie mäkeln an allem herum, möchten etwas und wissen selber nicht was, probieren das und probieren jenes, schweben stets zwischen Furcht und Hoffnung — „ein hohler Darm, voll Furcht und Hoffnung das Gott erbarm“ — und frägt man, was sie wollen und wo hinaus, so piepsen sie, das wäre ein Attenat auf ihre Meinungsfreihest, worunter sie die Freiheit verstehen, keine Meinung zu haben.

Ich will dabei nicht bestreiten, dass es ab und zu nötig wird, mit dem litterarischen Schutt des Opportunismus aufzuräumen. Schliesslich liegt es aber auch wiederum in der Natur des Opportunismus, dass er sich selber auffrisst. Siehe Bernstein. Er erlischt und taucht wieder auf. Mit Gründen ist er jedenfalls nicht zu bannen.

Die Ueberwindung des Opportunismus.

Der einzige Weg zur Ueberwindung des Opportunismus ist: die Partei vor grosse Aufgaben stellen. In der Hauptsache besorgen es ja die Verhältnisse, und darin liegt unsere grosse revolutionäre Zuversicht, aber ein gut Teil hängt auch von uns ab. Mir ist die Nachlässigkeit der Fraktion in der Achtstundenfrage ein viel schlimmeres Zeichen als die gesamte Bernsteinerei und Vollmarerei. Sie drückt sich ein ganzes Jahrzehnt schon um den Auftrag, einen entsprechenden Gesetzentwurf einzubringen, und es

liegen Anzeichen vor, dass diese Aufgabe viel schneller ihre Erledigung gefunden hätte, wenn sich die Fraktion mit einem zehnstündigen Normalarbeitstag begnügen dürfte. Aber freilich hinter dem Gesetzentwurf von 1891 darf sie nicht zurückbleiben, wenigstens vorläufig noch nicht. Wird die Frage noch ein Jahrzehnt hinausgeschoben, so wird sich die Partei zu bescheiden wissen. Schon jetzt wirkt das lange Zögern der Fraktion demoralisierend auf die Partei, wie aus der Tatsache zu entnehmen, dass bereits Vorschläge auftauchen, sich mit dem Zehnstundentag zu begnügen oder blos die Arbeitszeit der Frauen zu normieren. Wohlgemerkt, es handelt sich nicht etwa um die plötzliche Einführung des Achtstundentags, das verlangte auch unser 91er Gesetzentwurf nicht, es handelt sich darum, den Achtstundentag nebst mehrjähriger Uebergangsfrist gesetzlich festzulegen und nicht selbst schon von vornherein sich auf 10 Stunden bescheiden, unter Aufschiebung des Achtstundentags in die unsichere Ferne. Es handelt sich darum, was wir verlangen, nicht, was wir eventuell akzeptieren. Wir akzeptieren schliesslich jeden Normalarbeitstag.

Ich denke, wir wollen auch hier das „Komödiespielen“ sein lassen. Es stehen sich zwei taktische Auffassungen gegenüber. Die eine will unsere sozialpolitischen Forderungen dem Mass der Gegner anpassen, um auf den geringsten parlamentarischen Widerstand zu stossen. Die andere rechnet nur mit der ökonomischen Durchführbarkeit und sucht den parlamentarischen Widerstand zu überwinden, wenn nicht, agitatorisch auszunützen. Bebel streift diesen Unterschied, wenn er von dem Bestreben spricht, „jeder kleinen Konzession, die wir auf parlamentarischem Gebiet dem Gegner abtrotzen, zuzustimmen, was schon

so häufig heftige Auseinandersetzungen in der Fraktion hervorgerufen hat.“ Er meint mit Recht, dass das „notwendig wieder unsere Gegner dazu bringen muss, dass, je bescheidener wir werden, sie umsoweniger uns entgegenkommen. Anderseits müssen diese Konzessionen bei der Masse als möglichst grosse Errungenschaften dargestellt werden, „weil sonst die Massen an uns irre würden.“ Nehmen wir den Normalarbeitstag zum Exempel. Verlangen wir den Achtstundentag und erhalten wir den Zehnstundentag, so haben wir ihn und die Agitation dazu; verlangen wir aber nur 10 Stunden und bekommen sie zugebilligt, so ist die agitatorische Wirkung verpufft, im Gegenteil, wir müssen uns selbst zu Lobrednern dieser sozialpolitischen Tat machen; aber noch wahrscheinlicher ist, dass, wenn wir uns auf 10 Stunden bescheiden, wir sie nicht bekommen, sondern vielleicht elf, und selbst dann wird, um den Misserfolg zu vertuschen, das Bestreben sich geltend machen, die Tat sozialpolitisch aufzubauschen.

Vor allem aber würden wir durch die Beschränkung des Normalarbeitstags auf 10 Stunden den Fehler begehen, für zahlreiche Industriearbeiter, die bereits den Neunstundentag haben, das Interesse an der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit auszuschalten.

Jetzt tut die Fraktion in der Frage des Achtstundentags, sieht man von ihrem Interimsantrag, der ein elender Lückenbüsser ist, ab, gar nichts. Die erste Voraussetzung, das etwas geschieht, ist die Einbringung eines selbständigen Gesetzentwurfs. Wenn es dem Parteitag gelingt, die Fraktion endlich dazu zu bewegen, so wird er damit mehr in der Abwehr des Opportunismus erreichen, als durch die vollkommensten Resolutionen erzielt werden kann.

Eine energische Agitation für den Achtstundentag würde auch die Maifeier heben und das Band zwischen der Partei und den Gewerkschaften enger knüpfen. Sie ist, schliesslich, das beste Mittel, die katholischen Arbeiter mit dem Zentrum auseinanderzubringen.

Dass der Partei noch andere grosse Aufgaben harren, genügt, erwähnt zu haben. Ich erinnere nur an die Frage des Wahlrechts. Die Partei ist an einen Wendepunkt in ihrer Geschichte gekommen: bis jetzt entwickelte sie sich unter dem allgemeinen Wahlrecht, das ihre ganze Taktik bestimmte, es kann bald anders werden.

Aber das ist eben das Traurige dieses Parteistreits, dass er in einem Moment kommt, wo soviele grosse Aufgaben einer revolutionären Taktik ihrer Erledigung harren.

Parvus.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag
Richard Etzold in München.

AUS DER
WELTPOLITIK.
Socialdemokratische Zeitungen-Korrespondenz.
V. Jahrgang. Nr. 38. 21. September 1903.

Was nun?

Wp. Das Ergebniss des Parteitags ist die Konsolidierung der Partei. Bebel hat mit wuchtigen Hieben den Reif um die Partei kunstgerecht festgeschlagen. Die Hoffnungen der Gegner und die Befürchtungen der Freunde sind zu Nichte geworden — es gibt keine Spaltung, keinen Riss in der Partei, sie steht gefestigt und geeinigt da, kampfbereit und kampfesfroh mehr als jemals. Der Parteitag sollte eine Siegesfeier sein, eine grosse Truppenrevue nach der Schlacht — es war auch eine Revue, aber keine Prunk- und Schaustellung, sondern eine tiefernste Inspektion der Truppen und des Trains. Dies der Unterschied gegenüber dem Katolikentag. Die schwarze Parade war ganz auf die Wirkung nach aussen berechnet, die Pfaffen liessen ihre Schäflein aufmarschieren und zeigten, wie hübsch sie sie am Schnürchen hatten; wir dagegen kamen im heftigsten Streit untereinander, ohne Rücksicht auf die lauernden Feinde und auf die Menge der Zuschauer, aber von innen heraus brach sich ein einheitlicher Wille durch, der alles niederriss, zerschmetterte, was gegen die Grundsätze und die traditionelle Taktik der Partei sich auflehnte. Die Meinungsdivergenz in der Partei ist nicht beseitigt, aber es zeigte sich, dass diese ganze revisionistische Geistesbewegung sich auf ein armseliges Häuflein Zweifler und Deutler beschränkt, die jämmerlich an die Wand gedrückt wurden. Die Reihen der Partei sind wieder geschlossen, die Parteidisziplin, an der in den letzten Jahren nur vielzuviel gesündigt wurde, wieder hergestellt. Gerüstet und geordnet betritt die Partei unter der Führung Bebels wieder den Kampfplatz.

Was nun? Was wird die Partei, gestärkt durch den grossen Massenanhang und im Innern fest zusammengefügt, nunmehr unternehmen? Der Parteitag hinterlässt darüber dieselbe Unklarheit, die er vorgefunden hat. Um es rund heraus zu sagen: es war der Sieg des politischen Radikalismus in der Partei, aber darüber hinaus kann der Parteitag nicht. Schrankenlose, rücksichtslose Opposition auf politischem Gebiete, das ist beschlossene Sache, darüber herrscht vollständige Klarheit und Einmütigkeit. Aber der politische Radikalismus ist zwar ein integrierender Teil des proletarischen Revolutionismus, doch erschöpft er ihn nicht. Das Proletariat bekämpft nicht blos die Forderungen und Propositionen der kapitalistischen Regierung und der bürgerlichen Parteien, es stellt selbst seine Forderungen schon an den kapitalistischen Staat und arbeitet innerhalb des kapitalistischen Staats sein soziales Zukunftsprogramm heraus. Wir wollen die politische Macht erobern, die ganze Staatsmaschinerie wollen wir in Besitz nehmen, — da müssen wir doch auch wissen, was wir damit anfangen wollen. Wir sind aber noch nicht einmal im Klaren, auf welche Weise wir die politische Macht erobern. Bebel selbst weiss es nicht. Er bewegt sich

da in Wiedersprüchen. So in seiner grossen Rede über die Taktik. Bernstein gegenüber verwies er mit aller Bestimmtheit darauf, dass noch einmal das Militär gegen uns mobil gemacht werden werde, während er an anderer Stelle derselben Rede bei Besprechung des Wahlergebnisses mit nicht geringerer Bestimmtheit erklärte, er erwarte keine Ausnahmegesetze mehr, keine Gewaltmassregeln, er glaube nicht einmal daran, „dass man es wagt, das Wahlrecht zu ändern." Also wie denn: fällt die Entscheidung auf der Strasse, oder fällt sie im Parlament? Wenn man soweit gekommen ist, wie die deutsche Sozialdemokratie, sind das keine spekulative Fragen mehr, sondern aktuelle Probleme, über die man sich volle Klarheit schaffen muss..

Die Taktik der Partei ist mit dem allgemeinen Wahlrecht eng verwachsen. Wir gelangen aber in der Anwendung des allgemeinen Wahlrechts bald an einen toten Punkt. Unsere grundsätzliche Opposition muss schliesslich die gesetzgeberische Funktion des Reichstags lahmlegen. Was dann? Entweder wird das Wahlrecht eingeschränkt, oder die Machtbefugnisse der Regierung derartig erweitert, dass sie des Reichstags nicht mehr bedarf. Schliesslich ist auch möglich, dass die Regierung den Reichstag einfach ignoriert. Es wird regiert wie in Oesterreich. Nun können wir vier und fünf Millionen Stimmen bekommen — durch die Abstimmunng allein erreichen wir nichts. Oder glaubt Bebel, dass die Regierung unter dem Eindruck der Abstimmung sich zu Konzessionen, zu Reformen herbeilassen wird? Das müsste eigentlich die Konsequenz sein, wenn die Regierung es wirklich nicht mehr „wagen" sollte, gegen die Sozialdemokratie Gewaltmassregeln anzuwenden. Dann aber wäre es recht zu erwägen, was wir erreichen können und wie wir

die Regierung und die Parteien auf diesem Wege weiter treiben können.

Man gewinnt nachgerade den Eindruck, als wenn der Wahlerfolg die Partei geblendet hätte. Die drei Millionen Stimmen decken alles! Aber geschweige schon von den Mitläufern, so spielen doch auch beim Stimmenzuwachs aus den Arbeiterkreisen viele gelegentliche und äusserliche Momente mit. Haben wir uns nicht erst vor einem Jahr darüber unterhalten, dass das Interesse für die „Theorie", also für die grossen Probleme des Sozialismus nachgelassen habe? dass die grossen Gesichtspunkte verschwinden, dass ein enger Praktizismus sich breitmache? Und nun, weil drei Millionen sozialdemokratische Wahlzettel abgegeben worden waren, soll das alles anders geworden sein? Ich glaube im Gegenteil, je grösser unsere Anhängerschaft wird, desto dringender und schwieriger werden die Probleme der sozialistischen Erziehung der Massen.

Die politische Erziehung der Massen erfordert aber andere Metoden, als die des Schulmeisters, der den Einzelnen heranzieht. Der politische Anschauungsunterricht besteht darin, dass man die Parteien in Situationen versetzt, die ihren Klassencharakter aufdecken, dass man Probleme aufwirft, die das Proletariat in seinem Klasseninteresse erfassen. So war der Kampf um den Achtstundentag gedacht — in erster Linie agitatorisch und erzieherisch. Darum auch die Maifeier! Ein gross angelegter Plan! Das Proletariat der ganzen Welt soll auf eine reine Arbeiterforderung geeinigt werden und durch eine gemeinsame Kundgebung sich als internationale Einheit fühlen und auftreten lernen! Was ist daraus geworden? Man sehe doch,

wie selbst ein Bebel jetzt das Problem behandelt! Es ist das stärkste Stück, das wir je erlebt haben. Geradezu horrend und unerhört.

Schon der äuseere Gedankengang. Er bewegt sich in lauter Wiedersprüchen. Er will uns klar machen, dass die preussischen Geheimräte sich besser zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs über den Normalarbeitstag eignen, als die Vertreter der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie — kurz vorher erzählte er uns, dass unser 91er Gesetzentwurf selbst von den akademischen Leuchten der Sozialpolitik mit ausserordentlichem Beifall aufgenommen wurde. Er verweist immerfort auf die grosse Kompliziertheit der Materie und die Inanspruchnahme der Fraktion und dennoch lehnt er sich gegen den Vorschlag Timms auf, eine besondere Kommission zu schaffen, die langer Hand die sozialpolitischen Gesetzentwürfe vorbereiten sollte.

Und erst der Gesichtspunkt! Er wäre froh, wenn wir 10 Stunden bekämen. Ja freilich, wir auch. Aber sollen wir denn unsere Forderungen dem Willen der augenblicklichen Majorität anpassen? Sollen wir so urteilen: für dieses oder dieses ist momentan keine Majorität zu haben, folglich lassen wir es? Vergessen alles, was er selbst stundenlang über sozialpolitische Mitarbeiterschaft, über kleine Konzessionen etc. ausgeführt hat. Und wo bleibt der agitatorische Gesichtspunkt? Kommt es uns denn nicht gerade darauf an, die sozialpolitische Heuchelei der Majoritätsparteien aufzudecken, sie zu einer Bekanntmachung ihres ausbeuterischen Klassenstandpunkts zu treiben? Von „Illusionen“ will uns Bebel heilen. Welche Illusionen? Oder gingen wir denn wirklich 1889, als

die Forderung des Achtstundentags aufgestellt wurde, der Illusion nach, dafür binnen weniger Jahre die Zustimmung der kapitalistischen Staaten zu erlangen, und es bedurfte erst der anderthalb Jahrzehnte opportunistischer Schulung, um uns von dieser Illusion abzubringen? Aber das ist doch nicht war, wir rechneten von vorn herein damit, dass wir vielleicht eher die soziale Revolution, als den Achtstundentag erlangen, wir stellten die Forderung gerade weil sie weit über alle bisherige Arbeiterschutzgesetzgebung hinausgeht, dabei durchaus realisierbar ist und so gleichsam das Ziel setzt der kapitalistischen Sozialpolitik. Seitdem hat die Industrie ganz ausserordentliche Fortschritte gemacht, sind überall durch die Gewerkschaften sehr erhebliche Kürzungen und Regelungen der Arbeitszeit erreicht worden, wir stehen in Bezug auf die ökonomischen Möglichkeiten des Achtstundentags günstiger denn je da — und da sollen wir uns bescheiden, weil die Reichstagsmehrheit einer klaren und präzisen Auseinandersetzung in dieser Frage ausweichen möchte? Das ist doch die schlimmste parlamentarische Rechnungsträgerei, die kleinlichste politische Anpassung, die man sich nur denken kann. Wir müssen alles aufbieten, um die sozialpolitische Indolenz des Reichstags zu bekämpfen, — statt dessen, hat Bebel selbst jetzt mächtig dazu beigetragen, sie zu vermehren. Wenn wir jetzt die Frage im Reichstag anregen, wird man uns sagen: „Die Sache ist ungemein kompliziert und schwierig. Der Wunsch verdient ja alle Anerkennung, allein wenn man ihn in die Praxis umsetzen sollte, so begegnet man lauter Schwierigkeiten. Das habt Ihr selbst auf Eurem Parteitag zugegeben. Es ist eine Illusion, eine Utopie, der ihr nachgeht. Die Reichsministerien sind nicht dazu da, um phantastische Pläne aus-

zuarbeiten. Es ist ja sehr anerkennenswert, dass Ihr den Fleiss und die Sachkenntnis unserer Geheimräte so hoch einschätzt, aber eben diese Geheimräte berichten uns, dass die gesetzliche Festlegung eines achtstündigen Normalarbeitstags ein Ding der Unmöglichkeit sei."

Jahrelang hat die Fraktion auf die Monierungen des Parteitags nur geantwortet, dass sie den Gesetzentwurf über den Achtstundentag einbringen werde, man solle sich nur noch etwas gedulden. Die Ausführungen Bebels aber bedeuten einen förmlichen Verzicht auf die Einbringung eines eigenen Gesetzentwurfs. Die Fraktion setzt sich damit nicht nur in Wiederspruch zu ihren Erklärungen und zu den Beschlüssen der Parteitage, sondern sie desavouiert in diesem Punkt ihren eigenen Arbeiterschutzgesetzentwurf von 1891. Die Konsequenz müsste sein, dass man den Achtstundentag überhaupt aus der Agitation ausschaltet und auf den Zehnstundentag zurückgreift.

Genau genommen bedeutet die Rede Bebels einen völligen Rückzug in allen Fragen der parlamentarischen Initiative der Partei. Es bleibt nur die reine Opposition. Der Anti-Gouvernementalismus wird zum Leitstern der Parteitaktik. Kolossale Vereinfachung des proletarischen Klassenkampfes, der eine Gesellschaftsordnung von Grund aus umzuwälzen hat!

Dementsprechend auch die Resolution. Sie ist nur klar und bestimmt, sofern es sich um die Bekämpfung von Regierungsforderungen handelt — gegen Militarismus, gegen Kriegsmarine etc. Darüber hinaus gibt sie nur verschwommene Allgemeinheiten.

Der Kampf „gegen Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung", die „Wahrnehmung der Interessen der Arbeiterklasse", „gleiches Recht für Alle" — das ist alles so allgemein, dass jeder kleinbürgerliche Demokrat dieses Programm unterschreiben würde. Die Resolution ist denn auch von der gerechten Nemesis ereilt worden. Sie sollte dazu dienen, den Revisionismus einzufangen, — und nun erklärte der Revisionist Vollmar, die Resolution sei ihm noch gar nicht radikal genug. Er forderte mit vollem Recht, dass der vage Ausdruck „Wahrnehmung der Arbeiterinteressen" durch eine präzise Angabe unserer sozialpolitischen Forderungen ersetzt werde.

Angesichts dieser Tatsachen mag man noch so sehr im Brustton der Ueberzeugung vom „Prinzip" reden, noch so sehr gegen den Revisionismus poltern, so ist es doch und bleibt nur politischer Ultra-Radikalismus, nicht sozialrevolutionäre Politik. Aus dem Kampf gegen den kapitalistischen Staat wird ein Kampf gegen die an der Spitze dieses Staats stehende Regierung, aus der politischen Depossedierung der Kapitalistenklasse der Sturz der Regierung, aus der Diktatur des Proletariats eine sozialdemokratische Reichstagsmehrheit — und aus den grossen Aufgaben des die Welt umfassenden proletarischen Klassenkampfes ein speziell auf das deutsche Kaiserreich zugeschnittenes parlamentarisches Oppositionsprogramm.

Nicht nur die sozialrevolutionäre Konzentration des Proletariats — was denn doch etwas mehr ist als die Sammlung einer grossen oppositionellen Partei — leidet darunter, sondern selbst unser Kampf gegen die politischen Parteien. So hat man es zwar wahrge-

nommen, aber nur zu wenig beachtet, dass in unseren Kampfespositionen gegenüber den bürgerlichen Parteien eine bedeutende Aenderung eingetreten sei. Wir haben den Liberalismus vernichtet und stehen jetzt vor dem Zentrum. Den Liberalismus schlugen wir zum Teil mit seinen eigenen Waffen — es war seine Inkonsequenz und Nachgiebigkeit, seine Feigheit, die uns zu Gute kamen, wir waren liberaler, als er. Aber den Massen gegenüber, die das Zentrum um sich hat, nützt uns unser politischer Radikalismus allein nicht viel. Wir brauchen an dieser Stelle nicht erst zu erörtern, woher das kommt. Es ist Tatsache. Wir haben dieser Tatsache schon Rechnung tragen müssen, indem wir die Religion zur Privatsache erklärt und die antikonfessionelle Propaganda ausserhalb der Partei gesetzt haben. Dem freisinnigen Arbeiter waren unsere Ideen geistig verwandt, wir brauchten nur anzuknüpfen an das, was war, — dem katolischen sind sie fremd. Durch politische Forderungen allein gewinnen wir den katolischen Arbeiter nicht, wir müssen ihn packen unmittelbar an seinem materiellen Arbeiterinteresse. In ganz konkreten Fragen des Arbeitsverhältnisses müssen wir ihm den Ausbeutungscharakter des Zentrums aufdecken. Wie anders können wir das besser tun, als indem wir das Zentrum zwingen, zu den grossen Fragen des Arbeiterschutzes Stellung zu nehmen? Dazu kommt, dass gerade im katolischen Rheinland die Frage des Normalarbeitstags und speziell des Achtstundentags mehr aktuelle Bedeutung besitzt als sonst irgend wo in Deutschland. Man sollte meinen, schon das wäre Grund genug, in diesem Moment, wo wir nach einmütigem Urteil den Kampf gegen das Zentrum in erster Linie aufzunehmen haben und das Zentrum selbst uns

eine Fehde auf Leben und Tod angekündigt hat, die Frage des Normalarbeitstags in den Vordergrund treten zu lassen. Und da kommt Bebel mit seiner sozialpolitischen Flaumacherei!

Man hüte sich vor parlamentarischen Scheuklappen, die die ganze Welt nach rechts und links abschneiden und das ganze Augenmerk nur darauf richten, was die Regierung im Augenblick vor hat. Wie Bebel Anfang der 90er Jahre die Entwicklungspotenzen der Gewerkschaften übersah, so übersieht er jetzt die Möglichkeiten der sozialpolitischen Gesetzgebung und vor allem ihren agitatorischen Wert. Das ist ein verhängnisvoller Fehler, der sich noch an der Partei bitter rächen könnte.

Rücksichtsloser Kampf gegen die Regierung, zugleich Sammlung und Schulung der proletarischen Armee für die entscheidende Auseinandersetzung, die nicht mit der Regierung, sondern mit dem Staat stattfinden wird. Gegenwartsforderungen, doch keine Augenblickspolitik. Praktische Arbeit, doch von grossen Gesichtspunkten aus. Das ist das Programm.

Parvus.

AUS DER
WELTPOLITIK.
Socialdemokratische Zeitungen-Korrespondenz.

V. Jahrgang. Nr. 39. 28. September 1903.

Aussprechen, was ist!

Wp. Legien meinte auf dem Parteitag, wenn wir uns über den Generalstreik unterhalten sollen, warum denn nicht über die Revolution? Gewiss hätten wir Grund genug, uns über die Revolution zu unterhalten. Nicht weil wir die Revolution provozieren wollen, sondern weil die Möglichkeit vorliegt, dass gegen alle unsere Bemühungen, die Massen zurückzuhalten, die Scharfmacher von oben die Revolution provozieren würden. Die Erörterung der Chancen einer politischen Revolution ist aber für eine Kollektivberatung innerhalb der Polizeischlingen der deutschen Versammlungs- und Pressfreiheit ein sehr schwieriges Ding. Und da es uns nicht auf die Mittel und Wege eines politischen Aufstands, sondern vielmehr darauf ankommt, selbst den offenen Konflikt zwischen dem Volk und der Regierung möglichst in gesetzliche Formen zu bringen, so genügt die Besprechung des Massenstreiks.

Die Dringlichkeit des Gegenstandes wurde von keiner Seite angezweifelt, aber eine Scheu zeigte sich, ihn zu diskutieren. Diese Scheu hat ebenfalls ihren Grund grade in der Aktualität der Frage. Bei der herrschenden politischen Spannung möchte man vermeiden, die gefährliche Angelegenheit auch nur anzurühren. Es ist dieselbe Vorsicht, die Kautsky zu seiner Ermahnung veranlasste, die Frage der Demokratisierung des Wahlrechts im Reichstage lieber vorerst nicht anzuregen. Die Reaktion lauert ja förmlich auf Stoff, um die Regierung scharf zu machen. Ich will mich der Bedeutung derartiger Erwägungen nicht verschliessen. Hat doch schon jetzt der Parteitag durch die Betonung des sozialrevolutionären Charakters der Partei zweifellos zur Konsolidierung der Reaktion geführt — selbst liberale Organe, wie die „National-Zeitung“, die noch unmittelbar vor dem Parteitag neue Zwangsmassregeln gegen die Sozialdemokratie zurückwiesen, geben jetzt mehr oder weniger offen ihre Zustimmung zu einer politischen Ausnahmestellung der Arbeiterklasse bekannt. Aber auf der anderen Seite sprechen viel gewichtigere Gründe dafür, dass in dieser Sache volle Klarheit geschaffen werde. Wir schaden dadurch, dass wir schweigen, der Erörterung der kitzlichen Probleme aus dem Wege gehen, Niemand mehr als uns selbst. Unsere Gegner sind gerüstet. Die Regierung nimmt die Frage eines Konflikts mit dem Volke nicht so leichterhand hin. Im Kriegsministerium und im Ministerium des Inneren werden die bis in die kleinsten Details ausgearbeiteten Pläne zur Bezwingung der Massen seit Jahren schon bereit gehalten. Wir müssen mit diesen Eventualitäten rechnen, wenn wir nicht überrumpelt werden wollen.

Wir sind eine Partei der Massen. Unsere Anhängerschaft folgt uns nicht blindlings auf das Kommando. Die Arbeitermassen müssen wissen, woran sie sind. Sonst erreichen wir nichts.

Das peinliche Umgehen des entscheidenden Punktes unseres politischen Kampfes hat schon jetzt vielfachen Schaden geschaffen und Verwirrung gestiftet. Das ist eine der Ursachen der opportunistischen Irrungen. Man sieht ein, dass an einem bestimmten Punkt das allgemeine Wahlrecht versagt, versagen muss, und da man sonst keinen Ausweg kennt, plädiert man für Kompromisse, für eine Politik der Zugeständnisse, der Aussöhnung mit der Regierung, der allmähligen Erschleichung der politischen Gewalt. Die Frage steht tatsächlich so: haben wir keine anderen politischen Kampfmittel, ausser dem allgemeinen Wahlrecht, so haben wir auch keine Mittel, das Wahlrecht zu schützen; dann müssen wir uns im letzten Grunde der Regierung fügen; dann führt uns unsere grundsätzliche Opposition in eine Sackgasse, aus der es kein Entkommen gibt.

Man sagt, wir sollen die Organisationen stärken und alles weitere der Entwicklung überlassen, dass Deutsche Reich könne nicht ohne allgemeines Wahlrecht eixstieren. Das ist eine Illusion. Noch vor wenigen Jahren würde es kein Mensch glauben wollen, dass man im industriellen Sachsen es wagen könnte, das allgemeine Wahlrecht zu beseitigen. Man hat es gewagt. Der sächsische Staatskarren kam dadurch in den Dreck, gewiss — nichtsdestoweniger bleibt man in Sachsen noch ebensoweit vom allgemeinen Wahlrecht entfernt, wie gleich nach der Reform. Erst recht trügerisch ist die Hoffnung auf die antipreussische Opposition der Bundesstaaten. Was vom Partikularismus übrig geblieben, ist nur noch der Verwesungsgeruch; er stinkt wie krepierte Mäuse. Die deutschen Kleinstaaten sind gänzlich ausser Stande, eine eigene Politik zu treiben. Ihre Demokratie ist nur noch Schwäche; mit Schwäche kann man aber nicht die greussische Staatsgewalt bekämpfen. Ausserdem haben die Kleinstaaten noch immer aus Angst vor der Sozialdemokratie jede reaktionäre Hetze mitgemacht, die Preussen aus Hass gegen die Sozialdemokratie insceniert hat. Die Kleinstaaten sind das tote Gewicht, das die Entwicklung Deutschlands beschwert, sie stärken nur noch die Reaktion.

Man hüte sich vor dem Fatalismus, der ein für alle Mal dekretiert, ein industrielles Land könne nicht ohne allgemeines Wahlrecht existieren und sich darauf beruhigt. Das ist nur wahr, wenn man den politischen Widerstand der Massen in die Wagschale wirft. Die Industrie, die Kapitalistenklasse, kann das allgemeine Wahlrecht entbehren. Englands grossartigste industrielle Entwicklung fand unter einem Zensus-Parlament statt. Gegenwärtig aber geht die Politik der Kapitalistenklasse in der ganzen Welt nicht auf die Demokratisierung des Staats, sondern auf die Stärkung der Regierungsgewalt hinaus. Dass die Regierung in Deutschland in ihrem Vorgehen gegen die Sozialdemokratie die herrschenden Klassen hinter sich haben wird, unterliegt keinem Zweifel. Das Proletariat ist nur noch die einzige grosse Klasse, die ein Interesse hat an der Demokratie. Ihr Widerstand allein kann die Reaktion besiegen und das Problem ist eben: wie man diesen Widerstand organisiert.

Die Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts ist auch, wie schon wiederholt hervorgehoben worden, keineswegs das einzige Mittel, um mit der parlamentarischen Opposition der Sozialdemokratie fertig zu werden. Noch vor nicht sehr langer Zeit war es ebenfalls ein stehender Satz der demokratischen Ideologie: ohne Parlament könne man nicht regieren. Es ist nicht wahr, man kann auch ohne Parlament regieren. Immer handelt es sich in letzter Linie um den Widerstand, der von unten kommt. Es bleibt bei dem Aus-

spruch von K. Marx: die Menschen machen ihre Geschichte unter gegebenen Verhältnissen, aber sie machen sie selbst. Die Verhältnisse erzeugen Konflikte; die Konflikte müssen gelöst werden, und zu ihrer Lösung gehört ein bewusster Wille.

Wenn die Anhänger der Taktik der Anpassung die Frage einer entscheidenden Auseinandersetzung mit der Regierungsgewalt zurückweisen, so ist das verzeihlich; aber ganz unverantwortlich ist es, wenn das von der radikalen Seite geschieht. Da fordert man mit aller Energie die rücksichtsloseste, unversöhnliche, grundsätzliche, durch nichts zu beschwichtigende Opposition, treibt die Dinge auf ihre schärfste Spitze, — und frägt man: „wohin der Kurs? wie soll es werden, wenn die Regierung zur Gewalt greift?“ so heisst es: „Darüber brauchen wir uns nicht erst den Kopf zu zerbrechen! Pst! Ruhe! damit uns die Feinde nicht hören!“ Das ist der Radikalismus, der vor sich selbst Angst hat, nicht auszusprechen wagt, was er denkt, nicht auszudenken wagt, was er tut. Deshalb hat er auch ein groteskes Mass in der Beurteilung der politischen Dinge: er läutet Sturm gegen die Kniehosen der Hofetikette und tut, als wenn er die Bajonette des preussischen Staats nicht sehe.

Als wenn die Tatsachen nicht lauter sprächen, als alle unsere Worte! Wenn man der Regierung planmässig und grundsätzlich alle Mittel und Wege abschneidet, so braucht man nicht erst zu sagen, wohin das führt. Wir täuschen Niemand ausser uns selbst. Das „Komödiespielen“ sollen wir lassen und Blindekuh sollen wir spielen! Denn es heisst wahrhaftig, die Partei mit verbundenen Augen an den Rand des Abgrundes zu führen, wenn man den Massen nicht klar macht, was sie im entscheidenden Moment erwartet.

Aussprechen, was ist! Das ist die vornehmste Pflich einer Partei, die nicht den Arbeitermassen einen fremden Willen aufzwingen oder suggerieren, sondern den Willen der Arbeiterklasse zur politischen Geltung bringen will.

Parvus.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag
Richard Etzold in München.

AUS DER
WELTPOLITIK.
Socialdemokratische Zeitungen-Korrespondenz.
V. Jahrgang. Nr. 41. 12. Oktober 1903.

Göhre's Verzicht und Klage.

Wp. Als ich die Nachricht von der Mandatsniederlegung des Genossen Göhre las, sagte ich mir: „alle Achtung vor diesem Manne!“ Notwendig war diese Mandatsniederlegung ja nicht, kein Mensch in der Partei erwartete, dass gerade Göhre sich am meisten getroffen fühlen würde, es war gegen ihn nur ein vages Misstrauen zum Ausdruck gekommen, und um dieses Misstrauen durch die Tat, durch Tätigkeit im Dienste der Partei zu zerstreuen, dazu bot ihm gerade sein Reichstagsmandat, das ihn in eine exponierte Stellung, vor den Augen der Parteiöffentlichkeit brachte, die beste Gelegenheit. Umsomehr sprach in meinen Augen der Schritt für den Mann. Denn ich sagte mir: er handelt im Parteiinteresse, er glaubt, auf diese Weise zur Beschwichtigung der Gemüter beizutragen, er will nicht der Zankapfel der Partei sein, er bringt ein persönliches Opfer für die Partei, indem er zurücktritt auf die Gefahr hin, dass dieser Schritt von einem schlechten Willen auf ein Schuldbewusstsein zurückgeführt werden könnte. Sein Begleitschreiben bestärkte mich in dieser Auffassung. Ich hab es so gedeutet: er wolle zurücktreten, um durch anspruchslose Tätigkeit in der Partei sich als das zu erweisen, was er ist — ein treuer Parteigenosse. Es war eine Handlungsweise, wie sie einem Manne, der den festen Glauben an sich und an die Partei hat, geziemt. Und ich habe bedauert, dass es so hat werden müssen.

Aber nun kam die Erklärung des Genossen Göhre in der Chemnitzer „Volksstimme“, und die ist so ganz anders, von einem so verschiedenen Geist diktiert, dass ich mich frage: wie ist denn das nur möglich, was kam denn über den Genossen Göhre, das ihn in einen derartigen Stimmungswechsel versetzt?

In der Mandatsniederlegung trat die Persönlichkeit hinter der Partei zurück, in dem Artikel spreizt sich das persönliche Selbstgefühl über das Mass des Parteiinteresses hinweg. „Ich“ und „ich“ und wieder „ich“! „Ich selbst habe schon genug zu tragen. Ich gönne keinem der Freunde die letzten zwei Wochen, die hinter mir liegen. So oft ich an den Kreis denke, den ich nun verloren habe, dreht sich mir immer wieder das Herz im Leibe um.“

Aber Genosse Göhre, da hört denn doch verschiedenes auf!

Zunächst der Wahlkreis. Glauben Sie, dass es uns allen anderen in der Partei egal ist, was da geschieht? Glauben Sie, dass es dem Genossen Bebel egal ist? dem Mann, der, wie kein anderer unter den Lebenden, mit der Partei verwachsen ist? Das ist Voraussetzung, Genosse Göhre, dass uns der Wahlkreis teuer ist, und Ihnen, dem sich der Wahlkreis anvertraut hat, der Sie aber ihn, Ihren persönlichen Gefühlen nachgehend, jetzt in Gefahr bringen, geziemt es sich am allerwenigsten, mit Ihren Herzensgefühlen für den Wahlkreis zu paradieren.

Ferner, glauben Sie, dass der Wahlkreis ernstlich gefährdet ist, oder glauben Sie es nicht? Wenn ja, wie bringen Sie es mit Ihrem politischen Pflichtgefühl überein, einen gefährdeten Posten zu verlassen? Eine Position ist soeben erobert worden, sie ist noch von Feinden bedroht, der Offizier aber, weil er sich persönlich gekränkt fühlt, legt die Führerschaft nieder, wohl wissend, dass die Stellung wieder in die Hände des Feindes fallen kann, — was würden Sie dazu sagen, Genosse Göhre? Wenn Sie aber nicht ernstlich an die Gefährdung des Wahlkreises glauben, wozu das grosse Lamento? Was wollen Sie damit? Begeisterung für die Neuwahlen schaffen?

Und das ist der springende Punkt: ob so oder so ,einmal das Mandat niedergelegt, war es erste Pflicht des Genossen Göhre, von dem Moment an für die Wiedereroberung des Wahlkreises Sorge zu tragen. Folglich nicht Trübsal blasen, sondern der Entmutigung entgegentreten. Wie anders wäre es, wenn Genosse Göhre, statt sein banges Herz auf das Präsentiertellerchen zu legen, seinen Wählern erklärt hätte: „Euere Sympathien sind mir teuer, aber denkt nicht an mich, denkt an die Sache. Ich habe die Autorität Bebels bekämpft, ich wende mich dagegen, dass man die Bedeutung meiner Persönlichkeit überschätzt. Unser Wahlerfolg ist Kollektivarbeit der Partei. Die Gegner glauben, triumphieren zu können, — sie werden sich täuschen. Wir werden alle zusammenstehen, Mann für Mann, ich mit unter euch, und wir werden die Feinde zurückschlagen. Das Mandat muss unser bleiben. Ob ich Abgeordneter bin, oder ein anderer Parteigenosse, was tut der Name? Wir treiben keinen Personenkultus?“ Das würde man begreifen, und

das würde ihm die Sympatien der weitesten Parteikreise sichern.

Da ihm der Wahlkreis so teuer ist, so muss er vor allem für die Integrität der Partei im Wahlkreise sorgen, für einträchtiges Zusammenwirken. Das ist die erste Vorbedingung des Sieges. Statt dessen, schürt er jetzt den Zwist. Sein Artikel ist voll persönlicher Spitzen. Er hetzt förmlich den Wahlkreis auf. „Nur noch das eine persönliche Wort an die Genossen des 15. Wahlkreises: sie sollen nicht mich anklagen, sondern lieber die, die skrupellos das Unglück verschuldet haben.“ Also nicht genug an Dresden, jetzt soll die Sache erst recht breitgetreten werden — in einem Wahlkreise, der vor Neuwahlen steht! Noch mehr, er konstruiert einen Gegensatz zwischen dem Wahlkreis und der Partei. Sein eigenes gekränktes Selbstgefühl überträgt er auf den Wahlkreis und zugleich lässt er einfliessen: wenn der Wahlkreis sich mit ihm solidarisch erklären würde, so würde das doch nichts nützen, man würde sich über den Willen des Wahlkreises hinwegsetzen, der Wahlkreis hätte nichts zu bedeuten. Wenn das einen Sinn und Zweck hat, so arbeitet hier Genosse Göhre auf eine Revolte des Wahlkreises gegen die Partei hin. Dem Wahlkreis bleibt nichts anderes übrig als zu erklären: wir stehen hinter dir, und selbst wenn es gegen die Gesamtpartei geht!

Diese Ausspielung des einzelnen Wahlkreises gegen die Partei wird jetzt überhaupt Mode. So machen es auch W. Heine und Dr. H. Braun. Es verdient, dass wir dabei verweilen. Die weitgehendste Autonomie der einzelnen Organisationen liegt im Wesen unserer Partei als Massenbewegung. Aber es ist eine Autonomie innerhalb der Partei. Wenn

das Proletariat etwas erreichen will, so muss es sich als Klasse organisieren. Das ist die grösste politische Einheit, die es überhaupt geben kann. Schlimm genug, dass man sich bemüht, eine spezifisch bayerische Sozialdemokratie zu schaffen. Aber eine besondere Sozialdemokratie des 15. sächsischen oder des 3. Berliner Wahlkreises kann es nicht geben. Wenn sich der Abgeordnete in erster Linie als Vertreter seines Wahlkreises und erst in zweiter Linie als Sozialdemokrat fühlt, so geht der Zusammenhang der Partei in die Brüche. Dann kann jeder auf seine eigene Faust handeln, wenn er sich der Zustimmung seines Wahlkreises versichert hat. Dann gibt es keine gemeinsame Taktik mehr und kein Programm. Dann gibt es nur sozialdemokratische Abgeordnete, aber keine Fraktion. Dann ist jeder Sozialist, der sich Sozialist nennt. Dann haben wir in Deutschland französische Zustände. Das ist es auch, was unsere Opportunisten erstreben. In der Presse — die Vermischung aller Unterschiede: Sozialdemokraten tummeln sich mit Konservativen, Agrariern, Kolonialschwärmern in den parteilosen Zeitschriften herum, in unseren eigenen Zeitschriften schrankenlose Propaganda aller Richtungen und Strömungen, unter ängstlicher Vermeidung der Hervorhebung unseres eigenen Standpunkts. In der Fraktion — die Selbstherrlichkeit des einzelnen Abgeordneten, der nur seinen Wählern Rechenschaft schuldig zu sein glaubt. Das wäre die Zertrümmerung der Partei, die Verurteilung der Arbeiterbewegung zur vollständigen Einflusslosigkeit. Man sieht, es ist kein harmloses Spiel, das da getrieben wird. Wenn man den Opportunismus bekämpft, so heisst es immer, das seien nur so ganz allgemeine, theoretische Streitigkeiten, akademische Rabulistik — nun, die Parteigenossen haben sich längst und ganz besonders im letzten Wahlkampf überzeugt, dass die Sache eine verflucht ernste praktische Bedeutung hat. Jetzt geht es aber bereits an die Organisation der Partei. Das sind Tendenzen, denen nicht früh genug und nicht energisch genug vorgebeugt werden kann!

Bei alledem ist es selbstverständlich ein gewaltiger Irrtum des Genossen Göhre — erklärlich aus seiner geringen Erfahrung im Leben und Treiben unserer Partei — wenn er glaubt, dass man in Berlin den dritten Wahlkreis majorisieren will. Davon keine Spur! Die Angelegenheit W. Heine gehört vor die interne Organisation. Das wird jeder organisierte Genosse zugeben, und dem Genossen Göhre, der so wehklagt über die gegenwärtige öffentliche Breittretung von Personalien, steht es am wenigsten zu, sich dagegen zu ereifern. Dass nun aber die Vertreter der einzelnen Wahlkreise zur gemeinsamen Beratung zusammenkommen, ist ein Vorgang, der in den grösseren Orten der Partei ganz gewöhnlich ist. Und wenn in Berlin die Vertreter der Wahlkreise zusammentreten und einen Beschluss fassen, so werden sie einfach durch die Autorität, die sie geniessen, und durch Ueberzeugung ihn auch im dritten Wahlkreis zur Geltung zu bringen wissen. Das ist alles. Wenn die bürgerliche Presse angesichts dieses Sachverhalts von Majorisierungsversuchen fabuliert und im dritten Berliner Wahlkreis einen beschränkten Partikularismus und eine Parteiverdrossenheit anzustacheln versucht, so ist das ihr Bosheitsrecht des Hasses und der Feindschaft, — umsomehr Grund aber für jeden unter uns, dem „das Herz sich im Leibe umdreht“ um den 15. sächsischen und um die übrigen Wahlkreise der Partei und nicht nur um die Wahlkreise, sondern um die Entwick-

lung und die Zukunft der Partei, den bürgerlichen Insinuationen entgegenzutreten und nicht gar sie zu unterstützen.

Genosse Göhre will uns klar machen, dass die persönliche Kränkung, die er erlitten habe, den Wahlkreis auch in fünf Jahren gefährden würde. Das ist eine masslose Uebertreibung der Bedeutung der einzelnen Persönlichkeit. Nur wo die Wähler der Persönlichkeit nachgehen, sind derartige Effekte möglich. Unsere Partei hat weit über ein Menschenalter im Wahlkreis und im Reiche, um den Wahlkreis herum, gewirkt und den Sieg vorbereitet, — meint Genosse Göhre, dass das alles auf einmal in die Brüche gehen würde, weil der Mandatinhaber auf einem Parteitag unsanft behandelt wurde? Genosse Göhre hat sein Mandat von der Partei — solange er auf eigene Faust Politik trieb, waren alle seine Bemühungen null und nichtig. Seine nationalsoziale Vergangenheit lieferte denn doch den Gegnern ein ganz persönliches Material gegen ihn — er wurde mit gewaltiger Majorität gewählt, weil die Partei ihn aufgestellt hat. Und so mögen die Gegner weiter schwatzen, soviel sie wollen, — er wird gewählt, wenn die Partei ihn gewählt haben will. Seine Zweifel beweisen, wie wenig er noch die inneren Triebkräfte unserer Bewegung kennt.

Was ich, und wohl viele Andere, als Bescheidenheit und Selbstaufopferung aufgefasst habe, erscheint nunmehr als überempfindliches Ehrgefühl, als verletzter Stolz. Genosse Göhre ist auch ehrlich genug, sich selbst und uns einzugestehen, dass im letzten Grunde sein gekränktes Ehrgefühl die Entscheidung abgab. Die Art, wie er seine Gefühle schildert, zeugt von einer nervösen Ueberreizung, die ihresgleichen sucht. Er spricht von „Vernichtung der Persönlichkeit", vom

Recht, „sich nicht sein innerstes Wesen töten zu lassen". „Was nützte der Partei auch ein Mann, dessen innere Art gebrochen, vernichtet war?" „Ich habe selbst schon genug zu tragen. Ich gönne keinem der Freunde die letzten zwei Wochen, die hinter mir liegen." Herrgottsakrament, was ist denn geschehen? So klagt doch nur Jemand, der die schlimmste Pein erlitten, ein Märtyrer, ein Opfer, dem eine Welt zugesetzt hat.... aber nein, doch nicht — wer wirklich Grosses zu erdulden hatte, der jammert nicht. Ich bin in meinem Leben mit Männern und Frauen zusammengekommen, die die furchtbarsten seelischen Qualen und Erniedrigungen, wochen-, monate-, jahrelang, erlitten haben, — sie waren alle merkwürdig still. Denn das Leiden, Genosse Göhre, das wirkliche grosse Leiden, das wirkt klärend, es erhebt den Geist über die menschlichen Niedrigkeiten und lehrt begreifen. Ich weiss nicht, die ich sah, waren lauter verstockte Atheisten, vielleicht wirkt das Leiden auf ein gläubig-christliches Gemüt anders.

Also, was ist geschehen, weshalb der herzzerreissende Klageschrei? Machen wir uns doch klar, worin die grosse Kränkung des Genossen Göhre bestand. Man verwies auf sein rasches Avancement in der Partei und schöpfte Misstrauen aus seiner Mitarbeiterschaft bei der „Zukunft", ob es nicht zu früh war, ihn an die exponierteste Stelle der Partei zu bringen. Es war kein sittliches Misstrauen, es war ein politisches Misstrauen, und zwar nicht zu seiner allgemeinen Parteieigenschaft, sondern zu seiner Qualifikation als Parteiführer, wozu doch wohl auch Parteierfahrung gehört! Ja, wenn die Partei sich nicht einmal in solchen politischen Fragen Rechenschaft geben darf, dann existiert sie überhaupt nicht mehr. Misstrauen ist die

Tugend der Demokratie. Wer öffentlich wirken soll, muss sich schon gefallen lassen, dass man über ihn öffentlich urteilt. Und wer im Kampfgewühl sich bewegt, kann nicht ängstlich besorgt sein, jedes Stäubchen vom Sonntagsrock seiner Ambition sofort abzubürsten und abzupusten. Man muss starke Nerven haben und nicht gleich, wie eine geknickte Lilie, kraftlos zusammenbrechen.

Ich darf das umso freier aussprechen, als ich ja auch zu den „Gekränkten" des Parteitags gehöre. Es ist mir kein Mandat übertragen worden, aber durch Jahre ernsten Strebens und Wirkens habe ich mir eine grundsätzliche Stellung innerhalb der Partei geschaffen. Ich hatte für meine Ansichten innerhalb der Partei selbst einen sehr harten Kampf auszufechten. Nun aber wurde aber von der höchsten Tribüne der Partei verkündet, ich hätte meinen radikalen Standpunkt verlassen, und dieser Gesinnungswechsel wurde auf die Münchener Masskrüge zurückgeführt (Notabene: ich verzehre sicher weniger Alkohol, als sonst Jemand in der Partei, der nicht grundsätzlicher Temperenzler, Bebel nicht ausgenommen, auch liessen meine materiellen Verhältnisse in München jahrelang in Bezug auf ihren „proletarischen" Charakter nichts zu wünschen übrig). Das war ungerecht, denn ich habe nicht etwa meine eigene Ansicht geändert, sondern ich bin blos von der Bebelschen abgewichen, und es war kränkend, denn es bedeutete soviel wie: solang es dem Mann schlecht ging, war er radikal, jetzt geht es immer besser und er wird opportunistisch, woraus die Konsequenz, dass mit der Besserung der Verhältnisse er womöglich noch Bourgeois wird. Sollte ich nun wegen dem Bebel meine Visitkarte schicken und mit ihm ein Schimpfduell ausfechten? Ja, wenn ich und

Bebel einander allein gegenüberstünden und um uns herum nichts in der Welt, nichts, was uns verbindet, — na, mit heiler Haut wäre mir der hitzige August nicht davongekommen. Aber wie konnte ich denn vergessen, dass wir zusammen in der Partei stehen? Und sehen Sie, Genosse Göhre, das gab nicht nur der Sache, sondern auch meinem Empfinden eine ganz andere Wendung. Selbst die bürgerlichen Gerichte anerkennen bei Beleidigungen die „Wahrnehmung berechtigter Interessen" und ich zweifelte keinen Augenblick, dass Bebel im Parteiinteresse handelt, wie er es versteht, dass die lautersten Motive ihn beseelen und seine Nerven spannen bis zu jenem Pathos, das nicht umsonst den ganzen Parteitag hingerissen hat. Ich habe mich nicht gekränkt gefühlt, ich habe jenen Ausfall auf das Conto des Bebelschen Temperaments gesetzt, dem die Partei so vieles zu verdanken hat. Hat deshalb mein Ansehen in der Partei gelitten? Die Aeusserung Bebels zerflog in alle Winde, und ich weiss, ich habe Beweise, ich stehe in den Augen der Parteigenossen so da, wie ich war.

Die Partei deckt alles, Genosse Göhre. Man muss es verstehen, sich so in die Partei hineinzuleben, dass es keine Konflikte geben kann zwischen dem Partei-Ich und dem anderen Ich. Der parteigenössische Zusammenhalt, Genosse Göhre, muss nicht nur begriffen, er muss empfunden werden. Das wird nur erreicht durch gemeinsames Kämpfen, Wirken, Leiden und auch dadurch, dass man gelegentlich die Ansichten aufeinanderplatzen lässt, dass man sich geistig misst und kennen lernt. Ich habe mit Bebel schon manchen Strauss ausgekämpft, ganz anders, als sie, Genosse Göhre, dem der verletzte Stolz die Tränen in die Augen treibt. Und ich glaube, wir haben uns dabei gegenseitig achten

gelernt. Das Gefühl der Parteizugehörigkeit muss besonders von den Akademikern gehegt, gepflegt und hochgehalten werden. Die Arbeiter sind miteinander durch ihre Klassenlage verbunden, die Akademiker mit den Arbeitern aber nur durch die Partei.

Und nun, Genosse Göhre, gestatten Sie, dass ich den Spiess umdrehe. Sie sind so empfindlich für Aeusserungen von Parteigenossen über Sie, ist es da nicht zu erwarten, dass Sie umso vorsichtiger und voller Rücksichten auftreten, wenn die Ehre anderer Parteigenossen auf dem Spiele steht? Haben Sie nun Bebel nicht vor aller Oeffentlichkeit zugerufen: „Pfui über diesen Parteiführer!“ Sind Sie sich der Tragweite dieser Aeusserung bewusst? Das bedeutet: Bebels Auftreten sei eine Schande, die Partei müsse sich seiner schämen. Hat sich Bebel auch nur entfernt ähnlich über Ihre Mitarbeiterschaft bei der „Zukunft“ geäussert, für die Sie doch selbst nur eine Entschuldigung in Ihrer Unkenntniss der Verhältnisse fanden? Sie sind noch jung in der Partei und wollen für die Verdienste, die sie der Partei erwiesen, aber noch mehr zu erweisen die gute Absicht haben, überaus geachtet werden, — aber denken Sie, Sie hätten bereits vierzig Jahre Parteiarbeit hinter sich, Sie hätten ein ganzes Leben der Partei gewidmet, und nun sollen Sie sich gefallen lassen, dass ein Parteigenosse, der vorerst noch mehr in seinen Zukunftsträumen als in der Wirklichkeit der Partei genützt hat, angesichts des Parteitags vor Ihnen ausspuckt oder Sie anspuckt?! Und haben Sie es sich überlegt, wie es die anderen Parteigenossen auffassen werden, denen Sie vorwerfen, dass sie „skrupellos das Unglück verschuldet“ haben? Schon wenn Sie diesen Genossen, darunter Bebel und Kautsky, die Rücksicht auf die Partei ab-

sprechen wollten, so wäre das eine Kränkung, aber wenn Sie ihnen jede Skrupel abstreiten, so beschuldigen Sie sie eines sittlichen Mankos, so ist das die schwerste Beleidigung, die man Jemand zufügen kann. So spricht man von abgefeimten Schurken und nicht von Parteigenossen.

Göhre kommt es gar nicht in den Sinn, dass die Genossen, die gegen ihn auftreten, in ihrer Art das Parteiinteresse wahrnehmen wollen. Er kennt nur sich und seine persönlichen Widersacher. Das ist der bürgerliche Adam, der in ihm zum Durchbruch kommt. Und dieses bürgerlichen Klassencharakters Wesens Wesenheit ist schrankenloser, ungezügelter Individualismus. Ich bin ich, und was um mich, hat auf mich zu achten! Dem Angehörigen der herrschenden Klasse ist das Gefühl der Ueberlegenheit über andere eigen. Er dünkt sich ein besonderer Mensch. Er bespiegelt sich selbst in seinem Tun und glaubt, alle Welt müsse ihn bewundern. Er verlangt äussere Anerkennung. Als Beamter will er Orden haben, als Sozialist als neuer Messias aufgenommen werden. Darum genügen ihm gewöhnlich auch die übernommenen Grundsätze nicht, sondern er schustert sich ein eigenes Systemchen zusammen. Klein, aber mein. Er pocht auf seine eigene Erkenntniss, will nach seinem Kopfe leben, und wenn es auch ein hohler Kürbis ist. Er lebt und wirkt nicht mit den Anderen, sondern für die Anderen, als Volksbeglücker, der den armen Kreaturen ein neues Heil bringt. Und wenn man nun seinen Stolz verletzt, so ist die arme sündige Welt überhaupt nichts mehr wert und er flieht die Undankbarkeit der Menge!

Genosse Göhre wollte sein Leben mit den Arbeitern verleben. Er blieb aber nur drei Monate. Während dieser Zeit hat er soviel Entdeckungen gemacht,

dass die ganze bürgerliche Presse davon voll wurde. Schade jedoch, dass er nicht sechs Monate in der Fabrik verblieb — dann würde er vielleicht auch etwas vom Solidaritätsgefühl der Arbeiter in sich aufgenommen haben. Und wenn er erst zehn oder zwanzig Jahre Parteitätigkeit hinter sich haben wird, dann wird er sich mit schmerzlichem Lächeln an das aufgeblasene Ehrgefühl erinnern, mit dem er in die Partei eintrat.

Parvus.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag
Richard Riegel in München.

AUS DER
WELTPOLITIK.
Socialdemokratische Zeitungen-Korrespondenz.
V. Jahrgang. Nr. 43. 26. Oktober 1903.

Das Zentrum!

Wp. Unser Hauptfeind ist jetzt das Zentrum. Von dieser Partei droht uns die schlimmste Gefahr, viel schlimmeres, als was die Partei bisher erlebt hat. Bismarck war die Personifikation der brutalen Gewalt. Er fuhr mit allen Teufeln hinein, aber er brauchte einen aktiven Widerstand, um zu siegen. Er konnte brechen, verstand es aber nicht zu biegen — langsam biegen und nicht loslassen, immer mehr, immer weiter. Er musste rasche Lösungen haben. Das lag auch in der Natur der von ihm angewandten Mittel: entweder sie wirkten sofort, oder das Spiel war verloren. Durch das Sozialistengesetz wollte er die Arbeiter zum Aufstand reizen: dann würde er ein Blutbad errichten, um die Arbeiter einzuschüchtern, die Bourgeoisie zu erschrecken. Mit dem Moment, wo das Proletariat sich zurückzog, um sich zu sammeln, war das Schicksal des Sozialistengesetzes besiegelt. Zerschmettern, zerstören, tabula rasa machen, das war die Taktik des „Eisernen". Er arbeitete mit Feuer und Schwert, zur edlen Kunst des Würgens fehlte ihm die Geduld. Der Ultramontanismus aber ist leidenschaftslos, kühl, berechnend. Der Ultramontanismus hat Methode. Er geht gelassen zu Werke, kann warten, kann auch zurücktreten, er lässt sich nicht reizen, kennt aber auch kein Erbarmen für seine Gegner. Ihm sind alle Mittel gut: rohe Gewalt, List, Betrug und Perfidie. Der Ultramontanismus ist heimtückisch: er provoziert nicht, sucht vielmehr zu beschwichtigen, um den Gegner zu überfallen, wenn er am wenigsten daran denkt. Der Ultramontanismus legt sich wie eine tote Schlinge um die Nation.

Das Zentrum ist die reaktionärste Partei Deutschlands. Die politischen Freiheiten sind ihm ebenso verhasst, wie den Konservativen, und in religiösen und kulturellen Fragen geht es als ultramontane Partei weit über jene hinaus. Das bischen Opposition, die es in früheren Zeiten gegen Militär- und Steuervorlagen machte, geschah nicht aus Ueberzeugung, sondern um der Regierung Ungelegenheiten zu bereiten. Solange es einen Krieg gegen die Polizei zu führen hatte, musste es selbstverständlich dafür sorgen, dass ihm nicht seine letzten politischen Rechte genommen werden, damals musste es sich auch einen Stützpunkt in den Massen suchen, — das war die scheinbare Demokratie des Zentrums. Doch selbst zu jenen Zeiten war es weit entfernt vom politischen Liberalismus und stand vielmehr auf dem Boden des Polizeistaats, der die Massen in Zucht und Ordnung, in Gebet und Arbeit zu halten habe. Seitdem das Zentrum Regierungspartei geworden, hat es die Polizei für sich, — in den Freiheiten erblickt es deshalb nur noch Zuchtlosigkeiten. Die liberale Bourgeoisie nimmt mit dem Auftreten der Sozialdemokratie eine politische Zwitterstellung ein: ihr Klasseninteresse treibt sie zur Stärkung der Regierungsgewalt, ihre politischen Traditionen und ihre kulturelle Entwicklung nötigen sie, für politische Freiheit und Parlamentarismus einzutreten. Ihre Politik ist deshalb unentschlossen, feig und treulos. Die ultra-

montane Bourgeoisie braucht keine solche Rücksichten zu nehmen: sie ist von Haus aus reaktionär, musste nur, solange der Ultramontanismus von der Regierung in Acht und Bann getan wurde, ihren reaktionären Charakter maskieren und trägt ihn jetzt ostentativ zur Schau. Die ultramontane Bourgeoisie kennt keine Skrupel. Was dem Liberalismus die Absage an seine politische Vergangenheit, erscheint dem Zentrum vielmehr Erfüllung seiner politischen Mission. Das Zentrum setzt uns nicht nur ökonomische Interessen, sondern eine Weltanschauung entgegen. Es will das kapitalistische Privateigentum sichern und zugleich alle kulturellen Errungenschaften der kapitalistischen Industrie beseitigen. Es will die Herrschaft der Kirche auf kapitalistischer Grundlage und zugleich die Herrschaft des Kapitals durch die Kirche stützen. Es will nicht nur die Ausbeutung des Proletariats verewigen, sondern das Proletariat auch noch geistig befangen halten. Der Arbeiter soll das Werkzeug der Fabrikanten und der Sklave der Pfaffen sein. Von der gesamten geschichtlichen Entwicklung der letzten Jahrhunderte übernimmt es nur die Maschine, die den Arbeiter knechtet, — Wissenschaft, Kunst, Litteratur verwirft es. Die Arbeiter in barbarischer Unkenntnis der Welt, ein blinder Anhängsel der Maschine, bedürfnislos und willenlos wie Schafsheerden, ein Häuflein bigotter Kapitalisten als Regierer der Welt, der Kirche fette Pfründen — das ist das Ideal. Es ist eine Wahnidee, aber dieser Wahnwitz wird konsequent verfolgt, und die Partei, die ihn sich zum Programm erkoren, gelangt Dank der eigentümlichen Verkettung der Geschichte Deutschlands zu massgebendem Einfluss.

Das Zentrum ist unser Totfeind — wegen seiner

Klassenstellung, aus Prinzip, aus religiösem Fanatismus. Zu der Ueberzeugung der Andersdenkenden gesellt sich noch die politische Berechnung. Das Zentrum weiss sehr gut, dass man ganz Deutschland nicht katholisch machen kann, dass also der Ultramontanismus als allgemeines Programm versagen muss. Um also seine Herrschaft zu stützen, braucht es ein anderes einigendes Moment, und als solches soll ihm der Kampf gegen die Sozialdemokratie herhalten. Das Zentrum besitzt die zur Führung in diesem Kampfe nötigen Eigenschaften: Rücksichtslosigkeit und den Glauben an das, was es tut. Das Zentrum besitzt nicht die Zweifel der von der Kultur angekränkelten Parteien, es prangt mit seinem reaktionären Wesen, wie der Pavian mit seiner Hinterseite, weil ihm die Scham für seinen Zustand abgeht und dieser vielmehr des Lebens Geist und Zierde erscheint. Gelingt dem Zentrum die „reaktionäre Sammlung“ gegen die Sozialdemokratie, so herrscht es durch die Ohnmacht seiner Verbündeten. Diese sind dann bis auf die Knochen blosgestellt und der Verachtung der Welt und ihrer selbst preisgegeben. Sie müssen dann dem Zentrum folgen, um sich halten zu können.

Das Zentrum hat mit einer erstaunlichen Geschicklichkeit den Uebergang von Oppositionspartei zur Regierungspartei vollzogen. Eine vollständige Frontänderung vor aller Augen, unter unaufhörlichen Angriffen der Gegner, bei vollständiger Instandhaltung der eigenen Wähler, wenigstens nach aussen hin. Das Zentrum führt anderthalb Millionen Wähler, die ein Menschenalter gegen die Regierung waren, jetzt für die Regierung ins Treffen, das war der Sinn der schwarzen Parade des Katholikentags. Dennoch weiss das Zentrum, dass es bei seiner reaktionären Regierungs-

politik nicht auf die Dauer im Kontakt mit den Massen bleiben kann. Eine Opposition regt sich in den katholischen Arbeiterkreisen, die katholischen Unternehmer ihrerseits halten die Maske der christlichen Brüderlichkeit nicht mehr für nötig, und mit der Verschärfung des Klassenkampfes müssen hieben wie drüben Proletariat und Katholik zusammengehen. Die Arbeitermassen werden dem Zentrum unbequem. Der Scheidungsprozess geht ungekehrt vor sich: nicht die Massen verlassen das Zentrum, sondern das Zentrum kehrt sich von den Massen ab. Es braucht sie ja nur noch als Wähler, nicht mehr als politisches Gegengewicht der Regierung. Es kann sie aber als Wähler entbehren, wenn ihnen das Wahlrecht illusorisch gemacht wird. Das Zentrum braucht das allgemeine Wahlrecht nicht mehr, wenigstens in seiner jetzigen demokratischen Form. Aber um gegen das allgemeine Wahlrecht zu kämpfen, braucht das Zentrum Deckung, und diese Deckung findet es in dem Kampf gegen den Umsturz, also gegen die Sozialdemokratie. Die katholischen Arbeiter haben ihre Schuldigkeit getan, dem Zentrum die Herrschaft über die Regierung und die Parteien verschafft, — das Zentrum wird sich jetzt ein Wahlrecht schaffen, bei dem es die katholischen Arbeiter nicht mehr braucht.

Das ist das Zentrum. Es bleibt in seinem Grundcharakter gleich vom Rhein bis an die Donau. Gewisse Unterschiede, die sich aus den besonderen Landesverhältnissen erklären, ändern nichts daran. Und die Frontänderung der Partei wird sie sogar politisch konsolidieren. So ist der bayerische Partikularismus des Zentrums eng verwachsen mit seiner Oppositionsstellung. Solange es die politische Zentralgewalt des Reichs gegen sich hatte, musste es alle Positionen

besetzen, von denen aus diese Zentralgewalt zu bekämpfen war, — hat es die Zentralgewalt für sich, so liegt es in seinem Interesse, sie zu stärken. Das Zentrum wird sich als der einzige Beschützer und Beschirmer des Reichs auftun, wie es sich jetzt als der Ritter Sct. Georg gebärdet, der berufen ist, den Drachen des Sozialismus zu töten.

Der bayerische Partikularismus kommt dem Zentrum insofern zugute, als es sich hier die stärkste Position geschaffen hat. Umsomehr Grund für uns, hier das Zentrum schärfer zu bekämpfen, als nur irgendwo. Aber gerade in Bayern wird von unserer Fraktion seit einiger Zeit eine Taktik befolgt, die ihre eigene Agitation gegen das Zentrum stört und lahmlegt. Der Grundzug dieser Taktik ist, dass man rasche Erfolge haben will, und wenn es auch auf Kosten des Erfolges selbst geschieht. Statt Hindernisse zu überwinden, geht man ihnen aus dem Wege. Statt der grössten Konzentration der Kraft, sucht man den Punkt des geringsten Widerstandes. So glaubt man, auf leichte Weise Siege erringen zu können. Und indessen man den momentanen Klein- und Scheinerfolgen nachjagt, übersieht man die grossen politischen Zusammenhänge der Parteien. So geschah es auch bei der Wahlreform. Statt gegen das Zentrum den Kampf durch eine Agitation im Volke aufzunehmen, glaubte man, durch gütliche Uebereinkunft mehr erreichen zu können. Das Ergebnis ist, dass das Zentrum seinen Willen spielend leicht durchgesetzt hat: die Wahlreformvorlage ist, wie sie das Zentrum haben wollte, nicht das kleinste Zugeständnis hat es gemacht, und unserer Fraktion blieb nur noch übrig, ihre eigenen Konzessionen als Errungenschaften hinzustellen. Die Agitation aber fiel ins Wasser. Sie wurde immer

aufgeschoben. Noch auf dem Münchener Parteitag hiess es, noch sei der geeignete Moment nicht gekommen, aber wenn die Regierungsvorlage eingebracht wird, dann!... Jetzt ist die Regierungsvorlage da, und die Partei hat offiziell eine Agitation gegen den Gesetzentwurf eröffnet. Aber gebunden durch die im voraus festgelegte Zustimmung der Fraktion zu den Grundzügen des neuen Wahlgesetzes, kann sie es nicht mehr frei und entschieden bekämpfen, spricht in einer Weise, die mehr zu Gunsten als zum Nachteil des Regierungsprojekts ausfällt, und votiert in diesem Sinne Resolutionen. Oder soll das wirksame Agitation sein, wenn man die Entrechtung von 150 000 jungen Männern hinunterschluckt und moniert, weshalb im Gesetz nicht — das Frauenstimmrecht enthalten sei?! Die Regierung macht sich nichts daraus und das Zentrum lacht über diese Opposition: es wird die lästigen Wahlbündnisse los, sichert sich für absehbare Zeit die Mehrheit und steht noch als demokratischer Reformator da, statt als reaktionärer Vergewaltiger des Rechts entlarvt zu werden! Zum Dank dafür proklamiert das bayerische Zentrum für sich noch im besonderen den heiligen Krieg gegen die Sozialdemokratie!

Kampf dem Zentrum! Es ist unser schlimmster Feind!

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag Richard Etzold in München.

ZUR BEACHTUNG. Da für die nächste Zeit die Parteipresse mit der Erörterung der Mehringschen Broschüre, neben der Tagespolitik, voll in Anspruch genommen werden wird, so verschiebe ich vorläufig die weitere Auseinandersetzung über den politischen Massenstreik, da dieser Gegenstand wichtig genug ist, um die volle Aufmerksamkeit der Partei auf sich zu lenken.

Parvus.

AUS DER
WELTPOLITIK.
Socialdemokratische Zeitungen-Korrespondenz.
V. Jahrgang. Nr. 44. 2. November 1903.

Franz Mehring und die Sozialdemokratie.

Wp. Franz Mehring begann seine litterarische Laufbahn als Kritiker des untergehenden bürgerlichen Liberalismus, nicht als Feind der Bourgeoisie. Er trat in den literarischen Kreis ein, der das publizistische Epigonentum der deutschen Bourgeoisie umfasste.

Der bürgerliche Idealismus brach sich in Deutschland in der 48er Bewegung das Genick, die Bourgeoisie trieb ihre eigenen Wortführer gegen sich. Man frägt, warum die revolutionäre Periode des deutschen Bürgertums nicht ihren Voltaire geliefert hat, — nun wohl, auch die deutsche Bourgeoisie hatte ihren grossen revolutionären Geist, und das war Karl Marx. Aber Karl Marx konnte sein Genie nur noch im Gegensatz zur Bourgeoisie entwickeln. Das bürgerliche Ideal war bereits, durch die ökonomische Entwicklung in England, durch die politische Entwicklung in Frankreich, stark ramponiert, die revolutionäre Energie der Bourgeoisie war durch den Mangel an Selbstvertrauen gebrochen, — ein starker, entschiedener Geist konnte sich in diesen Halbheiten nicht ausleben. Marx suchte und fand in dem Proletariat die revolutionäre Energie, die dem Bürgertum abhanden gekommen war, im Sozialismus das soziale Ideal, das alle Widersprüche löste. Um das zu erreichen, hat er, zusammen mit Fr. Engels, die geschichtliche Auffassung, die philosophischen und ökonomischen Begriffe seiner Zeit einer Revision und Revolution unterwerfen müssen. Damit gab er aber auch den Todesstoss der bürgerlichen Ideologie. Seitdem leidet die bürgerliche Publizistik an einem inneren Zwiespalt: sie sucht die Ideale des bürgerlichen Liberalismus wachzurufen und muss doch, soweit sie ehrlich und logisch bleibt, vor der sozialistischen Kritik des bürgerlichen Ideals die Waffen strecken.

Die deutschen Publizisten der 60er Jahre lebten von den Traditionen der März-Revolution. Sie konnten es nicht fassen, dass der aufgewärmte Liberalismus der 60er Jahre hinter dem halben Revolutionismus der vormärzlichen Bourgeoisie zurückblieb, sie waren die Antreiber und Anpeitscher des Liberalismus. Der junge Mehring fand Männer mit stolzem Geist und edlem Sinn, die mit der ganzen Wucht ihrer Persönlichkeit für die Ideale des Liberalismus eintraten und doch selbst fühlten, dass ihnen der Boden unter den Füssen entgleitet. Ihre Sympathien schlängelten sich bald zum Proletariat hinüber, das durch die revolutionäre Energie seiner aufstrebenden Bewegung ihnen imponierte, bald schreckten sie in sich zusammen vor der Kluft, die sich zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie auftat. F. Lassalle hat die letzten politischen Verbindungsdrähte zwischen dem deutschen Proletariat und dem Liberalismus zerhauen, zugleich aber, indem er die sozialistische Bewegung auf den nationalen Boden stellte, einen geistigen Uebergang geschaffen von der liberalen Ideologie, durch Einheit der Nation, zum demokratischen Sozialismus. Ueber diese Brücke kam auch Franz Mehring.

Mehrings Schrift gegen Treitschke, obwohl in die Form einer sozialistischen Replik gekleidet, ist ihrem Inhalte nach doch nur eine liberale Antikritik. Es spricht aus ihr vor allem die Indignation des Unvoreingenommenen und freier Denkenden vor den Sottisen und Gemeinheiten, mit denen eine anerkannte Leuchte der bürgerlichen Geschichtswissenschaft den Sozialismus zu bekämpfen glaubte. Ich weiss nicht, wie es war, doch möglich wäre es, dass gerade das Pamphlet Treitschkes Mehring erst veranlasste, sich zum Sozialismus zu bekennen. Die ungerechten Schmähungen mussten den jungen Trotzkopf reizen, nicht nur mit seiner Feder, sondern auch mit seiner Person für die Verleumdeten einzutreten. Auch musste der Instinkt des Polemisten ihm nahegelegt haben, dass eine Abfertigung aus der Mitte des halbbarbarischen Gesindels, als welches der preussische Historiograph die Sozialisten hinstellte, mehr Eindruck machen würde, als eine Polemik um den Sozialismus aus den Reihen der Intelligenz, denen der Herr Professor selbst angehörte. Prüft man aber die Broschüre auf ihrenn sozialistischen Gedankengehalt, so erhält man eine sehr geringe Ausbeute. Er lässt sich in die magere These zusammenfassen: die Arbeiterbewegung ist eine geschichtliche Notwendigkeit und bedeutet einen kulturellen Fortschritt. Vom sozialrevolutionären Charakter der Arbeiterbewegung, vom Klassenkampf, seinen Mitteln und Wegen fehlt jede Spur der Erkenntniss. Im Gegenteil, der Sozialismus will, nach der Meinung des Autors, „die unüberbrückbaren Klassenunterschiede zuschütten“ und er macht dem gelehrten Professor seine „fanatische Predigt der unüberbrückbaren Klassenunterschiede“ zum bitteren Vorwurf. Daneben erscheint ihm der „alte Fritz“ als Bettlerkönig und Kaiser Joseph als Opfer seines Eintretens für das arme Volk gegen die besitzenden Klas-

sen. Es war ein Sozialismus, unter dem sich heutzutage ein Pfarrer Naumann unbedenklich unterschreiben würde und der nicht darüber hinausging, was auch damals schon Professor Schmoller dem Professor Treitschke entgegenhielt. Es war auch nicht Gefühlsozialismus im Sinne eines Schäffle. Der hervorstechende Zug des Anti-Treitschke ist nicht die Sympathie mit den Unterdrückten, sondern die Auflehnung gegen das Banausentum der Zunftgelehrten, der mit arroganter Süffisanz über Dinge aburteilt, die ihm weltfremd sind und zu deren Studium er sich nicht die geringste Mühe genommen hat.

Sentimentalität ist überhaupt nicht die literarische Art Mehrings. Er wirkt auch nicht auf das Temperament, sondern auf den Verstand. Er gehört nicht zu denjenigen, die durch ihre Begeisterung hinreissen, sondern zu den anderen, die durch ihren ätzenden Spott vorwärts treiben. Einmal den Gesichtspunkt gewonnen, bewegt sich sein Gedanke unaufhaltsam vorwärts und zaudert nicht vor der äussersten Konsequenz. Die sich zwischen den Gegensätzen sanft hinschlängelnde Wellenlinie, die sich nach rechts und links bald nähert, bald entfernt, wiederspricht seiner Natur. In jedem Streit ist er ganz bei der Sache. Bei jedem Streit sieht er nur das Streitobjekt, dem er alles andere, was war, ist oder sein wird, unterordnet. Darum ist seine Kampfesdisposition stets einseitig. Der Blick des Politikers, der wägt und misst und den einzelnen Kampf einem allgemeinen Ziel unterordnet, fehlt ihm vollständig. Er kämpft, wie die Japaner zeichnen — ohne Perspektive, wodurch eine Unproportionalität der einzelnen Teile entsteht. Er ist ein vorzüglicher Parteigänger, aber kein Organisationsmensch, und es fehlen ihm alle Eigenschaften eines Führers. Darin liegen seine Tugenden und seine Schwächen.

Ueber Mehrings Angriffe auf die Sozialdemokratie ist viel moralisiert worden. Wie er einzelne Personen beschimpft, was er schlechtes von der Partei gesagt hat, das ist weidlich breitgetreten worden. Worin aber sein sachlicher Gegensatz zur Partei bestand, das haben uns seine Angreifer verschwiegen. Und doch ist das die Hauptsache. Denn dass ein Mann wie Mehring, wenn er sich in Opposition befindet, vor nichts mehr zurückhält und am allerwenigsten vor Personen, das braucht man uns nicht erst aus seiner späten Vergangenheit nachzuweisen. Wollte man aber, dass wir zu Mehring wegen seines Gesinnungswechsels Misstrauen fassen, so müsste man erst den Nachweis führen, dass dieser Gesinnungswechsel eines logischen Zusammenhangs entbehre und folglich nur auf persönliche Motive zurückzuführen sei. Die sachliche Auseinandersetzung liegt aber nicht in der Methode des Opportunismus, die nur darauf hinausgeht, die Person zu verdächtigen, und zu diesem Zweck reichten die aus dem Zusammenhang gerissenen Kraftstellen und Schimpfworte gerade aus. So wollen wir denn selbst versuchen, uns klarzumachen, worin der Gesinnungswechsel Mehrings bestand.

Zunächst muss konstatiert werden, dass Mehring auch bei seiner Befehdung der Sozialdemokratie der Arbeiterbewegung durchaus wohlwollend gegenübersteht. Er ist weit davon entfernt, von dem, was er gegen Treitschke sagte, auch nur das Geringste zurückzunehmen. Im Gegenteil, er wendet sich auch in seiner neuen Schrift nicht minder scharf, als im Anti-Treitschke, gegen den Liberalismus wegen seiner schroffen Ablehnung der Arbeiterforderungen. Er höhnt über die Fortschrittspartei wegen dem „seltenen Ungeschick und Unglück, welches sie in Sachen

der Arbeiterfrage von jeher betätigt hat und in aller Zukunft betätigen zu wollen scheint," er wirft ihr vor, dass sie „in Fragen der Sozialreform ängstlicher, negativer und zurückhaltender sei, als es heute irgend eine politische Partei ist," er spricht mit wahrer Begeisterung von F. A. Langes „Arbeiterfrage" und eignet sich dessen Urteil an: „In der Fortschrittspartei gelte es als eine Ketzerei ersten Ranges, zur sozialistischen Bewegung auch nur ein objektives Verhältniss einzunehmen." Ueber die politische Verfolgung der Sozialdemokratie urteilt er: „Die militärischen, polizeilichen und strafrechtlichen Prozeduren gegen die Führer der eisenacher Fraktion gehören zu den beklagenswertesten Ereignissen jener Zeit, beklagenswert nicht minder vom rechtlichen, wie vom politischen Standpunkt." Mehr als Wohlwollen und den Kampf um ein objektives Urteil enthielt aber auch Mehrings Anti-Treitschke nicht. Von einer Aenderung der grundsätzlichen Ueberzeugung kann also nicht die Rede sein. Was Mehring in seiner damaligen „Geschichte der Sozialdemokratie" bekämpft, ist — der „revolutionäre Sozialismus," der „Kommunismus". Er bekämpft ihn nicht vom Standpunkte der Interessen der Bourgeoisie, sondern vom Gesichtspunkte der Einheit der Nation. Das ist wichtig. Zum Befürworter der ausbeutenden Klassen hat sich Mehring niemals erniedrigt. Man wird in allen seinen Schriften nicht ein Wort finden, das man in diesem Sinne deuten könnte. Er bekämpfte uns nicht als Bourgeois, sondern als bürgerlicher Demokrat.

Ich habe schon darauf hingewiesen, welche zweideutige Stellung die deutschen Demokraten der 60er Jahre, deren publizistische Schule der junge Mehring durchgemacht hat, der Sozialdemokratie gegenüber ein-

genommen haben. Die Demokratie als selbständige politische Doktrin ist national. Darum nehmen selbst die Ideologen der Demokratie Anstoss an dem Klassenkampf — nicht weil dadurch die Interessen der Bourgeoisie gefährdet werden, sondern weil dadurch die Nation gespalten wird. So bekämpfte auch Mehring die Sozialdemokratie, nachdem er sich von der „Aufsaugung des nationalen Sozialismus durch den internationalen Kommunismus“ überzeugt hat. Er sah, dass die Sozialdemokratie alle patriotischen Begriffe zersetzt und zerfetzt, und die Uneinigkeit der Nation, Klassenhass und Klassenhader, die durch die Sozialdemokratie nur zum politischen Ausdruck gebracht worden waren, schrieb er auf Rechnung ihrer Agitation, wie er sie früher Treitschke zur Schuld machte wegen seines kapitalistischen Klassenstandpunktes. Sein Buch gegen die Sozialdemokratie schliesst er mit den Worten :„Wie der innerste Kern der Sozialdemokratie Hass gegen das Vaterland ist, so ist unsere mächtigste Waffe gegen sie die Liebe zum Vaterlande. Fester, tiefer, treuer müssen wir verwachsen mit dem nationalen Staate.“

Es bleibt uns noch übrig, die theoretischen Einwände Mehrings gegen den Sozialismus zu prüfen. Um es gleich vorwegzunehmen: sie decken sich mit der Argumentation unseres modernen opportunistischen Revisionismus in einer Weise, dass es zum Lachen ist.

Er bestreitet nicht die Wissenschaftlichkeit des Sozialismus, nur findet er, dass diese Wissenschaft noch in ihren „ersten Anfängen“ sei und selbst der Begriff noch „schwankend und unklar“ sei. Vgl. Bernstein „über die Wissenschaftlichkeit des Sozialismus“. Die abstrakte Möglichkeit des Sozialismus will er nicht leugnen, nur meint er: „je weiter seine Ideen und Systeme greifen, um so längerer Entwickelung bedürfen

sie, einer Entwickelung, die sich nicht nach Jahrzehnten, sondern nach Jahrhunderten oder Jahrtausenden bemisst und dem praktischen Politiker die vollste Seelenruhe noch nicht zu trüben vermag“. Vgl. Bernstein: „das Ziel ist mir nichts, die Bewegung alles“. Der Sozialistenfresser Mehring ist überhaupt in die Praxis und positive Arbeit nicht minder vernarrt, als unsere opportunistischen Praktiker. Er entdeckt einen inneren Widerspruch bei Marx und Lassalle zwischen Realpolitik und Revolutionismus. „Diese Schüler Hegels, die in ihren theoretischen Untersuchungen nichts so eindringlich und unaufhörlich betonen, als die vernünftigen Grundgedanken, welche, so wenig aufzuhalten, wie zu beschleunigen, in aller Geschichte mit der Gewalt von Naturgesetzen ihrer Erfüllung zudrängten; die mit dem litterarischen Hohn der Tribunen spotten, welche Revolutionen hervorrufen wollten und eher mit dem Atem ihres Mundes den Sturm auf dem Meere zu entfesseln vermöchten, sie beschwören als praktische Agitatoren den Sturm auf dem Meere, die Revolution unter den Völkern. Seltsamer und fast unbegreiflicher Widerspruch!“ Man könnte glauben, wenn man diese Stelle liest, Mehring habe Bernstein plagiirt, wenn nicht dieser erst ein Vierteljahrhundert später auf die Idee gekommen wäre, in dem Spalt zwischen Realpolitik und Revolutionismus sich eine Hütte zu bauen. Ich müsste ganze Seiten voll schreiben, wollte ich die Ideengemeinschaft zwischen der Mehringschen und der opportunistischen Kritik des revolutionären Sozialismus in allen Details nachweisen. Es ist genau die gleiche Methode. Mehring leugnet z. B. nicht das „schnelle Anwachsen des Kapitalreichtums“, aber er meint, bis zu einer extremen Klassenscheidung seien noch weite Wege: „überblicken wir die reiche Mannigfaltigkeit unseres nationalen Lebens, so erken-

nen wir deutlich, eine wie unendliche Strecke Weges uns von den extremen Missgebilden der grossen Industrie trennt.“ Auch die Berufung auf die Sonderheit der Agrarverhältnisse fehlt nicht. Er findet und legt Wert darauf, dass der landwirtschaftliche Mittelbetrieb zu Gunsten des Parzellenbetriebs und nicht des Grundbetriebs zurückgeht. Anderseits konstatiert er eine „steigende Entwicklung der Arbeiterklasse“, ohne zu verkennen, dass dieser Prozess „langsam und mühevoll sich vollzieht.“ Das Verhältniss zwischen Kapital und Arbeit sei ein schwankendes, wobei „bald das Kapital der Arbeit, bald die Arbeit dem Kapitale die Bedingungen der gegenseitigen Beziehungen diktieren kann.“ Das Heil der Arbeiter erblickt er in der Sicherung des Koalitionsrechts und in der Sozialreform.

Wenn die oportunistischen Angreifer Mehrings in alledem nicht ein Programm des Sozialismus, sondern zur Bekämpfung des Sozialismus erblicken, so sollen sie unsere Zustimmung haben, — dann mögen sie aber gefälligst dieses Urteil auch auf ihre eigenen Ansichten übertragen.

So war Mehring als Gegner der Sozialdemokratie. Er wollte alle demokratischen Elemente, alle Patrioten, denen das Wohl der Nation teuer ist, aufrütteln, um durch demokratische Reformen, durch sozialpolitische Gesetzgebung dem revolutionären Sozialismus die Bahn zu verlegen. Die kommende Entwicklung musste Mehring eines anderen belehren. Die Bourgeoisie feig, niederträchtig, in einem engherzigen Ausbeuteregoismus befangen, die Regierung borniert und brutal, die Sozialreform ein schäbiges Almosen, das man den Arbeitern hinwarf und dabei noch verlangte, dass sie die Hand küssen, die sie züchtigte!

Wir wissen, dass Mehring sich bald genug belehren liess und mit demselben Eifer, mit dem er uns bekämpfte, aber mit besseren Waffen, gegen unsere Feinde focht. Von seiner publizistischen Tätigkeit in den Reihen der Bourgeoisie konnte er sich jedoch nicht trennen. Es will mir scheinen, dass nicht allein seine Schrift gegen unsere Partei ihm dabei im Wege stand. Das wäre überwunden, wollte er sich offen zu unserer Partei bekennen. Aber das konnte er nicht. Er kritisierte die Bourgeoisie, höhnte den Liberalismus, denunzierte ihn vor dem Proletariat, er schuf sich Feinde, ohne sich neuer Freunde zu versichern, er konnte sich auf keine Partei stützen, er war schliesslich nur noch ein verlorener Posten der alten grosszügigen deutschen Publizistik, aber er hielt getreulich aus, vielleicht auch im Gefühl, dass er ein geistiges Erbe zu verwahren hatte, die Traditionen der deutschen politischen Literatur, dass mit ihm der letzte nationale Publizist Deutschlands vor den Zeitungsschmierern der Bourgeoisie das Feld räumen würde. Aber was er nicht über sich zu gewinnen vermochte, wurde ihm schliesslich aufgezwungen. Es bildete sich bekanntlich gegen ihn eine Koalition der bürgerlichen Presse, der Verleger und der Redakteure, der Arbeitgeber und der Knechte, und diese Koalition drängte ihn aus den Reihen der bürgerlichen Journalistik heraus. Die Bourgeoisie konnte diesen Mann nicht vertragen: er besass grosse Gesichtspunkte, einen kühnen Geist, er hatte Kenntnisee und war unbestechlich. So kam er denn zu uns.

In den Reihen der Sozialdemokratie fand Mehring einen weiten Wirkungskreis. In den zwölf Jahren, die er unter uns weilt, hat er mehr geschaffen, als in seinem ganzen Vorleben, und grösseres, als jemals —

Werke von bleibendem wissenschaftlichen und literarischen Wert. Seine publizistische Tätigkeit fand einen Resonanzboden in den Massen. Und da begreifen es die kleinen Ehrgeizigen, die er in ihren revisionistischen Flohspringen stört, nicht, dass Mehring der Todesfeind der bürgerlichen Demokratie ist, dass er die liberalen Lügen schonungslos aufdeckt, dass er uns vor Bündnissen warnt mit den bürgerlichen Politikmachern, deren Hohlheit und Feigheit und brutalen Klassenegoismus er von Grund aus kennen gelernt hat, dass er die opportunistischen Illusionen, von deren Nichtigkeit er durch lange Kämpfe sich überzeugt hat, in alle Winde zerstreut, dass er auf der Wacht steht der sozialrevolutionären Grundsätze, die er sich durch ein Studium wie keiner und durch ein ganzes Leben angeeignet hat! In dieser Konsequenz seines Lebens sehen sie einen Wiederspruch. Und sie begreifen es nicht, dass sich in der Partei ein Entrüstungssturm erhoben hat, als der Versuch gemacht worden war, dieser glänzenden literarischen und politischen Tätigkeit durch ein ebenso kleinliches wie schmutziges Intriguenspiel ein Ende zu legen!

Ich fasse mein Urteil über Mehring zusammen: Er arbeitete an der geistigen Entwicklung seiner Nation und er kam zum proletarischen Sozialismus, der die nationalen Schranken sprengt, weil er keine andere Möglichkeit sah, die deutsche Nation vor Morasmus, die deutsche Kultur vor dem Untergang zu retten. Das deutsche Proletariat kann stolz darauf sein, dass der letzte deutsche Publizist in seiner Mitte Rettung suchte und einen Wirkungskreis fand.

Parvus.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag
Richard Etzold in München.

AUS DER
WELTPOLITIK.
Socialdemokratische Zeitungen-Korrespondenz.
V. Jahrgang. Nr. 45. 9. November 1903.

Von Mehring bis Harden.

Wp. Von Mehring bis Harden ist ein Abschnitt der deutschen Kulturgeschichte.

Auch Harden begann mit der Kritik des Liberalismus. Jede Kritik des Liberalismus ist Kritik der politischen Herrschaft der Bourgeoisie. Diese Kritik kann aber von verschiedenen Gesichtspunkten aus geschehen. Man kann den Liberalismus vom junkerlichen, zünftlerischen, nationalen, demokratischen, idealliberalen, sozialistischen Gesichtspunkte aus kritisieren. Man kann ihn auch kritisieren ohne Gesichtspunkt.

Die sozialistische Kritik des Liberalismus, sieht man vom Proletariat ab, das nicht durch die Philosophie zum Klassenkampf, sondern durch den Klassenkampf zur Philosophie gelangt, setzt ein tiefes Eingehen auf die bewegende Kräfte der menschlichen Geschichte, das Studium der geistigen Kämpfe der Zivilisation, die Kenntnis der philosophischen und wissenschaftlichen Entwicklung voraus. Der Sozialismus verwirft nicht blos den Liberalismus, er sucht, den Liberalismus zu begreifen, um ihn zu überwinden. Der Sozialismus will nicht den Liberalismus auf abgetane soziale und kulturelle Formen zurückführen, er denkt auch nicht daran, ihn nach abstrakten Begriffen, entgegen seiner materiellen Entwicklung, von innen heraus zu reformieren, — er zieht blos seine Konsequenzen, eilt ihm voraus, um seine kulturelle Erbschaft anzutreten und das auszuführen, was der Liberalismus kraft den Entwicklungsgesetzen der bürgerlichen Gesellschaft nicht auszuführen vermag. Alle andere Kritik des Liberalismus fällt in sich selbst zusammen, weil sie den realen Boden seiner Entwicklung und seines Niedergangs ignoriert. So auch die Kritik seitens der liberalen Ideologie. Sie sucht, die Geister zu wecken, sie appelliert an die alten Ideen, sie sieht den Niedergang des Liberalismus als geistige Verirrung an, und doch ist er nur das Ergebnis der Tatsache, dass die revolutionäre Klasse, die seine Trägerin war, zur herrschenden und folglich reaktionären Klasse geworden ist. Die liberale Ideologie wird angesichts der materiellen Tatsachen, die ihr auf Schritt und Tritt Hohn sprechen, zur Don Quixoterie. Das führt zum Verzicht der Kritik auf jeden Gesichtspunkt.

Diese neue Kritik des Liberalismus hat nichts hinter sich und nichts vor sich. Sie ist enttäuscht vom Liberalismus, sie verzweifelt an dessen Wiederaufrichtung und kennt doch nichts, ausser ihm. Auf dieser Basis entwickeln sich soziale Indolenz und Menschenverachtung. Das sieht man an Nietzsche. Die Welt, die er verwirft, ist die bürgerliche Welt, aber er selbst ist noch vielzusehr Spiessbürger, um sich eine andere vorzustellen. Die Tugenden und Laster der bürgerlichen Kleindemokratie erscheinen ihm als Natureigenschaften der Menschheit schlechtweg. Da er die sozialen Gesetze der Veränderung des kulturellen Typus nicht kennt, schafft er sich einen neuen Menschen auf metaphysischem Wege. Sein Uebermensch ist der Homunculus der Metaphysik, ebensowenig le-

bensfähig, wie der Homunculus der Retorte des Alchimisten. Nietzsches Reich ist eine Phantasmagorie. Sein hoher Flug ist imaginär: mit geschlossenen Augen sieht er die Welt unter sich, tief unten das Marktgewühl der Menschen, er dünkt sich in den Eisregionen der Berge, frei schwebend von Bergesgipfel zu Bergesgipfel, und merkt nicht, dass ihm die Schwingen mit den bürgerlichen Mehlsäcken beschwert sind. Die Anhänger Nietzsches haben die Ideen des Meisters aus den Mondscheinsphären auf den Markt gebracht. Der ganze Nietzsche ist der schmerzhafte Versuch des Geistes, dem bürgerlichen Alltagsleben mit seiner Kaninchenmoral und Krämerphilosophie zu entrinnen, — sie aber wollen nach Nietzsche sich häuslich einrichten und Geschäfte machen. Selbstherrlich und frei, kühn und edel, mit starkem Können, Wollen, Streben — so dachte sich Nietzsche den Uebermenschen. Aber wenn man das Individuum von den sozialen Banden loslöst, so fällt auch der Zusammenhang mit der Kultur, und es bleibt nur noch der Mensch als Tiergattung. Und aus der übermenschlichen Vergeistigung wird der Kultus des Gemeinen.

Es ist leicht verständlich, dass Mehring, der selbst von der Kritik des Liberalismus zum Sozialismus kam, von Harden die gleiche Entwicklung erwartete. Allein er übersah den Unterschied der Zeiten. Als Harden auftrat, hat die bürgerliche Publizistik sich bereits aller grosser Gesichtspunkte entledigt. Für Mehring war seinerzeit die Nation die erhabene Idee, die den Eckstein seiner Weltanschauung bildete. Harden fand den nationalen Gedanken nicht mehr vor, selbst die Idee der Reichseinheit war verblasst und zerfetzt, wie ein Bettlermantel, und es verblieben nur noch die Kürassierstiefel des Junkers Bismarck. In diesen letzteren

suchte Herr Harden den Geist und die Traditionen der deutschen Nation. Der Gesichtkreis der politischen Literatur verengte sich ungemein: klein waren die Interessen, pygmäenhaft die leitenden Geister und kleinlich die Kritik — ihre litterarischen Erfolge rasch, aber mit winzigen Mitteln erreicht — Tagesgrössen, die mit dem Beifall entstehen und vergehen, wie die Blasen auf dem Sumpf. Ein derartiges Milieu konnte keinen genügend starken Anreiz zu ernsten Studien, zu einem tiefen Erfassen grosser geschichtlicher Probleme geben. Harden fand keine Zeit, um Marx zu lesen, — er brauchte ihn auch gar nicht in dem Liliputanerkampf, den er zu führen hatte.

Wie die Literatur, so ihre Charaktere. Es hört sich ungemein naiv an, wenn Mehring jetzt Harden vorwirft, dieser hätte sein Talent verwüstet. Das gehört auch zu den Traditionen der längst entschwundenen Heroenzeit der bürgerlichen Publizistik, dass das literarische Talent Verpflichtungen auferlegt, dass das literarische Schaffen in sich selbst seine höchste Befriedigung findet und der Schriftsteller alles den Interessen der Entwicklung seines Talents unterordnen muss. Solchen Kultus der Literatur kennt ein Harden nicht. Er ist ein ganz anderer Charakter.

Harden posiert gern als self made man. Da ergänzt es nur das Bild, wenn wir sagen, er sei ein Business-Mensch. Sein Talent nützt er aus, um ein Geschäft zu machen. Und in diesem Sinne hat er seine publizistischen Fähigkeiten nicht vergeudet, sondern sehr nützlich angebracht. Ganz im Gegenteil zu Mehring, der, weil er seine geistige Unabhängigkeit zu wahren suchte, stets materiell abhängig geblieben ist. Mehring sieht wenig auf politischen Einfluss, aber er hat einen wissenschaftlichen und literarischen Ehrgeiz.

Harden ist politischer Einfluss nichts und literarischer Ruhm Nebensache. Was bewegt ihn dann? Wie jeden Schriftsteller von Talent, zweifellos der innere Drang zum litterarischen Schaffen, er muss deshalb auch innerhalb gewisser Schranken bleiben, die durch die Eigenart seines Talents gegeben sind, er muss einen gewissen Spielraum haben für seine Kritik, aber Sinn und Zweck bekam für ihn seine literarische Tätigkeit doch nur durch das Geldmachen.

Wäre Bismarck nicht gestürzt, so würde die Bismarckschwärmerei Hardens sich wohl mit der Zeit verflüchtigt haben, jedenfalls hätte sie nie ihre bekannten Dimensionen angenommen, aber auf keinen Fall wäre Harden jemals Sozialdemokrat geworden. Der praktische Verstand des Business-Menschen sagte ihm, dass das bessere Geschäft, und mit geringeren geistigen Ausgaben, in der bürgerlichen Journalistik zu machen sei. Dagegen war ihm der Nitzscheanismus wie auf den Leib geschnitten. Er gab ihm eine kritische Stellung, ohne ihn auf etwas zu verpflichten. Er konnte alles kritisieren, von allen möglichen Gesichtspunkten aus, und den Gesichtspunkt wechseln. Er kritisiert denn auch den Liberalismus vom Standpunkte des Junkertums und das Junkertum vom Standpunkte des Sozialismus oder auch umgekehrt und in beliebigen anderen Kombinationen. Kritiker des monarchischen Regimes, Lobredner der Traditionen der Hohenzollern, Bismarckanbeter, roter Republikaner, Schutzzöllner, Fortschrittsmann, Panegirist des ostelbischen Junkertums, Herold der rheinischen Industriellen, konservativ, revolutionär, Materialist, Idealist, Atheist, Spiritist — in jeder Frage frägt er sich, mit welchem Gesichtspunkt die meist sensationellen Effekte zu erreichen wären, und wählt ihn, wie der Modegeck

seine Weste. Die Widersprüche, zu deren Lösung Franz Mehring ein ganzes Leben bedurfte, sie leben in einem Harden friedlich nebeneinander: auf der einen Seite beschimpft er uns, auf der andern lobt er uns, er tut es auch in einem und demselben Satz. Und die wackeren Leute, die Mehrings grosse Arbeiten auf dem Gebiete des Sozialismus und eine konsequente politische Tätigkeit von zwanzig Jahren zurücksetzten, um ihn mit einigen Phrasen zu bekämpfen, die er vor einem Vierteljahrhundert geschrieben hatte, sie forderten von uns Nachsicht gegenüber Harden, weil in dem kaleidoskopartigen Farbenwechsel seiner Kritiken gelegentlich auch rötliche Striche vorkommen!

Harden geriert sich gern als Demokrat. Er erzählt der Welt von der Herzenswärme, mit der er seinem Stiefelputzer die Hand drückt. Sein Gleichheitsgefühl ist aber eigener Art. Er hat die moralischen Bande der bürgerlichen Kultur gelöst, weiss aber nichts an ihre Stelle zu setzen. Er verachtet die Bourgeoisie, hat aber, im letzten Grunde, auch vor sich selbst keine Achtung. Ein Gleichheitsgefühl solcher Art ist allen eigen, die mit der Gesellschaft gebrochen haben — den Zuhältern und Dieben. Im Hass gegen alle und in der Verachtung ihrer selbst treffen sie sich zusammen. Das proletarische Gleichheitsgefühl ist ganz anders: es beruht auf der Solidarität der Interessen und dem gemeinsamen geistigen Streben, es ist die Solidarität der Begeisterung und des gemeinsamen Kampfes. Und Hardens Stiefelputzer, wenn er Sozialdemokrat ist, wird sich wahrscheinlich durch dessen Händedruck wenig geehrt fühlen.

Armer Kerl! Nichts echtes hat er in sich, nichts, was dem Geistesleben Halt und Richtung gibt. Er

nimmt sich selbst nicht ernst. Er war noch nie er selbst — er mimt den Stolzen, den Pfiffigen, den Biederen, aber jedesmal fühlt man hinter der Maskierung die innere seelische Hohlheit heraus, und dieses Gefühl muss er auch selbst haben. Das ist der Publizist der Bourgeoisie zu einer Zeit, da sie selbst den Glauben an sich bereits verloren hat.

Parvus.

Was sich ein russischer Spitzel in der Schweiz erlauben darf!

Die Schweizer Behörden haben den Prozess gegen den russischen Spion Rabinowitsch unterschlagen. Der Kerl wollte zwei Postbeamte bestechen. Man hat ihn ausgewiesen. Jetzt kann er sich irgendwo an der schweizerischen Grenze niederlassen und den Bestechungsversuch wiederholen. Und wenn nicht gerade dieser, so tut's ein anderer. Es sind russische Spitzel genug in der Schweiz, und sie riskieren ja nur, ausgewiesen zu werden. Vielleicht finden sie jetzt auch willigere Ohren. Die Beamten werden sich sagen: wenn der russische Spion straflos ein Kriminalverbrechen begehen darf, so wird es wohl nicht so schlimm sein, sich von ihm bezahlen zu lassen. 2400 Franken per Jahr, das ist schon was! Vielleicht sehen es die hohen demokratischen Behörden sogar ungern, dass die zwei Postbeamten durch ihre dumme Ehrlichkeit ihnen Scherereien bereitet haben. Geld nehmen und diskret

bleiben! Eine neue Fremdenindustrie in der Schweiz. Der Verkauf der politischen Flüchtlinge an die zarische Galgenregierung. Das schweizerische Asylrecht von russischen Gendarmen bewacht. Lieferung von Privatbriefen an die politische Polizei nach amtlichem Tarif.

Nach dem deutschen Strafgesetzbuch wird jeder, der einem Beamten Geschenke auch nur „anbietet", um ihn „zu einer Handlung, die eine Verletzung einer Amts- oder Dienstpflicht enthält, zu bestimmen", mit Gefängnis bestraft. In der Schweiz wird nicht anders sein. Und wenn etwa ein Arbeiter, bei einem Streiktumult in Genf verhaftet, dem Schutzmann einen Schnaps anbieten wollte, damit er ihn freilasse, so wäre er schön verknurrt, — die russische Polizei darf aber Jahresgehälter für eidgenössische Beamte aussetzen, sie darf die Postbeamten demoralisieren und korrumpieren — wer weiss, wieviele schon in ihrem Solde stehen — und sie geht straflos aus! Hoffen wir, dass die schweizerische Arbeiterschaft in diesem Fall, der noch schlimmer ist, als der berüchtigte Fall Wohlgemuth, energisch Protest erhebt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag
Richard Etzold in München.

AUS DER
WELTPOLITIK.
Socialdemokratische Zeitungen-Korrespondenz.
V. Jahrgang. Nr. 46. 16. November 1903.

Chamberlains Pläne.

Wp. Die Freihandelspolitik Englands beruhte auf der Voraussetzung der unbeschränkten Entwicklung der kapitalistischen Produktion. Erst glaubte man, die internationale Arbeitsteilung, wonach England Industriewaaren, alle andere Welt Ackerbauprodukte und Rohstoffe zu liefern hatte, sei eine Art unwandelbares Naturgesetz. Dann, als die anderen Länder ihre eigene Industrie zu entwickeln begannen, stieg die englische Ausfuhr an Maschinen, Steinkohlen, Halbfabrikaten und der Handel über England mit den Rohstoffen seiner Kolonien. Und abermals schien der englischen Kapitalistenklasse, dass dies kein Ende nehmen würde. Die unbeschränkte Produktionsentwicklung ist Existenzbedingung des Kapitals; da die Kapitalistenklasse sich keine anderen sozialen Möglichkeiten denken kann, als die, unter denen sie existiert, so kann sie das Aufhören ihrer Existenzbedingung nicht denken; und da jede nationale Kapitalistenklasse sich selbst als den Mittelpunkt der kapitalistischen Produktionsentwicklung betrachtet, so erhebt sie die jedesmaligen Bedingungen ihrer eigenen Entwicklung zum sozialen Naturgesetz. Wie die englische, so glaubt auch die deutsche Kapitalistenklasse an eine endlose Entwicklung ihres industriellen Absatzes und genau so die amerikanische.

Aber seit Jahrzehnten schon tritt die Entwicklung des englischen Handels in steigender Progression hinter jener des Handels der jüngeren Industriestaaten zurück. In wichtigen Industrieartikeln ist sogar Stagnation und selbst Verminderung des Absatzes eingetreten. Die englische Kapitalistenklasse kann sich keinen Illusionen mehr hingeben — die Zeit naht, da sie von den anderen Ländern auf dem Weltmarkt überflügelt werden wird. Diese Erkenntnis, die erst in der wissenschaftlichen Literatur zum Ausdruck kam, dann von der Presse übernommen wurde, wird jetzt von den englischen Staatsmännern offiziell vertreten.

Es ist nicht blos die Konkurrenz einzelner Industriezweige, es ist die Konkurrenz von Industriestaaten, mit denen England zu rechnen hat. Die respektiven Länder haben eine vollkommene kapitalistische Revolution durchgemacht. Wie die Verkehrsmittel, so haben sie ihre politische Verfassung, das Finanzsystem, die Armee, die Verwaltung und selbst ihre Wohnsitze, ihre Lebensgewohnheiten, ihre Wissenschaft, Philosophie und Sittlichkeit, sogar die Bevölkerungsvermehrung und den Zeugungsprozess den Bedürfnissen der Kapitalakkumulation angepasst. Noch bevor sie den heimischen Markt, den ihnen zum grossen Teil Englands Industrie erst erschlossen hatte, voll ausgenützt haben, standen sie auch selbst schon infolge kapitalistischer Ueberproduktion vor der Notwendigkeit, ihren industriellen Absatz über die Grenzen des Landes hinaus auszudehnen. Sie bedrängten die englische Industrie auf den neutralen Märkten und in England selbst. Aber noch immer hatte England Dank seiner gewaltigen Schiffahrt, seinen ausgedehnten Kolonien und den sontsigen maritimen Stützpunkten im überseeischen Verkehr die dominierende Stellung. Durch die Entwicklung einer eigenen Ozeanschifffahrt hat Deutschland auch hier die Herrschaft Englands

gebrochen, und hinter Deutschland folgt mit Riesenschritten Amerika.

Dieser Kampf um den Weltmarkt war von Anfang an ein wirtschaftlicher und politischer zugleich. Die Staatsgewalt wurde ausgenützt, um mittelst Zölle die Preise im Inlande hochzuhalten und auf Kosten dieser Besteuerungen der heimischen Konsumenten die Waaren im Auslande unter dem Produktionspreis zu verschleudern; direkt aus Staatsmitteln, also auf Kosten der Steuerzahler, wurden Dampfersubventionen und Ausfuhrprämien gezahlt; mit offener militärischer Gewalt gingen die Staaten auf die Eroberung von Kolonien hinaus.

Diese Entwicklung spiegelt sich in den Augen der englischen Staatsmänner, Chamberlains wie auch Balfours, folgendermassen wieder:

Die Konkurrenz der ausländischen Industrie in England ist frei — Englands Konkurrenz im Auslande wird durch Zölle gehindert. Englands Kolonien bilden einen Markt für die fremde Industrie — Englands Einfuhr nach den fremden Kolonien wird durch Zölle gehindert. England werden für die Ausdehnung seiner kolonialen Einflusssphäre die Wege verlegt durch die koloniale Expansionspolitik der anderen Staaten. Besonders Deutschland, Russland und Amerika betreiben seit einigen Jahren eine intensive Kolonialpolitik, durch die sich England in hohem Masse bedrängt fühlen muss.

Mit der Kurzsicht des praktischen Verstands, die den Staatsmann in England wie in der ganzen Welt charakterisiert, wird daraus von Chamberlain und seinen Leuten die nächstliegende Schlussfolgerung gezogen, dass England um sich und seine Kolonien ebenfalls einen Kreis von Schutzzöllen zu ziehen habe. Das

ist eine handelspolitische Konzentration nach rückwärts, die in sich selbst ihr Verderben trägt.

Als Englands Industrie in ihren Anfängen war, stand ihr die ganze Welt offen, die kapitalistische Ueberproduktion bewirkte aber, dass ihr die Welt eng wurde, — wie soll sich jetzt die entwickelte englische Industrie ausleben, wenn man sie in den engen Kreis von Ländern einschliesst, auf die England einen direkten politischen Einfluss ausüben zu können glaubt?

Man will in England die Lebensmittel, in den Kolonien die Fabrikate im Preise hochhalten. Aber wer dem englischen Arbeiter das Brot verteuert, besorgt die Geschäfte des deutschen Fabrikanten. Durch die deutschen Getreidezölle ist bewirkt worden, dass der Brodpreis, der früher in England viel höher war, als in Deutschland, jetzt, umgekehrt, in England billiger ist. Durch die englischen Getreidezölle wird, wenn nicht eine abermalige Umkehrung des Verhältnisses, doch jedenfalls ein Ausgleich bewirkt werden. Statt durch Erhöhung der Arbeitslöhne beim deutschen Arbeiter die englische Leistungsfähigkeit zu erzielen, wird jetzt der deutsche Fabrikant dadurch konkurrenzfähig, dass die Leistungsfähigkeit des englischen Arbeiters infolge der schlechteren Ernährung sinken wird. Für diese Verschlechterung der Produktionsbedingungen der englischen Industrie will man sie durch die künstlich erhöhten Preise in den Kolonien entschädigen. Die englische Industrie, die jetzt schon nicht so billig produzieren kann, wie das Ausland, wird dadurch in einen Zustand der Stagnation gebracht. Ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte, ausser ihren eigenen Kolonien, nimmt ab, statt zuzunehmen. Sie muss aber schliesslich umso rascher auch ihren eigenen kolonialen Markt verlieren.

Die Konkurrenz in den Kolonien kommt nicht nur von ausserhalb, sondern von innen selbst, durch die Entwicklung einer einheimischen Industrie auch in den Kolonien. Es ist hier dieselbe wirtschaftliche und politische Entwicklung, wie anderswo, und Englands politischer Einfluss geht nicht einmal soweit, sich Freihandel in den eigenen Kolonien zu erzwingen. Es muss sich Zölle auch seitens seiner Kolonien gefallen lassen und verlangt nur, dass diese dem Auslande gegenüber die Zölle noch höher hinaufsetzen. Der vorteilhafte Absatz von Lebensmitteln nach England wird nur die industrielle Entwicklung der Kolonien steigern und sie umso eher zur industriellen Selbständigkeit führen, je mehr die industrielle Konkurrenzfähigkeit Englands nachlassen wird.

Das Ausland aber, vom Absatz nach den englischen Kolonien abgeschnitten, wird selbstverständlich erst recht zur Verschärfung seiner kolonialen Expansionspolitik getrieben.

Chamberlains Schutzzollpolitik ist der Anfang vom Untergang Englands. Durch den Abschluss seiner Kolonien treibt es die übrigen Industriestaaten dazu, sich aller übrigen kolonialen Gebiete zu bemächtigen, durch den Versuch eines Handelsmonopols in den Kolonien, den es von vorn heraus mit einer Brodsteuer auf die englische Bevölkerung zu bezahlen haben wird, muss es sich schliesslich mit seinen eigenen Kolonien verfeinden. Es ist ein von vorn heraus aussichtsloser Versuch, Englands Stellung auf dem Weltmarkt, die durch die kapitalistische Entwicklung der Welt unmöglich gemacht worden ist, zu retten. Einen kapitalistischen Ausweg aus dieser Situation gibt es nicht. Die Rettung liegt einzig darin, dass die englischen Arbeiter die Schicksale des Landes in ihre Hände nehmen und die Grundursache der wiederspruchsvollen Entwicklung, die kapitalistische Mehrwertanhäufung, die einen Ueberfluss nach aussen, einen Mangel nach innen, also die kapitalistische Ueberproduktion erzeugt, beseitigen.

Parvus.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag
Richard Etzold in München.

AUS DER
WELTPOLITIK.
Socialdemokratische Zeitungen-Korrespondenz.
V. Jahrgang. Nr. 47. 23. November 1903.

Das Experiment der preussischen Landtagswahlen.

Wp. D er ursprüngliche leitende Gedanke unserer Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen war, der alles niederdrückenden Vorherrschaft des ostelbischen Junkertums im Landtage Abbruch zu tun. Das ist nicht gelungen. Soviel steht fest. Doch über die Momente, die bei diesem Misserfolg ausschlaggebend waren, müssen wir uns erst Klarheit schaffen. Wie es den Junkern beim allgemeinen gleichen Wahlrecht ergeht, zeigen ja die Reichstagswahlen. Die Hauptschuld trifft gen ja die Reichstagswahlen. Die Hauptschuld trifft also das Dreiklassenwahlsystem. Doch wäre es verfehlt, die gesamte Schuld dem Wahlsystem beizumessen und sich damit abzufinden. Unsere Kalkulation ging ja dahin, dass auch in den beiden ersten Klassen ein Kampf zwischen den liberalen und den reaktionären Parteien stattfindet und dass wir durch die dritte Wählerklasse den Ausschlag zu Gunsten des Liberalismus abgeben könnten. Weshalb ist dies nicht in dem erwarteten Masse eingetreten?

Der erste Grund ist die S c h w äc h e des deutschen Liberalismus. Nur in wenigen Wahlkreisen vermochten die liberalen Parteien den Konservativen in den ersten zwei Wählerklassen die Wagschale zu halten. Das ist ein Beweis dafür, dass die Bourgeoisie entweder konservativ abgestimmt, oder sich der Wahl enthalten hat. Allerdings ist in Betracht zu ziehen, dass die städtische Bevölkerung durch die prussische Wahlkreisgeographie in Nachteil gesetzt wird. Doch genügt das noch bei weitem nicht, um die übergrosse Majorität der agrarischkonservativen Wahlmänner in den Wählerklassen der Besitzenden zu erklären. Die Industrie ist in Deutschland auch auf dem Lande verbreitet. Die Industrie hat die grösseren Einkommen. Sie müsste deshalb auch in den ländlichen Wahlkreisen, bei der geringen Zahl der privilegirten Wählerschaft, in den ersten zwei Klassen sich eine achtunggebietende Stellung zu verschaffen wissen, wenn sie geschlossen auftreten würde. Wenn aber jemals ein derartiges Auftreten zu erwarten war, so diesmal, da das industrielle Bürgertum seine eigenen Handelsinteressen gegenüber der agrarischen Zollwucherpolitik zu verteidigen hat. Dennoch blieb der Zusammenschluss aus. Der Liberalismus hat offenbar seinen Einfluss auf das Bürgertum verloren. Die Arbeiter werden sozialdemokratisch und in dem gleichen Masse wird die Bourgeoisie reaktionär — wo sie nicht direkt in das konservative Lager überläuft, bleibt sie indifferent, räumt also das Feld vor den Konservativen.

Der zweite Grund ist die F e i g h e i t des deutschen Liberalismus. Er wagte es nicht, offen mit uns gegen die Agrarier zusammen zu gehen. Unsere Stimmen wollte er haben, aber heimlich — es sollte in einer Weise geschehen, dass man nicht sieht, dass es sozialdemokratische Stimmen sind, nämlich durch die Wahl von liberalen Wahlmännern. Und dass wir die Massen auf die Beine brachten, verängstigte den Liberalismus, statt ihn zu ermuntern. Das Ende war, dass der Li-

beralismus, statt mit uns die Konservativen zu bekämpfen, bei den Konservativen Hülfe suchte gegen uns.

Diese Tatsachen sind eine heilsame Lehre für jene von uns, die noch immer vom Liberalismus eine Unterstützung unserer rein politischen Bestrebungen erwarten und grosse Stücke auf die allgemeine Demokratei setzen. Der Klassengegensatz zwischen Kapitalistenklasse und dem Proletariat zerreisst die ideale Einheit der Demokratie. Eugen Richter trifft ganz ausgezeichnet den Geist der Klasse, die er vertritt, wenn er in den Brennpunkt seiner politischen Taktik den Kampf gegen die Sozialdemokratie stellt. Was er nicht sieht, ist, dass der Liberalismus aufhört, eine nationale Idee zu sein, wenn er in Feindschaft zu der Masse der Nation tritt. Der Liberalismus, beschränkt auf die Bourgeoisie, bedarf weder des allgemeinen Wahlrechts, noch der Press- und Versammlungsfreiheit etc. — er wird also in seinem inneren Wesen reaktionär. Das ist des Pudels Kern: der deutsche Liberalismus hat aufgehört, weil die Klasse, auf die er sich gestützt hat, die Bourgeoisie, nicht mehr liberal ist. Da helfen keine Wiederbelebungsversuche mehr. Der deutsche Liberalismus ist nur noch ein zusammenhangsloser Haufen von Leuten, die teilweise aus Tradition, unter dem Einfluss politischer Trägheitsmomente, dann weil sie nach ihrer sozialen Lage keine entschiedene Stellung innerhalb des Klassenkampfes annehmen können, ferner aus Ideologie, aus litterarischen oder künstlerischen Gründen, schliesslich aus Eigensinn sich weder nach rechts noch nach links entscheiden können und über das ganze Land zerstreut sind. Sie reichen gerade noch aus, um in den Grossstädten einem Pfarrer

Naumann oder Dr. Barth einen Vortragssaal zu füllen, sind aber gänzlich ausser Stande, bei den Wahlen einen politischen Einfluss zu üben.

Der dritte Grund des Misserfolges liegt an uns — darin, dass wir selbst in der dritten Wählerklasse in den meisten in Betracht kommenden Wahlkreisen eine nur geringe Wahlmännerwahl durchgebracht haben. Genaues wird ja erst die amtliche Wahlstatistik zeigen, die überhaupt ein sehr wertvolles Material über die gegenseitige Stärke der Parteien und ihre Vertretung in den verschiedenen sozialen Schichten liefern wird. Aber dass in vielen Wahlkreisen unsere Erfolge in der dritten Wählerklasse hinter unseren Erwartungen zurückblieben, das steht schon jetzt fest. Die Oeffentlichkeit der Wahl und die Kompliziertheit des Wahlverfahrens haben das bedingt. Das sind aber keine unüberwindbaren Hindernisse. Breslau, Linden und vor allem Berlin und seine Nachbarwahlkreise beweisen das. Hier überraschen die Resultate vielmehr durch die Tragweite des Erfolgs. Denn, wenn man auch in den letzten Tagen vor den Wahlen hie und da einem unvermeidlichen Optimismus sich ergab, so hat doch keiner von den Verteidigern der Idee der Wahlbeteiligung von vorn herein auch nur die geringste Hoffnung gehabt, dass wir Aussichten hätten, durch eigene Kraft einen Abgeordneten in den Landtag hineinzubringen. Wäre eine solche Aussicht glaubhaft zu machen gewesen, dann wäre der ganze langjährige Streit um die Wahlbeteiligung ausgeblieben. Mehr als auf die dritte Wählerklasse hat niemand gerechnet. Und doch haben diese Wahlergebnisse gezeigt, dass die Möglichkeit für uns nicht ausgeschlossen ist, in einigen allerdings besonders begünstigten Wahlkrei-

sen aus eigener Kraft die Majorität der Wahlmänner zu stellen.

Schliesslich, die prinzipiellen Bedenken gegen die Wahlbeteiligung sind wohl als beseitigt zu betrachten. Die Furcht vor Kompromissen, vor einem Nachlassen der prinzipiellen Agitation hat Angesichts dessen, was bei den preussischen Landtagswahlen sich abgespielt hat, ebensowenig Berechtigung, wie opportunistische Illusionen über eine Koalition der Linken. Auch darüber wird wohl unter uns Uebereinstimmung herrschen: unsere Wahlbeteiligung war die erste grosse Massenbewegung gegen das Dreiklassenwahlsystem.

Aus dem Kampf gegen die Reaktion ist allerdings ein Kampf gegen den Liberalismus geworden, aber nur deshalb, weil der Liberalismus in dem Kampf, den wir gegen das reaktionäre Junkertum führen, sich uns in den Weg gestellt hat, statt uns zu unterstützen.

BERICHTIGUNG! Auf der ersten Seite, Spalte 1, fällt die achtzehnte Zeile von unten fort.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag
Richard Etzold in München.

AUS DER
WELTPOLITIK.

Socialdemokratische Zeitungen-Korrespondenz.

V. Jahrgang. Nr. 48. 30. November 1903.

Der Anfang vom Ende?

Wp. Obwohl die Depeschenbureaus Tag für Tag Nachrichten bringen, die auf einen Krieg zwischen Japan und Russland hinweisen, will man doch nicht recht daran glauben. Der Krieg wie die Revolution erscheinen aber immer unglaublich, bis sie da sind. Das im Schlendrian des Alltagslebens, das schüttelt und rüttelt, aber nicht aus dem Geleise kommt, abgestumpfte Empfinden — wie sich in einer Postkutsche auf holprigen Strassen das Gehör abstumpft — vermag starke Eindrücke nicht mehr aufzunehmen und wehrt sich dagegen in einer Art Selbsterhaltungstrieb. So war es auch bis zum Ausbruch des südafrikanischen Krieges — bis zum letzten Augenblick wollte man nicht recht daran glauben, dass es wirklich zu einem richtigen Kriege kommen werde. Solange die Tatsachen klein bleiben, beherrschen die kleinen Geister die Situation. Sie sind die Philosophen und Propheten, die Bannerträger und die Possenreisser ihrer Zeit. Ihr kurzsichtiges Auge kann eine grosse Tatsache nicht in seinen Gesichtskreis fassen, ihnen erscheint sie deshalb als eine unübersehbare Wand, die sich vor ihnen aufbaut, und sie predigen weise, dass man nicht mit dem Kopf Wände einrennen könne. Aber die grosse Tatsache wächst und drängt und rüttelt das Leben auf, treibt es aus den Fugen, erzeugt mächtige Wogen, von denen sie schliesslich selbst überflutet wird.

Der Krieg zwischen Japan und Russland ist unvermeidlich. Jetzt oder später, er wird ausbrechen mit elementarer Gewalt. Er ist kein Zufall, sndern das Resultat einer Entwicklung. Aber diejenigen, die diese Entwicklung verschuldet haben, stehen ratlos vor ihrem Ergebniss. Sie sahen immer nur das Nächstliegende und von Erfolg zu Erfolg schreitend kamen sie an einen Punkt, wo der nächste Schritt vorwärts die ganze sich aufeinander aufbauende Reihe von Erfolgen mit allem, was drum und dran hängt, niederzureissen droht. Sie möchten diesen verhängnissvollen Schritt nicht wagen, aber die Entwicklung hinter ihnen drängt nach — es ist wie Erdmassen, die sich in Bewegung gesetzt haben.

Seitdem Japan ein industrielles Land geworden, schuf es sich eine Uebervölkerung und eine Ueberproduktion. Die kapitalistische Revolution, die es selbst durchgemacht, zwingt es, die Welt um sich zu revolutionieren. Der erste Ausbruch dieser elementaren Kräfte der kapitalistischen Produktion war für Japan der Krieg mit China. Jener Krieg kam noch mehr unerwartet, als der bevorstehende Krieg Japans mit Russland. Er führte Japan in die Reihen der kapitalistischen Industriestaaten ein. Die Stellung Japans auf dem Weltmarkt und seine Stellung unter den Nationen wurde durch ihn verändert. Aber zugleicherzeit wurde von nun an die Chinafrage zur Existenzfrage Japans. Wie England die Produktion auf dem europäischen Festland kapitalistisch umgeformt hat, so muss Japan die Länder Ostasiens mit Fabriken, Banken, Dieben, Prostituirten, Eisenbahnen, englischer Krankheit, Panzerschiffen und zahllosen Proletariern versehen, oder denn

seine eigene kapitalistische Herrlichkeit geht in Trümmer, ohne dass die vorkapitalistische Zeit wiederhergestellt werden könnte.

Englands Politik in Ostasien war seit den 60er Jahren, seit seinem letzten Chinakrieg, konservativ. Durch seine Niederlassungen, seine langjährigen Handelsbeziehungen, seine grossartige Schiffahrt und die mit militärischer Gewalt erzwungenen Rechte sowie das durch den siegreichen Krieg gesteigerte Prestige sicherte es sich die Entwicklung seines Handels mit China und war vielmehr daran interessiert, dass die Reste des chinesischen Abschliessungsystems, unter denen seine Konkurrenten, die hinter ihm in kolonialpolitischer und maritimer Beziehung weit zurückstanden, am meisten zu leiden hatten, aufrechterhalten bleiben. Die „Integrität Chinas" wurde seine Losung. Dem japanischen Krieg sah England mit gemischten Gefühlen entgegen. Soweit es sich um die Erzwingung neuer Handelsfreiheiten handelte, konnte ihm der Krieg nur zugute kommen, aber es sah in der Bildung eines japanischen Industriestaats eine gefährliche Konkurrenz. Wie immer, stellte sich schliesslich das „perfide Albion" auf Seiten des Stärkeren und verriet China in einer schmählichen Weise. Bald darauf, als ihm die deutsch-russische Koalition in Ostasien Respekt einflösste, verriet es auch Japan. Dann fassten Russland und Deutschland Fuss an der chinesischen Küste. Die Idee der Integrität Chinas war, nach den vielen Annexionen, nicht mehr aufrechtzuerhalten — so annektirte denn England mit. Bald wurde ihm klar, dass nicht mehr allein China, sondern der englische Handel und englische politische Einfluss in China bedroht seien. Seitdem schliesst es sich eng an Japan an und sucht es besonders als Sturmbock gegen Russland zu gebrauchen.

Russlands Politik in Ostasien geht ausschliesslich auf Annexionen aus. Das schon deshalb, weil die russische Industrie zu unbedeutend ist, um nur auf dem Wege des Handelsverkehrs sich Kolonien zu sichern. Aber die Handelsinteressen, die für die europäische Kolonialpolitik so ziemlich eins und alles sind, treten in der Politik der zarischen Regierung in den Hintergrund. Ihr Geist ist die Machtentfaltung des Russischen Reichs. Die Welt als Domäne der Romanoffs. Eine verrückte Romantik: der ganze Erdball mit seinen Ländern und Völkern zu Füssen des Zarentrons und das Treiben der menschlichen Weltgeschichte, Produktion, Kriege, nationale Kämpfe, Klassenkämpfe, materielle und geistige Umwälzungen dem einzigen Zweck unterordnet — dem Ruhme der Dynastie Romanoff zu dienen. Es ist eine Narrheit, aber diese Narrheit ist geschichtlich gebildet und erzeugt deshalb politische Absurditäten, die zu einem vernünftigen Faktor der menschlichen Geschichte werden. Aber das Zarenideal selbst existiert nicht mehr in seiner Reinheit, es ist abgebröckelt, zerrissen, andere Interessen sind ihm unterstellt, bewusstes Streben, unbewusstes Draufgehen, Folgen des Vergangenen, Ideen der Zukunft gehen durcheinander, und in der Wirrniss der Begriffe, Handlungen, Gleichnisse finden sich schliesslich diejenigen am wenigsten zurecht, die glauben, die Lenker des Ganzen zu sein. In der russischen ostasiatischen Politik sind zwei Interessengruppen zu unterscheiden, die sich gegenseitig unterstützen: die Machtentfaltung des Zarenreichs und — das Anleihebedürfniss des zarischen Staatsschatzes. Das Elend der russischen Finanzen ist ebenso grenzenlos wie die Ländergier der russischen Diplomatie. Die zarische Regierung benutzt das im Auslande gepunpte Geld, um Länder zu erbeuten, und den Länderraub, um neues Geld zu pumpen.

Als der japanisch-chinesische Krieg ausbrach, richtete die zarische Diplomatie sofort ihr Augenmerk darauf, ob nicht was zu ergattern wäre. Doch die Erfolge Japans bewirkten in ihr vor allem das Bestreben, dieses zu schwächen. Das ist dieselbe Politik, die Russland im europäischen Orient verfolgt: es zersetzt die vorhandenen Kräfte, hindert die Entwicklung neuer und lässt Niemand aufkommen, ausser sich. Dank der Tappigkeit Deutschlands, das in Ostasien etwas suchte, aber nicht wusste, was — einen Profit, einen politischen Einfluss oder einen Heiligenschein —, gelang der russischen Diplomatie der geniale Streich, durch die internationale Flottendemonstration Japan einzuschüchtern und es zur Preisgabe seiner auf dem Festlande gefassten Stellung zu veranlassen. Nach Verdrängung des Konkurrenten, machte Russland sich bereit, zuzugreifen. Es bedurfte nur noch einer Veranlassung! Wie auf Bestellung, kam die Ermordung der deutschen Missionäre. Mit freudiger Hast, unter schlecht geheuchelter Entrüstung, riss Deutschland Kiaoutschou an sich. Es wechselte seinen Idealismus in klingende Münze aus. Das Blutlösegeld machte es lecker, es verlangte mehr und war bereit, das Geschäft zu wiederholen. Nachdem sich Deutschland vorgeschoben, langte Russland aus, ergriff Port Arthur und griff nach der Mandschurei. Was man Japan wehrte, das tat man jetzt selbst mit einer brutalen Schamlosigkeit.

Russlands Okkupationen in Ostasien haben eine ganz andere politische Tragweite, als die Annexionen der anderen Länder. Währenddem Deutschland oder England erst Panzerschiffe in die weiten Meere hinausschicken müssen, um ihre Besitzungen im Stillen Ozean zu schützen und zu stützen, schliesst Russland seine ostasiatischen Besitzungen unmittelbar an sein ungeheures Reich an und besitzt in der sibirischen Eisenbahn eine gewaltige Verkehrsader, die eine fortgesetzte politische und militärische Verbindung mit dem Inneren des Reichs herstellt. Es sind also nicht etwa lose mit mit dem Mutterlande zusammenhängende Kolonien, Russland hat sich eine strategische Basis geschaffen, von der aus es seine Eroberungspolitik in China unablässig und in immer grösseren Kreisen fortsetzen wird. Genau so wie es seit Jahrzehnten in Zentralasien verfährt: es baut ein Stück Eisenbahn, schickt Militär hin, schafft militärische Stützpunkte und baut wieder ein Stück Eisenbahn und so weiter. Uebrigens auch von dieser Seite rückt Russland immer näher an China heran. Russland ist, neben Japan, das einzige Land, das in Ostasien eine konsequente Politik betreibt, — darum gibt es auch keine grösseren Interessengegensätze, als zwischen Russland und Japan.

Die Gefahr der russischen Okkupationen lag auf der Hand. England erhob Protest. Die Situation war kritisch. Doch England wagt nicht gern einen Kampf gegen eine grosse Macht ohne Verbündete. Japan war aber noch zu schwach als Bundesgenosse. Deutschland kam eher als Feind, denn als Freund in Betracht. Und Britanien entschliesst sich überhaupt nur langsam. Die Entwicklung kam zu schnell übereinander. Ausserdem war England damals schon stark in Südafrika engagiert. Man geht kaum fehl, wenn man annimmt, dass auch die südafrikanische Krisis zum Teil durch den Wunsch Englands herbeigeführt worden ist, für Asien die Hände frei zu bekommen. Während des südafrikanischen Krieges erwartete man allgemein einen russischen Vorstoss gegen England. Der tapferen Buren letzte Zuversicht war, neben der Bibel, der Zar. Aber dem Kenner der russischen Verhältnisse war es

klar, dass bei den elenden wirtschaftlichen Zuständen, der verrotteten Administration und dem permanenten Dalles das Zarentum an einen Aggressivkrieg gegen England nicht denken kann.

Wie kommt aber die russische Diplomatie, trotzdem sie sich der Schwäche des Reichs bewusst sein muss, zu ihrem arroganten Vorgehen? Weil sie muss! Weil dieses tolldreiste Vorgehen nach aussen notwendig ist, um die Schwäche im Inneren zu verdecken. Wenn Russland sich schwach zeigt in seiner auswärtigen Politik, verliert es sein ganzes Prestige im Auslande, verliert es seinen Kredit. Das Zarentum ist aber schon längst der Pensionär der europäischen Börse. Der russische Absolutismus ist nur noch ein Börsengeschäft: solange die Haussespekulation anhält, steht der zarische Tron, findet die Börse die Baissespekulation vorteilhafter, so fällt er in Trümmer. Die langjährige Anleihenwirtschaft hat die russischen Finanzminister äusserst gewitzigt und verschlagen gemacht in der Fähigkeit, Anleihen aufzunehmen. Die Kunst, die Börse zu behandeln, ist die höchste Finanzwissenschaft, die von den russischen Staatsmännern verlangt wird. Was wird nicht alles unternommen, um ausländisches Kapital in die Staatskassen zu schaffen. Die Eisenbahnpolitik wurde immer mehr zu einem Mittel, neue Anleihen aufzunehmen, von denen stets erhebliche „Ueberreste", oft auf Kosten des Eisenbahnbaues selbst, in die Staatskassen flossen. Die Freundschaft mit Frankreich wurde von Anfang bis Ende dazu ausgenützt, die französischen Kapitalisten zu schröpfen — es war der grösste Börsenschwindel des Jahrhunderts. Und so wird auch jeder Erfolg der russischen auswärtigen Politik mit neuen Anleihen quittiert. Aber je grösser die Erfolge der russischen auswärtigen Politik, desto grösser wiederum sein Geldbedarf und Anleihenbedürfniss. Speziell, dass Russland bis zum Stillen Ozean vordrang, stellte das Reich vor neue maritime Ausgaben, die in solcher Tragweite ihm noch nie bekannt waren. Russlands Flotte hatte bis dahin fast ausschliesslich die Aufgabe des Küstenschutzes. Jetzt muss Russland im Stillen Ozean Panzerschiffe unterhalten und den maritimen Wettbewerb mit England und Japan aushalten. Wir wissen nun ja leider Gottes auch in Deutschland, was das für Ausgaben sind. Kein Land vermag seine Kriegsflotte aus den Steuern bezahlen. Panzerflotten werden, wie die Eisenbahnen, durch Anleihen gedeckt. Aber währenddem der Eisenbahnbau immer billiger wird, wird der Flottenbau immer teurer, und er hat gar kein Ende, keinen Sättigungspunkt, wie die Eisenbahnen. Der Flottenbau allein ist im Stande, ein Land zum Bankerott zu führen. Wie aber erst Russland, das nur von Anleihen lebt? Und währenddem die Kriegsflotten Englands und Deutschlands wenigstens in der Entwicklung des Handelsverkehrs ihre Entschädigung finden, hat Russland nur Ausgaben für seine Kriegsflotte und keine Einnahmen aus seinem kolonialen Handelsverkehr. Also Anleihen und wieder Anleihen. Ohne Anleihen wird das Zarentum bald seine Flotte und seine Armee von anderen überflügelt sehen, es wird dann den Kampf mit einem modernen Militärstaate bensowenig aufnehmen können, wie die Türkei oder China. Begreift man jetzt, warum der Zar so wehmütig die Friedensflöte blies? Weil er kein Geld hat, um die steigenden Ausgaben seiner Armee und seiner Flotte zu bezahlen, machte er den anderen Staaten den gütigen Vorschlag, sie sollen ihre Rüstungen einstellen. Darum kann der Zar auch in seiner auswärtigen Politik nicht zurück. Er muss vorwärts, oder alles bricht zusammen.

Ein weiterer Moment ist, dass die Politik des Absolutismus ihrer ganzen Natur nach exclusiv ist, kein Verständniss hat für fremde Interessen und Entwicklungen und nur einen Machtfaktor — die Faust aufs Auge kennt. Wie der russische Absolutismus die schreienden Tatsachen der Entwicklung im eigenen Lande ignoriert, mit brutaler Gewalt alle politischen Luftlöcher verschliesst und so das Volk zur Revolution treibt, so treibt es Japan dadurch, dass es ihm alle Wege der Entwicklung nach aussen versperrt, zum Krieg.

Seit dem ersten Tag nach seinem Chinakrieg rüstet Japan emsig zu einem neuen und grossen Krieg, zum Krieg gegen Russland. Kommt es aber zu diesem Krieg, so ist das der Anfang vom Ende des russischen Absolutismus. Siegt Japan, so wird die Wirkung sein wie die der Krimkampagne. Siegt Russland, so würde das seine Machtstellung in Ostasien in einer Weise stärken, dass es für England eine Existenzfrage werden muss, ihm mit bewaffneter Hand entgegenzutreten. Dann gibt es einen Weltkrieg, und dieser wird nicht nur über den russischen Absolutismus, sondern über mancherlei Dinge anderorts, die geschichtlich viel fester fundiert sind, hinwegschreiten.

Die Entwicklung ist Gesetz, der Zeitpunkt ist Zufall. Mag sein, dass jetzt noch der Krieg verhindert wird, — kommen muss er mit allen seinen Konsequenzen. Die Sozialdemokratie, in Russland wie anderwärts, muss damit rechnen.

Wir wissen, es liegt nicht in unserer Macht, Ereignisse herbeizuführen, unsere ganze Aufgabe ist, das Proletariat bereit zu halten, damit es die Entwicklung in seinem Sinne weiter treibt, wenn die Ereignisse eintreten. Für die Sozialdemokratie in Russland ergibt sich daraus als eine alles beherrschende Erforderniss — Organisation. Die Organisation ist aber nicht

eine todte Schlinge, die man um die Massen wirft, um sie zusammenzuhalten, sondern ein Ferment, das man in die Massen versetzt, um unter ihnen ein lebendes Gewebe zu erzeugen. Wer glaubt, es kommt nur darauf an, sämtliche Fäden und Drähte in einer Hand zu vereinigen, um von einem bestimmten Punkt aus, sei es nun in Petersburg oder Genf, den Arbeitern zu kommandieren, geht der Wahnidee nach, die Sozialdemokratie könne die Massen so regieren, wie sie nicht einmal der russische Absolutismus zu regieren vermag. Die russischen Arbeiter müssen vor allem lernen — zusammenhalten, als politische Einheit mit bewusstem Willen aufzutreten. Wer nur eine Organisation der Agitatoren erstrebt und die Organisation der Massen ignoriert, glaubt, die Arbeiter nur als Material für die Revolution gebrauchen zu können, wie man sie beim Militär als Kanonenfleisch gebraucht. Geschieht das aus Rücksichten auf die Konspiration, so wird über dem Kampf gegen die Spitzel der Kampf gegen den Absolutismus und erst recht der grosse Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse übersehen. Das soll hiermit auch vor dem Forum der deutschen Sozialdemokratie gesagt werden, da augenblicklich innerhalb der russischen Sozialdemokratie Streitigkeiten in dem oben skizzierten Sinne sich abspielen und es uns, schon Angesichts der bevorstehenden politischen Umwälzungen in Russland, nicht gleichgültig sein kann, wie dieser Streit verläuft. Unsere Zuversicht in allen Dingen ist und bleibt der sozialrevolutionäre Charakter der Arbeiterklasse. Der Satz ist zur Banalität geworden, aber vergessen darf man ihn niemals.

Parvus.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag
Richard Etzold in München.

AUS DER
WELTPOLITIK.
Socialdemokratische Zeitungen-Korrespondenz.

V. Jahrgang. Nr. 49. 7. December 1903.

Wenn Russland nachgiebt!

Wp. Die Situation ist jetzt so, dass entweder Russland auf die kategorischen Forderungen Japans eingeht, die Mandschurei räumt, Japan freie Hand in Korea lässt, also nachgiebt, sich für geschlagen hält, ohne erst den Kampf zu wagen, oder denn es verteidigt seine Position mit bewaffneter Gewalt.

Tritt die zarische Regierung vor Japan zurück, dann wird der russischen Expansionspolitik in Ostasien ein Ende gesetzt. Gibt es Russland auf, mit einem insularem Japan fertig zu werden, so wird es mit einem Japan, das auf dem Festlande Boden gefasst hat, erst recht nicht fertig werden können. Ist der Widerstand Russlands gebrochen, so wird Japan Korea annektieren. Es wird das Land befestigen und es wird vor allem durch eine wirtschaftliche Revolution die schlummernden Wiederstandskräfte des an Naturschätzen und an Volk reichen Landes wecken. Die russische Herrschaft ist überall Schwächung, Zersetzung, Rückstand — das mit allen Mitteln des revolutionären Kapitals vordringende Japan schafft Bewegung, Leben, Kraft. Das Zarentum reisst nur an sich, was schwach und verfault ist — darum führt es auch in seinem Wappen einen doppelköpfigen Aasgeier, der gierig seine Hälse nach Ost und nach West streckt. Jedes lebensfähige politische Gebilde ist ein Hinderniss der russischen Politik. Vermochte doch selbst ein solcher Zwerg- und Zwitterstaat wie Bulgarien durch die Kraft des in ihm erwachenden selbständigen politischen Lebens jahrelang einen unbezwingbaren Schutzwall vor dem russischen Vordringen im Orient zu bilden. Russland ist in Ostasien schwächer, als im europäischen Orient, Japan würde in Korea unvergleichlich stärkere politische und militärische Potenzen entwickeln, als Bulgarien auf dem Balkan, — umso viel mehr der Widerstand gegenüber der russischen Expansionspolitik. Das Prestige Russlands in China wird ein und für allemal gebrochen, wenn es nach jahrelangen Winkelzügen und Verschleppungen nunmehr unter der Kriegsdrohung Japans die Mandschurei preisgeben sollte. Dann wird Russland den Amur nicht mehr überschreiten. Ein neues asiatisches Reich bildet sich, das Russland von der gesamten Entwicklung im chinesischen Ostasien wegdrängt. Die europäischen Industriestaaten, England, Deutschland, Frankreich, ferner die Vereinigten Staaten von Nordamerika — zwischen diesen Ländern und Japan wird sich fortan der Konkurrenzkampf um China abspielen, währenddem Russland gänzlich ausgeschaltet wird. Japan tritt in die Stellung Russlands, indem es sich zwischen diesem und China einschiebt. Russland würde also nicht nur die Mandschurei, sondern mit ihr seine Aussichten und Pläne, seine ganze Zukunft in Ostasien preisgeben.

Das Zurückweichen Russlands vor Japan würde der Welt die Augen öffnen über die Schwäche des Zarenreichs. Seine politischen Konkurrenten würden nicht verfehlen, die Situation auszunützen. Vor allem England. Es wird von Russland an den Grenzen Ostasiens bedroht, es kämpft mit ihm um Zentralasien und um die Länder des persischen Golfes.

Verschiedene Momente haben dazu beigetragen, dass Zentralasien u. Persien jetzt in den Vordergrund des kolonialpolitischen Interesses treten. Die Entwicklung des Handels überhaupt, der allmählig bis in das Herz Asiens hinein gelangte. Sodann das Vordringen der Eisenbahnen — der englischen von Ostindien aus, der russischen — vom Kaspischen Meer ab. Die ungeheure Entwicklung des Handels- und Schifffahrtsverkehrs im Indischen Ozean seit der Erbauung des Suezkanals. Persiens Niedergang ist zum Teil dadurch bedingt worden, dass mit der Entwicklung Westeuropas und der Entdeckung Amerikas der grosse Seeverkehr vom Mittelländischen Meer auf den Atlantischen Ozean übertragen wurde — Persiens Wiedergeburt wird durch die neue Entwicklung des grossen Seeverkehrs im Stillen Ozean bedingt. Ein weiteres Moment ist die Entwicklung einer selbständigen Industrie in Ostindien, die auf die Erschliessung der anliegenden zentralasiatischen Gebiete ebenso angewiesen wird, wie die Industrie Japans auf die Erschliessung Ostasiens. Schliesslich der Umstand, dass die älteren asiatischen Verkehrsplätze bereits ihren Sättigungspunkt als kapitalistische Kolonien erreicht haben.

Aus Zentralasien ist ein neues Ostindien zu machen — darum das grosse nIteresse Englands daran. Dieses Interesse ist umso dringender, als England bekanntbekanntlich jetzt auf allen Märkten kommerziell und kolonialpolitisch bedrängt wird. Seine Staatsmänner erklären, der Kreis sei geschlossen, für England gebe es keinen Ausweg mehr, und sie verfallen auf die Poitik der Abslchliessung, der Absperrung von der Welt, die man einst durch Niederwerfung der Zollmauern ganz in den Bereich seines Einflusses hat bringen wollen. Wenn aber durch Lahmlegung der russischen Politik der Weg nach Zentralasien frei wird, so eröffnen sich ihm kolonialpolitische Perspektiven, die es für lange Zeit von der beklemmenden Sorge um die Markterweiterung erlösen. Gelingt Japan in Ostasien gegenüber Russland seinen Willen durchzusetzen, so wird England erst recht in Zentralasien und Persien vorgehen, ohne viel nach den russischen Wünschen zu fragen und auf die russischen Drohungen zu achten.

Ebensowenig wird das Zarentum, wenn es sich jetzt schwach zeigt, seine Politik in Kleinasien mit der bisherigen Energie fortsetzen können. Es braucht die Nordküste dieser Halbinsel, um das schwarze Meer ganz in sein Reich einzuschliessen. Das besagt freilich noch keineswegs, dass die zarische Politik in Kleinasien sich darauf beschränkt. Grenzen kennt die russische Expansionspolitik überhaupt nicht, sie muss denn auch an ihrer Masslosigkeit, die sehr wenig mit fremden Interessen und noch weniger mit der eigenen Kraft, die nötig ist, um ein fortwährend nach vielen Richtungen sich gewaltig ausdehnendes Reich zusammenzuhalten, rechnet, zu Grunde gehen, — aber vor allem gilt es ihm, den Küstenstrich mit Konstantinopel als Schlussunkt zu gewinnen, um das Schwarze Meer in ein russisches mare closum zu verwandeln. Bis vor Kurzem war die kleinasiatische Politik Russlands nur ein Stück seiner Orientpolitik. Es hatte nur die Türkei niederzuzwingen. Aber mit dem Bau der Eisenbahnen auf der anatolischen Halbinsel entstanden auch hier politische nIteressen der europäischen Industriestaaten. Mit Befremden verfolgt Russland diese Entwicklung. Wie eifersüchtig die zarische Regierung

auch hier auf jede Stärkung eines fremden Einflusses ist, sah man aus seinen Intriguen gegen die Fortführung der anatolischen Eisenbahn, an der bekanntlich Deutschland ein besonderes Interesse gewonnen hat. Es ist nicht ausgeschlossen, dass in Kleinasien die Schwächung Russlands Deutschland besonders zu Gute kommen würde.

Es liegt auf der Hand, dass auch auf der Balkanhalbinsel der Druck des russischen Despotismus unter den angegebenen Umständen sich lösen würde.

Wer so stark in aller Welt engagiert ist, wie das Zarentum, der kann eben nicht an einem Punkt nachgeben, ohne dass es an allen Ecken und Enden reisst und bricht. Dieses Gefühl scheint jetzt die russische Regierung zu haben. Von Japan in die Enge getrieben, zögert sie und zaudert und kann sich nicht entschliessen. Vielleicht geschieht es auch, um mehr Zeit für Kriegsrüstungen zu gewinnen. Sind aber die neuesten Nachrichten von einem Konflikt zwischen dem Grossfürsten Alexander Michailowitsch und der Regierung wahr, so ist das ein Zeichen, dass es bei Hofe bereits recht schwindelig wird. Wollen wir hoffen, dass die Bande bald überhaupt den Kopf, wenn nicht die Köpfe, verliert.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag
Richard Etzold in München.

V. Jahrgang. Nr. 51. AUS DER WELTPOLITIK. 21. Dezember 1903.
Socialdemokratische Zeitungen-Korrespondenz.

Der Klassenkampf in Crimmitschau.

Wp. Der Anfang des Crimmitschauer Kampfes ist so wenig umstürzlerisch, wie man sich nur je einen gewerkschaftlichen Kampf denken kann. 600 Weber, die den Zehnstundentag fordern! In anderen Industrien existiert schon längst der Zehnstundentag, manche Gewerkschaft kämpft bereits seit Jahren um den Neunstundentag, selbst der Deutsche Reichstag hat bereits prinzipiell dem Zehnstundentag zugestimmt. Es ist also an und für sich keine sozialrevolutionäre Forderung, sondern eine Massregel, die durchaus auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft durchführbar ist und der Zustimmung selbst der harmlosesten bürgerlichen Sozialpolitiker sich erfreut. Bescheidener könnten also die Arbeiter gar nicht mehr sein. Und dennoch hat dieser Streik bereits die Form eines Klassenkampfes angenommen, der die ganze Nation spaltet. Erst wurde der Streik zum Kampf zwischen sämtlichen Textilfabrikanten von Crimmitschau und den Arbeitern, dann zwischen den Textilfabrikanten ganz Deutschlands und der Arbeiterschaft, jetzt gilt es offen eine Auseinandersetzung zwischen Arbeiterklasse und Kapital in Deutschland. Das alles, nicht weil die Arbeiter die Dinge auf die Spitze treiben, sondern gegen den Willen der Arbeiter, durch ein planvolles Vorgehen des Unternehmertums, das auf jeden streikenden Arbeiter zehn andere auf die Strasse warf und alles tat, um dem Streik einen möglichst scharfen und allgemeinen Klassencharakter beizulegen. Wir wissen, dass der Staat dabei dem Unternehmertum mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, und selbst darüber hinaus, beistand. Die Polizei hinderte auf Schritt und Tritt in einer geradezu horrenden Weise die Streikleitung, sie traf Massregeln, die in hohem Grade geeignet waren, die Massen zu provozieren, die gar nicht besser gewählt werden könnten, wenn die Absicht bestände, unter den Arbeitern ein Blutbad zu errichten — kurz, der Staat bewährte sich vorzüglich als politische Maschinerie zur Unterdrückung der Arbeiterklasse.

Das sind Tatsachen, die den Gewerkschafter, wie den Politiker zur Ueberlegung ermahnen.

Man wirft uns, der revolutionären oder radikalen Richtung innerhalb der sozialrevolutionären Arbeiterbewegung vor, dass wir durch zu weit gehende Forderungen die Unternehmer schrecken, erbittern und zum verzweifelten Widerstand reizen. Nun, in Crimmitschau haben wir einen Fall vor uns, wo von einem übertriebenen Radikalismus der Forderungen ganz und gar nicht die Rede sein kann. Woher aber diese Erbitterung und Verallgemeinerung des Kampfes seitens des Unternehmertums? Aus Furcht vor der Organisation, das ist wohl klar. Die Unternehmer wissen, dass selbst der allerbescheidenste Erfolg die Organisation stärken würde, und sie fürchten von der erstarkten Arbeiterorganisation ein, wenn auch langsames, doch stetes Anwachsen der Forderungen. Nicht auf die einzelne partielle und gelegentliche Forderung der Arbeiter kommt es ihnen also an, sondern auf die Macht der Organisation, die die Arbeiter in den Stand setzt, ihre Interessen zu vertreten. Mag auch die einzelne Forderung klein sein, so bleibt doch der Interessengegensatz gross, dieser gründet in der allgemeinen ökonomischen Stellung der Arbeiterklasse zur Kapitalistenklasse, und darüber helfen die Harmlosigkeit und Bescheidenheit der einzelnen Arbeiter nicht hinweg. Wie fängt man es also an, die Kapitalistenklasse zu versöhnen? Man mag sich anstellen, wie man will, alles, was zur Stärkung der Arbeiterorganisationen führt, steigert in dieser oder jener Form

— durch politischen Druck oder Koalitionen der Unternehmer oder beides zugleich — den Wiederstand der Kapitalistenklasse. Nur wer die Arbeiterbewegung hemmt, gewinnt das Wohlgefallen der Arbeitgeber. Darum läuft denn auch jede noch so gut gemeinte Harmonieduselei im letzten Grunde darauf hinaus, die Aufmerksamkeit der Arbeiter vom Ausbau ihrer Organisationen abzulenken. Die bürgerliche Sozialpolitik ist nur ein besonderes Mittel der Bekämpfung der Arbeiterbewegung, ebensogut wie politische Repressalien, — was nicht ausschliesst, dass das Eine wie das Andere der Sozialdemokratie zugute kommt. Es ergiebt sich daraus, dass die Gewerkschaften am besten tun, ohne Umschweife und ohne Rechnungsträgerei die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen; je mehr das geschieht, desto mehr steigt ihre Macht; und je mehr ihre Macht steigt, desto mehr brauchen sie die Macht.

Dasselbe gilt auch für die Politik. Wie es dem Kapital bei den Gewerkschaften auf die Organisation selbst ankommt und nicht auf die mehr oder weniger radikale Taktik, so gegenüber der Sozialdemokratie weniger auf die Zukunftsstaatsideen und das politische Programm, als auf die Arbeitermassen, die hinter ihnen stehen. In der Organisation der Arbeiterklasse erblickt die Bourgeoisie, und zwar mit vollem Recht, die sozialrevolutionäre Gefahr. Da hilft es auch nicht, wenn wir noch so sehr versichern, die Operation der Dekaputirung der kapitalistischen Gesellschaft sei nicht gar so tragisch zu nehmen und jedenfalls nicht schmerzlich. Wenn der Schreiner Schnock ein Löwenfell anzieht, so braucht er nicht eigentlich noch erst zu versichern, er sei „kein Löwe nicht“, aber wenn der Löwe der Sozialdemokratie durchaus aller Welt einreden will, er sei blos der Schreiner Schnock, so kann er doch nicht verhindern, dass man mit Spiessen und Stangen gegen ihn zieht. Jeder Erfolg der Sozialdemokratie schwört neue Gefahren für die Partei herauf. Aber wir können die Bewegung nicht zurückhalten, selbst wenn wir es wollten.

Dass diese Entwicklung auf gewerkschaftlichem wie auf politischem Gebiete, bei der jeder Schritt vorwärts die feindlichen Gewalten näher zusammenbringt und ihren Wiederstand reizt, ohne ihn zu brechen, nicht unendlich fortdauern kann, liegt auf der Hand. Crimmitschau zeigt, wie sehr sich bereits die Verhältnisse zugespitzt haben. Ohnedies wäre es gar nicht denkbar, dass ein Streik etlicher Fabriken um eine Verkürzung der Arbeitszeit das gesamte Unternehmertum auf die Beine bringt. Es herrscht eine ungeheure Spannung zwischen der deutschen Kapitalistenklasse und dem deutschen Proletariat. Mit Recht ist Crimmitschau in Verbindung gesetzt worden mit den Reichstagswahlen — es ist die zweite grosse Kundgebung des Klassenkampfes in Deutschland, diesmal auf dem gewerkschaftlichen Gebiet. Es muss binnen kurz oder lang zum Zusammenstoss der beiden Gewalten kommen. Wer es nicht sieht, wird es vielleicht noch fühlen.

Crimmitschau zeigt im besonderen, dass es Zeit ist, in dem Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit das Schwergewicht auf das politische Gebiet zu verlegen. Bis jetzt waren Verkürzungen der Arbeitszeit in Deutschland ausschliesslich durch Auseinandersetzungen innerhalb der einzelnen Fabrik oder des einzelnen Gewerbezweigs erzielt, — wenn aber bei dem Versuch, eine Verkürzung der Arbeitszeit auch nur in einer einzelnen Fabrik herbeizuführen, das gesamte Unternehmertum sich erhebt, so wird aus der Einzelforderung eine Gesamtforderung, die am besten auf dem Wege der Gesetzgebung zu lösen ist. Der Crimmitschauer Streik gemahnt uns an unsere Aufgaben in der parlamentarischen Vertretung des acht tündigen Normalarbeitstags.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag
Richard Etzold in München.

AUS DER WELTPOLITIK.

Socialdemokratische Zeitungen-Korrespondenz.

VI. Jahrgang. Nr. 6. 6. Februar 1904.

I. Zu früh?

Wp. Unsere Agitation gegen die Schutzzölle ist eingeschlafen. Die Tatsache steht fest, Niemand bestreitet sie. Ich möchte nur noch daran erinnern, dass es sich nicht nur um einen allgemeinen Kampf gegen das Schutzzollsystem handelt, dass vielmehr Zollerhöhungen in Frage stehen, die das Leben, und zwar vor Allem die notwendigsten Lebensmittel, Fleisch und Brod, im Vergleich zu einer freien Preisbewegung, eminent verteuern werden.

Es geschieht also nichts. Dass es so bleiben wird, will Niemand in den Sinn. Da aber doch nichts geschieht, und Fraktion und Parteivorstand, die es angeht, sich nicht rühren, so ist die Meinung aufgekommen, es werde wohl noch „zu früh“ sein. Etwas bestimmter heisst es in einem anderen Teil der Parteipresse: wenn die Handelsverträge dem Reichstag vorgelegt werden, dann.....

Zu früh? Dass es nur nicht zu spät wird! Wir haben unsere Agitation gegen die Zolltarifvorlage eingeleitet, als sie noch nicht veröffentlicht war. Es war nicht zu früh. Jetzt aber liegen die Dinge noch ganz anders. Wir befinden uns nicht im Anfang, sondern inmitten des Kampfes — weshalb die Unterbrechung, der faule Friede? Noch haben sich die Wogen nicht gelegt, die erst unsere Obstruktion, dann der Wahlkampf aufgewirbelt haben. Die Zollwucherparteien und die Regierung sind froh, dass sie das hinter sich haben. Welchen Grund aber haben wir, das gehobene öffentliche Interesse stillschweigend abflauen zu lassen?

Um die Zollerhöhungen durchzusetzen, braucht die Regierung zweierlei: erstens das Zollgesetz, zweitens die Zollverträge. Die Regierung wusste, dass sie mit der neuen Zolltarifvorlage auf einen grossen Widerstand im Volke stossen werde. Deshalb betrieb sie erst die Sache äusserst geheim. Jahrelang zogen sich die Verhandlungen des Wirtschaftlichen Ausschusses hin, ohne dass man authentische Nachrichten über die Ergebnisse hätte. Und als schon die Zolltarifvorlage fix und fertig war, erfuhr man erst durch eine Indiskretion ihren Inhalt. So wurde alles auf eine Ueberrumpelung der Oeffentlichkeit vorbereitet. Das Zollkartell der Parteien wurde schon im wirtschaftlichen Ausschuss perfekt. Es galt nur noch, die Zolltarifvorlage möglichst schnell durch die gesetzgeberischen Instanzen durchzujagen, damit der Agitation umso weniger Zeit bleibe, sich zu entfalten. Das zwang uns, Gegenmassregeln zu ergreifen. Wir waren genötigt, Obstruktion zu treiben, da man mit aller Macht verhindern wollte, dass das Volk Einblick gewinne in sämmtliche Details des furchtbar verschlungenen vieltausendmaschigen Netzes der Verbrauchssteuern, das der neue Zolltarif darstellt. Man hat uns vergewaltigt. Man hatte die Geschäftsordnung zerrissen und aus den Fetzen Knebel und Schlingen gedreht, mit denen man unsre Abgeordneten mundtodt gemacht und ihnen die Bewegungsfreiheit geraubt hat. Das war nicht blos ein parlamentarischer Gewaltstreich.

Vergewaltigt wurde das gesamte deutsche Volk, das bereits durch die Millionen Unterschriften unserer Petition und zahlreiche Protestbeschlüsse ihren Willen deutlich genug kundgegeben hat. So kam das Zolltarifgesetz zustande.

Man müsste mit Blindheit geschlagen sein, um nicht einzusehen, dass man jetzt bei den Handelsverträgen das gleiche Spiel wiederholen will. Man will alles im Geheimen unter Dach und Fach bringen und vor die Oeffentlichkeit mit einer fertigen Tatsache treten. In diesem Augenblick fürchtet man nichts mehr, als eine Agitation in der Oeffentlichkeit. Die Regierung hat es selbst erklärt, Posadowsky hat es mit klaren Worten gesagt. Und da sollen wir noch zweifeln? Da sollen wir zaudern und schwanken und nicht wissen, was wir zu unternehmen haben? Das begreife, wer will, ich kann es nicht begreifen.

Wenn die Handelsverträge fertig vorliegen, dann wird tatsächlich nichts mehr zu erreichen sein. Dann wird einfach abgestimmt, und damit ist es aus. Das umso leichter, als es bei den Handelsverträgen kein Votum über die einzelnen Artikel, sondern nur eine Abstimmung en bloc giebt. Eins, zwei, drei — ist die Geschichte fertig.

Die Handelsverträge werden vorgelegt, wenn die Regierung mit den Vertragstaaten handelseinig geworden ist. Gelingt es ihr dabei, den neuen Zolltarif durchzusetzen, so hat sie den Reichstag für sich. Nur wenn sie mit den Zöllen bedeutend zurückgehen müsste, hätte sie mit der agrarischen Opposition zu rechnen. Im ersten Fall braucht sie uns nicht zu fürchten, im zweiten würde ihr unsere Opposition nur nützen, da sie in ihr Deckung gegen die Agrarier fände. Anders jetzt. Jetzt fürchtet sie nicht nur unsre Aufwühlung

der Massen, die sich direkt gegen sie selbst wendet, sondern auch den Eindruck, den eine Massenbewegung gegen die Schutzzölle im Auslande bei den Vertragsverhandlungen machen würde. Darauf aber kommt es uns gerade an.

Die Brodwucherpatrioten stellen es als patriotische Pflicht hin, das Ausland über die wirkliche Stimmung in Deutschland zu täuschen. Aber weshalb sollen die Millionen des arbeitenden deutschen Volkes es sich gefallen lassen, dass ein Häuflein Agrarier sich als Vertreter des Willens der Nation aufspielen? Auch die ganze Art, wie die Vertragsverhandlungen geführt werden, widerspricht der Politik der Arbeiterklasse. Diese Politik ist offen und treu — bei den diplomatischen Verhandlungen aber sucht man sich gegenseitig zu überlisten und zu betrügen, und der gemeine Schwindel, der im gewöhnlichen Geschäftsleben verpönt ist, wird zur höchsten Staatsraison erhoben. Das alles ist unnötig und falsch. Das Spiel endet auch unfehlbar damit, dass es auf allen Seiten betrogene Betrüger giebt. Handelsverträge sind am besten auf Grund gewonnener Handels- und Produktionsinteressen abzuschliessen. Diese, wie sie der Weltverkehr täglich in erhöhtem Masse schafft, sind aufzudecken, statt dass man sie jetzt, um die eigene „handelspolitische Schwäche“ zu maskieren, sorgfältig verdeckt. Man trügt Niemand, als sich selbst. Handelsverträge werden abgeschlossen, um den Verkehr zu erleichtern, — welcher Widerspruch, sie erst mit Zöllen zu belasten, die den Verkehr erschweren. Auf Grund gegenseitiger Zollermässigungen wären auch, wie 1892/1893, Handelsverträge abzuschliessen, die die industrielle Entwickelung mächtig fördern würden. Das bringt uns unserem handelspolitischen Ziel, dem Freihandel, näher, und zu

diesem Zweck wäre eine Massenbewegung gegen die Schutzzöllee in diesem Augenblick ungemein wertvoll.

Ausserdem deckt jetzt das Zentrum, da es die Zolltarifvorlage und die Wahlen hinter sich und fünf Jahre Reichstagsherrschaft vor sich hat, seine Karten auf. Das sah man an der Art, wie es bei der agrarischen Zollinterpellation sein eigenes Projekt der Witwen- und Waisenversicherung hat abfallen lassen. Das Zentrum legt die Maske ab, vertritt die Schutzzölle offen als Mittel der agrarischen Bereicherung und der Volksbesteuerung. Sollen wir es ihm hingehen lassen? Also — Agitation!

Wir haben erklärt, alles aufbieten zu wollen, um Handelsverträge auf der Basis der Minimalzölle nicht zustandekommen zu lassen. Wir haben den neuen Zolltarif als eine Gefahr für den Handel, für die Industie, für das Wohl der Nation hingestellt, eine gewaltige Protestbewegung ist erstanden, die uns hochgehoben hat, und von uns erwartet man, dass wir den Kampf bis zum Aeussersten weiterführen. Aber es geschieht nichts, schlimmer als nichts — wir haben uns in unserer eigenen Fraktion mit einem Schutzzöllner herumzubalgen! Die Rede Schippels hat unseren Gegnern Agitationsstoff gegen uns geliefert, wie noch niemals seit der Existenz der Partei. Das wird jetzt durch die ganze agrarische, durch die gesamte bürgerliche Presse herumkolportiert, bis in die kleinsten Provinznester gegen uns ausgenützt. Die Agrarier warten nicht, sie agitieren, gegen uns wie gegen die Regierung, sie verfolgen fest und entschlossen ihr handelspolitisches Ziel. Und wir? Wir warten, bis die Handelsverträge perfekt sind, dann werden — dagegen stimmen, ganze 82 Mann.

II. Sozialdemagogie.

Wp. Max Schippels ganze Rechtfertigung dreht sich darum, dass er in einem kleinen Kreis gesprochen und nicht geglaubt habe, dass es in die Oeffentlichkeit komme. Hätte er vor den Massen zu sprechen gehabt, so würde er sicher ganz anders gesprochen haben. Er hat ja auch während des Wahlkampfs gegen die Zölle agitiert, wie jeder andere unter uns, obwohl er vor dem Kampf, wie ihm K. Kautsky dokumentarisch nachgewiesen hat, litterarisch genau dieselben agrarischen Ansichten vertreten hatte, wie jetzt in seinem Vortrag. Das nennt man Doppelzüngigkeit, doch Schippel macht sich nichts daraus. Es ist ihm überhaupt alles egal. Das Gefühl der allgemeinen Wurstigkeit beseelt ihn. Man weist ihm nach, dass er alte agrarische Ladenhüter produziert, deren Nichtigkeit längst aufgedeckt, von ihm selbst erkannt ist, dass er Zitate fälscht, dass er die Unwahrheit sagt, — das rührt ihn nicht. Er ist unverletzbar, denn er hat jedes moralische Empfinden verloren. Man kann ihm, wie dem unverwundbaren Ali im Variété, Stricknadeln durch die Wangen ziehen und brennendes Werg in den Mund stecken. Er fühlt es nicht. Was man auch über ihn denken mag, es ficht ihn nicht an. Was man über ihn schreibt, er liest es nicht. Alles ist nichtig. Vanitas vanitatum et omnia vanitas. Er ist jenseits von Gut und Böse.

Er lebt in einer Nirwana, deutsch: in einem Dusel. Mit halbgeschlossenen, verschlafenen Augen sieht er sich die Welt an — sie erscheint ihm klein, unbedeutend, und was wir anderen treiben, wofür wir uns ereifern, erhitzen, unnütz und erbärmlich. Wahrheit, Wissenschaft — alles ist unsicher, schwankend, vergänglich. Revolution, Sozialismus, politische Macht,

Weltumwälzung, „Prinzip“ — Hallucinationen, Utopien, Zeitvertreib! Jedes Ding lässt sich verschieden darstellen — je nach dem Gesichtspunkt. Und er macht sich einen Spass daraus, das, was bis jetzt als positive Grundlage des sozialdemokratischen Denkens gilt, verkehrt darzustellen. Er tut es nachlässig, gibt sich nicht einmal Mühe, seine Belege zu prüfen, stoppelt Zitate zusammen, wie es ihm gerade passt, giebt die Gedanken unserer Partei in frazenhafter Uebertreibung wieder — es sind Karrikaturen, Pasquille auf die Partei. Tritt man ihm entgegen, sucht man, ihn zu überzeugen, so höhnt er blos: das alles kenne er ebensogut, wie wir, und wenn wir es wünschen, könne er es auch anders darstellen. Er zeichnet eine Karrikatur der Volksmiliz und agitiert mit uns gegen das stehende Heer; er schreibt ein schutzzöllnerisches Buch und agitiert mit uns gegen die Schutzzölle. Er glaubt weder an das Eine noch an das Andere: weder an das, was wir tun, noch an das, was er schreibt.

Der Mann ist zu bedauern. Er kannte einst bessere Zeiten. Zwar war es mehr journalistische Verve, als wissenschaftlicher Scharfsinn, mehr Mutwille, als Mut, aber es war doch ein gewisses tapferes Streben in dem, was er schrieb, er fühlte einen prinzipiellen Boden unter den Füssen und suchte nach Einheitlichkeit, er sah grosse Perspektiven, sehnte sich nach einer grosszügigen Politik. Alles ist hin! Der Spiritus ist verflogen, das Phlegma ist geblieben. Er hat jeden politischen Halt verloren. Ihm, freilich, erscheint es umgekehrt, dass die Welt haltlos geworden ist. Von allem, was er einst wusste, was seinen geistigen Inhalt erfüllte, ist ihm nur noch die äussere Form geblieben. Der Politiker ist verschwunden, und vor uns steht, die politischen Masken je nach Bedarf und Laune wechseln — der Komödiant!

Damit könnte man schliessen, würde es sich nur um Schippel persönlich handeln. Aber wenn es sich nur um Schippel persönlich handeln würde, so würde ich gar nicht angefangen haben. Allein Schippel ist Mitglied unserer Reichstagsfraktion. Was er tut, wird auf die Fraktion zurückgeworfen und gegen die Partei ausgenützt. Dass z. B. Schippels Schutzzollreferat noch Jahre hindurch im Kampf gegen die Agrarier und gegen die Regierung uns zu schaffen geben wird, ist so klar, wie nur etwas. Aber ein noch schlimmerer Schaden entsteht — unsere eigene Anhängerschaft muss durch ein derartiges Auftreten schliesslich an uns irre werden. Schippel agitierte gegen die Schutzzölle, wie jedes andere Fraktionsmitglied, jetzt spricht er anders — wann sprach er die Wahrheit, wann war ihm zu glauben? Und wem ist überhaupt noch zu glauben? Der Gedankengang ist nah und wird durch die Agitation unserer Gegner noch mehr gefördert. In den Massen Misstrauen gegen uns zu erwecken, das ist ja ihre ganze Taktik. Die bürgerlichen Parteien haben sich alle in Widersprüchen und Lügen verwickelt. Das wissen die Massen. Das gibt ihnen einen Anstoss, weshalb sie zu uns kommen. Uns vertrauen sie. Sie wissen, dass wir es mit ihnen ehrlich meinen. Schleicht sich auch da noch ein Zweifel ein, so werden Entmutigung und politischer Indifferentismus in den Arbeitermassen um sich greifen. Das ist nicht einfach eine Spekulation, leider wird das nur zu sehr durch die Geschichte der französischen Arbeiterbewegung bestätigt. Die widerspruchsvolle, wechselnde Fraktionspolitik der zahllosen, unendlich nüancierten sozialistischen Koterien des französischen Parlaments, die Politik auf eigene Faust des einzelnen sozialistischen Abgeordneten, der seinen Schrullen folgt, das hat die französischen Arbeiter konfus und voll Misstrauen zu ihren eigenen Füh-

rern gemacht. Auf dem gleichen Wege befindet sich auch unsere Fraktion. Sie bildet bereits eine reichhaltige Sammlung der verschiedensten Ansichten, die in Widerspruch stehen zu unserem Parteiprogramm. Aber bis jetzt konnte wenigstens ihre Aufrichtigkeit nicht angezweifelt werden. Wenn sie aber nicht energische Massnahmen ergreift, um nicht mit Schippel identifiziert zu werden, so wird sie sich dem Verdacht nicht entziehen können, dass es ihr nicht ernst ist um ihre Agitation, dass es ihr weniger darauf ankommt, die Massen aufzuklären, als darauf, sie für ihre politischen Zwecke zu gebrauchen, kurz, dass sie nicht mehr Sozialdemokratie treibt, sondern — Sozialdemagogie.

Parvus.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag
Richard Etzold in München.

AUS DER WELTPOLITIK.

Socialdemokratische Zeitungen-Korrespondenz.

VI. Jahrgang. Nr. 11. 14. März 1904.

Das Gericht Europas über die russische Revolution.

(Unter diesem Titel nimmt „ISKRA", das Zentralorgan der Sozialdemotischen Arbeiterpartei Russlands, zu den Deb tten über die russische Polizeiwirtschaft in Preussen Stellung. Wir geben den Artikel in möglichst genauer Uebersetzung wieder.)

Vier deutsche Minister haben feierlich und entschieden die russische Revolution verurteilt. Sie haben erklärt, dass die deutsche Regierung künftighin, wie bisher, die Absicht habe, die russischen Sozialisten und die russischen dem Sozialismus sympathisierenden Studenten durch deutsche Spitzel verfolgen zu lassen, der Hetzjagd auf sie durch russische Spitzel beizustehen, sie gelegentlich zu verhaften und an Russland auszuliefern und auch die deutschen Bürger zu bestrafen, denen die Unterstützung oder Förderung der russischen revolutionären Bewegung nachgewiesen werden sollte.

Die viertägige Debatte im deutschen Reichstag und im preussischen Landtag, die hervorgerufen war durch die Anfrage unserer deutschen Genossen angesichts der systematischen Treibereien der russischen Polizei und angesichts der Verfolgungen deutscher Sozialdemokraten für ihre Mitwirkung beim Transport russischer revolutionärer Schriften — diese viertägige Debatte war nicht vergebens. Treu ihrer üblichen Taktik hatte die deutsche Sozialdemokratie auch in diesem Falle die bürgerliche Gesellschaft in der Person ihrer offiziellen Vertreter gezwungen, die Maske vom Gesichte zu reissen und den verborgenen Sinn ihrer Politik zu enthüllen. Nach einer Reihe von Versuchen, selbst die Tatsache der politischen Umtriebe des russischen Zarismus in Deutschland zu leugnen und die deutschen Lakaiendienste vor dem Zarismus in Abrede zu stellen, nachdem sie erst — nicht ohne sich gefälschter Zitate zu bedienen — glauben machen wollte, dass sie nur die Anarchisten verfolge, gestand die deutsche Regierung durch den Mund ihres Kanzlers Bülow in zynischer Weise, dass sie die Absicht habe, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln den russischen Zarismus in seinem Kampfe gegen die russische Revolution zu unterstützen.

Ja! dem Zarismus, der die baltischen Deutschen als „Agenten des Pangermanismus" verfolgt, dem Zarismus, der im Namen der orthodoxen Kirche mit barbarischen Mitteln die Evangelisch-Baptisten als Förderer der „deutschen Intrigue" verfolgt, dem Zarismus, der den Zweibund geschlossen hat, um den deutschen Einfluss in der Weltpolitik lahmzulegen, diesem Zarismus versprach das offizielle Deutschland seine bedingungslose Mithilfe im Kampfe um dessen Existenz. So werden die Kräfte des zivilisiertesten europäischen Staates dem schlimmsten Feinde der europäischen Kultur zur Verfügung gestellt.

Bülow konnte sich nicht in der Stellung des Kampfes gegen den terroristischen Anarchismus, unter dessen Begriff er den russischen politischen Terrorismus hineinzwängen wollte, halten; aus dieser traditionellen Stellung der Polizei herausgeschlagen, erklärte er, sich auf einem vor kurzem erschienen Artikel von Kautsky berufend, klar und deutlich: die deutschen Sozialdemokraten begrüssen den bevorstehenden Zusammenbruch des Zarismus als den ersten

Schlag gegen die internationale Reaktion, als ein Ereignis, dass auch die politische Demokratisierung Deutschlands nach sich ziehen muss. Und eben darum soll die russische Revolution erstickt werden. Eben darum werden die Ehre und der gute Name Deutschlands den Agenten des Herrn von Plehwe zur freien Verfügung ausgeliefert! Die deutsche Bourgeoisie aber zollt diesen Worten Beifall. Verschämt hinter dem Schirm des Kampfes gegen den Anarchismus, der in Russland gar nicht existiert, und des Kampfes gegen den Terrorismus, den die meisten russischen Revolutionäre zurückweisen, Deckung suchend, gestand sie öffentlich, indem sie ihre Regierung unterstützte, gestand sie, dass sie die Sache der Verbreitung europäischer Kultur, die Sache der bürgerlichen und politischen Freiheit für immer an die Feinde der Kultur und der Freiheit verraten habe.

Und so ging die russische Revolution, die einzige Vertreterin europäischer Kultur in ihrem Lande, aus dieser Debatte abermals isoliert heraus, abermals ohne irgendwelche andere Bundesgenossen, als die klassenbewussten Proletarier Westeuropas. Die deutsche Bourgeoisie, die nicht aufhört, ihre grossen Revolutionäre von 1848 zu ehren, die französische Bourgeoisie, die die Schatten der Herosse von 1789 und 1792 anbetet, haben sich für immer von jeder Solidarität mit jenen losgesagt, die für ein russisches 1789 und 1848 kämpfen, von jeder Solidarität mit jenen, denen die Geschichte die Aufgabe zugeteilt hat, in Petersburg und Moskau das zu Ende zu führen, was in Paris begonnen, in Berlin und Wien fortgesetzt wurde.

Der Liquidationsprozess des alten Regime in Europa ging vom Land zu Land unter dem jubelnden Beifall der Bürger, denen es gelungen war, sich früher von dem seiner Natur nach gleichen, ständisch-absolutistischen Joche zu befreien. Der Dampfmaschine, die die Grundlagen der alten Staatsordnung zerstört hatte, folgten nach in die Länder, die sie umformte, aus den fortgeschrittenen Ländern nicht nur die revolutionären Ideen, sondern auch die lebhaften Sympathien der freigewordenen Bourgeoisie. Die Bourgeoisie als revolutionäre Klasse förderte die Sache der Weltkultur, indem sie zur Revolutionierung immer neuer Staaten beitrug.

Russland kam nicht einmal dazu, die Brocken von diesem opulenten Mahle der bürgerlichen Revolution aufzulesen. Stiefkinder der Revolution, wurden wir von der europäischen Kultur aus dem Schlafe aufgescheucht in dem Augenblicke, als sie ihre bürgerliche Hülle zersprengte und als ihr Kämpfer von Gestern — die europäische Bourgeoisie — das Interesse an dem Kampfe um ihre Weltverbreitung verloren hatte. Das Eindringen der Dampfmaschine in unsere Volkswirtschaft brachte uns mit dem Bedürfnisse nach Freiheit das Waffengeklirr des grossen proletarischen Klassenkampfes und mit diesem zugleich drangen zu uns herüber die Klänge des Sterbliedes, das die Geschichte an der Bahre der europäischen Bourgeoisie anstimmt.

Und nun stehen wir allein im Kampfe mit der noch starken zarischen Barbarei, die unterstützt wird durch die ganze materielle Macht, welche die europäische Bourgeoisie ihrem Oberherrn darbieten kann — dem Selbstherrscher aller russischen Bastillen. Allein — denn das europäische Proletariat, das mit lebhaftester Teilnahme unsere Kämpfe verfolgt, hat nicht die Macht, die europäische Bourgeoisie an dem Verrate der Interessen der europäischen Kultur zu hindern. Allein — denn der von uns noch nicht gestürzte Zarismus liefert ja dem bürgerlichen Europa

selbst Mittel, das revolutionäre Proletariat der freien Länder im Zaum zu halten.

Deutschland verhaftet und verfolgt russische Revolutionäre, weist sie aus und liefert sie aus, Oesterreich wetteifert mit ihm in dieser vornehmen Beschäftigung. Die französische Presse vergiftet die öffentliche Meinung der Welt durch Lobreden auf den Zarismus und durch das Todschweigen der russischen Freiheitsbewegung. Die französische, deutsche und belgische Bourgeoisie bieten um die Wette dem Zarismus Geldmittel an, die er braucht, um seine Parasitenexistenz zu behaupten. Durch den Andrang der proletarischen Bewegung fühlen sich heute die bürgerlichen Klassen des Westens befreit von allen Verpflichtungen gegenüber Kultur und Freiheit — in deren Namen ihre grossen Ahnen kämpften — und stellen alle ihre Kräfte zur Verfügung, um den letzten Hort der von der Bourgeoisie geschichtlich überwundenen Barbarei zu erhalten.

Nicht unter Siegesrufen der vom Albdruck der „asiatischen Gefahr" befreiten Menschheit — der Gefahr, die der Zarismus verkündet — werden wir uns von unserer Sklaverei befreien. Europa, in dessen Namen Bülow und Delcassé sprechen, wird unsere Befreiung mit Zähneknirschen und reaktionärem Geheul aufnehmen und versuchen, die Glückwünsche des europäischen Proletariats zu ersticken. Uns, den Stiefkindern der Geschichte, wird es nicht vergönnt sein, die Illusionen zu erleben, die die ersten Tage der Freiheit im Westen verschönert haben... Vom ersten Augenblick an wird uns die Weltbourgeoisie in ihrer ganzen materiellen Macht gegenüberstehen! Die Bourgeoisie, deren historisches Werk wir zu Ende führen. Sie wird es versuchen, uns von den Banden der

Kultur loszureissen, die wir mit Strömen unseres Blutes erkaufen.

Und um unser Recht auf aktive Beteiligung an der Weltzivilisation zu behaupten, müssen wir bereit sein, aus der Tiefe unserer „östlichen Steppen" den stolzen Fehderuf dem bürgerlichen Europa, das seine Sache verraten hat, entgegenzuschleudern, die Fackel der Revolution, die wir entfacht haben, nach Europa hinüberzuwerfen, wo Berge von Zündstoff, den die Bourgeoisie selbst geschaffen hat, den revolutionären Funken erwarten.

Unfreiwillige Teilnehmer an den Verbrechen, die durch Jahrhunderte im Namen Russlands an der europäischen Zivilisation begangen wurden, werden wir unseren europäischen Lehrmeistern hundertfach entgelten. Das Blut, welches das russische Proletariat in den Tagen der nahen Revolution reichlich vergiessen wird, wird vergossen werden im Namen der Freiheit Russlands, im Namen der S a c h e d e s P r o l e t a r i a t s d e r g a n z e n W e l t. Das bürgerliche Europa tritt seine bürgerliche und nationale Ehre in den Schmutz um des russischen Zarismus willen. Die Ehre des klassenbewussten russischen Proletariats aber, die Ehre der russischen Revolution wird es sein, den ersten Anstoss zu geben zu der Liquidation der allgemeinen europäischen Reaktion, zur Befreiung der ganzen Welt von der antikulturellen und in unseren Tagen reaktionären Klassendiktatur der Weltbourgeoisie.

Nur ein Heldenkampf — ein Kampf auf Leben und Tod — wird es den Kämpen der russischen Freiheit ermöglichen, das Ungeheuer des Zarismus zu Boden zu werfen. Dieser Heldenkampf wird in den europäischen Völkern die Erinnerung an die ruhmreichen Tage der Revolutionen, die die bürgerliche Ordnung von heute geschaffen haben, wachrufen. Als ein leben-

diges Beispiel wird er den Völkern ins Gedächtnis rufen, dass lange Jahrzehnte der Vorbereitungstätigkeit der Geschichte ihren logischen Abschluss in stürmischen Monaten grundsätzlicher revolutionärer Liquidation zu finden pflegen.

Die Herren v. Bülow, Hammerstein, Richthofen, Schönstedt haben mit ihrer Unterschrift das Verdammungsurteil bestätigt, das die europäische Bourgeoisie über die Sache der russischen Revolution und des russischen Proletariats gefällt hat. Damit wurde zugleich das Urteil über die europäische Bourgeoisie gefällt in Sachen ihres Verrates an den Interessen der Weltkultur. Und infolgedessen haben sie unsere revolutionäre Sache in den Augen des Proletariats geheiligt, das die Erbschaft dieser Kultur anzutreten hat. Und über die Köpfe der offiziellen Vertreter Europas hinweg grüssen die Proletarier der „östlichen Steppen" ihre westlichen Brüder mit dem Siegesrufe: verlasst euch auf uns, wir werden unsere Pflicht erfüllen — die Pflicht der Stiefkinder der europäischen Zivilisation!

Wie die Mandschurische Eisenbahn gebaut wurde.

Wp. Die Mandschurische Eisenbahn ist jetzt für die russische Kriegsführung Eins und Alles. Von ihrer Leistungsfähigkeit hängt es ab, ob Truppen in genügender Zahl und rechtzeitig auf den Kriegsschauplatz gestellt werden können, desgleichen die Zufuhr von Nahrungsmitteln, Munition etc. Die volle Wahrheit darüber, wie es um diese Leistungsfähigkeit bestellt ist, wird man freilich erst nach dem Krieg erfahren.

Aber schon jetzt wirft ein interessantes Schlaglicht darauf die folgende Schilderung des russischen Universitätsprofessors Migulin in seinem, in Russland selbst erschienenen, Werke über die Vorgänge beim Bau der genannten Eisenbahn:

„Der Bau der Mandschurischen Eisenbahn hat unter der tatkräftigen Mitwirkung des energischen Herrn Kerbedz begonnen und gleich von Anfang an waren auch andere Persönlichkeiten daran beteiligt, die schon von der Wladikawkasischen Eisenbahngesellschaft her bekannt sind. Zum Leiter des Baues wurde der polnische Ingenieur Júgowitsch erkoren, der sich schon bei der Uralbahn durch seine teueren und schlechten Arbeiten ausgezeichnet hatte. Die Gesellschaft wurde sofort als perfekt erklärt, nachdem die Aktionäre ihre ersten Aktienbeiträge eingezahlt hatten. Die Aktien wurden aufgekauft von allerlei Geschäftsmachern, nicht in der Hoffnung auf eine Dividende, auf die man unmöglich rechnen konnte, sondern ausschliesslich in der Erwartung auf einen Anteil an den Bauarbeiten der Eisenbahn, die bei der unsicheren und tatsächlich fast gar nicht vorhandenen Kontrolle in diesen unzivilisierten und entlegenen Gegenden grosse Profite versprachen. Selbstverständlich ist jedes grosse Unternehmen mit gewissen Verlusten verbunden und kann unmöglich vor allen Unterschlagungen gesichert werden, wenn die Arbeiten fern von kulturellen Zentren geführt werden müssen, wenn man nur schwer wirklich ehrliche und sachkundige Leute gewinnen kann und sich begnügen muss mit allen möglichen Abenteurern von zweifelhaftem Rufe, die nichts zu verlieren haben, aber mit einer eisernen Energie und Unternehmungslust begabt sind. Die Hauptleiter könnte und müsste man freilich unter Persönlichkeiten suchen, die Ehr-

lichkeit mit gediegenen organisatorischen Fähigkeiten vereinen; und solche Leute müsste man (wenn auch gegen teures Geld) für eine so schwierige und örtlich entlegene Unternehmung gewinnen; freilich Unterbeamte von gleicher Qualität zu gewinnen wird in solchen Fällen immer unmöglich sein. Derselben Erscheinung begegnen wir nicht nur bei uns, sondern auch in Ländern, die auf einer höheren Kulturstufe stehen und unter geordneteren Verhältnissen leben, unter Verhältnissen, die eine regelrechte Kontrolle ermöglichen: man denke nur an die bekannte Geschichte des Panamakanals. Begehen ja die kulturellsten Völker ganz allgemein, wenn sie in wenig kulturellen Gegenden zu arbeiten gezwungen sind, so ungeheuer schwere Missgriffe, wie sie nicht einmal bei uns im „barbarischen" Russland vorkommen. (Siehe die kulturträgerischen Taten der Deutschen und Engländer in Afrika, der Amerikaner auf den Philippinen.) Es wäre daher mehr als naiv gewesen, Uneigennützigkeit und Selbstlosigkeit von den Erbauern der Mandschurischen Bahn zu erwarten. Und das hat auch Niemand getan. Aber die Wirklichkeit übertraf jede Erwartung. Wenn auch die Arbeiten schnell vor sich gegangen sind, so wurde doch bei dem Bau in einer unglaublich verschwenderischen Weise gewirtschaftet und in aller Oeffentlichkeit gestohlen und betrogen. Die Erbauer wussten nicht einmal, Dokumente zu einer rein formellen Rechtfertigung beizubringen. Es herrschte bei dem Bahnbau völlige Willkür. Ein zusammengelaufenes Gesindel von allerhand Abenteurern, Russen und Nicht-Russen, drängte sich zum Bau. Die Handlangerarbeiten führten die mit ein paar elenden Pfennigen bezahlten chinesischen Kulis aus. Ueberall ein wüstes, zügelloses Treiben. Das Alles nach den Nachrichten, die in die Presse gedrungen

sind. Von den Dingen, die nicht weiter bekannt geworden sind, will ich nicht weiter sprechen. Wie die Erbauer es angestellt haben würden, vor der Regierung Rechenschaft über die Veruntreuung der Staatsgelder abzulegen, wissen wir nicht. Zu ihrem Glück brach 1900 der Boxeraufstand aus, die Chinesen überfielen das russische Territorium, griffen die im Entstehen begriffene Mandschurische Bahn an und zerstörten einen Teil der bereits vollendeten Bauten. Natürlich war damit die Möglichkeit geboten für alle Missstände die Chinesen verantwortlich zu machen, die alle Dokumente und die „mustergültigen" Bauten vernichtet haben sollten."

Pockenepidemie in Sibirien. — Die sibirischen Zeitungen berichten, dass zur Zeit im ganzen Nordost Sibiriens, von der Provinz Jakutsk bis an die Mongolei eine furchtbare Pockenepidemie wütet. Ganze Dörfer werden von der Seuche hinweggerafft. Die Gefahr der Ansteckung der Armee ist, unter Berücksichtigung der vielen einbezogenen Reservisten, bei denen die Schutzimpfung sicher eine sehr mangelhafte ist, keineswegs zurückzuweisen.

Der wirtschaftliche Druck des Krieges macht sich in Russland bereits in erheblichem Maasse fühlbar. Vor allem, selbstverständlich, in Sibirien. Zunächst die Verhinderungen des Güterverkehrs durch die Inanspruchnahme der Eisenbahn für die Militärtransporte. Darauf macht ein Mitarbeiter der Moskauer Zeitung „Russkija Wjedomosti" aufmerksam: „Schon etwa 4 Wochen vor dem Ausbruch der Kriegs-

operationen wussten Personen, die mit Sibirien im Handelsverkehr stehen, dass nur noch Frachten bis 75 Pud von jedem Absender angenommen wurden, da aber ein sehr beträchtlicher Teil der Frachten gewöhnlich in ganzen Wagenladungen geht, d. i. nicht unter 600 Pud, so ist es begreiflich, dass diese Einschränkung in vielen Fällen dem vollständigen Einstellen der Frachtbeförderung gleichkam.“ Diese letztere ist bekanntlich am 4./17. Februar in aller Form erfolgt. Indessen sei man aber bereits in Sibirien, unter dem Einfluss des Eisenbahnverkehrs, von dem Brauch der alten Zeit, grosse Lagerbestände zu halten, abgekommen. „Unter diesen Bedingungen konnte die Einschränkung der Beförderung von privaten Frachten, die durch die Kriegsvorbereitungen hervorgerufen wurde, nicht ohne Wirkung bleiben auf den ganzen Handel von Krassnojarsk, Irkutsk, Tschita, Wladiwostok, kurz, dem ganzen Distrikt, der sich an die grosse Eisenbahn anschliesst... Zucker, Manufakturwaaren, Geschirr, Metallwaaren — all das bekommt Sibirien von den Fabriken und Hütten des Ural und des inneren Russlands. Insofern werden die Frachterschwerungen stark empfunden ausnahmslos von allen Bevölkerungsschichten Sibiriens. ...Die Preiserhöhung der eingeführten Waaren macht sich umsomehr fühlbar, als sie mit einer Teuerung aller Nahrungsmittel zusammenfällt, die in gewaltigen Quantitäten für die Armee zusammengekauft werden.... Die Nachrichten über ungeheure Preiserhöhungen aller Handelsartikel in Irkutsk, das beinahe 3000 Kilometer vom Kriegsschauplatz entfernt ist, also anderthalb Mal soweit, wie Petersburg von Sebastopol, dienen als Beispiel dafür, welchen Einfluss auf den sibirischen Handel die Störung der regelmässigen Zufuhr ausübt.“

Aus Warschau wird der russischen Presse berichtet: „Seit dem Beginn der Kriegsoperationen im Fernen Osten haben die Berliner Finanzgesellschaften ihren Kredit nicht nur einzelnen Geschäftshäusern in Warschau, sondern selbst Bankinstituten eingeschränkt. Für die hiesigen Kaufleute und Industriellen ist das ein gewaltiger Schlag, da der Warschauer Markt mit dem Berliner eng verbunden und hierorts Berlin, was das Ausland anbetrifft, die Hauptkreditquelle für Handel und Industrie ist. Die Kreditbeschränkungen haben schon viele Fabrikanten veranlasst, die Produktion und die Arbeiterzahl einzuschränken.“

Aus Odessa wird berichtet, dass der Verkehr mit dem Stillen Ozean vollständig lahmgelegt sei. Das Schicksal der bereits befrachteten und auf hoher See befindlichen Dampfer erwecke grosse Besorgnisse. Sie werden zurückkehren müssen, ohne ihr Reiseziel erreicht zu haben. Wer soll nun die Verluste tragen? Auf dem Getreidemarkt herrsche eine grosse Unsicherheit und eine tolle Spekulation, die die Preise furchtbar emporgetrieben habe. Viele Geschäftshäuser haben ihren ausländischen Lieferanten telegraphisch Ordre gegeben, die Ausführung der bereits gemachten Bestellungen einzustellen.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag
Richard Etzold in München.

AUS DER WELTPOLITIK.

Socialdemokratische Zeitungen-Korrespondenz.

VI. Jahrgang. Nr. 12. 21. März 1904.

Tua res agitur!

Wp. Der preussische Staat hat abermals ein Dutzend russische Studenten ausgewiesen. Grosser Sieg der Regierung!

Seit einiger Zeit kommt die Reichsregierung überhaupt nicht aus den Siegen heraus. So verkünden es wenigstens die bürgerlichen Zeitungen. Erst im preussischen Landtag, wo zwei Staatsminister, unter der Deckung von 200 Junkern, einen Gegner bekämpft haben, dem man zuvor durch das Dreiklassenwahlrecht den Zutritt zum Hause hermetisch abgesperrt hatte. Der Feind wurde durch die Gliederpuppe einer liberaldemokratischen Opposition markiert. Dieser Feind aus Stroh und Pappe sank um unter den Papierkugeln gefälschter Zitate. Und die Zeitungen riefen: „Sieg über die Sozialdemokratie!“ Dann im Reichstage. Die siegreichen Minister wurden von der Sozialdemokratie gestellt und bearbeitet, dass nur die Fetzen flogen. Aber — „da spielten die Telephondrähte“, wie es in den Zeitungsbulletins über die grosse Schlacht hiess, und Graf Bülow erschien in seiner rauschenden Rüstung von glänzendem Blech. Und bald darauf rief die Presse: „Hosianna Bülow! er wagte es, gegen Bebel zu kämpfen, und er siegte, trotz ‚belegter Stimme‘. Vernichtender Schlag gegen die Sozialdemokratie!“ Schliesslich, zum dritten Mal, siegte der preussische Militärstaat über die russischen Studenten.

Das Verbrechen dieser letzteren war, dass sie sich nicht wie zugelaufene Hunde haben behandeln lassen wollen, denen man einen Fusstritt giebt, wenn man sie nicht haben will. Darin erblickt die Presse, die da die öffentliche Meinung vertritt, eine „unerhörte Frechheit“, und selbst die liberalsten unter den Demokraten dozieren mürrisch den russischen Hitzköpfen, dass es ein Gebot der Klugheit sei, sich vor dem Mächtigeren zu ducken, und von politischer Reife zeuge, wenn man die Schmähungen seitens einer hohen Obrigkeit unwidersprochen hinnehme. Das wollen aber die Russen nicht begreifen. Man hat sie nicht nur in ihrer politischen Ueberzeugung, sondern auch in ihrem persönlichen Ehrgefühl gröblich verletzt, man hat dabei die russischen studierenden Frauen in einer pöbelhaften Weise beschimpft, — dagegen wehrten sie sich und appelierten an das Gerechtigkeits- und Anstandsgefühl aller zivilisierten Menschen. Die Antwort gab ihnen im Lande der „Nation der Denker und Dichter“ — der Polizeibüttel.

Gesetzt den — freilich, ganz unmöglichen — Fall, der französische Ministerpräsident hätte die in Paris ansässigen Deutschen beschimpft. Er könnte ihnen allerdings nicht vorwerfen, dass sie durch ihren übersprudelnden Freiheitsdrang das gastliche Frankreich in Verlegenheit bringen. Aber vielleicht würde er gesagt haben: „Die Deutschen suchen in Paris entweder Geld oder Weiber. Ueberdrüssig der plumpen Zärtlichkeiten der Frauen ihrer Nation, suchen sie das Ideal der Weiblichkeit in der Pariser Halbwelt. Sie sind aber ebenso schmutzig in ihrer Liebe, wie in ihrem Geschäft. Die deutschen Dichter sind schwärmerisch ohne Sinnlichkeit, die Deutschen in Paris sind sinnlich ohne Geist. Es fehlt ihnen die Leidenschaft, die die Erotik der Romanen edelt. Sie haben das sittliche Niveau der Kokotten ebenso heruntergedrückt,

wie sie in die Geschäfte den Geist der ostpreussischen Schnorrer hineingetragen haben.“ Wie gesagt, wir setzen einen unmöglichen Fall voraus. Wenn nun aber daraufhin die Studenten und sonstigen Deutschen in Paris eine Protestversammlung gegen den ihnen angetanen Schimpf abhalten würden, — würde man sie da auch in Deutschland als minderwertige, unreife Subjekte bezeichnen, die frech das fremde Gastrecht missbrauchen? Würde man nicht vielmehr rühmen, dass sie durch ihren Protest der Ehrenpflicht vor ihrer Nation genügt haben? Den Russen aber gegenüber will man nicht einsehen, dass auch sie ein Nationalgefühl haben können.

Die 428 Russen, die den Protest unterschrieben und dadurch nicht nur die Ausweisung aus Preussen riskierten, sondern sich obendrein Chikanerien bei der Rückkehr nach ihrer Heimat aussetzten, haben es sicher nicht getan, um sich politisch hervorzutun. In Russland sind die Forderungen an ein politisches Märtyrium sehr hohe. Wo die Besten der Nation im politischen Tageskampf ihr Leben einsetzen, kommt man nicht so leicht zum politischen Ansehen. Deshalb dürfen wir nicht verkennen, dass diese jungen Russen schon jedenfalls keinen geringeren Mut und kein geringeres Ehrgefühl bewiesen haben, als die preussischen Minister und der deutsche Reichskanzler, die, gestützt auf die grosse Macht des grossen deutschen Reichs, sich in schnoddrigen Redensarten gegenüber wehrlosen Fremden gefallen haben.

Aber noch kennzeichnender, als diese neuesten politischen Heldentaten der deutschen Regierung, ist das Triumphgejohle der bürgerlichen Oeffentlichkeit. Spottet ihrer selbst und weiss nicht wie! Es ist nachgewiesen worden, dass die deutsche Regierung, und zwar nicht erst seit heute, sondern schon seit Bismarck's Zeiten, dem Zaren Polizeidienste leistet. Alle Berufung auf den Anarchismus nebst den gefälschten Zitaten ist durch die vom Reichskanzler verlesenen Akte über den Haufen geworfen worden. Da hiess es klipp und klar im Fall Leo Deutsch: der Zar interessiere sich persönlich um die Auslieferung, folglich müsse dem Wunsch stattgegeben werden. Um die Gunst des Zaren zu erwerben, wird Leo Deutsch als gemeiner Verbrecher ausgeliefert, obwohl es sich nicht nur aus den Aktenstücken, sondern aus dem so aufdringlichen Interesse der „höchsteigenen Person“ des Zaren erst recht ergiebt, dass es sich um einen politischen Kämpfer handle. Ein Menschenhandel schlimmster Sorte wird getrieben: das Recht wird umgangen, die Oeffentlichkeit wird betrogen, der Mann wird ans Messer geliefert — weil man sich von der Gunst des Zaren politische Vorteile verspricht. Und in diesem Versuch, sich beim Zaren einzuschmeicheln, in der Jagd nach einem Scheinerfolg mit herabwürdigenden Mitteln, die von einer erbärmlichen Schwäche zeugen, sowie in den nachfolgenden Spitzeldiensten erblickt die Bourgeoisie einen Beweis der Grösse und der Stärke des Reiches.

Leo Deutsch hat sibirische Zwangsarbeit durchgemacht. Nach sechszehn Jahren Verbannung war es ihm gelungen, aus Sibirien zu flüchten. Er hat ein Buch veröffentlicht, das auch in deutscher Sprache erschienen ist — „Sechszehn Jahre in sibirischer Verbannung“. Von Etappe zu Etappe, von Gefängnis zu Gefängnis wickelt er vor uns diese sechszehn Jahre auf. Er ging als Jüngling hin und kam mit grauen Haaren zurück. Aber merkwürdig: im ganzen Buche kein Wort der Klage, kein Wort des Hasses, es liegt eine epische Ruhe über der Schilderung, die vergessen macht, dass hier Jemand sein

persönliches tragisches Schicksal erzählt. Und nach 16 Jahren trat er wieder in die Reihen seiner Partei ein, als wenn er blos gestern seinen Posten verlassen hätte. Herr Bülow, wissen Sie, was das bedeutet? Eine furchtbare Macht! Eine Partei, die in ihren Anhängern eine derartige ruhige und unzerstörbare Festigkeit erzeugt, muss über unversiegbare Quellen der Ueberzeugung verfügen.

Besässe das bürgerliche Publikum nur einigermassen Verständnis für politische Psychologie, so würde es auch den Protest der russischen Studenten ganz anders bewerten. Darüber zu spötteln, dass sie noch nicht in bürgerliche Stellungen mit Familie und Vermögen herangerückt sind, ist ein albernes Vergnügen. Wie kommt es, dass diese jungen Leute sich nicht, wie die deutschen Corpsstudenten, für Bier und Schmisse, sondern für Politik und Sozialismus interessieren? Das ist das Problem. Eine Ausnahme bilden die Berliner Russen von den sonstigen russischen Studenten, im Auslande wie im Inlande, nicht. Die Tatsachen, die dafür sprechen, sind bekannt. Das ist der Geist der russischen nIntelligenz überhaupt, der auch aus der, soviel bewunderten, russischen Litteratur spricht. Ist man zu dieser Erkenntnis gelangt, so wird man nicht umhin können, einen Rückschluss zu ziehen auf das soziale Milieu, das diese Erscheinungen schafft. Und man wird sich überzeugen, dass die revolutionäre Stimmung der russischen Jugend nur der Ausdruck der allgemeinen, gross gestiegenen politischen Gährung in Russland ist.

Aber die Bourgeoisie hat bereits jedes Verständnis für progressive politische Erscheinungen verloren. Ihre jetzige Russenhetze ist eine kulturelle Marke, die zeigt, wie tief sie politisch gesunken ist.

Es gab eine Zeit, wo die Bourgeoisie Throne

stürzte und den Himmel stürmte, wo sie der Menschheit neue Ziele wies, für „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ schwärmte, von der Eintracht der Völker, von einer Weltrepublik, einem Reich der Vernunft, des Glücks und der höchsten Kultur träumte. Das ist Tatsache, obwohl es bereits vergessen ist und selbst die Erinnerung daran aus den Schulbüchern ausgemerzt wird. Das Reich der Bourgeoisie wurde zu einem Reich der schamlosen Ausbeutung und der wilden Jagd nach dem Profit. Da die Bourgeoisie kein soziales Ideal mehr aufzustellen vermag, leugnete sie überhaupt die Möglichkeit eines solchen und erhebt den sozialen Kampf aller gegen alle zum höchsten Gesetz der menschlichen Kultur. Die Wissenschaft wurde zu einem technischen Handelsartikel. Der Kunst wurde eine Bedientenstellung zugewiesen — sie lebt nur noch davon, dass sie die Gesichter derer malt, die es bezahlen können. Die Bourgeoisie hat dem freien Forschungsgeist entsagt und ihren Frieden mit Gott im Himmel und den Pfaffen auf Erden geschlossen. Und sie, die einst das parlamentarische Regime als ihre politische Lebensforderung verfocht, sieht jetzt in der Aufrechterhaltung des russischen Absolutismus die Grundbedingung ihrer Existenz.

„Tua res agitur“ — das war das erlösende Wort, das der deutsche Reichskanzler sprach. Die Aufrechterhaltung des Zarenthrons ist notwendig, um die europäische Bourgeoisie zu schützen. Das war es, was den grossen Beifallsjubel der bürgerlichen Oeffentlichkeit auslöste.

Aber wenn die Bourgeoisie ihr Schicksal mit dem des Zaren verbündet, so muss das uns Sozialrevolutionäre mit froher Siegeszuversicht erfüllen.

Die inneren Triebkräfte der geschichtlichen Entwicklung sind, solange die grossen Ereignisse der ge-

schichtlichen Wendepunkte noch nicht eingetreten sind, nur durch ein streng wissenschaftliches Studium wahrzunehmen. Aber es gibt äussere Zeichen des geschichtlichen Werdegangs, die zwar abgeleiteter Natur sind, aber durch ihr Auftreten auf der sozialen Oberfläche leicht wahrnehmbar sind und, vom richtigen Gesichtspunkt erfasst, ein Schlaglicht auf das werfen, was sich tief unten gestaltet. Solche Zeichen gibt uns der kulturelle und politische Niedergang der Bourgeoisie. Ist es denn denkbar, dass dieser politische Kleinmut, der öde Praktizismus in der Wissenschaft, die Kleingeisterei, die Abwesenheit aller grossen Gesichtspunkte in der Literatur, der Formalismus in der Kunst, das feige Zurückdrängen jedes kühnen Gedankenflugs auf allen Gebieten den Abschluss der grossartigen Kulturentwicklung der Menschheit bilden sollen? Soll die ganze Weltgeschichte sich dem Hause Romanoff unterwerfen? Ist es denn möglich, dass man den vorwärtstreibenden Kräften, die durch die unendlichen Jahrtausende der menschlichen Geschichte gezeugt und gemehrt worden sind, durch Polizeigewalt für immer ein Halt gebieten kann? Alles, was Jeder von uns aus den Werken des menschlichen Gedankens und der menschlichen Sehnsucht jemals an Begeisterung geschöpft hat, alles, wovon wir geistig leben, empört sich dagegen. Das ist ein Absurd! Es muss anders werden.

Die Bourgeoisie wehrt der Kulturentwicklung, weil sie ihren Besitz aufgeben müsste, um ihr freie Bahn zu schaffen. Damit gibt sie selbst ihre Position auf. Aus dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse ist ein Kampf um die Zukunft der menschlichen Kultur geworden.

Darum rufen wir unserseits den Arbeitern zu: Tua res agitur! Dir gilt's! Es sind nicht die russischen

Studenten, es ist die europäische Sozialdemokratie, die man fürchtet. Die Bourgeoisie würde den Sturz des russischen Absolutismus mit Jubel aufgenommen haben, hätte sie nicht um ihre eigene Herrschaft zu fürchten. Ja, sie würde sogar jetzt die russischen Revolutionäre milder behandeln, wären sie nicht zugleich sozialistisch gesinnt.

Tua res agitur! Die deutschen Arbeiter geht es an. Es ist bereits aus den bisherigen parlamentarischen Debatten ziemlich klar geworden, dass man die russische revolutionäre Bewegung gern zum Vorwand nehmen möchte, um gegen die deutsche Sozialdemokratie einzuschreiten. Wie auch die Sache ablaufen mag, der wirkliche Hergan gist der: Nicht die russischen illegalen Schriften gefährden die deutsche Sozialdemokratie, sondern es ist die legale Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie, die der russischen revolutionären Bewegung die Sympatien der Bourgeoisie entzogen hat. Dies anzuerkennen, ist für die Sozialdemokratie ein Gebot der Gerechtigkeit!

Tua res agitur! Die deutschen Arbeiter haben das Wort begriffen. Noch nie ist der Klassenkampf, der innerhalb der deutschen Nation tobt, so brutal aufgedeckt worden, wie durch diese Aeusserung des deutschen Reichskanzlers.

Und da jubelt die Presse und verkündet einen Sieg über die Sozialdemokratie! Aber das gehört zur Selbstmordpolitik der Bourgeoisie, dass sie stets ihre eigene Meinung als „die Stimme der Nation" auffasst und deshalb stets aufs Neue tödtlich überrascht ist, wenn ihr die Reichstagswahlen zeigen, dass es in Deutschland proletarische Massen gibt, die alle Dinge anders auffassen.

„Tua res agitur!" Diese Kanzlerworte wollen sich die sonderbaren Schwärmer in unseren Reihen merken,

die glaubenn, dass, nachdem die geschichtlich gewordene Machtentfaltung des sozialrevolutionären Proletariats die Bourgeoisie zur Absage an alle ihre Ideale, zum Verrat ihrer eigenen politischen Interessen, zur höchsten Feigheit, die hinter der Regierung Deckung sucht und sich an den wankenden Thron des Zaren anklammert, getrieben hat, es seinen Parlamentsrednern gelingen werde, durch weise Worte den bürgerlichen Parteien aufs Neue politischen Mut einzuflössen und der Regierung weltgeschichtliche Einsicht beizubringen.

Tua res agitur! Das Proletariat ist auf sich selbst angewiesen und ist der Willensvollstrecker der Geschichte im Kampf gegen die kulturfeindliche Bourgeoisie!

Ein russisches Urteil über die Stimmung in China.

Wp. In der russischen Tagespresse häufen sich mit jedem Tage mehr Nachrichten, die in charakteristischer Weise die Stimmung der chinesischen Bevölkerung dem japanisch-russischen Kriege gegenüber zum Ausdruck bringen. Der Peckinger Korrespondent der vorzüglich unterrichteten „Russkija Wjedomosti“ schreibt darüber: „Schon in den ersten Tagen, mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Russland und Japan machte sich ein krasser Unterschied im Verhalten den bevorstehenden Ereignissen gegenüber seitens der verschiedenen Teile der Peckinger Gesellschaft geltend. Während die Europäer sich äusserst beunruhigt zeigten, bewahrte die chinesische Gesellschaft — die Bevölkerung der Stadt und die Beamten — tiefes Schweigen, als wäre nichts vorgekommen. Nur die chinesische Presse, die

von japanischen Herausgebern inspiriert wird, ist, ihrem verborgenen Groll Luft machend, fleissig daran, um die Gelegenheit auszunützen und den Hass der chinesischen Regierung und des chinesischen Volkes gegen Russland zu schüren. Die Zeitungen sind voll verruchter Taten, die die Russen in der Mandschurei begangen haben sollten. Es heisst: „Die Russen schänden Frauen, vergewaltigen junge Mädchen, plündern und rauben, bemächtigten sich chinesischer Staatsanstalten, suchen chinesische Beamten durch russische zu verdrängen, sie haben sogar die Ahnengräber des Königs geschändet, da sie auf dem Friedhofe alle alte Bäume entwurzelt haben“. Die chinesische Regierung verspricht die Neutralität. Die allgemeine Stimmung aber, die in Pecking herrscht, lässt sich schwer mit diesem Versprechen in Einklang bringen.“

Die sibirische Eisenbahn gefährdet! Russische Zeitungen berichten: „Auf der 2401. Werst der mittleren-sibirischen Eisenbahn ereignete sich ein Eisenbahnunfall, in dem ein Kosak getödtet, drei Passagiere schwer und fünf leicht verwundet wurden. Die Ursache ist eine böswillige Zerstörung der Linie. Obwohl strengste Massregeln zum Schutz und zur Sicherheit des Verkehrs auf der grossen sibirischen Eisenbahn geschaffen sind, so ist doch der Schienenweg so gross, dass man vor einer böswilligen Zerstörung des Weges, wenn auch für kurze Zeit, nicht sicher sein kann.“ Solche Meldungen werden sich sicher häufen. Was nützen aber dem Zaren seine grossen Vorräte an Kanonenfleisch, wenn man sie nicht nach dem Kriegsschaupltz überbringen kann?

Wp. Eile mit Weile! Es wird der russischen Presse aus Warschau berichtet, dass an Maschinen- und Metallwaarenfabriken in Warschau aus Petersburg die Anfrage gerichtet wurde, ob sie bedeutende Bestellungen für militärische und Eisenbahnzwecke, die innerhalb von drei Monaten auszuführen sind, übernehmen können. Die meisten Fabriken gaben eine ablehnende Antwort, da, nach ihren Feststellungen, es unmöglich ist, sogar bei ununterbrochenen 24stündigen Arbeit im Tage, die in Rede stehenden Bestellungen zur bestimmten Frist zu liefern. — Die zarische Regierung hätte besser getan, sich bei Zeiten für den Kriegsbedarf vorzubereiten.

Ein authentischer Bericht aus Sibirien.

Wp. Die russische revolutionäre Presse hat kein interesse daran, die wirklichen Zustände in der russischen Armee zu verheimlichen. Es ist deshalb zu erwarten, dass aus dieser Quelle ab und zu wichtige Mitteilungen zu entnehmen sein werden. Den Anfang macht der „Bund," die rührige Organisation der sozialdemokratischen jüdischen Arbeiter, der in den von ihm herausgegebenen „Letzten Nachrichten" folgenden Originalbericht aus Sibirien bringt:

„Ostsibirien (aus dem Briefe eines Arztes). ... Das, was ich in Irkutsk und Tschita gesehen, spricht keineswegs von einer patriotischen Begeisterung. Im Gegenteil, ich habe sibirische Einwohner voller Entrüstung davon reden hören, dass Sibirien die ganze Last der Mobilisierung und des Krieges zu tragen habe. Die Chinesen sind den Russen höhchst feindselig gesinnt. Nach den Berichten der Augenzeugen, wird

auf der mandschurischen Eisenbahn einfach geraubt, gemordet und gesengt. Die Burjaten in Hintertransbaikalien revoltieren, — kein Wunder, wenn man bedenkt, dass es der Regierung einfiel, das ganze Leben dieses Nomadenvolkes auf den Kopf zu stellen und in Leibeigenschaftsverhältnisse zu zwängen. Während ich Tschita verliess, haben die Burjaten ihre bäuerlichen Behörden durchgeprügelt, und ein Kosakenbataillon aus Tschita musste sie zur Ruhe bringen. Die Burjaten aber bilden den Hauptteil der hinterbaikalischen Bevölkerung und sind die eigentlichen Lieferanten von Lebensmitteln, besonders jetzt, wenn alle dienstpflichtigen und Reservekosaken in den Krieg ziehen. Die Soldaten haben keine warmen Kleider vorrätig. Was die Verproviantierung betrifft, weiss ich nicht genau zu sagen, wie es sich damit verhält, eine Tatsache ist aber, dass erst nach der Kriegserklärung das Aufgebot behufs Lieferung von Brotgetreide und Hafer ausgeschrieben worden war."

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag
Richard Etzold in München.

AUS DER WELTPOLITIK.

Sozialdemokratische Zeitungen-Korrespondenz.

VI. Jahrgang. Nr. 14. 5. April 1904.

Um die Partei!

Wp. Die Nachwahl im 20-sten sächsischen Wahlkreis war eine Niederlage für unsere Partei. Zwar, dass wir das Mandat verloren haben, ist Zufall, — mit ein paar Dutzend Stimmen mehr bei der Hauptwahl hätten wir es behalten. Aber der Stimmenrückgang bleibt, und das ist die Hauptsache. Ich betone dieses, weil von opportunistischer Seite die ganze Angelegenheit auf den Mandatverlust zugespitzt wird. Die Einbusse des Mandats stört zwar das schöne Bild der sächsischen Vertretung, jedoch das würden wir leicht verschmerzen, wenn nur die Integrität der Partei gewahrt bliebe.

Ein Stimmenrückgang zeigt sich diesmal überhaupt bei unseren Nachwahlen. Da es sich nicht um einen Einzelfall handelt, so muss es gemeinsame Ursachen der Erscheinung geben, die nicht in den spezifischen Verhältnissen des 20-sten sächsischen Wahlkreises liegen.

Ich glaube, eine gemeinsame Ursache unseres Stimmenrückgangs ergiebt sich schon aus dem überraschend starken Anwachsen unserer Stimmen bei den letzten allgemeinen Reichstagswahlen. 1890 hatten wir allerdings einen noch verhältnissmässig stärkeren Stimmenzuwachs. Aber darauf folgte die Aufhebung des Sozialistengesetzes. Das war ein politisches Ereigniss, das die Popularität der Partei ungemein steigerte und ihr über die erreichte Höhe hinaushalf. Diesmal folgte dem politischen Kraftaufgebot kein greifbares politisches Resultat — darum wurde es schwer, die Massen in der gleichen politischen Spannung zu erhalten.

Ausserdem spielte gerade bei den letzten Reichstagswahlen der Augenblick eine grosse Rolle. Kein Zweifel, dass sie von der Tagesfrage der Schutzzölle ausserordentlich beeinflusst wurden. Aber nach den Wahlen ist unsere Agitation gegen die projektierten Zollerhöhungen so ziemlich eingeschlafen. Wenn irgendwo, so liegt hier ein Verschulden der Partei vor. Wir haben die Massen in einen förmlichen Aufruhr versetzt und auf einmal alles sinken lassen. Das musste die Massen enttäuschen, sie sogar in Zweifel bringen, ob nicht das ganze agitatorische Aufgebot von vorher übertrieben war. Zum Ueberfluss hatten wir kurz vor den Wahlen die schutzzöllnerische Kundgebung Schippel's, die nicht umhin konnte, die Verwirrung zu vermehren.

Anderseits, freilich, muss Crimmitschau agitatorisch gewirkt haben, ganz besonders in Sachsen.

In diese Verhältnisse kam der Kandidaturstreit hinein. Wenn ein im Wahlkreis bekannter und beliebter Vertreter, wie es Rosenow war, durch einen Neuling ersetzt wird, so giebt es stets einen Stimmenrückgang; hier aber spielte sich noch ein Kampf zwischen den lokalen Organisationen und der Zentrale ab.

Ich glaube, das alles erklärt den Stimmenrückgang zur Genüge. Um die Scharte auszuwetzen, ist unser bewährtes Mittel — die Agitation. Gar kein Anlass ist vorhanden, Trübsal zu blasen und vom Untergang der Partei zu delirieren. Wenn eine Bewegung eine so breite Front entfaltet hat, wie die

deutsche Sozialdemokratie, lässt sich ein gleichmässiges Vorschreiten auf der ganzen Linie nicht mehr erwarten. Die Hauptsache ist nicht der politische Parademarsch, sondern der Zusammenhalt der Partei.

Anders aber denken unsere lieben Opportunisten. Rechtsanwalt W. Heine benutzt diese Gelegenheit zu einem Versuch, die Organisation der Partei zu sprengen.

Streitigkeiten innerhalb der einzelnen Organisationen sowie zwischen den lokalen und zentralen Organisationen sind gewiss nicht neu in der Partei. Ich erinnere z. B. an den Fall Solingen oder an den grossen Streit in Sachsen um die Beteiligung an den Landtagswahlen. Alle diese Streitigkeiten haben wir bis jetzt durch die Betonung des allgemeinen Zusammenhalts der Partei und der daraus entspringenden Disziplin, also durch Zentralisation überwunden. Einen anderen Weg giebt es auch gar nicht. Wollte man, umgekehrt, das Gesammtinteresse der Partei gegenüber dem Interesse der einzelnen Wahlkreise zurücktreten lassen, — welche Autorität gäbe es dann, um die lokalen Streitigkeiten zu tilgen? Dann würde man in Solingen an Schuhmacher festhalten, in Leipzig sich niemals an den Landtagswahlen beteiligen, dann gäbe es kein Mittel, einen Parteibeschluss durchzuführen und würden auf dem Boden der Selbstherrlichkeit der Wahlkreise sogleich neue Streitigkeiten entstehen. An Stelle der einheitlichen Partei würde eine lose Föderation von 397 unabhängigen Wahlkreisen treten.

Das ist es, was Rechtsanwalt W. Heine erstrebt.

Wenn er im Allgemeinen von der Selbständigkeit der lokalen Organisationen, von Demokratie, freier Meinung etc. spricht, so rennt er damit offene Türen

ein. Er muss selbst zugeben, dass in die Partei, auch bei der Aufstellung der Reichstagskandidaten, die weitgehendste Autonomie der einzelnen Wahlkreise herrsche, und dass nur in seltenen Ausnahmefällen, wie eben diesmal bei Göhre, vorher bei Schuhmacher, eine Einwirkung seitens der Zentrale stattfindet. Dieses bekämpft er, er will der Partei ein für alle Mal jede Möglichkeit abschneiden, im allgemeinen Interesse auf die Wahlkreise einzuwirken. Die Gesichtspunkte, die er dabei entwickelt, beweisen, dass für ihn die Partei überhaupt nicht mehr existiert.

Er kennt, nur noch „das Volk“ und seine Vertreter. Für uns liegt zwischen den Arbeitern und ihren Vertretern die Partei. Was die Partei ist, wie soll ich Ihnen das erklären, verehrter Rechtsanwalt W. Heine? Sie werden sich vielleicht noch erinnern, in der sozialistischen Literatur vom Klassenzusammenhalt des Proletariats gelesen zu haben? Dieser Zusammenhalt bildet das Wesen der Partei, kommt zum Ausdruck in ihrem Programm und ihrer Organisation. Nun zeigt sich etwas Merkwürdiges. Solange die Arbeiter in losen Massen bleiben, lassen sie sich leicht irreführen — es sind ja arme Schlucker, denen es jämmerlich schlecht geht, und wenn ihnen Jemand nach dem Herzen spricht, mit demagogigischen Phrasen schmeichelt, so lassen sie sich leicht einfangen. Aber in der Partei zusammengetan sind sie eine verflucht renitente Gesellschaft. Da kontrolieren sie sich gegenseitig in ihrem politischen Tun und ihren politischen Sympathien, prüfen Jedermann auf Grund ihres Programms — wirklich, als wenn es Glaubensartikel wären, wie Sie geistreich bemerken — auf Herz und Nieren, suchen, ein einheitliches politisches Vorgehen zu Stande zu bringen, und unterwerfen sich dem gemeinsamen Willen, ja erblicken

darin das oberste politische Prinzip ihrer Klasse, rühmen sich dessen gegenüber dem schrankenlosen Individualismus der Bourgeoisie; sie gehen sogar so weit, dass sie die Demokratie als Phrase und politischen Schwindel ansehen, wertlos, solange sie sich nicht als Klasse zur Partei zusammengetan haben. Das begreifen Sie nicht, Verehrtester, aber Sie spüren es, und das ist es ja gerade, was Ihnen Sorgen macht.

Denn Rechtsanwalt W. Heine will nicht nur die Arbeiter vor der Tyrannei der Partei schützen, er kämpft zugleich um das Recht der „Individualität". Individualitäten, das sollen nach ihm die Parteiführer sein. Für diese verlangt er: „innerhalb der ihnen angewiesenen Tätigkeitskreise Selbständigkeit des Handelns und ein gewisses Mass der Unverantwortlichkeit". Also, Unabhängigkeit der Führer, die auf eigene Faust Politik treiben, und und Lockerung des Zusammenhangs der Partei — die Hammel und die Heerde. Die Parteiorganisation stört den Politikaster an der Spitze in seinen staatsmännischen Sprüngen und Kniffen — das ist des Pudels Kern. Unter dem Vorwand der Selbständigkeit der Massen gegenüber der Partei will Rechtsanwalt W. Heine die Parteivertreter der Arbeiter von der Partei unabhängig machen. Er will die Partei in einzelne Wahlkreise auflösen, um sie desto leichter unter die Herrschaft einzelner Personen bringen zu können.

Individualitäten! Wer wünscht sie nicht der Partei? Nur werden wir uns mit Rechtsanwalt W. Heine in dem Begriff nicht einigen können. Eine Individualität, wie sie die Partei braucht, das wäre ein charakterfester Kerl, der weiss, was er will, entschieden auf dem Boden der gewonnenen politischen Grundsätze steht, mit der Partei innig verwachsen ist, die Feinde des Proletariats durchschaut, den Mut der Konsequenz

hat und die felsenfeste Zuversicht der Ueberzeugung, sich durch keine Niederlagen und auch nicht durch Erfolge von seinem politischen Wege ableiten lässt, nicht um den Beifall der Menge buhlt, sondern seinen Ehrgeiz in der Erreichung seines politischen Ziels erblickt, tüchtig dreinhaut, aber auch Püffe verträgt, echt ist in seinem Zorn und treu in seiner Freundschaft. Nach W. Heine muss die „Individualität" sich vor allem der politischen Grundsätze entledigen; sie ist ja schwach, sie zu tragen, fühlt sich durch sie in ihrer Bewegung beschwert; diese „Individualität" kokettiert mit allen Ansichten, nimmt sie ebenso leicht auf, wie sie sie verwirft; die Ansichten geben ihr nicht die Direktive dieses politischen Handelns, sondern sind ihr blos ein Mittel des Erfolgs; diese „Individualität" kennt keine Parteiaufgaben, sondern nur politische Kombinationen, um persönlich emporzukommen; sie rechnet mit den Personen, die sie zu gewinnen, oder zu ruinieren trachtet; diese „Individualität" lebt der staatsmännischen Kunst und der politischen Intrigue; selbstsüchtig und perfid, konspiriert sie mit Harden gegen die Partei und verrät ihren Freund Harden vor der Partei; diese „Individualität" ist halb politische Kokotte und halb politischer Mann, buhlt auf der einen Seite um die politische Liebesgunst bis zur Ausschweifung und sucht auf der anderen mit Gift und Pistole sich Macht zu rauben.

An Stelle der Parteiorganisation — eine lose Masse, die Parlamentsvertreter wählt; an Stelle des Parteiprogramms — die „Individualität" des Parteiführers. Damit wäre das opportunistische Ideal erreicht.

Das ist durchaus eine folgerechte Entwickelung, die auch vorausgesehen und vorausgesagt worden war. Der Schreiber dieser Zeilen — er muss angesichts der eingetretenen Konsequenzen darauf verwiesen wer-

den — hat wiederholt den Nachweis geführt, dass der Opportunismus zur Disorganisation der Partei führen muss. Ich will jetzt kurz den Entwickelungsgang skizzieren.

Man hat an Stelle der Eroberung der politischen Macht die Aufgabe der Gewinnung von politischem Einfluss unterschoben; damit traten die historischen Kräfte der sozialrevolutionären Bewegung in den Hintergrund gegenüber den formalen Aufgaben einer Augenblickspolitik; der politische Schwerpunkt wurde von der Agitation unter den Massen ins Parlament verlegt; aus der auf die Organisation des Proletariats berechneten Taktik wurde eine Taktik des parlamentarischen Erfolgs; an Stelle der sozialrevolutionären Aufklärung der Arbeiter trat die Rücksicht auf die parlamentarische Konstellation, die bürgerlichen Parteien und die Regierung; in diesem Verkehr mit dem kapitalistischen Staat erwies sich aber unser sozialrevolutionärer Standpunkt hinderlich — man versuchte deshalb, die „Theorie“ von der „Praxis“ zu trennen, d. h. die allgemeinen Grundsätze von der Politik der Partei; man verwarf den allgemeinen geschichtsphilosophischen Gesichtspunkt und proklamierte soviel politische Standpunkte als es politische Zufallskombinationen giebt, die Grundsatzlosigkeit wurde zum obersten Grundsatz erhoben; mit der Lockerung des ideellen Zusammenhalts der Partei gewann in den Augen des Parlamentariers seine persönliche Begabung, seine politische Geschicklichkeit an Bedeutung und Gewicht; in der Betätigung seines staatsmännischen Genies stösst er aber auf das Hindernis der Parteiorganisation — folgerichtig arbeitet er auf die Auflösung der Partei hin. Der Opportunismus begann mit der Bekämpfung des revolutionären Sozialismus, — da aber dieser keine ideologische Spekulation, sondern der geschichtsphilosophische Ausdruck des proletarischen Klassenkampfes ist, so gelangt der Opportunismus in richtiger Konsequenz dazu, den Klassenzusammenhalt des Proletariats zu bekämpfen. Denn die sozialdemokratische Partei — das ist eben die Ausscheidung der Arbeiterklasse nebst allen, die sich auf ihren geschichtlichen Standpunkt stellen, von den allgemeinen Massen der Nation. Der Opportunismus erklärte erst den Arbeitern: verzichtet auf die Ideen der sozialen Revolution, so werdet ihr Gegenwartsvorteile erreichen, — jetzt sagt er: es geht nicht anders zu machen, als indem ihr euch in das unterschiedslose Volk der Wahlkreise auflöst und euer Schicksal einzelnen Parlamentsvertretern anvertraut. Der Opportunismus beweist damit, dass er nicht nur den Sozialismus verkennt, sondern unfähig ist, eine Arbeiterbewegung zu leiten. Er führt sich selbst als Arbeiterpolitik ad absurdum. Will das Proletariat eine eigene Politik treiben, so kann es nur sozialrevolutionäre Politik sein.

Parvus.

Druckfehleberichtigung:

Wir ersuchen den unliebsamen Druckfehler „Rosenau‘ statt Rosenow auf Seite 2, Zeile 11 von unten, zu korrigieren.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag
Richard Etzold in München.

AUS DER WELTPOLITIK.

Sozialdemokratische Zeitungen-Korrespondenz.

VI. Jahrgang. Nr. 15. 11. April 1904.

Russische Nöten!

Wp. Brod und Geld entscheiden über das Schicksal der grossen Armeen. Wer sich Rechenschaft geben will über den Verlauf des russisch-japanischen Krieges, muss, neben den Kriegsbulletins, auch die Bewegung der Finanzen und alle Angaben über die wirtschaftlichen Zustände der kämpfenden Länder in Betracht ziehen.

Uns interessiert dabei vor allem das Reich des Zaren.

Der Telegraph brachte dieser Tage die Meldung, dass die zarische Regierung offiziell eine Reihe von Budgeteinschränkungen bekannt gegeben hat, die vorgenommen werden, um Finanzmittel für den Krieg freizumachen. Es handelt sich dabei um die Einstellung der Arbeiten an den bereits im Bau befindlichen Eisenbahnen und ähnliche gewaltsame Unterbrechungen der Tätigkeit der Staatsbetriebe und der Staatsverwaltung. Wir haben von vorn herein darauf verwiesen, dass es dazu kommen wird. Alle Fabeln über unermessliche Gold- und Geldvorräte zur Kriegführung, mit denen die russischen offiziösen Agenturen seit Monaten die bürgerliche Presse zum Narren halten, sind dadurch ein für allemal abgetan. Auch der „freie Dispositionsfond" des Staatsschatzes erweist sich als Fiktion. Die Idee, die ausserordentlichen Ausgaben eines Krieges durch die Einschränkungen der ordentlichen Ausgaben des Staates decken zu können, richtet sich von selbst in den Augen von Jedem, der jemals einen Einblick in den Haushalt eines modernen Grosstaats getan hat. Und erst in Russland, dessen ganzes Budget, wenn man von den Betriebsausgaben der Eisenbahn absieht, sich zu 99 Prozent auf die Ausgaben für die Staatsschuld und für die Armee zurückführen lässt! Also, entweder man stellt die Zahlung der Staatsschuldzinsen ein, oder man führt Krieg im Auslande auf Kosten der Desorganisation und der Verelendung der Armee im Inlande! In beiden Fällen würden aber die Mittel dennoch nicht ausreichen.

Das Zarentum braucht Geld, neue Anleihen, Gold vom Auslande, das lässt sich nicht mehr verhehlen. Seit dem 1./14. Februar hat sich die Bilanz der russischen Staatsbank um 130 Millionen vermindert, fast ausschliesslich weil die Regierung ihr Geld entzog. Das Guthaben der Regierung bei der Bank verminderte sich um 70 Millionen, das der Spezialfonds und der sonstigen laufenden Kontis von Staatsinstitutionen um 43 Millionen. Das giebt aber selbstverständlich nicht die wirkliche Ausgabe an, sondern nur die Differenz zwischen den entzogenen Summen und den Staatseinnahmen, die regelmässig auf laufendes Konto bei der Staatsbank deponiert werden. Der Goldvorrat hat sich um 80 Millionen vermindert. Der Goldbesitz der Bank im Auslande hat sich sogar um 100 Millionen Rubel vermindert, von 175 auf 74,5 Millionen Rubel. Dieses Gold blieb im Auslande. Das nichtsdestoweniger die Goldkassen der Staatsbank, wie erwähnt, nur ein Manko von 80, statt 100 Millionen Rubel, aufweisen, erklärt sich daraus, dass während der gleichen Zeit aus der Kasse über 50 Millionen Papierrubel verschwanden. Bekanntlich sind gleich bei Beginn des Krieges 50 Millionen Rubel Kreditbillete

emittiert worden. Die sind nun alle. Man wird zu neuen Emissionen schreiten müssen — wenn nicht Geld vom Auslande kommt.

Die Zerrüttung der Handelsverhältnisse durch den Krieg tritt bereits ebenfalls offen zu Tage. Offiziell wird bekannt gemacht, dass die Bankerotts eine ausserordentliche Höhe erreicht haben.

Um das Verhängnis voll zu machen, erhebt in diesem Frühjahr wieder das Gespenst der Missernte sein Medusenhaupt.

Es ergiebt sich aus dem letzten offiziellen Bericht über den Saatenstand Folgendes:

Der Winter war schneearm — infolgedessen litt das Wintergetreide. „Stellenweise musste man entweder ganz auf die Aussaat von Wintergetreide verzichten, oder denn die an einzelnen Orten vorgenommene Aussaat gab keine Resultate.“ An anderen Orten wurden die im Vorfrühling vorgenommenen Feldarbeiten durch nachfolgende Fröste zu Nichte geführt. Im Allgemeinen sei übrigens dank dem Regenwetter der Stand des Wintergetreides befriedigend — „doch als unbefriedigend und stellenweise sogar schlecht wird er beobachtet hauptsächlich in den Gouvernements Bessarabien und Cherson sowie in den südlichen Teilen der Gouvernements Kijew und Podolien und an einzelnen Orten des Gouvernements Poltawa.“

Im besonderen wird berichtet:

„ Gouvernement Bessarabien. Der Zustand der Winteraussaat ist im allgemeinen unbefriedigend, oft ganz schlecht und nur selten befriedigend; stellenweise wurde, infolge der trockenen Witterung im Herbst, überhaupt keine Aussaat vorgenommen.“

„Gouvernement Cherson. Der Zustand der Winteraussaat ist grösstenteils unbefriedigend.“

„Gouvernement Charkow. ... einen bedeutenden Schaden den jungen Aufgängen bereiteten die Februarfröste.“

„Gouvernement Poltawa. Das Wintergetreide ist im allgemeinen befriedigend, aber in einigen Regierungsbezirken unbefriedigend; die Hauptursache ist der schlechte Zustand noch vom Herbst her sowie der sehr schneearme Winter, ausserdem haben auch die Februarfröste geschadet.“

„Gouvernement Kijew. Der Zustand der Winteraussaat ist bunt und ungleichmässig. Stellenweise in den Regierungsbezirken Berditschew, Uman, Tscherkask u. A. sind sie unbefriedigend, an seltenen Orten vorzüglich, in den Regierungsbezirken Kijew und Swenigorod gut“.

Aehnliches wird aus Podolien und Wolhynien berichtet.

Es wäre, freilich, verfrüht, jetzt schon von einer bevorstehenden Hungersnot zu sprechen. Aber die Anzeichen sind bei den primitiven russischen Ackerbauverhältnissen hochbedeutsam. Und die Gefahr ist zu gross, um nicht schon in ihren Ansätzen die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen.

Kriegsnot und Hungersnot — was muss denn noch das russische Volk erleiden, bis es dieses verruchte politische System los wird?!

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag
Richard Etzold in München.

AUS DER WELTPOLITIK.

Sozialdemokratische Zeitungen-Korrespondenz.

VI. Jahrgang. Nr. 16. 18. April 1904.

Bülow und der Krieg.

Wp. Kurz vor Ausbruch des Krieges versicherte der deutsche Reichskanzler Graf v. Bülow unserem Genossen Bebel gegenüber mit dem ganzen Aplomb seiner politischen Autorität, der Friede sei in keiner Weise gefährdet. Wenn Staatsminister sich in Angelegenheiten der auswärtigen Politik äussern, so nimmt man an, dass sie über eine ganz besondere, für Andere unerreichbare Kenntnis der Dinge verfügen, sintemalen der diplomatische Verkehr unter strengster Geheimhaltung stattfindet. Die Tatsachen haben bewiesen, dass Graf Bülow in dieser so eminent wichtigen politischen Angelegenheit sehr schlecht orientiert war. Nun wissen wir auch, worauf seine Zuversicht begründet war. Er habe nicht geglaubt, erklärt er uns jetzt, dass Japan bis zum Aeussersten gehen werde, er habe erwartet, dass es im entscheidenden Augenblick zurücktreten werde — kurz, er hat die Japaner nicht ernst genommen. Da können wir allerdings froh sein, dass die Auseinandersetzung diesmal zwischen Japan und dem Zarenreich und nicht etwa zwischen Japan und dem deutschen Reich stattgefunden hat: sonst käme Deutschland zu jenen „Ueberraschungen", die jetzt der zarischen Regierung soviel Kummer bereiten.

Der deutsche Reichskanzler hat durch seine jüngsten Auslassungen bewiesen, dass sein Urteil über die ostasiatischen Vorgänge nicht über das Mass der Einsichtslosigkeit des gewöhnlichen Zeitungsreporters hinausgeht. Es entbehrt jeder tatsächlichen Grundlage, ist ihm gekommen, er weiss selbst nicht wie, und setzt sich zusammen aus einer Unterschätzung Japans und einer Ueberschätzung Russlands.

Vor den Augen der ganzen Welt hat Japan zum Krieg gerüstet. Es hat in den wenigen Jahren seit seinem chinesischen Krieg seine Armee und Flotte auf das Vierfache bis Fünffache gebracht — dennoch wollte man in Europa nicht an den Ernst der Situation glauben. Denn dem alternden bürgerlichen Europa erscheint ein Krieg gegen Russland als etwas Ungeheuerliches. Es hat das aber für Europa nicht nur seine äusseren Gründe in der Macht Russlands, sondern seine inneren Gründe, die in westeuropäischen Verhältnissen liegen. Man fürchtet in Europa den Krieg gegen Russland, weil das das künstlich aufgebaute und mühsam aufrechtgehaltene Gleichgewicht Westeuropas stören würde. Die internationalen Konsequenzen eines europäischen Krieges könnten zu einer vollkommenen Umgestaltung der politischen Karte Europas führen. Noch mehr aber fürchtet man in Europa den Krieg angesichts des sozial-revolutionären Zusammenschlusses der Arbeeiterklasse. Das klassenbewusste Proletariat ist ein neuer Faktor im Leben der Nationen Europas, der in die Rechnungen der Staatsmänner nicht mehr hineinpasst, den sie vielmehr als eine feindliche Macht betrachten müssen, die unter Umständen den Dingen eine ganz fatale Wendung geben könnte. Es war ein Fehler, die europäische Scheu vor einem Kriege gegen Russland auf Japan zu übertragen. Man urteilt in Europa über Japan aus dem Gefühl der eigenen Furcht heraus. Das ist grundfalsch. Japan befindet sich in einer ganz anderen Lage und in einer anderen politischen Stimmung.

Während man in Europa jede politische Störung vermeiden möchte, liegt es geradezu im Lebensinteresse Japans, in Ostasien politischen Wandel im Sinne der Verdrängung des russischen und der Mässigung des europäischen Einflusses zu schaffen. Die kapitalistische Entwickelung ist bereits auch in Ostasien bis zur Notwendigkeit der Bildung selbständiger kapitalistischer Staaten vorgeschritten. Die geschichtliche Aufgabe, der politische Träger dieser Entwickelung zu sein, ist Japan zugefallen. Indem Japan gegen Russland kämpft, vertritt es nicht nur seine eigenen Interessen, sondern auch die Interessen Chinas.

Anderseits braucht Japan vorläufig noch keine Rücksichten auf innere Wirrnisse, auf den proletarischen Klassenkampf zu nehmen. Es hat den Kapitalismus kritiklos aus Europa als die vollkommenste geschichtliche Bildung übertragen. Die Schattenseiten des Systems sind noch nicht zum Bewusstsein der Nation gekommen, die ganz hingerissen ist von der äusseren Machtfülle, die der Kapitalismus mit sich gebracht hat. Japan zeigt deshalb ein Bild der nationalen Begeisterung und des revolutionären Dranges, wie es die Bourgeoisie in den ersten Tagen ihrer Macht aufzuweisen pflegt. Die Bourgeoisie Westeuropas kennt das gar nicht mehr. Sie hat ihre eigenen revolutionären Tage soweit vergessen, dass sie Japan gar nicht mehr begreifen kann.

Die Idee, die der deutsche Reichskanzler jetzt vertritt, ist die der Neutralität Chinas. Das ist entweder eine pure Narrheit, oder ein närrischer Schwindel. — Es ist eine einfache Narrheit, wenn es aufrichtig gemeint ist. Denn China ist an der Zurückweisung Russlands, dessen Politik ohne jeden Hehl darauf hinausging, das gewaltige mittelasiatische Reich in eine zarische Provinz zu verwandeln, nicht minder interessiert, als Japan. Wenn nicht eher

schon, so werden die ersten bedeutenden Siege Japans zu Lande China zu einem offenen Eingreifen in den Krieg veranlassen. Doch wahrscheinlicher ist, dass Herr v. Bülow diesmal schwindelte. Denn Russland selbst geht ja bereits provozierend gegen China vor. Oder ist es nicht eine Provokation allerfrechster Art, wenn die zarische Regierung China vorschreiben will, seine Militärinstruktoren nicht nach eigenem Ermessen aus beliebigem Lande kommen zu lassen?! Mag sein, dass der zarischen Regierung ein offener Krieg mit China lieber wäre, als die jetzige Neutralität, bei der eine Auflehnung der Bevölkerung der Mandschurei nicht zu verhindern ist; möglich aber auch, dass man sich in Petersburg mit dem Gedanken trägt, etwaige Schlappen auf dem Kriegsschauplatz durch neue Okkupationen in China wettmachen zu lassen.

Wie wird sich Deutschland im Falle eines Bruchs der Neutralität Chinas verhalten? Das ist der springende Punkt der ganzen durch den Krieg geschaffenen politischen Situation. Denn von dem Moment an beginnen die grossen Verwickelungen, da die europäischen Mächte sich in ihren ostasiatischen Interessensphären dadurch bedroht sehen werden. Darüber gab uns aber der Reichskanzler keine Antwort. Vermutlich ist er noch mit sich selbst im Unklaren. Er hat den Krieg nicht erwartet, und nun kam der Krieg und nahm eine Wendung, die der deutsche Reichskanzler noch viel weniger erwartet hatte. Er hing sich an Russland, und nun bleibt ihm nichts übrig, als mit Russland die japanischen Siege zu betrauern!

Der Krieg wird noch viele „Ueberraschungen“ bringen, darunter auch solche seitens der deutschen Regierung, die jetzt so friedfertig tut. Auf die staatsmännische Einsicht des Herrn v. Bülow lässt sich jedenfalls am allerwenigsten bauen.

Wp. Russische Bankschiebungen. Der Telegraph bringt die Nachricht, dass auf Befehl des Zaren, um der Finanznot abzuhelfen, eine zeitweilige Einschränkung der Tätigkeit der Adels- und Bauernagrarbank stattfinden soll. Diese an und für sich kennzeichnende Massregel gewinnt aber noch noch eine besondere Bedeutung, wenn man sie mit dem Immediatbericht zum Budget für 1904 vergleicht. Wir finden nämlich darin die Angabe, dass die Adelsbank sich 1903 veranlasst sah, dem Staatsschatz vor der vereinbarten Frist 70 Mill. Rubel ihrer Schuld zu bezahlen. Wir haben gleich darauf diese Massregel als eine Schiebung mit dem doppelten Zweck bezeichnet: 1) den „freien Bestand des Staatsschatzes“ grösser erscheinen, 2) den Goldvorrat der Reichsbank anschwellen zu lassen. Jetzt haben wir die Bestätigung davon: soeben erst waren die Kassen der Adelsbank so voll, dass sie 70 Mill. Rubel, ohne dazu genötigt zu sein, an den Staatsschatz abgiebt, und jetzt ist ihr Geld so knapp, dass sie ihre Geschäftsoperationen einschränken muss! Offenbar waren die 70 Millionen Rubel nicht überflüssiges Kapital, sondern der Adelsbank äusserst notwendig. Sie mussten abgegeben werden, um dem Staatsschatz und der Reichsbank aufzuhelfen. Käme eine Auslandsanleihe zu Stande, so wären die Goldkassen wieder gefüllt, und auch die Adelsbank hätte ihren Teil davon erhalten. Die Schiebung wäre durch Rückschiebung gedeckt. Aber der Goldzufluss blieb aus, die Kassen wurden leer, und nun kracht's bei der Adelsbank! Bei dieser zuerst — es wird auch noch die Reihe kommen auch an die Reichsbank.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag
Richard Etzold in München.

AUS DER WELTPOLITIK.

Sozialdemokratische Zeitungen-Korrespondenz.

VI. Jahrgang. Nr. 17. 25. April 1904.

Zum 1. Mai 1904.

Wp. Als 1889 der internationale sozialistische Kongress die Maifeier beschlossen hatte, wurde das von der herrschenden Klasse als eine ungeheuere Provokation aufgefasst. Der Maifeier 1890 sah die Bourgeoisie mit banger Besorgnis entgegen. Man fürchtete eine Erhebung des Proletariats. Man glaubte, wenn die Arbeiter in Massen die Fabriken verlassen, so werden sie nicht eher zurückkehren, als bis sie den Staat in Trümmer geschlagen haben. In Deutschland besonders schien die Situation kritisch. Die Februarwahlen ergaben für die Sozialdemokratie ca. 1,5 Millionen Stimmen — das schien damals eine horrende Zahl Man war überzeugt, so könne es nicht mehr weiter gehen. Diese Massen roter Sozialisten müssten den Staat desorganisieren. Die Regierung befürchtete eine Revolution. Sie wollte ihr vorgreifen. Das Militär wurde konsigniert und stand schussbereit, ausgerüstet mit scharfen Patronen, zum 1. Mai. Um die sozialdemokratische Stimmenzahl zu mindern, wollte man die Massen massakrieren. Mit Pulver und Blei wollte man die sozialistischen Ideen aus den Köpfen verjagen. Durch den Tod wollte man das Elend besiegen, durch den Donner der Kanonen seine rebellische Stimme ersticken. Was schreit ihr nach Brod und Freiheit, — seid dankbar, dass ihr lebt und atmet!

Das Proletariat hat sich nicht provozieren lassen. Ein paar Jahre hielt die Angst der Bourgeoisie an, dann liess sie nach. Die Maifeier selbst flaute ab. In die proletarische Weltdemonstration mischten sich immer mehr die Charakterzüge eines Volksfestes. Der Gegensatz zwischen dem gespenstischen Schein, den sich die Bourgeoisie in ihrer Klassenangst aus der Maifeier schuf, und der nüchternen Wirklichkeit war befremdend, grotesk. Und man begann, über die proletarische Maifeier zu spötteln.

Aber das Klassengefühl der Bourgeoisie übertreibt nur, es trügt nicht. Viel zu schnell gerät die Bourgeoisie in Furcht vor jeder Aktion des Proletariats — viel zu schnell beruhigt sie sich, wenn ihre Befürchtungen nicht erfüllt werden.

Die Maifeier ist harmlos — wie sie ist. Zumal wenn man die farbigen Bilderchen betrachtet, mit denen der strebsame „Vorwärts"-Verlag zum 1. Mai das Proletarierheim geschmückt, und die phantasiereiche Mailiteratur geniesst, gewinnt man den Eindruck einer lieblichen Spielerei. Man liegt im Frühlingsgras, kaut an einem Blumenstengel und lässt sich indische Märchen erzählen! Es wäre gewiss verfehlt, den Kunstsinn und den literarischen Geschmack der Herausgeber dieser Bilderblätter mit dem Geist des deutschen Proletariats zu identifizieren, aber bis zu einem gewissen Grade entspricht diese süssliche Sentimentalität doch der Stimmung der Maifeier, wie sie bisher geworden ist. Friede, Sonnenschein, Beruhigung — das will man am 1. Mai. Und doch!

Was der Arbeiter will, das ist überhaupt so furchtbar wenig, so winzig klein! Nur ein bischen Glück! Etwas Musse, bescheidene Existenzmittel. Das Lebensideal des Arbeiters reicht nicht weit. Wie soll er denn auch, der von Arbeit und Not Gequälte, dem alles vorenthalten wird, Licht und Luft und Wissen,

sich eine Vorstellung von den Herrlichkeiten der Welt machen? Wenn die Leutchen, die auf den grossen Goldhaufen sitzen und keine Befriedigung finden, weil der masslose Besitz in ihnen eine nimmersatte Begier erweckt, sich vergegenwärtigen wollten, mit wie wenig der Arbeiter zufrieden zu stellen ist, würden sie hell auflachen. „Um deswillen eine Revolution! Um einen Pfenniggenuss die Welt umstürzen? Wie albern!“

Aber darin liegt eben die Tragik unserer Zeit, dass, trotz des ungeheueren sich häufenden Reichtumes, der Arbeiter nicht aus dem Elend herauskommt. Er müht sich und plagt, um ihn herum wächst eine Welt der raffiniertesten Genüsse — ihm aber bleibt nur das Zuschauen. Der Reichtum, den er schafft, drückt ihn, statt ihn zu befreien, eine ganze soziale Ordnung lastet auf ihm, und um seinen bescheidenen Ansprüchen zu genügen, muss er sie umgestalten. Aber indem er es tut, erreicht er viel mehr, als er sich vorstellen kann. Mit der Klassenspaltung fallen die letzten, grössten Hindernisse der Kulturentwickelung, eine neue Produktion entsteht, die alles frühere in den Schatten stellt, ökonomische Errungenschaften werden erzielt, wie sie nicht nur die eingeengte Einbildungskraft des gedrückten Menschen, sondern selbst das Gehirn des abenteuerlichsten kapitalistischen Spekulanten sich nicht hat träumen lassen können, die Millionen Arbeiter gelangen in den Vollgenuss einer höheren Kultur, bringen ihr zugleich Millionen neuer Kräfte zu, und Wissenschaft, Kunst, Literatur erreichen ihre höchste Blüte. So ist der Gegensatz zwischen den bescheidenen Lebensansprüchen des einzelnen Arbeiters und der grossen geschichtlichen Rolle des Proletariats.

Die Maifeier, wie sie in dem parlamentarischen Europa geworden ist, bringt das Sehnen des Arbeiters

nach einem behaglichen Glück zum Ausdruck. Zugleich aber birgt der Zusammenschluss des Weltproletariats in sich eine ungeheuere sozialrevolutionäre Energie.

Bürgerliche Ideologen glaubten, da das Proletariat berufen sei, eine neue Welt zu schaffen, so müsse diese Welt im Kopfe des einzelnen Arbeiters enthalten sein. Sie untersuchten und fanden, ausser dem Abkehricht der bürgerlichen Kultur, nur ein schmerzliches und unbestimmtes Sehnen. Enttäuscht wandten sie sich ab. „Diese Arbeiter wollen eine Welt reformieren und haben nicht einmal Verständnis für die moderne Literatur!“ Die literarische Dekadenz, die nur im Dunkel eines Kulturniedergangs, wie Faulholz, grünlich schimmert, fand nachher Verständnis bei den hysterischen Töchtern der Berliner Kommerzienräte.

Aber der Widerspruch zwischen dem individuellen und dem Klasseninhalt des proletarischen Befreiungskampfes stört auch die Bewegung selbst. Der grosse geschichtliche Kampf erfordert rastloses, unentwegter Vorwärtsstreben — die Arbeiter halten aber leicht zurück, wenn nur der Schimmer einer Hoffnung erscheint, sich innerhalb der vorhandenen Gesellschaftsform einrichten zu können. Jedesmal erweist sich das als eine Illusion, der eine bittere Enttäuschung folgt. Sie lassen sich leicht betören und beschwatzen. Mit der Phrase vom Gegenwartserfolg, vom Nutzen des Moments sind sie stets zu fangen. Nur dass der Nutzen regelmässig ausbleibt und der Misserfolg sich unfehlbar einstellt. Ja, wenn es möglich wäre, die gesammte Masse der Arbeiter schrittweise und anhaltend zur wirksamen Besserung ihrer Lage zu bringen, dann wäre die Revolution abgeschafft. Die Arbeiter ziehen zweifellos den Sperling in die Hand der Taube auf dem Dach vor. Aber auch der Sperling wird ihnen blos im Spiegel gezeigt, und indessen sie ihn haschen wollen, werden sie vom Kapital aus-

gebeutet, vom Staat ausgebeutelt. Jede sozialpolitische Quaksalberei hat zeitweise und stellenweise Erfolg bei den Arbeitern, aber ebenso unbedingt versagt sie in Zeit und Raum, und die Arbeiter werden, selbst wider eigenen Willen, revolutionär. Die soziale Revolution ergiebt sich in erster Linie nicht aus der Einsicht der Arbeiter, sondern aus den Gesetzen der kapitalistischen Entwicklung.

Eine Nebenerscheinung desselben Verhältnisses ist es, dass man die Arbeiter leicht zu einer Ueberschätzung der von ihnen erzielten Erfolge verleiten kann. Der historische Kampf des Proletariats ist so gewaltig gross, dass seine unfassbare Tragweite nicht immer begeistert, manchmal auch abschreckt. Um so leichter geht man dann einer Luftspiegelung nach, die das ferne, schwer erreichbare Ziel so täuschend nahe bringt. Aber es ist nur Lug und Trug.

So hat man den Arbeitern vorgeschwatzt, dass sie auf einem Berg von Stimmzetteln den Staat erstürmen können — die feuerspeienden Kanonen zerstreuen diese Illusion in alle Winde. Man rechnet ihnen triumphierend vor, wie aus ihren Pfennigen Millionen werden — und jeder grosse Streik zeigt, wie sich die Millionen wieder in Pfennige verwandeln. Man verweist darauf, dass aus dem Kartoffelsalat ihrer Mahlzeiten die Konsumvereine stolze Paläste gebaut haben — indessen sterben die Kinder der Arbeiter nach wie vor aus Mangel an gesunder Nahrung.

Ich möchte selbst den Schein vermeiden, dass ich die Tätigkeit des Proletariats auf den Gebieten des Parlaments, der Gewerkschaften, der Konsumvereine für wertlos halte. Ich möchte nur an diesem 1. Mai eine Rückschau und einen Ausblick halten. Ich vergleiche das Erreichte mit dem grossen Elend der Arbeiter einerseits, mit den grossen politischen Aufgaben des Proletariats anderseits — da erscheint es allerdings nicht sonderlich imponierend.

Ich möchte vor Illusionen und Uebertreibungen warnen. Es unterliegt aber keinem Zweifel, dass die politische Bedeutung des Stimmzettels übertrieben worden war. Und hat man nicht erst vor Kurzem eine Theorie der Strangulierung des Kapitals durch die Gewerkschaften propagiert? Crimmitschau und der Zusammenschluss der Grosskapitalisten von ganz Deutschland sind die Antwort darauf. Hat man nicht den lächerlichen Gedanken ernstlich verteidigt, dass man die kapitalistische Produktion durch die proletarische Konsumtion aus der Welt schaffen, die wirtschaftliche und politische Macht des Kapitals durch den Kollektivismus der proletarischen Darmtätigkeit besiegen kann?!

Das Proletariat hat im Parlament, in den Gewerkschaften, in den Konsumvereinen, als unterdrückte Klasse, Grosses geleistet. Aber der Hauptwert dieser Leistungen liegt in dem Ausbau verschiedener Organisationsformen. Hierin, wie in der Maifeier, steckt eine potenzielle politische Energie, die ausgelöst werden wird, wenn der geschichtliche Moment gekommen sein wird. Die Regierungen sind sich dieser latenten revolutionären Energie dunkel bewusst, und die Furcht vor ihr drückt schon jetzt ihrer ganzen Politik den Stempel auf.

Der 1. Mai dieses Jahres wird nicht anders sein, als in den Vorjahren, aber er findet im Zeichen einer revolutionären Entwicklung statt. Im asiatischen Osten vollzieht sich, unter Feuersäulen und Strömen von menschlichem Blut, die Lösung eines grossen geschichtlichen Problems: die Staatsmacht des Zarismus, der sich der geschichtlichen Entwicklung widersetzte, wird in Trümmer geschlagen. Dieser Kampf

ist aber nur der Vorbote zur Auseinandersetzung zweier Welten: zum wirtschaftlichen und politischen Wettstreit zwischen den Ländern des Stillen Ozeans, in denen das revolutionäre Kapital täglich neue Kräfte weckt, und den Ländern Europas, in denen das reaktionär gewordene Kapital die alten Kräfte untergräbt. In politisch rivalisierende Staaten, die sich nur noch durch die gemeinsame Vernichtungsgefahr aufrechterhalten, zerrissen, wirtschaftlich durch gegenseitige Konkurrenz geschwächt, innerlich vom Klassenkampf zerfressen, im fortwährenden Hader der Parteien, zu keiner historischen Initiative mehr fähig, jeder grosszügigen Politik beraubt, sehen die kapitalistischen Länder Europas mit Hass und Furcht der aufstrebenden Entwicklung jener jungen kapitalistischen Staaten entgegen. Um dieser Weltkonkurrenz zu begegnen, ist ein wirtschaftlicher und politischer Zusammenschluss Europas notwendig. Das Kapital ist nicht mehr dazu fähig. Europa geht deshalb einer Periode wirtschaftlicher Krisen und politischer Katastrophen entgegen. Dem Proletariat aber fällt zu den übrigen noch die geschichtliche Aufgabe zu, die wirtschaftliche und politische Integrität Europas herzustellen.

Um aber seiner geschichtlichen Mission, die seinem materiellen Interesse entsprungen ist, von der Produktionsentwicklung getragen wird, der Kulturentwicklung bereits unerlässlich geworden ist und mit der Zersetzung des bürgerlichen Staates immer umfassender wird, gerecht zu werden, braucht das Proletariat vor allem Organisation. Organisation und Vordringen auf parlamentarischem, kommunalem, gewerkschaftlichem, genossenschaftlichem Gebiete und internationaler Zusammenschluss. Die

Nation und der Staat sind längst zu klein geworden für die Politik des Proletariats. Sie darüber hinauszubringen, war die Grundidee der Maifeier. Hoch der 1. Mai, die Weltdemonstration des internationalen Proletariats!

Parvus.

Verantwortlich für die Redaktion, Druck und Verlag RICH. ETZOLD in München 23.

AUS DER WELTPOLITIK.

Sozialdemokratische Zeitungen-Korrespondenz.

VI. Jahrgang. Nr. 18. 2. Mai 1904.

Die Anleihe und der Krieg.

Wp. Seit Beginn des Krieges bemüht sich die russische Regierung unter der Hand darum, eine grosse Anleihe abzuschliessen. Die Anleihe wäre nötig, auch ohne den Krieg. Denn das russische Budget wird nur noch durch grösste Einschränkung aller Ausgaben, — von Kulturausgaben überhaupt keine Rede, selbst das Militär wird äusserst knapp gehalten, — sowie durch die gewagtesten Kassenschiebungen zusammengehalten. Man rechnet regelmässig Ueberschüsse heraus und muss doch fortgesetzt ausländisches Geld aufnehmen. Man wagt nicht einmal den Versuch einer inneren Anleihe. Aber je dringender der Geldbedarf angesichts des Krieges wurde, desto mehr gab man sich den Schein, eine Anleihe entbehren zu können. Denn der russische Kredit ist bereits erschüttert, und eine kolossale Anleihe, wie sie der Krieg und das allgemeine finanzielle Elend des Landes erforderlich machen, müsste einen eminenten Kurssturz nach sich ziehen. Man wollte also den Eindruck abschwächen, so tun, als ob man der europäischen Börse eine Gefälligkeit erweise, indem man ihr Geld verzinse. Die albernsten Märchen wurden von den russischen offiziösen Pressbureaus in Umlauf gesetzt. Erst dieser Tage noch wurde behauptet, der Zar werde den Krieg aus seiner Privatschatulle bezahlen, er besitze bei der englischen Bank ein Guthaben von einer Milliarde etc. Dass der Zar sein Kapital bei der Bank von England sicherer untergebracht glaubt, als bei der russischen Reichsbank, ist sehr wahrscheinlich, das würde in ihm nur den praktischen Geschäftsmann zeigen, — aber gerade deshalb ist nicht anzunehmen, dass er seine Ersparnisse in russischen Staatsschuldscheinen anlegen würde, geschweige schon, dass er unmöglich über ein derartiges Geldkapital verfügen dürfte. Der Zar besitzt Ländereien, Forsten — wenn man diese unter den Hammer bringen könnte, so würde man allerdings viele hunderte Millionen erlösen können — falls sich Käufer finden würden, die es zahlen könnten. Als Pfandobjekte für eine Staatsanleihe sind diese Werte sehr gering einzuschätzen. Hier kommt es überhaupt nicht auf das Staatsvermögen, sondern auf die Staatseinkünfte im Verhältnis zu den Staatsausgaben, kurz — auf das Staatsbudget an.

Die offiziöse Mache war zu durchsichtig, um Einfluss zu üben. Ein anderes kam in Betracht — man erwartete russische Siege. Hätte man auf der Börse die Sicherheit, dass Russland rasch oder wenigstens entschieden über Japan siegen würde, so hätte es an Geld für russische Anleihen nicht gemangelt. Das wusste auch die russische Regierung und war der Ueberzeugung, dass sie bald durch ein paar eklatante Siege sich die Schleusen des europäischen Goldzuflusses eröffnen werde. Allein die Siege waren ausgeblieben und es kamen Niederlagen. Noch immer hoffte man. Die erste Schlappe in Port Arthur wurde als Zufall hingestellt. Die Scharte sollte ausgewetzt werden. Aber es kam noch immer anders. Schliesslich der Untergang des „Petropawlowsk“, der den Seekrieg endgiltig zu Gunsten Japans entschieden hat, schuf eine Situation, über die keine Vertröstung mehr hinwegzuhelfen vermochte. Die Lage auf dem Geld-

markt hat sich verschlimmert, statt sich zu verbessern. Man sagte sich im russischen Finanzministerium: wagen wir die Anleihe lieber jetzt, als dass wir warten, bis eine Niederlage zu Lande sie vielleicht ganz unmöglich machen würde.

Es war aber auch aus Rücksicht auf die Barmittel der Reichsbank die höchste Zeit. Die krampfhaftesten Anstrengungen des Staatsschatzes, die Goldkassen der Bank voll zu halten, helfen nicht. Das laufende Konto des Staatsschatzes bei der Bank wurde bis nec plus ultra erhöht, jetzt vermindert es sich Monat für Monat. Um die Goldkassen zu entlasten, wird Papiergeld herausgegeben. Soeben wieder 20 Millionen Rubel, seit Anfang des Krieges also bereits 70 Millionen. Bei den ersten 50 Millionen suchte man wenigstens nach einem Scheingrund und erklärte, das Publikum habe eine Vorliebe fürs Papier, — worunter zu verstehen war, das Staatsschatzamt bringe mit Vorliebe Papiergeld in Umlauf. Jetzt sucht man nicht einmal nach einer Rechtfertigung und setzt stillschweigend die Papierpresse in Bewegung. Kommt jetzt keine Goldanleihe zu Stande, so wird die Regierung entweder die Goldkassen der Bank leeren, oder — was auf dasselbe herauskommt — Papiergeld in grossen Massen herausgeben müssen.

Auf dem Kriegsschauplatz häufen sich indessen die Schwierigkeiten. Zu allem Uebrigen kommt noch die feindselige Haltung Chinas hinzu. Charakteristisch in der Beziehung ist eine Zuschrift der vom russischen Finanzministerium herausgegebenen „Zeitung für Industrie und Handel“ (russisch), aus der wir Folgendes entnehmen:

„Die zweideutige Stellung, die China, trotz seiner offiziellen Neutralitätserklärung, einnimmt, bringt unwillkürlich auf den Gedanken, dass die Sicherheit jeder Operationsbasis, wie sie auch der Oberbefehlshaber der mandschurischen Armee wählen mag, in Frage gestellt ist. Es kann nicht umhin, uns zu beunruhigen, dass sich im Rücken der mandschurischen Armee die Heere eines neutralen Staates befinden, dessen offizielle Erklärungen mit der äussersten Vorsicht aufzunehmen sind... Die Bemühungen der Japaner blieben leider nicht ohne Erfolg. Die Zahl der Japanophilen steigt immer mehr unter den Chinesen und die Idee des Panmongolismus findet Anhänger in den regierenden Kreisen Chinas. Der für China unglückliche Krieg von 1894 gerät allmählich in Vergessenheit und der Feind von unlängst noch beginnt, sich in den besten und einzigen Freund zu verwandeln, von dem allein nur noch die Chinesen alles Wohl für ihr Reich zu erwarten anfangen. Selbst Japan (früher) so feindselig Gesinnte wie der Vizekönig von Petschili, Juan-schi-hei, der eine seltene Gunst der Kaiserin geniesst und am chinesischen Hofe hochgeschätzt ist, werden zu Anhängern der Einmischung (in den Krieg). Diese Stimmung in China in Verbindung mit der Menge Japaner, die in alle Gesellschaftsschichten Chinas und sogar in das Heer eingedrungen sind, muss uns Sorge schaffen... Die Einmischung Chinas, sein Anschluss an unseren Feind müssten natürlich eine erhöhte Tätigkeit der Chunchusen hervorrufen und vielleicht sogar eine Erhebung der einheimischen Bevölkerung. Bei einer Länge unserer Kommunikationslinie, wie sie die grosse sibirische Eisenbahn darstellt, erscheint ihre Sicherung ungemein wichtig und schwer. Die bisher zu ihrer Sicherung unternommenen Massnahmen können sich ungenügend erweisen, und es werden weitere Truppen nötig sein. Vollauf überzeugt, dass die russi-

schen Bajonette und Kanonen reichen werden, wie zum Krieg mit Japan so auch zur Unterdrückung des rebellierenden Chinas, können wir nicht umhin, darauf zu verweisen, dass es für die Berechnungen des Feldherrn äusserst wichtig ist, zu wissen, ob er mit einem, oder mit zwei Gegnern zu kämpfen haben werde. Durch die Ausscheidung eines grösseren oder geringeren Teils zur Rückendeckung — wird die Armee mehr oder weniger geschwächt. Die Armee, die genügen würde, um den Krieg nach einer Front zu führen, kann für zwei Fronten nicht mehr reichen. Deshalb ist notwendig, möglichst schnell die Frage einer wirklichen Neutralität Chinas klarzulegen."

Dieser letzte Wunsch ist aus dem Vorangehenden leicht begreiflich. Um ihn zu erfüllen, besitzt aber die russische Armee nur ein Mittel: sich möglichst schnell zu Lande eine Niederlage zu holen — dann wird China schon offen Farbe bekennen.

Wenn die Börse auf den Altar des russischen Absolutismus eine weitere Milliarde opfern will, so bietet sich ihr jetzt dazu die Gelegenheit. Retten kann sie den Absolutismus doch nicht mehr. Sie wird nur die Agonie verzögern und dadurch die Katastrophe verschärfen!

Verantwortlich für die Redaktion, Druck und Verlag RICH. ETZOLD in München 23.

AUS DER WELTPOLITIK.

Sozialdemokratische Zeitungen-Korrespondenz.

VI. Jahrgang. Nr. 20 u. 21. 24. Mai 1904.

Wahlrecht und Wehrpflicht.

Wp. Die Hamburger Resolution des Genossen Bebel, in der bekanntlich darauf verwiesen wird, dass mit der Abschaffung des Rechtstagswahlrechts das Interesse der Arbeitermassen an der Aufrechterhaltung des Reichs schwinden müsse, dass dann der Staat jeden Anspruch auf ihre „Sympatie und Hilfe“ verliere, ist von der bürgerlichen Presse ohne besondere Aufregung registriert worden. Man denkt sich: die Sympathien, die die Sozialdemokratie dem Staat entgegenbringe, können wohl entbehrt werden. Tatsächlich haben wir ja auch für den kapitalistischen Staat nicht viel übrig. Wir bekämpfen ihn prinzipiell — mehr können wir nicht tun. Wir verweigern ihm jeden Mann und jeden Groschen — was sollen wir denn noch verweigern? Freilich, trotz aller parlamentarischer Verweigerung zahlen wir unsere Steuern und stellen unsere Soldaten, — aber das liegt in dem Mechanismus des Staates, der uns dazu zwingt, und dieser Zwang bleibt, mit oder ohne Wahlrecht.

Wenn eine bürgerliche Partei eine derartige Erklärung abgegeben hätte, dann wäre es was anderes. Sie unterstützt Staat und Thron — die Regierung kann sie nicht entbehren. Wir aber, im Gegenteil, suchen, den Staat umzustürzen, — deshalb gerade bekämpft man uns. Von uns erwartet man etwas anderes: nicht die Drohung, den Staat preiszugeben, sondern das Versprechen, ihn unterstützen zu wollen. Tun wir das, dann liesse sich wohl ein Abkommen treffen, dann würden wir das Reichstagswahlrecht ausser Gefahr bringen, — aber dann würde es auch für uns seinen Wert verlieren. Wenn wir das Reichstagswahlrecht im Sinne der herrschenden Klassen gebrauchen wollen, dann behalten wir es, — wenn wir es im Sinne des Proletariats zur Bekämpfung der herrschenden Klasse und der Regierung gebrauchen wollen, nimmt man es uns.

Die reaktionären Politiker denken: zum Militärdienst zwingen wir die Arbeiter durch Gesetze, und darum gerade wollen wir ihnen die Möglichkeit nehmen, selbst Gesetze zu machen, die nach ihrer eigenen Erklärung unter Anderem dahingehen sollen, die Armee ihnen auszuliefern. Aus Rücksichten auf die Armee nicht zum Geringsten will man uns das Wahlrecht nehmen.

Wir und die Reaktion haben total verschiedene Gedankengänge. Wir können uns nicht gegenseitig begreiflich machen. Darum bleibt Bebel's Resolution, die, wie jede Drohung, darauf hinausgeht, den Gegner durch Ueberzeugung wankelmütig zu machen, unwirksam. Dennoch hat Bebel Recht. Die Beseitigung des Wahlrechts zerreisst das letzte politische Band der Nation. Nur geschieht das nicht im Gegensatz zu uns, die wir auf dem Klassenstandpunkt stehen, sondern es fördert blos unsere Agitation. Die Gefahr für den Staat liegt nicht darin, dass er den Rest unserer Sympathien verliert, die er niemals hatte, sondern darin, dass er für uns Sympathien in den Volksmassen erzeugt. Die Beseitigung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts liefert die Armee der Sozialdemokratie aus. Das ist der Zusammenhang zwischen dem allgemeinen Wahlrecht und der allgemeinen Wehrpflicht.

Das ist nur der Abschluss einer regelrechten Entwicklung.

Die Geschichte des kapitalistischen Staats läuft in den Kampf des Proletariats um die politische Herrschaft aus. Solange die Arbeiter noch numerisch stark hinter den anderen Volksschichten zurückstanden und politisch träge waren, ignorierte man sie. Dann zwang man sie durch Polizeimassregeln und Gefängnisse nieder. Aber ihre Zahl wuchs, es stieg ihre wirtschaftliche Bedeutung, sie füllten die Städte, und die Städte verdrängten das Land. Sie wurden sich immer mehr ihrer Kraft bewusst, sie forderten, sie kämpften, sie organisierten sich. Jetzt begriff der Staat, dass er ihnen Rechnung tragen muss. Es kamen Gesetze zum Schutze der Arbeiter zu Stande. Die Regierungen sahen sich gezwungen, formell eine neutrale Stellung einzunehmen. In der ersten Zeit der Herrschaft der Bourgeoisie, wo diese Herrschaft im Kampfe mit den geschichtlich vorangehenden Formen zur Vollkommenheit gelangen konnte, wollte der Staat nichts anderes sein, als die Vertretung der kapitalistischen Nation. Jetzt entstand die Idee des Staats, der über den Parteien steht. In dieser Zwitterstellung kann sich aber keine Regierung halten. Der Klassenkampf schlägt sie jeden Augenblick aus ihrer neutralen Stellung heraus. Solange aber das Kapital herrscht, offenbart sie sich immer als kapitalistische Regierung. Die Idee des vermittelnden Staats erweist sich als eine Illusion. Nun beginnt eine Politik der Schwankungen: bald wird Wohlwollen gegenüber den Arbeitern geheuschelt, bald werden die Arbeiter den Gefängnissen überliefert, oder es erhebt sich drohend die blutige Hand des Henkers, der uniformierten Massenmörder. Aber die Arbeiter dringen unaufhaltsam vorwärts, sie werden immer zahlreicher, ihre politische Taktik wird

immer geschickter, zuversichtlicher, umfassender, sie besetzen jede Position, die sich ihnen darbietet, überall dringen sie durch, und überall zeigt sich ihr Klassenzusammenhalt und sie umspinnen den Staat mit einem eisernen Netz ihrer Organisationen. Ueberall bringen sie ihre eigenen Gesichtspunkte zur Geltung, die den Interessen des herrschenden Kapitals diametral entgegensetzt sind. Zwar, solange diese Herrschaft besteht, können sie ihre Ziele nicht durchführen, aber sie bilden immer mehr Hindernisse der kapitalistischen Politik, zersetzen den Staat von innen heraus. Die erste Folge dieser Entwicklung ist die Lahmlegung des bürgerlichen Parlamentarismus. Den Nutzen davon ziehen die Regierungen, die zu einer ungeahnten Machtfülle gelangen. Aber die Macht der Arbeiterklasse schwillt immer mehr an, und schliesslich sehen sich auch die Regierungen von ihr ernstlich bedroht. Der Moment naht, wo die Entscheidung fallen muss, ob kapitalistisch, oder proletarisch, ob Klassenherrschaft, oder Sozialismus.

Das ist das Schema der Entwicklung, das von jedem kapitalistischen Staat je nach seiner geschichtlichen Vergangenheit und seiner sonstigen Eigenart besonders ausgefüllt wird. In Frankreich, wo der Parlamentarismus seinen freiesten Spielraum hat, fehlt der Staatspolitik längst jede allgemeine Direktive; es giebt keine Majorität, die die Politik leitet, und die Schwankungen der Politik werden zum Mittel der Majoritätsbildung, die ihrerseits nur noch dem persönlichen Emporkommen und der Kliquenherrschaft dient; das Ganze hält sich nur noch aufrecht durch kaleidoskopartigen Wechsel der Personen und der politischen Effekte. In Deutschland ist durch die steife Regierungsform die Entwicklung eingeengt, dadurch aber vereinfacht und intensiver gestaltet. Hier ballte sich

eine gewaltige Sozialdemokratie zusammen, der gegenüber eine mit ausserordentlichen Machtmitteln ausgestattete Regierung steht. Und diese Regierung fühlt sich bereits von der Sozialdemokratie so sehr bedrängt, dass sie ihre Entfernung aus dem Parlament verlangt, um die Staatspolitik weiter führen zu können.

Die Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts würde aber nur den Konzentrationspunkt bilden zu einem allgemeinen Angriff auf das klassenbewusste deutsche Proletariat. Das Sozialistengesetz hatte zum Zweck, die sozialdemokratische Agitation zu hindern. Da aber das Reichstagswahlrecht blieb, wurde das Sozialistengesetz selbst zu unserem besten Agitationsmittel. Mit dem Moment, wo dies zum allgemeinen Bewusstsein kam, beginnt die Bedrohung des Reichstagswahlrechts. Wenn aber das Reichstagswahlrecht beseitigt wird, so fördert man damit umgekehrt unsere allgemeine Agitation. Das ist klar. Folglich wird es dabei nicht bleiben. Früher oder später wird man dazu gelangen, auch die Versammlungs-, Pressfreiheit etc. einzuschränken. Vielleicht wagt man es sogar auf einmal in der durchaus nicht unberechtigten Spekulation, durch einen grossen Coup die Tätigkeit der Partei für einen Augenblick lahmzulegen.

Das bedeutet den Bürgerkrieg in Permanenz. Es bedeutet soviel, dass die Regierung sich nur noch durch fortgesetzte Anwendung von Gewalt gegenüber der Arbeiterklasse halten kann. Jede Regierungsgewalt führt aber im letzten Grunde auf die Armee zurück. Und die Armee rekrutiert sich bei allgemeiner Wehrpflicht aus denselben Volksmassen, denen das Wahlrecht entzogen wird. Das ist der Gegensatz.

Durch die Beseitigung des Wahlrechts und die mit ihr zusammenhängenden reaktionären Massregeln wird eine ungeheuere, steigende Aufregung in den Arbeitermassen geschaffen, die nicht umhin kann, sich auch der Armee mitzuteilen. Das bedingt seinerseits

eine Verschärfung der Disziplin. Das politische Unterdrückungssystem führt zum Unterdrückungssystem beim Militär. Der Arbeiter fühlt sich als Knecht, der Soldat als Militärsklave. Dass solche Zustände die Militärtüchtigkeit gefährden, führt uns jetzt Russland vor die Augen. Mit dem militärischen Zusammenbruch kommt dann auch der Zusammenbruch des politischen Systems.

Aber stehen die Dinge wirklich so, dass, wenn man dem deutschen Volke seine politischen Rechte nimmt, es die Wiedererlangung seiner Freiheit nur noch von einer feindlichen Invasion, von den Franzosen oder Russen zu erwarten hat, wie jetzt die Russen hoffen, dass sie die Japaner vom Absolutismus befreien? Nein doch, die Lösung kommt früher und ganz anders. Jetzt kann man sich vielleicht noch in Deutschland auf die Armee gegenüber den Arbeitern stützen — obwohl das alles weniger denn sicher ist. Später wird man sich auf das Offizierkorps gegenüber der Armee schützen müssen. Und dann kommt der Augenblick, wo die Armee der allgemeinen Wehrpflicht die Fesseln der Disziplin ebenso sprengt, wie die Arbeitermassen beim allgemeinen Wahlrecht den ganzen komplizierten, geschichtlich befestigten Staatsmechanismus in die Brüche bringen.

Treibt man den Sozialismus aus dem Parlament heraus, so kommt er umso schneller in die Kaserne. Können die Wahlzettel nicht mehr sprechen, dann werden die Gewehre stumm und die Kugeln treffen nicht mehr. Will man es auf diese Weise versuchen? Das giebt eine stürmische, aber umso schnellere Entwicklung.

Parvus.

Verantwortlich für die Redaktion, Druck und Verlag RICH. ETZOLD in München 23.

AUS DER WELTPOLITIK.

Sozialdemokratische Zeitungen-Korrespondenz.

VI. Jahrgang. Nr. 23. 6. Juni 1904.

Prinzip, Einigkeit, Parteiverdrossenheit.

Wp. Seit einigen Wochen haben wir in der Partei wieder ein Geschimpfe über das Geschimpfe. Man will den Krakehl nicht und macht Krakehl ob des Krakehls. Der allgemeine Eindruck ist hässlich. Nicht wegen der Grobheiten, die von dieser und jener Seite ausgeteilt worden sind. Aber es giebt Grobheiten, hinter denen man die Leidenschaft spürt, das warme Interesse um unsere grossen Ziele und Aufgaben — das sind die Schlacken, die sich in der Feneresse des Kampfes bilden. Und andere Grobheiten gibt es, hinter denen die kühle Berechnung des Hasses lauert und verletzte Eitelkeit, kleinliche Rachesucht, Rancune und Intrigue den vergifteten Dolch führen. Das gegenwärtige Parteigezänk machte deshalb einen so peinlichen Eindruck, weil diesmal deutlicher denn je eine persönliche Animosität unter den Streitenden wahrzunehmen war. Ich sage das nicht, um diesen oder jenen vor der Partei zu denunzieren, auch nicht, weil ich von irgend einem Parteikollegium, sei es ein Schiedsgericht oder sei es der Parteivorstand, Abhilfe erwarte, — ich konstatiere blos die Tatsache, weil sie ein Zeichen der Zersetzung der Partei ist. Das Gefühl der Parteizusammengehörigkeit ging verloren, und man steht sich gegenüber nicht mehr als Genossen, die um die Mittel und Wege des gemeinsamen Kampfes streiten, sondern als Feinde, die sich gegenseitig zu vernichten trachten.

Nun weiss ich ja, dass es heisst, die endlosen theoretischen Diskussionen der „Literaten“ seien es, die das Unheil geschaffen haben. Aber das wäre ein noch viel schlimmeres Zeichen für die Partei, wenn Eifersüchteleien von Literaten genügen würden, um ihr geistiges Band zu lockern. Was mit der Federspitze zerstört werden kann, konnte nie die Festigkeit besitzen, um als Sturmbock gegen eine Gesellschaftsordnung zu dienen. In Wirklichkeit verhält sich die Sache gerade umgekehrt. Nicht hat die Ursache mit der Wirkun gverwechselt. Nicht die theoretischen Diskussionen lockern den geistigen Zusammenhang der Partei, sondern die Lockerung des prinzipiellen Zusammenhalts der Partei erzeugt zahllose Polemiken, die schliesslich in persönliches Gezänk ausarten. Die prinzipielle Einigung, d. h. die Solidarität der Ansichten über die Ziele und die Entwickelung der proletarischen Klassenkampfes, über das, was wir erreichen wollen, und die Richtung, die wir zu verfolgen haben, gibt Klarheit der Auffassung, gibt Selbstvertrauen und Vertrauen zu denen, die mit uns den gemeinsamen Kampf kämpfen. Verliert man aber die prinzipielle Klarheit, so verliert man die Sicherheit des Urteils. Und ist man selbst unsicher in seinem Denken, so begegnet man mit Misstrauen jedem entschiedenen, zuversichtlichen Urteil. Wenn es im eigenen Kopf schwankt und wechselt und die flüchtigen, zusammenhangslosen Gedanken irren, wie ein Mückenschwarm, der vom leisesten Hauch hin und her gezogen wird, so kommt es Einem vor, dass es in der Welt überhaupt keine Festigkeit und keinen Halt giebt. Dann erscheint Einem eine klar begrenzte Ansicht Beschränktheit, eine feste Ueberzeugung Borniertheit, resolutes Verteidigen des gewonnenen Stand-

punkts — Rechthaberei. Der Antagonismus des Denkens führt zum Antagonismus des Empfindens. Indem des Einzelne sich von dem prinzipiellen Zusammenhang der Partei loslöst, sieht er sich auf sein eigenes Denken, Wissen, Können angewiesen, muss alles mit seiner Person decken, und die „Individualität“ mit tausend kleinen Eitelkeiten kommt zum Durchbruch. Jetzt haben Eifersüchtelei, Hass, Neid, Rechthaberei, gespreizte Empfindsamkeit und gallige Rachsucht ihr freies Spiel.

Darum führt der Opportunismus, dessen Wesen in dem Schwanken aller Begriffe besteht, zur Desorganisation der Partei. Fortwährend seinen Gesichtspunkt wechselnd, ohne Konzentrationspunkt in seinem Handeln, treibt er die Partei hin und her und zerrüttet sie in ihren Grundfesten. Ihm selbst geht schliesslic hjede geschichtliche Perspektive, jedes Gefühl der Grösse und des politischen Ernstes verloren, und er erzeugt um sic hherum eine Atmosphäre der Indolenz, der Apathie, der blöden Bekrittelung jedes höheren Strebens, der süffisanten Selbstverherrlichung der Kleingeisterei. Wie die Lepra weicht er das Knochengerüst der Partei auf. In dem gleichen Masse werden in der Partei Tür und Tor geöffnet politischen Abenteuern und Freibeutern jeder Art.

Ich lasse diesmal die Ursachen des Opportunismus bei Seite, ich charakterisiere blos seine Wirkungen. Dass er aber zur Desorganisation führt, das braucht nicht erst nachgewiesen zu werden, das zeigen die Tatsachen. Wir sehen es in Frankreich und sehen es in Italien. Wir haben Anzeichen davon auch in Deutschland. Dazu gehört, dass man sich auf die einzelne Wahlkreise beruft gegenüber der Partei, einen Teil dem Ganzen gegenüberstellt, dass man sich in den Wahlkreisen förmlich verschanzt, um einen Kampf

gegen die Partei auszufechten. Wenn es in Deutschland noch nicht zum Schlimmeren gekommen ist, so haben wir es allerdings zum Teil der Regierung zu verdanken, deren Druck die Partei wenigstens daran erinnert, was sie von den anderen trennt. Dieses Verdienst um die soziale Revolution wollen wir der preuss.-deutschen Monarchie nicht abstreiten. Aber davon abgesehen, liegt dieser Vorzug der deutschen Sozialdemokratie gerade daran, dass in ihr die Differenzen erst theoretisch ausgetragen werden, bevor sie in die Praxis treten. Die vom Prinzip abweichende Ansicht wird hier schon bei ihrem ersten Aufkommen, da sie sogar ihren ersten Trägern noch nicht bewusst ist, in eine theoretische Diskussion gezogen. Darum denn auch für die Unbeteiligten zunächst der Eindruck, als wenn der Streit vom Zaun gebrochen wäre, als wenn es blos Wortklauberei und Rabulistik wäre. Man schimpft über die Theoretiker mit ihrer Spintisterei, ihrer ewigen Streitsucht und vergisst, dass, wenn die Meinungsdifferenzen sich erst zu harten politischen Tatsachen gefügt haben, es gewöhnlich für eine Diskussion bereits zu spät ist. Die Literatur der theoretischen Kritik ist der Abzugskanal im Haushalte der Partei. Die Theorie ist das Purgirungsmittel, das den Leib der Partei gesund hält. Rümpft darüber die Nase, doch glaubt nicht, dass die Partei besser daran wäre, wenn sie alle diese faulen Stoffe in sich zu verarbeiten hätte. Ihr dürft — meinetwegen — die Theoretiker Latrinenreiniger nennen, doch macht sie nicht für das verantwortlich, was sie mit eisernem Besen aus der Partei zu entfernen suchen und das nur euer eigenes Werk ist!

Nicht die persönlichen Streitigkeiten schaffen politische Differenzen, sondern umgekehrt. Darum gelingt es auc hnicht, den Streit zu beseitigen, indem

man die Personen zum Frieden zwingt. Darum hat denn auch der Schiedsspruch in der Angelegenheit W. Heine etc., statt beruhigend zu wirken, nur eine Flut von Schimpf und Schmutz nach sich gezogen.

Der Grundfehler des Schiedsspruchs ist, dass er aus einer Parteifrage einen privaten Zwist gemacht hat. Drehte es sich denn tatsächlich nur darum, ob W. Heine Mehring oder Harden gegenüber Unanständigkeiten begangen habe? War er das, was die Partei bis aufs Innerste aufgewühlt hat? Sicher nicht. Aber der Ueberfall auf Mehring in Dresden und das Hardensche Nachspiel haben den Vorhang gelüftet vor Erscheinungen, die wir bis dahin für unmöglich hielten innerhalb unserer Partei. Sie haben uns politische Charaktere gezeigt, die uns fremd sind, sie haben gezeigt, dass unter der Maske des Kampfes der Ansichten ein Kampf der Personen sich abspielte, sie haben politische Verbindungen aufgedeckt, die aus unserer Partei direkt in das Lager der politischen Marodeure und Geschäftsjournalisten hinüberführen, ein geheimes Treiben, unter Benutzung von Mitteln und Menschen in und ausserhalb der Partei, um unbequeme Parteigenossen tot zu machen, sie haben eine Gefahr nahe gerückt, vor der wir durch unsere Grundsätze und unseren Idealismus gefeit zu sein glaubten, die Gefahr der politischen Korruption. Nicht um Mehring handelte es sich, sondern um die Partei. Die Partei wollte wissen, ob sie nach wie vor die politische Organisation des Proletariats sei, die sich die Intelligenz und Energie der einzelnen Führer zu Nutzen kommen lässt, oder sie nur den Fusschemel bilden soll für das politische Emporkommen einiger Ehrgeizigen, und sie wollte, dass man sie freimache von solchen Elementen, die in Deutschland französische Zustände schaffen wollen. Aber sie bekam keine Antwort. Und da wundert man sich noch, dass die Partei nicht zur Ruhe kommt, trotzdem das Schiedsgericht ein friedliches Urteil fällte!

Parvus.

Verantwortlich für die Redaktion, Druck und Verlag
Richard Etzold in München.

Aus der Weltpolitik.

Sozialdemokratische Zeitungs-Korrespondenz.

VI. Jahrgang. Nr. 25. 19. Juni 1904.

II. Rußland und der Krieg.

Wp. Indessen der Telegraph von neuen Schlachten berichtet, bringen jetzt die russischen Zeitungen immer mehr Details über die Kämpfe am Jalu. Man gewinnt immer mehr Einsicht in die Begebenheiten und die Möglichkeiten des Krieges.

Das Bravourstück des Geschwaders von Wladiwostok wirft vor allem ein grelles Licht auf die ungeheuren Vorteile, die sich die Japaner durch ihre entschlossenen und entscheidenden Schritte gegen die russische Kriegsflotte verschafft haben. Was uns jetzt auf russischer Seite als ein tolldreistes Unternehmen, beinahe ein Wunder erscheint, wäre, wenn die russische Flotte intakt geblieben, die Regel gewesen. Japanische Transportschiffe wären jeden Augenblick in den Grund gebohrt, und während die Russen mit Hilfe ihrer sibirischen Eisenbahn immer mehr Truppen konzentrierten, wäre die Landung einer großen japanischen Armee beinahe unmöglich. Die Niederwerfung der russischen Kriegsflotte war also für die Japaner die erste Vorbedingung des Krieges, eine conditio sine qua non des späteren Erfolges. Das müßte jedem Militär klar sein. Umso befremdlicher ist die Sorglosigkeit, mit der sich die Russen in Port Arthur von den Japanern haben überraschen lassen.

Man glaubte bis zum letzten Augenblicke nicht an den Krieg; man wollte nicht daran glauben. Ein Mitarbeiter der russischen Zeitschrift „Wiestnik Jewropi“, der jahrelang sich am Orte aufhielt und die Verhältnisse genau kennt, charakterisiert wie folgt die Stimmung in Port Arthur unmittelbar vor dem Kriege: „Alle fühlten sich hier wie zu Hause und waren vollkommen sicher, daß die Japaner es nicht wagen werden, die Russen zu stören. Von der japanischen Armee und Kriegsflotte sprach man nicht anders als mit einem geringschätzigen Lächeln.“

Dieser russische Eigendünkel hielt sogar noch nach den großen Verlusten zur See an. Man wollte es nur als einen Zufall und lauter japanischer Heimtücke annehmen und war felsenfest überzeugt, daß man auf dem Lande mit den Japanern spielend fertig werden würde. Auch hier aber nahmen die Dinge bis jetzt einen total verkehrten Lauf.

Bei den japanischen Siegen zu Lande fallen besonders zwei Momente auf: 1. daß die Russen jedesmal fast ihre gesamte Artillerie einbüßen, 2. die Menge der russischen Gefangenen. Die verwundeten russischen Offiziere suchen das Zurücklassen der Geschütze durch die Erklärung zu rechtfertigen, daß die russischen Feldgeschütze viel zu schwer seien für jene gebirgigen Gegenden, man habe die Geschütze einzeln in die Positionen auf dem Kampfplatz hinaufbringen müssen, indem man vor das einzelne Stück die Pferde mehrerer Geschütze einspannte, beim Rückzug habe man das nicht mehr tun können. Allein von einem andern Gesichtspunkte aus betrachtet, beweist das, daß die russischen Batterien entweder nicht genügend Pferde haben oder nur über Pferde geringer Qualität verfügen. Anderseits wird die Ueberlegenheit der japanischen Artillerie über die russische allgemein anerkannt. So schreibt der Kriegsberichterstatter der offiziösen „Torgowo-promischlennaja-Gazeta“ über die Schlacht am Jalu: „Der Kampf begann mit Artilleriefeuer, und

zwar acht Kilometer weit von unseren Stellungen; unsere Artillerie konnte wegen der großen Entfernung nicht antworten und trug ungeheure Verluste an Menschen und Pferden.“ Wenn aber Pferde und Mannschaften zusammengeschossen wurden, dann braucht es keine weitere Erklärung mehr für das Zurücklassen der Geschütze. Die Menge der Gefangenen beweist überdies, daß der russische Rückzug sich keineswegs, wie die offiziellen Berichte behaupten, sich in voller Ordnung abspielte, sondern vielmehr, wie es die Japaner behaupten, in eine förmliche Flucht ausartete. Die Tatsache deutet auch darauf hin, daß es den Japanern wiederholt gelang, die Russen zu umzingeln, was denn auch durch die Berichte der Verwundeten bestätigt wird.

Die letzte Zuversicht der russischen Armee, der Fels, auf den sie baut, bleibt die Infanterie; aber auch hier ist bereits die Ueberlegenheit des japanischen Soldaten über den russischen deutlich hervorgetreten. In erster Linie seine große Beweglichkeit. Wir haben schon früher die naive Aeußerung eines russischen Soldaten gehört, der, um einen Ausgleich zu schaffen, den Gegner mit Tornister und Sack bepacken wollte, statt sich selbst davon zu befreien. Ein russischer Hauptmann äußert sich über dasselbe Thema: „Da sie unbepackt in den Kampf geht, hat die japanische Infanterie die Möglichkeit, nicht nur unseren Bajonetten, sondern auch unseren Gewehrsalven auszuweichen. Kaum haben wir uns durch 2 oder 3 Salven eingeschossen, so laufen sie von der Stelle weg und hüpfen wie die Gemse über die Berge — da mag man ihnen nachlaufen und sie einfangen. Selbst aber eröffnen sie vom Platze ein Lauffeuer und beschießen ganze Flächen ohne die Patronen zu verlieren.“

Für den Unterschied der Beweglichkeit fällt noch ins Gewicht, daß der russische Soldat von der Ebene kommt und an das gebirgige Terrain nicht gewöhnt ist. Ein anderer russischer Offizier, ein Artilleriehauptmann suchte nach der Mitteilung des Berichterstatters der „Rußkya Wedomosti“ — leider werden keine Details angegeben — „die Ueberlegenheit der japanischen Taktik und die große Fähigkeit der japanischen Soldaten nachzuweisen, sich den Bedingungen des Moments und der Oertlichkeit anzupassen und persönliche Schlagfertigkeit und Initiative zu entwickeln.“

So hat also schon jetzt der Krieg zur See wie zu Lande die Ueberlegenheit der Japaner inbezug auf den Kriegsplan, die Explosionskraft, die Waffen, das Menschenmaterial in der Strategie und der Taktik geoffenbart. Auch an Zahl sind sie auf dem Kriegsschauplatz den Russen noch immer überlegen. Bleibt der große Vorrat an Kanonenfleisch, den das Zarenreich in seinem Innern birgt. Man sagt sich, wenn auch die Armee des General Kuropatkin aufgerieben wird, so wäre doch Rußland im Stande, noch eine zweite und dritte gleich große Armee zu stellen; allein das ist nicht nur eine Frage des Menschenvorrats, sondern der Mittel und vor allem der Geldmittel. Andererseits aber sind die Japaner auch in dieser Beziehung nicht müssig, sondern sorgen für die Reserven, nämlich durch Heranbildung neuer Truppen. Nach dieser Richtung hin sind ungemein kennzeichnend die neuesten Mitteilungen des Berichterstatters der „Rußkyja Wedomosti“ aus Peking. Der Korrespondent schreibt:

„Was die Beziehungen der Chinesen zu den Russen betrifft, so bleiben diese nach wie vor vollkommen korrekt und die Chinesische Regierung behauptet fortgesetzt, daß sie die Neutralität nicht verletzen werde, ungeachtet der Erfolge der Japaner. Indessen aber wird nach wie vor mit der Ausbildung der chinesischen Armee durch Japaner fortgefahren und es gibt nach wie vor viele, die überzeugt sind, daß die Russen in nicht allzu ferner Zeit werden Korea verlassen müssen, da es für China unvorteilhaft wäre, sich in den Krieg hineinzustürzen, aber unbedingt vorteilhaft, jetzt noch Forderungen zu stellen, die es im Verweigerungsfalle im Stande sein würde, mit Waffengewalt durchzusetzen. Mit andern Worten, China wird den Krieg nicht erklären aber man wird es

zwingen, Krieg zu führen. Es gibt noch eine Mutmaßung, die dahin geht, daß die Kaiserin und die Regierung aufrichtig die Neutralität bewahren möchten, aber Juan-schi-hai, General Ma-ja-kun, der Oberbefehlshaber der mandschurischen Armee, die im Rücken der russischen Armee steht und viele andere Anhänger der Kriegspartei aus eigener Initiative den Krieg eröffnen werden, ohne auf die persönlichen Wünsche der Kaiserin und der Minister zu achten, die vollkommen mächtig sind, gegen Juan-schi-hai, Ma-ju-kun 2c. etwas zu unternehmen. Alle diese Vermutungen beruhen auf Tatsachen und jede hat für sich viel Wahrscheinlichkeit, weshalb man denn auch auf die Eventualität einer Einmischung seitens China bereit sein muß. Man begreift demnach das äußerst korrekte Verhalten den Russen gegenüber, denen in jeder Beziehung Zugeständnisse gemacht werden, aber alle Zugeständnisse mit Wissen Japans; man begreift zugleich die eilige fieberhafte Verstärkung, Ausbildung und

Bewaffnung der chinesischen Armeen, den Bau neuer Arsenale; man begreift auch die vermehrte Bewegung der Chunchusen gegen die Russen in der Mandschurei, denn die Chunchusen werden von Abteilungen der Armee des General Maju-kun gestützt. Als Anhänger des Krieges gelten auch die sehr einflußreichen Vicekönige Dschan-dschi-dun und Weichuan-das.“ Gelingt es den Japanern, die chinesischen Heere in moderne Armeen zu verwandeln, so ist das Spiel Rußlands in Ostasien zu Ende. Aber ein neues, noch viel gefährlicheres Spiel beginnt erst mit der Einmischung Chinas in den Krieg: der Kampf der europäischen Kolonialmächte um ihre Stellung in Ostasien.

Verantwortlich für Druck, Redaktion und Verlag
Richard Etzold, München 23.

Aus der Weltpolitik.

Sozialdemokratische Zeitungs-Korrespondenz.

VI. Jahrgang. Nr. 26. 27. Juni 1904.

Russische Stimmungen.

Wp. Die patriotische Begeisterung der russischen „Gesellschaft", soweit sie nicht von vorn herein Polizeimache war, zeigt bereits klaffende Risse. Ewig kann man sich ja nicht über die eigenen Niederlagen täuschen. Der Katzenjammer wird um so bitterer sein, je mehr man sich erst in Uebertreibungen der eigenen Kraft und in der Unterschätzung des Gegners ereiferte. Man gebärdete sich ja wie verrückt. Man tat so, als wenn man mühelos das ganze Japan in die Tasche stecken könnte. Nicht nur die patriotische Presse, sondern auch die Regierung in ihren offiziellen Manifesten erging sich in maßlosen, albernen Drohungen gegenüber den Japanern. Man erinnere sich nur an den „militärischen Spaziergang durch Japan", den der Zar öffentlich in Aussicht stellte, an die Drohung, es den Japanern „hundertfach" zu vergelten, 2c. Und eine Niederlage folgt auf die andere! Zur See, zu Lande, in der Defensive wie im Angriff, im Fernkampf der Geschütze, wie im Nahkampf der Infanterie. Noch bis vor kurzem spöttelte man über die japanische Kavallerie — und jetzt berichten die russischen Offiziere selber, daß die australischen Pferde der japanischen Reiter viel schneller sind, als die Pferde der russischen Kavallerie. Die Kosaken, auf deren Aufklärungsdienst man so große Stücke hielt, scheinen gerade in dieser Beziehung total versagt zu haben. Sie erfahren vom Feind erst, wenn er bis auf einige Kilometer nahe gerückt ist, und immer stellte sich heraus, daß er über viel größere Massen verfügte, als man geahnt hatte, und an Orten auftauchte, wo man ihn nicht vermutet hatte.

Man gewann bereits in Rußland Respekt vor den Japanern. Man lernt ihre Todesverachtung, ihre zähe Energie, ihr kluges Abwägen jeden Schrittes, den sie tun, ihre überlegene Taktik, die musterhafte Ordnung ihrer militärischen Organisation, ihres sanitären Dienstes, ihres Verpflegungs- und Transportapparats kennen und schätzen. Als Gegenstück dazu offenbart sich immer mehr die mangelhafte Einheitlichkeit der russischen Armeeleitung, die Konfusion und die Mangelhaftigkeit der Intendanz, des Verwaltungs- und Transportapparats der russischen Armee.

Es liegt im Wesen des absolutistischen Systems, daß die Regierung mit Hilfe ihres allmächtigen Beamtenapparats fürs Erste enorme Leistungen erzielen kann, daß aber diese übermäßige, mit Gewalt durchgesetzte Anspannung der Kräfte und Mittel sich nach kurzer Zeit durch eine Deroute und ebenso maßlose Desorganisation und Konfusion rächt. So auch diesmal. Man hat in den ersten Tagen des Krieges — unter den gegebenen Verhältnissen, — ganz Gewaltiges in der Beförderung der Truppenmassen und der Kriegsmittel zum Kriegsschauplatz geleistet. Gleich stellte es sich aber heraus, daß man die sibirische Eisenbahn zu stark überlastete, und man mußte mit den Truppentransporten von 7000 Mann auf 1500 Mann per Tag zurückgehen. Aber das war noch zuviel, und das Ergebnis ist, daß man, um kurze Erfolge zu erzielen, dauernd die Leistungsfähigkeit der sibirischen Eisenbahn noch unter ihr anfängliches geringes Maß heruntergesetzt hat. So läßt sich die „Oswoboschdenje" von einem Augenzeugen berichten: „Die mandschurische Eisenbahn funktioniert durchaus unbefriedi-

gend. Anhäufung von Militär und Frachten der Intendanz, ungeheurer Aufenthalt in allem. In Irkutsk und in Tanchou (am Baikal) haben sich mehrere tausend Waggons Militärfrachten angehäuft. Zwischen Liao-Jan und Port Arthur werden viele Flüsse auf zerbrechlichen Holzbrücken passiert, denn die Steinpfeiler sind erschüttert, die Verkuppelungen gebogen. Von Charbin bis Liao-Jan (600 Kilometer) geht der Passagierzug gewöhnlich 5 Tage."

Daß unter diesen Umständen die übliche Konfusion der russischen Administration ganz horrende Formen angenommen hat, ist leicht begreiflich. Es heißt in dem gleichen Bericht: „Ganze Abteilungen, militärische und sanitäre, gelangen durch Irrtum an falsche Orte." Der sibirische Berichterstatter der sozialdemokratischen „Iskra" erzählt folgenden typischen Fall: „Auf der Station steht ein Militärzug mit 150 Verwundeten; aber Verbandsmittel und Medikamente fehlen fast vollständig, und dies nur deshalb, weil man die Buchführung in den zwei vorhandenen Sanitätslagern nicht durcheinander bringen möchte. Es handelt sich darum, daß jede von den zwei Kaiserinnen (Kaiserin-Wittwe und Kaiserin-Frau) den Wunsch hatte, ihr eigenes Sanitätslager in Charbin errichten zu lassen. Zwei Bevollmächtigte wurden ernannt, zwei Buchführungen sind notwendig, aber durch die Verhältnisse war man gezwungen, beide Lager in einem Gebäude unterzubringen. Nun kommen Forderungen auf rotem und auf weißem Papier. Da mußte es geschehen, daß in den Lagern etwas durcheinander kam, und die Bevollmächtigten haben beschlossen, bis sie ihre Vorräte von einander sortiert haben, keine Sanitätsmittel abzugeben." Ein anderer Fall! „Kaiserin Alexandra Feodorowna sandte Schinken mit der unbedingten Forderung, sie bis zum ersten Osterfeiertage zuzustellen. So gehen denn die Schinken allem voran, und die Reisenden, Militär und Verbandsmaterial werden aufgehalten."

Hand in Hand mit dieser Mißwirtschaft gehen die Gaunereien der Beamten. „Nicht nur die Unternehmer — schreibt der Berichterstatter der „Oswobosch denje" — sondern selbst die Werkmeister in Port Arthur, Charbin und anderen Städten haben sich steinerne Häuser gebaut." Unter den aktiven Offizieren befinden sich eine Menge Beutejäger, die durch den Krieg ihre ruinierten Finanzen wieder herstellen wollen. „Im April wurden zwei Offiziere der Grenzwache durch Erschießen hingerichtet, weil sie bedeutende Mengen Pulver den Chinesen verkauft hatten ..... Eine Menge verunglückter Existenzen kamen zum Kriesschauplatz, versoffene und ruinierte Menschen. Nun herrscht eine große Sauferei. Der durch seine Bestechungen berüchtigte Polizeipräfekt von Kronstadt, Schoffroff, erhielt die Führung einer Kosakenabteilung. Allgemein hört man von solchen gescheiterten Existenzen sprechen." Trotz der Zensur dringen diese Tatsachen in die weitesten Kreise der russischen Gesellschaft und verstärken die Mißstimmung, die durch die Niederlagen erzeugt wird. Die Unzufriedenheit steigt, und der Augenblick wird kommen, wo sie sich zu einer politischen Aktion zusammenballen wird.

Verantwortlich für Druck, Redaktion und Verlag
Richard Eßold, München 23.

Aus der Weltpolitik.

Sozialdemokratische Zeitungs-Korrespondenz.

VI. Jahrgang. Nr. 27. 5. Juli 1904.

Die Sozialdemokratie und die Zölle.

I. Max Schippel und die Partei.

Wp. Wenn jemals ein Meinungsstreit aus der Praxis entstand und im Interesse der Praxis zu einer klaren Lösung geführt werden muß, so ist es der Streit mit Schippel um die Frage der Schutzzölle. Die Partei hat soeben ihren großen Kampf gegen den neuen Zolltarif durchzumachen gehabt und steht unmittelbar vor dem Kampf um die Handelsverträge. In diesem Augenblicke hält Max Schippel ein Referat, in dem er die agrarische, schutzzöllnerische Argumentation zum Besten gibt, ohne ein Wort der Kritik zu finden. Die Agrarier stehen an der Spitze der deutschen schutzzöllnerischen Bewegung. Gegen die Agrarier führen wir in Sachen der Zölle und der Steuern unsern Hauptkampf. Und da kommt Schippel und stellt gleichsam als der Wissenschaft letzten Weisheitsschluß die Scheingründe hin, welche die Junker ausgeklügelt und zusammengelogen haben, um ihre Beutepolitik zu maskieren. Inmitten des Gefechts fällt er der Partei in den Rücken. Alles, was wir durch Jahrzehnte gegen die Agrarpolitik der Junker ins Feld geführt haben, das bereits zum Gemeingut der Agitation geworden ist, das wir im Parlament vertreten und in zahllosen Broschüren, Zeitungs-Artikeln, Flugblättern, Versammlungsreden den Massen eingeprägt haben, wirft er verächtlich beiseite, all das soll falsch und verkehrt gewesen sein, und Recht behalten der Bund der Landwirte und die Konservativen. Bessere Waffen gegen uns konnten sich die Agrarier nicht wünschen; es entstand ihnen ein Verbündeter in unseren eigenen Reihen. Daß dies, als es bekannt wurde, im höchsten Maße befremdend wirkte, daß überall in der Partei das Verlangen nach Aufklärung und Klärung kund wurde, — sollte das überraschen? Es war einfach eine Existenzfrage für die Partei: Lasse sie den agrarischen Schutzzöllner in ihren eigenen Reihen gelten, wie kann sie das schutzzöllnerische Agrariertum nach außen bekämpfen? Aber Schippel will es noch immer nicht begreifen. Er betrachtet die Forderung, daß er seine handelspolitischen Ansichten in Einklang mit den Ansichten und der Agitation, mit der Theorie und Praxis der Partei bringe, als einen Einbruch in seine persönliche Meinungsfreiheit. Er für sich hat seine Meinung und die Partei hat ihre Meinung — warum sollen nicht beide nebeneinander friedlich existieren? Das ist der ewige Refrain unserer Opportunisten, wenn sie ihre Ansichten vor der Kritik zu verteidigen haben: „Das mag grundsatzlos mag unwahr sein, aber mir beliebt es, so zu denken, — soll es mir verboten werden?“ Die Partei behält ihr Programm, ihre Grundsätze, ihren Sozialismus, aber jeder Parlamentarier, jeder Zeitungsmensch hat seine eigene Ansicht vom Programm, von unseren Grundsätzen, vom Sozialismus und handelt nicht danach, was vom wissenschaftlichen Sozialismus festgestellt, im Programm festgelegt, von der Partei anerkannt ist, sondern nach seiner eigenen Caprice. Das ist der Weg zur Auflösung der Partei. —

Schippel sehnt sich förmlich nach jenem Zustande zurück, da die deutschen Arbeiter vom Sozialismus noch nichts gewußt haben. „Den deutschen Arbeitern war in Wahrheit

der Schnabel ursprünglich ganz anders, meines Erachtens wesentlich naturgemäßer gewachsen". Erst später sei ihnen das „Kauderwelsch" und das „Kirchenlatein" von den Akademikern „künstlich aufgepfropft" worden.

„Ursprünglich" hatte der Proletarier in Deutschland, wie überall, nur ein dumpfes Gefühl des Druckes und der Abhängigkeit, aber verstand es nicht, sein persönliches Interesse mit seinem Klasseninteresse zu verbinden, wußte nicht, wie es mit den allgemeinen sozialen Verhältnissen ökonomisch und geschichtlich zusammenhängt. Wenn es tatsächlich das ausschließliche Verdienst der „Akademiker" sein sollte, ihm diese Erkenntnis beigebracht zu haben, so wäre das eine politische Tat, die einzig dasteht im Laufe der Zeiten, so würde das bedeuten, daß die Arbeiter ihre Klassenpolitik, ihre Parteiorganisation, ihre politische Vergangenheit und ihre politische Zukunft den „Akademikern" zu verdanken haben. Doch in Wirklichkeit war es anders. Schon die ersten Schritte im Kampf gegen das kapitalistische Unternehmertum zeigten den Arbeitern ihre Interessensolidarität, und Hand in Hand mit der Entwicklung ihres Klassengefühls ging der Kampf um eine neue Weltanschauung, vor allem um die Aufstellung eines neuen politischen Ideals. Der Sozialismus ist allerdings älter, als der proletarische Klassenkampf. Er ist so alt, wie die menschliche Kultur überhaupt. Der kritische Geist, der Kunst, Wissenschaft und Technik geschaffen hat, unterwarf stets auch die sozialen Verhältnisse seiner Untersuchung und deckte ihre Unzuträglichkeiten und Unvollkommenheiten auf. Als Gegensatz hiezu schuf er ein soziales Ideal, das freilich stets nur ein Gegenstück zu der Gesellschaftsform war, der es entsprang, und also ihr Gepräge auf sich trug. Die sozialistischen Ideen änderten sich mit der allgemeinen geschichtlichen Entwicklung. Der proletarische Klassenkampf mußte bereits als Tatsache vorliegen,

damit der moderne Sozialismus entstehe. Die Hauptleistung von Marx und Engels war, daß sie die Ideenentwicklung des Sozialismus mit der Entwicklung des Befreiungskampfes der Arbeiter vereinigt haben — sie gewannen dadurch für den Sozialismus einen materiellen Boden und gaben den Arbeitern ein politisches System. Der Gesichtspunkt, von dem aus sie diese Arbeit vollzogen haben, war die materialistische Geschichtsauffassung. Die Ideen der sozialen Revolution sind nicht spekulativ ausgeklügelt worden; sie ergaben sich aus dem Kampf der Arbeiter gegen Ausbeutung und Unterdrückung innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft. Aber um zu begreifen, daß der Kampf des Proletariats um die Verbesserung seiner Lage zu einer Umwälzung der gesamten sozialen Ordnung führt, war eine Kenntnis des ökonomischen Aufbaues der kapitalistischen Gesellschaft, der Gesetze der Produktionsentwicklung, des geschichtlichen Werdeganges der menschlichen Gesellschaft und der menschlichen Kultur notwendig. Eines bildete sich an dem anderen heran: die Wissenschaft an den Kämpfen der Arbeiter und der Befreiungskampf des Proletariats an der Wissenschaft — beides bildet die Grundlage der sozialistischen Bewegung. Nur weil der Sozialismus den Arbeitern ihr eigenes Tun erklärte, vertiefte, verallgemeinerte, fand er bei ihnen willige Aufnahme. Aber für Schippel ist das jetzt „Kauderwelsch" und „Kirchenlatein."

Der Sozialismus zeigte den Arbeitern ihre Vergangenheit und eröffnete ihnen die Perspektive ihrer Zukunft; er offenbarte vor ihnen die Gewalt der Kapitalistenklasse und die Gewalt des Staates, die feindlichen Mächte, die sich ihnen entgegensetzen, und deckte ihre eigene Macht auf; er gab ihrem Kampf Ziel und Einheitlichkeit, gab ihnen die Siegeszuversicht und den Mut zum Ausharren; er gab ihnen Begeisterung und Opferfreudigkeit, die Fähigkeit, aus

den Niederlagen selbst noch neue Kräfte zu schöpfen; er gab ihnen — die politische Partei. Ohne den Sozialismus käme es niemals zur Bildung einer selbstständigen Arbeiterpartei, zur Sozialdemokratie. So innig ist das miteinander verwachsen, daß jede Abweichung von den sozialistischen Grundsätzen unfehlbar zur Lockerung des Parteizusammenhangs führt.

Was Max Schippel nunmehr „Kauderwelsch" und „Kirchenlatein" nennt, ist der geistige Zusammenhalt der Partei, der Vorrat an Gedanken und festen Regeln, die der Partei eine politische Direktive geben. Dadurch fühlt er sich beengt. Er sehnt sich nach dem Urzustand zurück, da die Arbeiter über ihre politischen Ziele noch im Unklaren waren. Wäre dieser ideale Zustand einer allgemeinen Konfusion hergestellt, so könnte man allerdings niemand mehr für sein Tun und Lassen zur Rechenschaft ziehen. Hinweg mit dem geistigen Ballast, hinweg mit den Erfahrungen und der politischen Schulung der Jahrzehnte, zerreißt die Bande der Partei, — dann gibt es nur noch eine konfuse Arbeitermasse, aus der sich der einzelne Abgeordnete sein Mandat holt, um seiner politischen Laune nachzugehen, heute gegen den Militarismus, morgen für neue Geschütze zu stimmen,

heute gegen Verbrauchssteuern, morgen für Lebensmittelzölle, heute gegen Flottenbauten und morgen für Kolonialpolitik!

Da Max Schippel den sozialpolitischen Gesichtspunkt verloren, das sozialische Denken verlernt hat, kommen ihm unsere sozialistischen Ausdrucksmittel als „Kauderwelsch" und „Kirchenlatein" vor. Die Sprache aber, die er selbst jetzt führt, ist die Sprache der Regierung und der Reaktion. Ja, das ist die reaktionäre Erklärung der sozialistischen Bewegung, fast unverändert abgeschrieben aus der „Post", der „Kreuz-Zeitung", der „Deutschen Tageszeitung": daß die Arbeitermassen dem Sozialismus durchaus fremd sind und daß dieser ihnen nur von den Hetzern und Wühlern aus anderen Gesellschaftsschichten (den „Akademikern") „künstlich aufgepfropft" worden ist.

Aber vorläufig besteht noch die Partei. Und obwohl sehr gegen seinen Willen, muß ihr Max Schippel Rechenschaft geben.

Parvus.

Verantwortlich für Druck, Redaktion und Verlag
Richard Etzold, München 23.

Aus der Weltpolitik.

Sozialdemokratische Zeitungs-Korrespondenz.

VI. Jahrgang. Nr. 29. 16. Juli 1904.

Krieg und Mißernte.

Wp. Es stellt sich bereits mit Sicherheit heraus, daß das Kriegsjahr in Rußland mindestens von einer teilweisen Mißernte begleitet sein wird. Das Organ des russischen Finanzministeriums, die „Torgowopromischlennaja Gazeta" sieht sich zu folgenden Eingeständnissen veranlaßt:

„Am meisten gelitten hat das Südwestgebiet von der Westgrenze und bis zum unterm Dniepr. In diesem Rayon ging das Wintergetreide schon im Frühling verloren, während sein Ersatz durch Frühjahrsaussaat sich ebenfalls als äußerst erfolglos erwiesen hat. Ueber einen Monat gab es auf dem ganzen Gebiet keinen Regen, sodaß der Zustand der Felder als hoffnungslos betrachtet wird. Stellenweise konnte in den letzten Tagen der Regen nur den Mais etwas zum Aufleben bringen, aber nicht mehr das Winter- und frühe Sommergetreide. Außerdem konstatiert man hier in den letzten Tagen ziemlich starke, verderbliche Ostwinde. Die Trockenheit bei heißer Witterung trat überhaupt im ganzen Süden auf, aber je weiter dem Osten zu, in desto weniger hohem Grade und mit geringerer Gefahr für das Getreide, wenn man die in den letzten Tagen auch hier erstarkten Ostwinde nicht in Rechnung setzt.

Ein anderes, ebenso umfangreiches, aber nach der Intensität der ungünstigen Witterungsverhältnisse weniger bedeutendes Gebiet umfaßt viele Gegenden des Westens und des Nordwestens, wo, nach einem kalten Frühling, ein trockener Sommer eintrat, jedoch mit einer Temperatur unter der normalen. Der letztere Umstand hat denn auch einigermaßen die Vegetation konserviert, obwohl er ihre Entwicklung hemmte. Uebrigens verzeichnet man in den letzten Wochen auf dem ganzen nordwestlichen Gebiet sehr ergiebige ununterbrochene Regengüsse, die jedoch ebenfalls schädigend auf die Ernte wirken können, weil sie mit der Blütezeit des Roggens zusammenfallen. Anderseits fehlte der Regen am Westrand, in den polnischen Gouvernements, und die Felder, die schon beim Beginn des Frühjahrs unter der Kälte gelitten haben, leiden jetzt unter der Trockenheit."

Soviel das offizielle, russische Organ, das selbstverständlich kein Interesse hat, die Verhältnisse besonders düster darzustellen.

In der „Iskra", dem im Auslande erscheinenden sozialdemokratischen russischen Organ finden wir folgende Schilderung:

„Das furchtbare Gespenst der Mißernte und der Hungersnot bedroht wieder das russische Dorf. In diesem Augenblicke ist es noch unmöglich, genau die Stärke des Schlages zu bemessen, der das Land treffen wird. Die Zeitungsnachrichten über den Umfang der Mißernte sind äußerst zurückhaltend und knapp. Aber selbst jene lückenhaften Nachrichten, die in die armselige zensurierte Presse durchsickern, zeigen klar, daß der Bauernwirtschaft eine ernste Zerrüttung droht. Der trockene Herbst, der an athmosphärischen Niederschlägen arme Winter und der kalte windreiche Frühling haben in einer verhängnisvollen Weise das Wachstum der Gräser und des Getreides beeinflußt. Die „Peterburgskija Wiedomosti" teilen mit, daß in Bessarabien der Zustand des Getreides, der Reben und der Viehweiden einen niederdrückenden Eindruck auf den Landmann machen. Das durch Tro-

ckenheit und Winde aufgezehrte Sommergetreide befindet sich am Rande des Verderbens; das Wintergetreide aber steht so schlecht, daß bereits kein Regen mehr aufhelfen könnte. Die Wiesen sind überall verbrannt, und die Bauern müssen das Vieh mit Stroh füttern. Nach den späteren Nachrichten der „Juschnija Sapiski" ist die unbefriedigende Ernte im Gebiet der Südwesteisenbahn bereits soweit geklärt, daß in Odessa die Mietpreise für Getreidespeicher bedeutend heruntergesunken sind. Auch im Gouvernement Cherson zeigen die Felder ein trauriges Bild. An manchen Orten hat man die Winterfelder, angesichts der vollen Hoffnungslosigkeit der Ernte, in Viehweiden verwandelt. Die „Rußkija Wiedomosti" teilen mit, daß auch in Thaurien die Feldarbeiten erst spät vorgenommen werden und die Vegetation infolge der Kälte sich sehr langsam entwickelt. Der Korrespondent der „Russi" aus Kiew behauptet, daß nicht nur im Gouvernement Kiew, sondern auch in den benachbarten Gouvernements die Roggenernte verloren geht; dabei wird in diesem Gebiete der Roggen fast ausschließlich von den Bauern kultiviert. Das Sommergetreide hat ebenfalls bedeutend unter der Kälte im Mai gelitten. Buchweizen, Hanf sind stark geschädigt. Die Baum- und Gemüsegärten sind durch Frühfröste fast gänzlich ruiniert. Im Norden stehen die Dinge nicht besser, als im Süden. Nach den Mitteilungen der „Rußkija Wiedomosti" hat die Kälte ungünstig auf allen Wuchs des Sommergetreides und der Gräser in den Gouvernements Petersburg, Nowgorod und Pskoff gewirkt. Der Zustand des Wintergetreides, besonders im Petersburger Gouvernement, ist ebenfalls mißlich. Im Moskauer Gouvernement bekam der Roggen einen geringen Wuchs; das Sommergetreide ist spät aufgekommen und läßt keine Hoffnung auf eine Ernte. Der Kartoffel ist verfault. Die Futterpflanzen stehen überall schlecht. Die Baum- und Gemüsegärten sind durch Schnee, Hagel und Frühfröste geschädigt worden."

Dieselbe „Iskra" bringt jetzt authentische Berichte vom Kriegsschauplatz.

Ein Militärarzt schreibt: „In der Armee ist vollständige Demoralisation. Es mangelt an Proviant, die Soldaten hungern. Die Offiziere sind äußerst unzufrieden mit dem höheren Kommando. Das Oberkommando seinerseits hat zu vielen Offizieren kein Vetrauen und schickt Kavallerieoffiziere zur Infanterie sowie umgekehrt. Die Soldaten werden wegen Verfehlungen gepeitscht. Es geht ungeheuerlich zu."

Aus Liaojan wird demselben Blatt berichtet: „Das russische Heer ist am Jalu von den Japanern geschlagen worden: 1.) Dank der Ueberlegenheit ihrer Kriegstaktik, 2.) Dank der Ueberlegenheit ihrer Artillerie, 3.) Dank den vorzüglichen Eigenschaften des japanischen Offizierkorps und endlich 4.) Dank der bemerkenswerten Tapferkeit ihrer Soldaten. Die Ueberlegenheit der japanischen Armee über die russische wird jetzt auch von unserem Feldstab anerkannt. Im Hauptquartier allerdings bleibt man noch immer bei besonderer Meinung. In der Schlacht vom 1. Mai wurde das 22. Regiment samt seinem Banner von den Japanern gefangen genommen. Das heroische Verhalten des 11. Regiments kann nicht bestritten werden. Der Rückzug der Russen vom Jalu trug den Charakter einer ungeordneten Flucht von Leuten, die von einem panischen Schrecken erfaßt sind. (Das wird auch im Bericht eines Soldaten in der gleichen Nummer der Zeitung bestätigt.) Die Erzählungen der Augenzeugen der Schlacht und des Rückzuges tragen die düstersten Farben.

General Kuropatkin schickte an Kaiser Nikolaus als Kurier den Flügeladjutanten Oberst Fürst Wassiltschikoff mit einem Bericht über die kritische Lage der Dinge im fernen Osten. (Wir erinnern daran, daß auch der Eisenbahnminister Fürst Chilkoff in seiner, in der Presse bekannt gewordenen

Unterredung zugegeben hat, daß General Kuropatkin in der ersten Zeit „nervös“ gewesen sei.)

Dieser Zustand der Dinge wird noch verschärft durch die Anwesenheit auf dem Kriegsschauplatz des Admirals Alexejeff, der als einer der bösen Geister der Dynastie Romanoff erscheint. Während der Stab des General Kuropatkin aus lauter tätigen Leuten besteht, setzt sich der Stab der Generals Alexejeff aus Glücksjägern zusammen, die ihres Herrn würdig sind. Sie intriguieren, suchen die Stellung Kuropatkins und seiner „Partei“ zu unterminieren, säen Zwiespalt unter den Generälen, erfinden immer neue und neue Polizeimaßregeln für die Armee, und in der Zeit, die ihnen von dieser harmlosen Beschäftigung frei bleibt, werden Orgien gefeiert mit den Damen der internationalen Halbwelt. Das ist noch ein schwaches Bild vom Treiben am Hofe dieser Satrapen Seiner Majestät im fernen Osten. Mademoiselle Luci, schon im ziemlich reifen Lebensalter, die Geliebte des Generals Alexejeff, herrscht in dieser Welt des Café chantant. Die Stabsoffiziere haben längst ihre Frauen nach Rußland fortgeschickt und sich jetzt andere Weiber zugelegt, die aus Shanghai, Tschifu, Inkou und selbst aus Nagasaki hieher gekommen sind.

Die Ermordung des japanischen Obersten Jo-schi-ko und des Kapitains Jo-ki in Charbin hat einen peinlichen Eindruck auf die Offiziere der Armee gemacht. Alle haben erwartet, daß der Statthalter sie begnadigen werde .... Bevor man den japanischen Offizieren (vor der Hinrichtung) die Augen zugebunden hat, haben sämtliche 200 russische Offiziere militärisch gegrüßt, auf diese Weise ihre Hochachtung den Tapfern bezeugend. Diese Handlung der Offiziere hat Alexejeff als Demonstration aufgefaßt und wollte sogar gegen sie eine kriegsgerichtliche Verfolgung eröffnen,

wovon er nur durch das Zureden der ihm Nächststehenden abgehalten wurde.

Die russische Armee wimmelt von Spitzeln des inneren Dienstes. „Indessen man alle Hände voll zu tun hat, um den revolutionären Elementen in der Armee nachzugehen, meint der Korrespondent, kommt man meistens zu spät hinter den Landesverrat, der in der Armee selbst geübt wird.“ Er zählt folgende Fälle des militärischen Verrates auf: „Im April wurde ein Stabsoffizier (Name unbekannt) in Liaojan hingerichtet, weil er den Japanern Mitteilungen über die Zahl und die Dislokation der russischen Armee hat zugehen lassen. Im gleichen Monat wurde Kapitän Nikolajeff in Nischni-Ussurijsk verhaftet, weil er die Pläne der Ortschaften und der Höhen von Wladiwostok bis Nischni-Ussurijsk ausgeliefert hat. Wiederum im April wurde Contre-Admiral Fürst Uchtomski verhaftet, weil er den Japanern die Pläne der Minensperrungen verraten haben soll. Seinem Adjutanten gelang es, nach Amerika zu entfliehen, und zwar unter Mitnahme der Kasse der Eskadre von Port Arthur.“

Es sind traurige Zustände und noch traurigere Aussichten. Armes russisches Volk, das von einer gewissenlosen und sinnlosen Kamarilla erst geplündert und geschunden wurde und jetzt verkauft, verraten und in Massen zur Schlachtbank geführt wird.

Die Sozialdemokratie und die Zölle. Die Fortsetzung dieser Artikelserie erscheint nächste Woche.

Verantwortlich für Druck, Redaktion und Verlag
Richard Ehold, München 23.

Aus der Weltpolitik.

Sozialdemokratische Zeitungs-Korrespondenz.

VI. Jahrgang. Nr. 30. 24. Juli 1904.

Die Sozialdemokratie und die Zölle.

III. Die Belastung durch die Schutzzölle.

Wp. Der Gesichtspunkt, von dem aus Max Schippel die Schutzzölle behandelt, hat nichts gemeinsam mit dem kritischen Standpunkt des Sozialismus. Für ihn sind die Schutzzölle nur eine Frage der Produktionsentwicklung. Und in der Produktionsentwicklung findet er ein gemeinsames Interesse der Kapitalistenklasse und des Proletariats. Er sagt zwar, und daran ist auch nicht zu zweifeln, daß er den Ausbeutungscharakter der kapitalistischen Produktion kennt. Allein, obwohl er es weiß, ignoriert er es. Sonst würde er vor allem in Betracht ziehen, daß die Schutzzölle eine Belastung der Arbeiterklasse darstellen, daß also, selbst wenn sie die Produktion fördern, dies auf Kosten der Arbeiter geschieht. Diesen Gesichtspunkt schaltet er gänzlich aus seinen Betrachtungen aus. Er will nichts mit dem „Konsumentenstandpunkt" zu tun haben. Und doch liegt hier ein tiefer Unterschied zwischen der proletarischen und der kapitalistischen Auffassung der Dinge, der in dem Unterschied der ökonomischen Stellung beider gründet.

Dem Kapitalisten ist es ganz gleich, auf welche Weise die Produktionsentwicklung zustande kommt: ob durch Erhöhung der Preise, Erniedrigung der Arbeitslöhne, Einführung neuer Maschinen, Ausfuhrprämien, Staatssubventionen, — wenn nur sein Profit darunter nicht leidet. Der Arbeiter, angesichts des Umstandes, daß der gesamte kapitalistische Reichtum von seiner Ausbeutung herrührt und die Steuern hauptsächlich auf ihm lasten, muß sich fragen, ob nicht auch die staatliche Förderung der Produktion auf seine Kosten geschieht und wie teuer sie bezahlt werde. Der Kapitalist will eine Produktionsentwicklung, bei der sein Profit sich erhält oder jedenfalls sich nicht vermindert; der Arbeiter will eine Produktionsentwicklung, bei der sein Lohn steigt oder mindestens seine Lebenshaltung sich nicht verschlechtert.

Der Freihandel kostet dem Arbeiter nichts, die Schutzzölle sind eine Verbrauchssteuer. Der Freihandel bringt eine Verbilligung der Nahrungsmittel und des sonstigen Lebensbedarfs, die Schutzzölle ihre Verteuerung. Darum ist der Arbeiter von vornherein für den Freihandel. Um ihn für die Schutzzölle zu gewinnen, muß man ihm erst beweisen, daß hier der Nutzen den unzweifelhaften Schaden überwiege.

Schippel umgeht in seinen Rechtfertigungsartikeln peinlichst die Frage der Belastung der Konsumenten durch die Zölle. Nur an einer Stelle berührt er sie, um ihr durch eine den Falschspielern abgeguckte Volte zu entgehen. Er schreibt: „Man belehrt uns ferner: schon um den militärischen, arbeiterfeindlichen Staat von den bequemsten und darum gefährlichsten Einnahmequellen abzuschneiden, müsse die äußerste Linke die Zölle bekämpfen. Aber es gibt bei uns sehr viele Zölle, die grade bei solchen Herabsetzungen, wie sie die letzten, von der Sozialdemokratie gebilligten Handelsverträge vorsahen, höhere Erträge bringen, weil sie vermehrte Einfuhren ermöglichen — bekanntlich haben sich in Deutschland unter dem System Caprivi die

Gesamteinnahmen an Zöllen wesentlich gehoben! Wäre der finanzielle Gesichtspunkt entscheidend, so hätten wir am Ende gar die Zustimmung noch nachträglich zu bereuen."

Diese Argumentation ist offenbar nicht nur auf die Schutzzölle, sondern auf jede Verbrauchssteuer anwendbar. Wenn uns die Gegner mit dem Sophisma entgegentreten wollten, wir müßten, um die von uns erwünschte Verminderung der Staatseinnahmen herbeizuführen, für möglichst hohe Steuersätze eintreten, so würden wir sie auslachen, — wenn wir aber aus den eigenen Reihen mit einer gleichartigen Argumentation bekämpft werden, so werden wir selbst zum Gespötte des Gegners.

Wenn eine Herabsetzung der Steuern oder Zölle eine Erhöhung der Staatseinnahmen nach sich zieht, so ist das für uns keineswegs ein Grund, um unsere Zustimmung hiezu zu bedauern, sondern vielmehr — eine weitere Herabsetzung der Steuersätze zu verlangen. Ist denn das so schwer einzusehen? Man muß schon wirklich das A B C der sozialistischen Kritik vergessen haben, um vor diesem Problem stutzig zu werden.

Wir haben jahrelang für Herabsetzung der Zuckersteuer gekämpft. Wir haben es vom Konsumentenstandpunkt aus getan, weil die durch die Steuer hervorgerufene Verteuerung den Verbrauch vermindert. Jetzt ist die Zuckersteuer herabgesetzt. Tatsächlich ist denn auch der Zuckerverbrauch ganz außerordentlich gestiegen. Wir haben Recht behalten. Als Folge der Verbrauchssteigerung wird mit der Zeit eine bedeutende Vermehrung der Steuereinnahmen sich ergeben. Stört das unsere Agitation? Im Gegenteil, es fördert sie ganz enorm: wir können jetzt für weitere Ermäßigungen der Zuckersteuer, ja für gänzliche Abschaffung derselben agitieren. Ebenso ist die Tatsache, daß die Caprivischen Handelsverträge — allerdings nicht sofort, sondern

erst nach etlichen Jahren — zu einer Erhöhung der Zolleinnahmen geführt haben, für uns nur ein Grund mehr, auf unserer Opposition gegen die Schutzzölle zu verharren.

Anderseits hat die Erhöhung der Schutzzölle, 1879 wie 1885 und 1887, sofort zu einer Erhöhung der Zolleinnahmen geführt.

Schippel gibt also zu, daß eine Herabsetzung der Schutzzölle den Verbrauch steigert. Folglich muß er zugeben, daß die Schutzzölle den Konsumenten belasten. Aber er tut es nicht, sondern er verschweigt es und sucht den Leser von der naheliegenden Konsequenz abzulenken, ihn zu täuschen.

Die Belastung des Konsumenten durch den Zoll wird um so vollkommener durchgeführt, je geringer die Konkurrenz unter den Kapitalisten. Darum führt die Kartellbildung zu einer intensiven Ausnützung des Zolls als Verbrauchssteuer. Die Entwicklung der Kartelle verschärft also den Druck des Schutzzolls und muß die Arbeiter in ihrer oppositionellen Stellungnahme zu den Schutzzöllen bestärken. Auch dieser Frage sucht Max Schippel durch ein Taschenspielerkunststückchen auszuweichen.

Er schreibt: „Man erklärt: erst der Zoll ermögliche die kapitalistischen Ringbildungen. Aber einmal ist die Kartellfrage für die großindurstielle Arbeiterklasse durchaus nicht so einfach, wie für den Nichts — als — Konsumenten. der sich in der kleinbürgerlichen Oppositionspresse und in den sonstigen großindustriellen und kommerziellen Intelligenz-Blättern austobt. Und ferner ist die Beziehung zwischen Zoll und Syndikat gleichfalls nicht so einfach, wie man das gern in Bausch und Bogen behauptet. Das festgefügteste, am tiefsten in das ökonomische Leben einschneidende deutsche Syndikat besteht, wie man weiß, inner-

halb der deutschen Kohlenproduktion. Jedoch der deutsche Kornzoll ist gleich 0,000." . . . . .

Es ist derselbe Trik, den wir soeben kennen gelernt haben. Statt eine bündige Antwort zu geben, wird die Frage auf ein anderes Gebiet gespielt. Doch diesmal geht es nicht ohne eine kleine Fälschung und Unterdrückung ab. Niemals ist innerhalb der sozialistischen Presse behauptet worden, daß „erst der Zoll" die Kartelle ermögliche. Wenn ein Zeitungsschmock uns Aehnliches entgegenhalten würde, würden wir ihn einen Narren und Ignoranten nennen. Aber Schippel, der, wie selten Einer, in der Parteiliteratur beschlagen ist, weiß sehr gut, muß es wissen, daß er hier der Partei einen Standpunkt unterschiebt, der ihr fremd ist. Die Kartelle sind ein Entwicklungsprodukt der kapitalistischen Konzentration, das durch keine handelspolitischen Maßnahmen aus der Welt zu schaffen ist. Daß die Schutzzölle die Kartellbildung begünstigen, ist wahr, und dies wird auch Schippel nicht bestreiten wollen. Allein das ist nicht der Kernpunkt der Frage. Wir bekämpfen die Schutzzölle nicht deshalb, weil sie zu Kartellen führen, sondern weil die Kartelle ihre Abwälzung auf den Konsumenten erleichtern. In der Hauptsache handelt es sich nicht darum, wie die Schutzzölle auf die Kartelle, sondern wie die Kartelle auf die Schutzzölle wirken. Und diese Wirkung ist, daß

sie durch Uebertragung der Zölle auf die Warenpreise eine indirekte Lohnminderung erzielen.

Schippel und die Partei sprechen zwei verschiedene Sprachen.

Wir sagen: die Zölle verteuern die Lebenshaltung des Arbeiters, — und Schippel antwortet: man darf die Zölle nicht vom Gesichtspunkt des Staatshaushaltes aus betrachten.

Wir sagen: die Kartelle verwandeln die Zölle in eine Verbrauchssteuer, — und Schippel antwortet: die Kartelle entwickeln sich auch ohne Zölle.

Und würde man ihm sagen: die Armee dient dem kapitalistischen Staat, um die Arbeiter zu knechten, — so würde er vermutlich antworten: Schnellfeuergeschütze schießen besser, als alte Kanonen!

Die Tatsache bleibt und ist von Max Schippel nicht widerlegt worden: die Arbeiter tragen die Kosten der Schutzzölle. Umso kritischer müssen sie sich zu der Frage verhalten: ob und inwiefern die Schutzzölle die Entwicklung der Produktion fördern.

Parvus.

Verantwortlich für Druck, Redaktion und Verlag
Richard Etzold, München 23.

Aus der Weltpolitik.

Sozialdemokratische Zeitungs-Korrespondenz.

VI. Jahrgang. Nr. 31. 2. August 1904.

Ein tolles Spiel.

Wp. Der Tod Plehwes bedeutet für den russischen Absolutismus soviel wie eine verlorene Schlacht. Der Eindruck in der öffentlichen Meinung ist nicht geringer, als der vom Untergang des „Petropawlowsk." Die Schwierigkeiten des Krieges steigen von Tag zu Tag. Welche Verwicklungen wird noch die nächste Zeit bringen? Welche Kraftanstrengungen, welche Ausgaben, welche Selbstaufopferung werden noch notwendig sein? Mehr denn je braucht das Reich einen Halt im Innern. Diesen aber hat es nicht. Das hat die Tötung Plehwes aufs neue offenbart. Der Krieg hat die Unzulänglichkeit des Systems nach Außen, der Tod Plehwes die Unerträglichkeit des Systems im Innern aufgedeckt. Ein blutiges Streiflicht fiel auf die Anarchie der russischen Zustände, und mit Staunen und Schrecken sieht man sich von außen diesen Knäuel der furchtbarsten Verwickelungen, diese gährende Masse, die mit den furchtbarsten Eruptionen droht, an.

Die Tat selbst bedarf keiner besonderen Erklärung. Sie kam nicht als Ueberraschung, eher als Erlösung. Sie wird von der gesamten Presse Europas, selbst von den Organen, die jeder revolutionären Regung, wo und wie sie auch geschehen mag, mit Furcht und Haß entgegensehen, als etwas selbstverständliches hingenommen. Eine Regierungspolitik, die jede politische Regung mit Gewalt niederschlägt, alle Ansätze zur Entwicklung eines politischen Volkswillens untergräbt, jeden Versuch der Bildung politischer Parteien im Keime erstickt, dem Volke alle Möglichkeiten der politischen Beratung, der Ausarbeitung und Vertretung eines politischen Programms abschneidet, eine Regierungspolitik, die — kurz und klar — das politische Handeln der Massen grundsätzlich nicht haben will und unmöglich macht, erzeugt Verzweiflungstaten Einzelner.

Allerdings, mit einer alleruntertänigst liberalen Opposition der Bourgeoisie würde sich der Zarismus schon vertragen haben, allein er fürchtet die revolutionären Massen, denen durch den Liberalismus eine freiere Bahn geöffnet worden wäre. Weil der russische Absolutismus die Sozialdemokratie nicht haben will, bekommt er den Terrorismus — und die Sozialdemokratie obendrein.

Denn es ist Tatsache, und die Regierung selbst hat es längst anerkennen müssen, daß trotz der unsäglichen Schwierigkeiten der Sozialismus auch in Rußland bereits die Arbeitermassen erfaßt hat. Es gab einen Augenblick, wo die russische Sozialdemokratie auch alle revolutionären Geister der Intelligenz zum Teil in ihre Cadres eingereiht, zum andern unter ihren moralischen Einfluß gestellt hat. Allein die Regierung zerstört jeden Augenblick die Organisationen, sie erschwert dadurch die Entwicklung der Parteidisziplin, die den Einzelnen dazu bringt, seine Gefühle der zielbewußten Taktik der Partei unterzuordnen, sie macht das Leben der Partei zu einer ununterbrochenen Aufeinanderfolge von Revolten, läßt keine anderen Mittel der politischen Geltendmachung zu, als die offene Auflehnung gegen die bestehende Ordnung reizt die empfindsamen Naturen bis zur Exaltation, treibt die stets ungeduldige revolutionäre Jugend, ganz besonders in den Kreisen der bürgerlichen Intelligenz, die nicht vom Sozialismus zu der revolutionären Auffassung, sondern von

der revolutionären Gesinnung zum Sozialismus gelangen, die Ereignisse durch eine persönliche Heldentat zu forcieren.

Der Terror ist immer das Werk Einzelner, selbst wenn diese sich verbinden und sich den Namen einer Partei beilegen. Er separiert sich von den Massen, die nur die Zuschauer bilden, ihm als Staffage dienen. Aber verfehlt wäre es, deshalb den ideellen Zusammenhang zwischen der terroristischen Aktion und der allgemeinen politischen Stimmung im Lande verkennen zu wollen. Der Terror in Rußland wäre unmöglich, hätte er nicht die öffentliche Meinung hinter sich. Es wäre unmöglich, daß eine Nation in schier endloser Reihenfolge ihre Märtyrer stellt, wenn diese sich nicht im Einklang fühlen würden mit den Stimmungen der Allgemeinheit. Das ist denn auch der Fall. Man mag den Terror als politisches Kampfmittel vom Parteistandpunkte aus verwerfen — und das tut die russische Sozialdemokratie —, so würde man doch nicht bestreiten können, daß jede terroristische Tat in Rußland wie eine Erlösung und wie ein Hoffnungsstrahl wirkt. Bleibt auch das politische System dadurch unberührt, so wirkt doch schon der Sturz der Persönlichkeit wie eine befreiende Tat innerhalb der allgemeinen Atmosphäre der aufgezwungenen Unterwürfigkeit und erhebt das Gefühl der geknechteten, zu Boden gedrückten Menschenwürde. Jeder terroristische Akt zeigt aufs Neue, daß man den Freiheitsdrang im Volke nicht ersticken kann.

Man hat das Zarenreich einen Koloß auf tönernen Füßen genannt. Der Krieg hat gezeigt, daß dieser Koloß auch tönerne Arme hat. Die militärische Schwäche und die politische Anarchie hängen aber innig zusammen. Der Parlamentarismus ist nicht blos ein liberales Prinzip, er ist das einzige politische System, unter dem der Staat bis jetzt seine größte Kraft hat entwickeln können. Ist Rußland nicht ein gewaltiges, reiches Land mit einer ungeheuren

Bevölkerung? Aber das politische System hemmt seine soziale Entwicklung. Man sehe, was ein parlamentarisches Japan innerhalb eines Menschenalters erreicht hat, und vergleiche das mit der Verwahrlosung der russischen Zustände — das zeigt den Unterschied des Systems. Ein parlamentarisches Rußland hätte längst eine ganz andere finanzielle und militärische Kraft entwickelt. Aber die Regierung, die alles sich unterordnen will, hindert die Entwicklung auf allen Gebieten. Die Büreaukratie herrscht und läßt nur das gelten, was ihr die Taschen füllt. Das Land wird vom Beamtentum geplündert. Alle Initiative auf dem Gebiete der Provinzial- und Kommunalverwaltung, ob es sich nun um Sanitätswesen, Volksschulen, Wegebauten oder sonst etwas handelt, wird mit Argwohn verfolgt und unmöglich gemacht. Der Adel hat alle höheren Beamten- und Militärposten inne und gilt noch immer rechtlich als der herrschende Stand. Die Geistlichkeit bildet einen Staat im Staate, eine hierarchisch gegliederte, fest zusammenhängende Organisation, die von der Regierung unabhängig ist und eine eigene Jurisdiktion besitzt. Die Gleichheit vor dem Gesetze ist durch eine Gerichtspraxis, die den Standesunterschieden, dem Ansehen, den Konnexionen, dem Reichtum der Person Rechnung trägt, zu einer Fiktion gemacht worden. Die Gewerbefreiheit ist durch Patente, Kaufmannsgilden und die Allgewalt der Polizei sowie den Formalismus der Büreaukratie eingeengt und verkümmert. Die Freizügigkeit ist durch das Paßsystem gehindert. Der Bauer ist an die Scholle gebunden, vom Gutsherrn ökonomisch abhängig, mit Steuern überlastet und der Willkürherrschaft einer besonderen Beamtenschaft unterstellt. Die Arbeiter sind nicht nur rechtlos, sondern durch Streik- und ähnliche Gesetze direkt geknechtet. Schließlich, wie soll ein Land sich zu einem Kulturstaat entwickeln, dessen Re-

gierung einen erbitterten Kampf mit den Schulen führt, eifrig bestebt, die Zahl der Gebildeten nicht über ein beschränktes Maß hinauskommen zu lassen?

Das Ergebnis dieses Systems ist, daß die Regierung isoliert, vollkommen losgelöst wurde vom Zusammenhang mit der Nation. Sie wird nur noch gefürchtet und gehaßt, findet keine Unterstützung in der Gesellschaft, stößt überall auf Mißtrauen, Mißwollen, Unlust und Schadenfreude. Sie hat einen fortwährenden Kampf um ihre Existenz auszukämpfen, darf keinen Augenblick wanken, in Nichts nachgeben, weil bei der geringsten Konzession sich der lauernde Sturm erhebt, drohend, das ganze System niederzureißen. Die fortgesetzte Anwendung der brutalen Gewalt, die Schreckensherrschaft ist zum Lebensprinzip dieser Regierung geworden. Unten die brodelnde Masse, aus der sich das Medusenhaupt der Revolution erhebt und ab und zu ein blutiger Arm in die Reihen der Regierenden greift, Tod und Schrecken verbreitend. Millionen Bauern, verhungert, verlumpt, in den Zustand gebracht, wo sie nichts mehr zu verlieren haben, erbittert und erbost, und in ihrer Verzweiflung, die zum Aufruhr reizt, nur noch durch Peitschen und Bajonette niedergehalten. Die Jugend in eine revolutionäre Begeisterung hineingetrieben, die sich über alle Opfer hinwegsetzt, Märtyrer und Helden schafft. Und im Hintergrunde die Arbeitermassen, die, vorsichtig tastend, sich erheben, Fühlung zu einander nehmen, bald einen Streik, bald einen Aufstand wagen und bereit sind, die Reihen zu schließen, um als eine entschiedene und entscheidende revolutionäre Armee in den Kampf zu treten.

Die Regierung wird neue Gewaltmaßregeln ergreifen. Sie kann nicht anders. Es gibt für sie kein Zurück mehr. Indessen sie aber den Schrecken im Lande verbreitet, schwindet ihre militärische Macht, das Einzige, worauf sie sich noch stützen kann, unter den Schlägen des siegreichen Feindes. Die Niederlagen haben die Unzulänglichkeit der Armeeleitung und die Rückständigkeit des politischen Systems vor allen Augen aufgedeckt. Schon gährt es im Offizierkorps. Unzufriedenheit und Unlust erfaßt die Soldaten. Die Armee wird demoralisiert. Was weiter?

Der Schrecken ohne Ende muß ein Ende mit Schrecken nehmen.

Der russische Absolutismus spielt ein tolles Spiel. Er will den Konstitutionalismus vermeiden und er erzeugt — die Revolution!

Verantwortlich für Druck, Redaktion und Verlag
Richard Etzold, München 23.

Aus der Weltpolitik.

Sozialdemokratische Zeitungs-Korrespondenz.

VI. Jahrgang. Nr. 32. 9. August 1904.

IV. Die Schutzzölle und der Weltmarkt.

Wp. Max Schippel betrachtet es als selbstverständlich, daß, wenn ein Industriezweig in seinen Warenpreisen gegenüber dem Auslande zurücksteht, d. h. nicht so billig verkaufen kann, er im Interesse der Förderung der Produktion durch Zölle geschützt werden muß. Allein die geringe Konkurrenzfähigkeit kann von verschiedenen und oft sehr widersprechenden Ursachen herrühren. Sie kann eine Folge der hohen Betriebskosten, oder auch der geringen Löhne sein, durch geringen Absatz, oder durch geringe Kapitalanlage, durch teuren Kredit, oder durch hohe Profitrate, durch hohe Bezugspreise der Rohstoffe, oder durch ihre Verteuerung durch den Zoll bedingt worden sein ꝛc. ꝛc. Daß es nicht im Interesse der Arbeiter liegt, niedrige Löhne noch extra durch Zölle zu konservieren, ist offensichtlich. Das liegt auch nicht im Interesse der Produktionsentwicklung, wie überhaupt die Konservierung rückständiger Betriebe. Also muß unterschieden werden.

Anderseits sind die Interessen der einzelnen Industriezweige innerhalb der kapitalistischen Produktion keineswegs solidarisch. Jeder Unternehmer will teuer verkaufen und billig einkaufen. Die Webereien wollen teuere Tuch- und billige Garnpreise, die Spinnereien und Webereien zusammen billige Eisen- und Maschinenpreise. die Eisenindustrie billige Kohlenpreise ꝛc. Jeder Fabrikant will Schutzzoll für sich und Freihandel für andere. Die Webereien verlangen die Beseitigung der Garnzölle, zusammen mit den Spinnereien sind sie für die Beseitigung der Zölle auf Eisen, Maschinen, Chemikalien, (Farbstoffe). Ueberall Interessenwidersprüche und Konflikte.

Wenn nun der grundlegende Fehler Schippels der ist, daß er anstatt der prolet. Klasseninteressen die unterschiedslose Produktionsentwicklung zum Ausgangspunkt seiner Betrachtungen macht, so ist sein zweiter Fehler, daß er die Produktionsentwicklung vom Standpunkt der einzelnen Industriebranchen oder sogar der einzelnen Industriellen betrachtet. Aber, freilich, dieser zweite Fehler ist zum Teil die Konsequenz des ersten: denn es gibt eben in der kapitalistischen Produktion kein einheitliches Produktionsinteresse. Darüber kommt man nicht hinweg, das liegt im Wesen der kapitalistischen Wirtschaft. Ob Freihandel oder Schutzzoll, immer gibt es an irgend einer Stelle Verluste und Schädigungen. Es kann sich also bei der Bestimmung der Handelspolitik selbst vom kapitalistischen Gesichtspunkte aus nicht um die Solidarität, sondern nur um ein Uebergewicht der Interessen handeln.

Will man sich ein Urteil über den Zusammenhang zwischen den Schutzzöllen und der Produktionsentwicklung bilden, so muß man den umgekehrten Weg beschreiten, als den Schippel geht: nicht vom Allgemeinen ins Einzelne, sondern von den Einzelheiten zum Allgemeinen übergehen. Nicht das Interesse der einzelnen Kapitalisten oder der

Kapitalistengruppe und nicht einmal das kombinierte Interesse der Kapitalistenklasse des einzelnen Landes ist maßgebend, sondern in Betracht müssen gezogen werden die allgemeinen Zusammenhänge der kapitalistischen Produktion auf dem Weltmarkte, die Wechselwirkungen und Rückwirkung sämtlicher kapitalistischen Länder.

Wie geht die Entwicklung des kapitalistischen Weltmarktes: führt sie zur Förderung der industriellen Entwicklung der einzelnen Länder, oder zu ihrer Unterdrückung? Stellt man jetzt diese Frage, so wird man um eine Antwort nicht verlegen sein, da die Tatsachen bereits das Problem gelöst haben. Anders war es noch bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts. Da schien es, als ob England sich das industrielle Monopol auf dem Weltmarkte gesichert habe. Das war eine Illusion. Aber selbst Friedrich Engels teilte diese Illusion. Um jene Zeit war es begreiflich, daß die bürgerlichen Politiker an den Staat appellierten, um mit Gewaltmitteln der englischen Handelsherrschaft zu wehren. Als solche Mittel erschienen die Schutzzölle. Gegenwärtig, da wir wissen, daß die kapitalistische Entwicklung selbst sich die Konkurrenz der einzelnen Länder erzeugt und großzieht, müssen wir über die Schutzzölle anders urteilen.

Wenn ein kapitalistisches Industrieland in Berührung kommt mit einem Lande, in dem die Industrie noch nicht entwickelt ist, so schafft es in diesem zunächst durch seine billigen Warenpreise einen Bedarf für Fabrikate. Es eröffnet ihm zugleich einen Absatz für seine landwirtschaftlichen Produkte und Rohstoffe und schafft dadurch Geld in das Land. Es überträgt direkt Geld in das neue Land durch Gewährung von Staatsanleihen, Eröffnung von Banken ꝛc. In diesem Land vollzieht sich eine Umwandlung aller Verhältnisse: die Bauern werden expropriiert, alles wird zu Geld gemacht. In gleichem Maße steigt der Warenmarkt des betreffenden Landes ganz enorm. Jetzt wird es vorteilhaft, dort Fabriken zu gründen. Der erste Vorteil ergibt sich schon aus der Nähe des Marktes, die die Transportkosten aus dem Auslande erspart, und aus der Kenntnis der einheimischen Verhältnisse, der Sprache, der Sitten ꝛc. Aber es fehlen noch die Technik, die Arbeiterschaft, die Komunikationsmittel. Wieder springt das ausländische Kapital helfend ein. Es schickt Maschinen, Arbeiter, Ingenieure, baut Eisenbahnen, Fabriken, Hütten. Bald hat das neue Land noch den Vorteil, daß es seine industriellen Betriebe nach dem neuesten Stand der Technik einrichtet, während jedes ältere Industrieland einen Ballast von alten Produktionsverfahren und rückständigen Betrieben mitschleppt. Nun hängt es nur noch von der inneren Politik des neu aufkommenden Industrielandes ab, wie schnell es sich entwickelt: von seiner Staatsverwaltung, von der Rechtssicherheit, von dem Ausbau der Kommunikationsmittel, davon, ob es für eine vernünftige Kommunalpolitik in den Städten sorgt, vom Schulwesen, von seiner Arbeiterpolitik. Die Entwicklung geht vor sich — mit oder ohne Schutzzölle.

Das ist in allgemeinen Zügen das Schema der Entwicklung, die sich immer von neuem wiederholt, wenn neue Länder in den kapitalistischen Weltmarktsverkehr gezogen werden. Es treten noch andere wichtige Momente hinzu, die die jungen Industriestaaten in Vorteil setzen gegenüber ihren Vorgängern, wie jene der Mehrwertsrate und der Profitbildung, doch können wir uns darüber in einem Zeitungsartikel nicht auslassen. Die Auffassung, daß die Schutzzölle notwendig sind, um entgegen der Weltmarktskonkurrenz nationale Industrien zu entwickeln, erweist sich als falsch, — vielmehr ist es gerade die Weltmarktskonkurrenz, die nationale Industrien schafft. Es ist einer der Charakterzüge der kapitalistischen Produktion, daß sie den Produktions-

prozeß selbst beweglich macht. Sie zerlegt ihn in einzelne Teile und verpflanzt ihn in alle Welten. Niemand hat die industrielle Entwicklung der andern Staaten mehr gefördert, als gerade England. Seit einem halben Jahrhundert lebt es nur noch davon, daß es Produktionsmittel ins Ausland liefert. Der größere Teil seiner Ausfuhr sind nicht Gebrauchsartikel, sondern Maschinen und Halbfabrikate.

Die industrielle Entwicklung eines Landes ist desto rascher und umfassender, je inniger seine Beziehungen zum Auslande sind. Die Gesetze des kapitalistischen Weltmarktes erfordern nicht Abschließung, sondern freien Verkehr.

Parvus.

Verantwortlich für Druck, Redaktion und Verlag
Richard Etzold, München 23.

Aus der Weltpolitik.

Sozialdemokratische Zeitungs-Korrespondenz.

VI. Jahrgang. Nr. 33. 16. August 1904.

Der Generalstreik.

Wp. Es sind sehr gewichtige Gründe und sehr trübe Erfahrungen, die gerade manchen Vertreter der radikalen Richtung der Sozialdemokratie in eine geharnischte Opposition zu der Idee des Generalstreiks treiben. Ich will es deshalb gleich vorwegnehmen:

Wer in dem Generalstreik eine ökonomische Machterblickt, um die Kapitalistenklasse niederzuzwingen, geht einer Illusion nach.

Diese Illusion kann mehr als sonst ein Traumgedanke für die Partei verderblich werden, da sie nur zu leicht geeignet ist, die Aufmerksamkeit des Proletariats von den politischen Bedingungen seiner Kraftentwicklung abzulenken. Klar und scharf zeigte das Jules Guesde auf dem französischen Kongreß. Was er sagte, ist wahr, — und doch, was er will, das ist falsch.

Es ist das verhängnisvolle der Generalstreikidee, daß ihre Durchführung auf den ersten Blick ungemein einfach erscheint. Der Arbeiter weiß, daß er ausgebeutet wird. Also, er lasse sich nicht ausbeuten. Wenn es alle Arbeiter tun, werde den Ausbeutern der Boden entzogen, auf dem sie stehen; es bleibe den Kapitalisten nichts übrig, als abzudanken. Ebenso einfach wie das Kampfesmittel erscheint der Weg, es durchzusetzen. Es handle sich offenbar nur darum, eine Verständigung unter den Arbeitern zu erzielen. Demnach komme es auf die Propaganda an. Alles andere tritt in den Hintergrund. Vor allem die parlamentarische Tätigkeit mit ihren nutzlosen Bemühungen und ewigen Enttäuschungen, auch die politische Agitation mit ihrem Kleinkram, ihren tausenderlei Einzelfragen, um die sie kämpft — das alles sei Zeitvergeudung und direkt schädlich, weil es das Interesse des Proletariats zersplittere, statt es auf den einen entscheidenden Punkt zu konzentrieren.

Selbst dem gewerkschaftlichen Kampf steht die Idee der ökonomischen Macht des Generalstreiks hinderlich im Wege. Sie ist sogar geschichtlich zuerst als Produkt der gewerkschaftlichen Schwäche entstanden. Solange die Gewerkschaften in den einzelnen Berufen noch nicht stark genug sind, ihre Kämpfe selbst durchzukämpfen, kommt regelmäßig der Gedanke auf, es auf dem Wege des allgemeinen Streikes zu versuchen. Das hat aber ebenso regelmäßig nur von dem Weg abgelenkt, der einzig zur Entwickelung der gewerkschaftlichen Macht führt, vom Ausbau der Berufsorganisation.

Die naivste Vorstellung vom Generalstreik ist die, daß man auf diese Weise die Kapitalistenklasse aushungern könnte. Geschweige schon, daß man, um eine derartige Hungerkonkurrenz durchzuführen, nicht nur sämtliche Arbeiter der Nahrungsmittelbranchen, inclusive die Armeebäckereien, sondern auch die Landarbeiter, die Bauern, die Dienstmädchen, die Hausfrauen der kleinen Bourgeoisie und des Bauerntums mit für den Streik gewinnen müßte, so müßte es ein Weltstreik sein, der alle Länder zugleich

erfaßt, weil sonst den Kapitalisten immer der Ausweg bliebe, Nahrungsmittel vom Ausland zu beziehen, oder, noch besser, sich nach dem Ausland zu begeben, um dort in aller Gemütsruhe abzuwarten, bis der Hunger die Arbeiter zur Raison bringt.

Viel ernster ist die Wirkung des Generalstreiks auf die Produktion aufzufassen. Immerhin aber ist ein partieller Massenstreik für die Fabrikanten sicher verderblicher, als es der Generalstreik sein könnte. Denn der meiste Schaden für die Kapitalisten bei einem Streik entsteht dadurch, daß sie ihre Lieferungsverträge nicht zum Termin ausführen, ihre Geldverpflichtungen nicht begleichen können und ihnen die Aufträge von der Konkurrenz weggeholt werden — aber wenn die gesamte Industrie von dem Streik ergriffen ist, wird unter den einzelnen Kapitalisten in Bezug auf die eingegangenen Lieferungs- und Zahlungsverpflichtungen ein Arrangement getroffen und auch die Konkurrenz wird ausgeschaltet. Die Kapitalisten könnten dann umso ruhiger das Ende des Streiks, der desto kürzer dauern wird, je umfassender er ist, abwarten, als sie sicher sein können, daß die Steigerung des Warenbedarfs infolge der zeitweiligen Unterbrechung der Produktion ihnen nach dem Streik die erlittenen Verluste vermutlich noch mit Profit einbringen wird.

Der Grundirrtum dieser Auffassung des Generalstreiks, die in ihm ein Mittel zur wirtschaftlichen Niederzwingung der Kapitalistenklasse erblickt, besteht darin, daß man sich das Verhältnis zwischen Kapital und Proletariat als ein rein persönliches vorstellt: auf der einen Seite ein Häuflein Millionäre, auf der anderen die Millionen Arbeiter, die nur zu wollen brauchen, um sich nicht ausbeuten zu lassen. Man übersieht, daß die beiden Parteien, die Kapitalisten und die Proletarier, in einem gesellschaftlichen Produktionsprozeß stecken, der über die einen wie über die andern herrscht. Das Tragische an dem Schicksal des Proletariers ist noch nicht einmal, daß er ausgebeutet wird, sondern daß er sich innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft ausbeuten lassen muß, um existieren zu können.

Der Generalstreik in dem obengekennzeichneten Sinne ist eine Taktik der Passivität, das Proletariat braucht aber zu seiner Befreiung vor allem Aktivität. Es darf sich nicht dem ökonomischen und politischen Getriebe entziehen, sondern es muß mitten in diesem seinen Kampf ausfechten. Nicht mit gekreuzten Armen und dem Fatalismus der Verzweiflung, sondern mit erhobener Faust und offenem Sinn und kühnem Mut erkämpft sich das Proletariat seine Befreiung. Man kann sich der Ausbeutung nicht durch die Flucht entziehen — höchstens in den Tod — man muß sie beseitigen. Es gilt, nicht bloß den Willen der Kapitalistenklasse zu brechen, sondern die Produktionsform zu ändern. Das Proletariat kann die kapitalistische Produktion nicht lahmlegen, sondern es muß sie mit Hilfe der politischen Gewalt erobern.

Betrachtet man den Generalstreik von diesem Gesichtspunkte, nicht als sozialrevolutionäres Mittel außerhalb der Politik, sondern als Kampfesmittel des Proletariats auf dem Wege der Eroberung der politischen Gewalt, so gewinnt er sofort eine ganz andere Tragweite und Bedeutung.

Der Generalstreik als politischer Massenstreik wendet sich nicht gegen die ökonomische Macht der Kapitalistenklasse, sondern gegen die politische Macht des kapitalistischen Staats. Er muß insoweit allgemein sein, als nötig ist, um wenigstens die bedeutendsten Produktionsbranchen und Verkehrsmittel zum Stillstand zu bringen. Dann ist seine bedeutendste Wirkung die Desorganisation des Staates. Der

Einfluß einer allgemeinen Arbeitseinstellung auf die Funktionen des Staats wäre viel tiefer und umfassender, als wenn es z. B. gelungen wäre, eine allgemeine Steuerverweigerung durchzusetzen. Ohne Barmittel kann der Staat lange auskommen, nicht aber ohne Eisenbahnen, Posten und Telegraphen. Wenn der Eisenbahnverkehr stecken bleibt, weil das Personal streikt, die Kohlenlieferung aufhört ꝛc., so hört vor allem die Beweglichkeit der Armee auf. Die Garnisonen bleiben an ihren Standorten, können nicht mehr auf telegraphische Ordre binnen wenigen Stunden nach einem beliebigen Platze zusammengezogen werden. Wird dadurch die Verwendbarkeit der Armee gegen den inneren Feind beeinträchtigt, so begegnet anderseits die Regierung unter der Verkehrs- und Produktionsstockung des Generalstreiks immer größeren Schwierigkeiten bei der Verpflegung der Armee. Daß zugleich auch der Verwaltungs-, Justiz- und Steuerapparat in Verwirrung gerät, ist leicht einzusehen. Unzufriedenheit und Verdruß machen sich geltend in der Armee und zugleich wächst die allgemeine Gährung. Der Generalstreik übt eine ungeheure moralische Wirkung. Alle Verhältnisse werden unsicher, alles gerät in Aufruhr, die gesamte Nation wird von den hochschlagenden Wogen der Politik erfaßt. Der Generalstreik bricht mit dem Schlendrian des Werktaglebens. Er zwingt selbst den Indifferentesten die politische Diskussion und die politische Aktion auf. Wie der Krieg Hunderttausende aus der ökonomischen Tretmühle herauszieht und sie vor politische Aufgaben stellt, mit ihnen das gesamte Volk in politische Aufregung versetzt, so schafft die Mobilisierung der proletarischen Armee zum Generalstreik eine allgemeine politische Unruhe, steigert alle Kräfte der Politik, bringt sie in den schroffsten Gegensatz zu einander und macht eine grundsätzliche Lösung unvermeidlich. Diese findet schließlich in einer Auseinandersetzung zwischen Volk und Militär statt, dessen Disziplin indessen desto mehr erschüttert und gelockert wird, je allgemeiner der Streik und je länger er anhält. Entweder der Generalstreik wird blutig niedergeschlagen, oder das Militär stellt sich auf die Seite des Volkes — dann bekommt dieses die Herrschaft im Staate und setzt mit Hilfe der politischen Gewalt seine Ziele durch.

Der Generalstreik in diesem Sinne ist nichts anderes, als die unbewaffnete Revolution.

Von den Revolutionen, wie wir sie bis jetzt kennen gelernt haben, unterscheidet sich aber der Generalstreik nicht nur dadurch, daß er von vorneherein auf einen bewaffneten Widerstand gegenüber dem Militär verzichtet. Die Revolution richtete sich gegen die Regierung — der Generalstreik wendet sich gegen den Staat. Die Revolution konzentrierte sich auf die Hauptstadt — der Generalstreik setzt im ganzen Lande ein. Die Revolution vereinigte die Massen erst an den Barrikaden und auf den Straßen — der Generalstreik läßt sich nur mit Massen durchführen, die von Haus aus organisiert sind. Die Revolution hatte zur Vorbedingung eine allgemeine Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik — der Generalstreik hat außerdem zur Voraussetzung die Entwicklung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie und die Verbreitung der sozialistischen Ideen in der Armee.

Der Generalstreik ist die proletarische Revolution.

Parvus.

Verantwortlich für Druck, Redaktion und Verlag
Richard Etzold, München 23.

Aus der Weltpolitik.

Sozialdemokratische Zeitungs-Korrespondenz.

VI. Jahrgang. Nr. 34. 24. August 1904.

Die französischen Streitigkeiten.

Wp. Die Gegensätze, die in der sozialistischen Arbeiterbewegung Frankreichs aufeinander stoßen, gründen nicht in der verschiedenen Wertschätzung der Demokratie, wie es Jaurès darzustellen suchte. Schon seine Fragestellung — Republik oder Monarchie — ist falsch. Die Zeiten sind längst vorbei, wo die Republik identisch war mit der Demokratie. Das Schwergewicht der demokratischen Konstitution liegt nicht darin, ob erblicher Herrscher oder gewählter Präsident, sondern in dem Verhältnis zwischen der Regierungsgewalt und dem Parlament einerseits, zwischen dem Parlament und der Wählerschaft andrerseits. Je stärker die Regierungsgewalt, je beschränkter das Wahlrecht, desto reaktionärer die Staatspolitik. Beides läßt sich in einer Republik ebensowohl erreichen, wie in einer Monarchie. Die Bourgeoisie, die in ihrer revolutionären Periode auf eine Einschränkung der Regierungsgewalt hinarbeitete, erstrebt seit mehr als einem halben Jahrhundert, aus Furcht vor dem Proletariat eine Stärkung der Regierungsgewalt. Nicht die Regierungsform, sondern die Feigheit und die Angst der Bourgeoisie ist es, die in Deutschland zu einer ungeahnten Stärkung der monarchischen Gewalt geführt hat; denselben Ursachen entspringt auch die Vorherrschaft des preußischen Junkertums. Die Bourgeoisie braucht eine starke Regierungsgewalt im Kampfe gegen das Proletariat, sie braucht sie auch, um ihre eigenen Konkurrenzkämpfe militärisch auszutragen. Die Bourgeoisie will nicht mehr eine vom Volke abhängige und eine billige Regierung, sie will eine Regierung, reich ausgestattet mit Finanzmitteln und gestützt auf ein gewaltiges und gewalttätiges Heer. So sehen wir, wie in der nordamerikanischen Republik die Entwicklung eines kapitalistischen Militarismus zu einer auffallenden Stärkung der Regierungsgewalt führt. Das Gleiche ist die Wirkung des englischen Imperialismus. Die Bedeutung der Parlamente sinkt, in den Monarchien wie in den Republiken, die Politik wird immer mehr von der Regierung gemacht. Und wie lange ist es her, daß in den Reihen der französischen Bourgeoisie der Ruf allgemein war nach einer Regierung der „starken Faust?“ Man erinnere sich an Casimir Perier und an Dupui. Was ist nun seitdem in Frankreich geschehen? In der Beurteilung der politischen Entwicklung, der Taktik der Bourgeoisie und der politischen Aufgaben des Proletariats dem gegenüber liegt der Unterschied der Ansichten. Man ist — in der Theorie — einig, daß das Proletariat Klassenpolitik treiben muß, — aber wie soll sich diese Klassenpolitik unter den gegebenen konkreten Verhältnissen gestalten? Das ist die Frage.

Die Entwicklung des Sozialismus in Frankreich ging zweifellos in der Richtung der Konsolidierung einer sozialrevolutionären Partei. Mit der Affäre Dreyfuß trat eine Wendung ein, die zur Uneinigkeit und zur Zersplitterung der Kräfte führte. Jetzt gehört die Affäre Dreyfuß selbst der Vergangenheit an. Wir wollen nunmehr ver-

suchen, sie geschichtlich zu erklären. Das wird ein Licht werfen auf die gegenwärtige politische Situation.

Der Krieg von 1870—71 hat eine entgegengesetzte Wirkung ausgeübt auf Deutschland und auf Frankreich. Seine Folge für Deutschland war die Diskreditierung des Nationalismus; seine Folge für Frankreich die Stärkung des nationalen Gedankens. Die lange ersehnte und mit vielen Opfern der Revolution und der Kriege erlangte deutsche Einheit führte zur kapitalistischen Plutokratie und zur Verpreußung Deutschlands. Die Siege, die das Volk erfochten hatte, kamen nur den Kapitalisten zugute. Die Tatsachen haben bewiesen, daß es innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft keine Gemeinsamkeit der nationalen Interessen gibt. Die Arbeitermassen sonderten sich immer mehr vom Staat mit seinen nationalen Aufgaben der Bourgeoisie ab. Damit zugleich stieg die Opposition gegen die sich rasch mehrende Last des Militarismus und gegen die Steuern. Dieser Opposition verdankt ja auch die deutsche Sozialdemokratie ihre meisten Erfolge. In Frankreich dagegen erweckten die Niederlagen des Krieges die Illusion der nationalen Solidarität. Frankreich wurde von Preußen unterdrückt — hier war ein Feind, gegen den die Nation zu kämpfen hatte. Es entstand der Revanchegedanke. Das führte zur Glorifizierung der Armee. Der Militarismus wurde zu einer Sache der nationalen Ehre und mit ihm wurden auch die Steuern willig getragen. Die Hauptmomente der politischen Agitation der deutschen Sozialdemokratie fielen für Frankreich weg. Die Armee bekam in Frankreich eine Sonderstellung, wie in keinem anderen Lande. Sie wurde zu einem Rührmichnichtan, an das sich niemand heranwagte. Sie wurde zum Ziel und Zweck des Staates. Sie wurde selbst zu einem Staat im Staate. Aber die Armee in der Gesellschaft der kapitalistischen Klassenteilung ist das Offizier-

corps. Und das Offiziercorps gipfelt im Generalstab. Der französische Generalstab dünkte sich selbstherrlich. Gerade die republikanische Staatsform trug ihren Teil dazu bei: der Generalstab dünkte sich über der Nation und sah keinen Willen über sich. Das Interesse der Armee geht über alles und was das Interesse der Armee ist, bestimmt der Generalstab. Die Autorität des Generalstabes ist die Autorität der Armee. Um diese zu verteidigen, kennt der Generalstab keine Rücksichten. So war der Boden vorbereitet, für die Affäre Dreyfuß.

Indessen vollzog sich im Laufe der Jahrzehnte in Frankreich eine bedeutende soziale und politische Entwicklung.. Die Zusammensetzung der Nation veränderte sich, das Proletariat bekam das numerische Uebergewicht. Die Isolierung des Bauerntums wurde durch die Entwicklung der Verkehrsmittel aufgehoben. Die Industriearbeiter wandten sich immer mehr dem Sozialismus zu. Die chauvinistische Bourgeoisie, die so gern mit dem Säbel rasselte, fühlte doch die Schrecken des Krieges zu sehr in den Gliedern, um ihn ernstlich zu wagen. Der Revanchegedanke verblaßte und verflaute in den langen Jahren der Untätigkeit. Schon der Boulangismus hat gezeigt, daß man auf dem Chauvinismus keine politische Herrschaft in Frankreich mehr aufbauen kann. Die Zeit war gekommen, wo auch in Frankreich eine Opposition gegen den Militarismus sich erheben durfte. In diese Zeit fiel die Affäre Dreyfuß.

Das Charakteristische an dieser Affäre ist gar nicht die Verurteilung eines Unschuldigen, sondern daß diese Verurteilung zu einem Kampf zwischen dem Generalstab und dem Staat führte. Der Generalstab setzte sich bekanntlich über alle geschriebenen und ungeschriebenen Gesetze hinweg. Daß dies möglich war, erklärt sich aus der von uns oben gegebenen Charakteristik. Um die Affäre Dreyfus grup-

pierten sich nun verschiedene idealistische und politische Interessen. Die einen kämpften aus Mitleid mit dem armen Verbannten auf der Teufelsinsel, die anderen im Namen der individuellen Gerechtigkeit, die dritten im Namen der absoluten Gerechtigkeit, wieder andere, um der Wahrheit zum Triumphe zu verhelfen, um die Korruption in der Armee zu beseitigen, im Namen eines ideologisch geläuterten Nationalismus, um die Autorität der bürgerlichen Gesetze aufrechtzuerhalten, um Recht und Gerechtigkeit im bürgerlichen Staat wieder zur Geltung zu bringen. Unser Kampf mußte offenbar weit darüber hinausgehen. Für uns war die Hauptsache nicht die Restituierung der bürgerlichen Gerechtigkeit — obwohl wir unter der Willkür mehr leiden, als unter den bürgerlichen Gesetzen — die Hauptsache war für uns die Kritik dieser bürgerlichen Gerechtigkeit, die Kritik des Chauvinismus, des Nationalismus uns des Militarismus. Und da war der erste verhängnisvolle Fehler, daß man, statt diese beste Gelegenheit, den kapitalistischen Staat anzugreifen, sich zu Nutze kommen zu lassen, eine Pflicht für sich entdeckt hat, den kapitalistischen Staat zu schützen, daß man sich auf Seiten der zivilen Gewalt des kapitalistischen Staats in ihrem Kampf gegen die militärische Gewalt des kapitalistischen Staats gestellt hat, statt beide zu bekämpfen.

Man sagt, die Republik mußte gerettet werden. Wenn auch, dann führte uns unser Weg erst recht nicht ins Ministerium, sondern zu den Massen. Nicht durch die Zusammensetzung des Ministerkabinetts wird die Staatsform bestimmt. In Wirklichkeit brachen die Staatsstreichgelüste der Generalstäbler an ihrer eigenen Ohnmacht zusammen, nicht einmal an dem Widerstand der Bourgeoisie, die in der Zwickmühle zwischen Staatsstreich und Revolution, die Arbeiter noch mehr fürchtend, als die Prätorianerherrschaft,

nur jämmerlich schrie, ohne zu handeln, bis die Bewegung aus Mangel an Interesse in den Volksmassen sich selbst aufzehrte. Das Ganze war eine Farce, gerade gut genug, um dem Bramarbas Deroulède Gelegenheit zu einem Zirkusauftritt in der Rolle des dummen August zu verschaffen. Nicht die Republik wurde gerettet durch den Eintritt Millerands in das Ministerium, sondern die Autorität der bürgerlichen Regierung. Die Interessen der proletarischen Revolution wurden preisgegeben im Interesse des bürgerlichen Radikalismus.

Und Militarismus und Nationalismus, mit einer dünnen Sauce demokratischer Ideologie überzogen, erwachen zu einem neuen Leben. Der bürgerliche Staat gibt sich jetzt den Anschein einer politischen Reformtätigkeit. Es entsteht die Illusion, als ob es nicht auf die Staatsform, sondern auf die Regierungsform ankomme. Diese Illusion wird von einem Teil der französischen Sozialisten mit Jaurès an der Spitze durch ihre Uebertreibung der Bedeutung der politischen Form der Republik reichlich genährt. Aber die erste Vorbedingung der politischen Demokratie ist die Demokratisierung der Armee. Hier mußte eingesetzt werden. Dafür ist aber der bürgerliche Radikalismus nicht zu haben, denn er braucht die Sonderstellung der Armee im Kampf gegen das Proletariat. Statt dessen sucht er für seine Reformtätigkeit ein Gebiet heraus, auf dem er Bourgeoisie und Proletariat um sich vereinigen kann. Solcherart ist sein Kampf gegen den Klerikalismus. Gewiß liegt der Kampf gegen die Pfaffenherrschaft im Interesse der Arbeiter, aber dieses Interesse ist nur ein untergeordnetes gegenüber dem Kampf gegen den kapitalistischen Staat. Hier, wie bei der Auseinandersetzung mit dem Generalstab, handelt es sich für uns nicht darum, in die politischen Dienste des bürgerlichen Radikalismus zu treten, sondern diesen,

indem wir ihn bekämpfen, durch unsere Kritik auf dem von ihm betretenen Wege immer weiter zu treiben.

Jaurès bildet sich ein, Einfluß auf die bürgerliche Regierung gewonnen zu haben, — in Wirklichkeit leistet er ihr nur Landsknechtdienste. Die Bourgeoisie kann zufrieden sein mit der Sachlage: sie bekommt ihre Zölle, ihre Steuern, ihr Militär, sie treibt ungehindert Kolonialpolitik, und wenn sie es wünschte, kann sie auch Krieg führen; ihre Regierung wird von der Sozialdemokratie uneigennützig geschützt. Wenn die deutsche Regierung in der Sozialdemokratie eine so angenehme Opposition fände, so würde sie auch gegenüber dem Sozialismus viel milder gestimmt sein. Und da zugleich die französische sozialistische Bewegung durch den inneren Zwist in ihrer Entwicklung gehemmt wird, so kann sich das Kapital in Frankreich keine bessere Politik wünschen.

Was Jaurès für das Ergebnis der Stärke der Partei hält, ist in Wirklichkeit nur das Produkt ihrer Schwäche. Nur weil die französische Bourgeoisie den verneinigten französischen Sozialismus jetzt weniger fürchtet, gestattet sie sich den Luxus demokratischer Allüren und des Antiklerikalismus. Wenn der französische Sozialismus sich einigen und von neuem eine kräftige Entwicklung der Partei ansetzen wird, so wird der politische Radikalismus der französischen Bourgeoisie sich im Nu verflüchtigen und sie wird auch mit dem lieben Herrgott und mit der Kirche ihren Frieden schließen.

Der Beschluß des Internationalen Kongresses hat zum Ziele, die französischen Arbeiter auf den Weg der sozialrevolutionären Entwicklung zu verweisen. Das ist der Weg des Kampfes und der Gefahren, aber auch der einzige, der zum Ziele führt.

Parvus.

Wp. **Ein nationalliberaler Mummelgreis** in dem Leipz. Tagebl. findet professoraler Logik heraus, daß, wenn die Arbeiter beim Generalstreik verhungern würden, sie nicht mehr in der Lage sein würden, den Staat umzustürzen. „Derselbe Generalstreik, der ökonomischen Mißerfolg hat, muß auch politisch Fiasko machen" — meint er. Erfolg oder Mißerfolg ist stets das Verhältnis zwischen der Aufgabe, die man sich stellt, und der Leistung, die man vollbringt. Wenn man sich zur Aufgabe stellt, durch den Generalstreik die ökonomischen Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft aus den Angeln zu heben, ist der Mißerfolg sicher, — anders aber, wenn man mit Hilfe des Generalstreiks die politische Form der kapitalistischen Herrschaft sprengen will. Wir wollen es gar nicht auf die Probe ankommen lassen, wer länger aushält, der hungrige Magen oder der volle Beutel, wir wollen die Lösung viel früher und auf eine ganz andere Weise herbeiführen. Auf zweierlei wird beim Generalstreik abgesehen: auf die Zerrüttung des Staatsmechanismus und auf das Solidaritätsgefühl der Arbeiter in der Armee. Daß ein Massenstreik, besonders in den Verkehrsanstalten, eine gewaltige Wirkung auf den Staat ausüben würde, ist offensichtlich und wird von Niemand bestritten. Darum auch die drakonischen Maßregeln, die der Staat ergreift, um die Organisationsbestrebungen der Eisenbahner und Postunterbeamten zu hintertreiben, darum auch die Angst der Bourgeoisie von jeder selbständigen Regung in diesen Kreisen. Bei unserem superklugen Mummelgreis im Leipz. Tagebl. geht diese Angst soweit, daß er sogar die darauf bezüglichen Auslassungen meines Artikels, auf den er sich bezieht, sorgfältig unterdrückt. Und was die Armee anbetrifft, so trägt ja die Regierung wie die Bourgeoisie eine große Zuversicht zur Schau. Aber wir können es schon darauf ankommen lassen: die Herrschenden rechnen mit der Treffsicherheit der Gewehre, wir mit den Gesinnungen der Soldaten — ob heute oder morgen, die Entscheidung muß zu unsern Gunsten ausfallen.

Parvus.

Die Fortsetzung der zollpolitischen Artikel erscheint nächste Woche.

Verantwortlich für Druck, Redaktion und Verlag
Richard Etzold. München 23.

Aus der Weltpolitik.

Sozialdemokratische Zeitungs-Korrespondenz.

VI. Jahrgang. Nr. 35. 30. August 1904.

Die Sozialdemokratie und die Zölle.

V. Die deutsche Industrie und die Zölle.

Wp. In Deutschland hat sich die Industrie unter einem relativ mäßigen Schutzzoll entwickelt, und zwar am schnellsten und stärksten dort, wo die Zölle am geringsten waren: in Sachsen. Der Zollverein hat im wesentlichen die preußischen Zölle übernommen. 1840 ließ er Erhöhungen eintreten, 1865 dagegen starke Zollermäßigungen — die Folge der letzteren Maßregel war, wie auch vor unseren Augen 1893, ein starkes Aufblühen der Industrie. Die neue deutsche Schutzzollbewegung setzte bekanntlich 1879 ein, aber erst der neueste deutsche Schutzzolltarif von 1903 schafft ein richtiges industrielles Hochschutzzollsystem. Wie ist nun das zu erklären? Ist die deutsche Industrie seit Jahrzehnten schwächer geworden, statt zu erstarken? Ist sie jetzt dem Auslande gegenüber weniger konkurrenzfähig, als sie es 1892 und selbst 1865 war? Nein, im Gegenteil, wir brauchen es nicht erst durch statistische Zahlen zu belegen, da es allgemein bekannt ist, daß die deutsche Industrie eine mächtige Entwicklung durchgemacht hat und gegenwärtig im Inlande wie auf allen Märkten der Welt erfolgreich mit dem Auslande konkurriert. Woher kommt nun auf einmal diese schutzzöllnerische Bewegung der Industrie? Was steckt dahinter?

Schippel ignoriert diese Fragen. Sie existierten für ihn nicht. Er macht sich darüber keine Gedanken. Ihm genügt schon das Interesse der Industriellen an den Schutzzöllen, dieses nimmt er unbesehen als Gesetz der kapitalistischen industriellen Entwicklung an. Untersucht man aber kritisch dieses neue Schutzzollinteresse der deutschen Industriellen, wie es entstanden ist und worauf es sich stützt, so gelangt man zu ganz anderen Ergebnissen.

Wir haben es vor allem mit einem Produkt der gewaltigen Konzentration der Betriebe, die die industrielle Entwicklung mit sich gebracht hat, zu tun.

So lange die Industrie noch zersplittert ist, kann es vorkommen, daß selbst der geschützte Industriezweig das Interesse an den Schutzzöllen verliert. Ist die inländische Konkurrenz groß, so können sich die Fabrikanten in einer derartigen Weise gegenseitig unterbieten, daß der Inlandspreis unter den Weltmarktspreis sinkt. Dann haben die Fabrikanten der resp. Branche keinen Vorteil mehr vom Zoll auf ihr Fabrikat und nur noch den Schaden von den übrigen Zöllen, die ihnen die Roh- und Hülfstoffe und die Lebensmittel der Arbeiter verteuern. Die Interessen der Verbilligung der Produktion und des Exports treten für sie in den Vordergrund und sie werden freihändlerisch.

Nun hat aber in Deutschland in den wichtigsten Produktionszweigen eine derartige Konzentration der Betriebe stattgefunden, daß ein Ueberblick der Produktion und eine gegenseitige Verständigung der Fabrikbesitzer möglich geworden war. Es bildeten sich Kartelle, die die Konkurrenz innerhalb der kartellierten Fabrikationsbranche ausschalten. Dadurch ist für die Industriellen eine ganz andere Art entstanden, die Schutzzölle zu handhaben.

Sehen wir uns z. B. die Eisenindustrie an. Zu gleicher Zeit mit ihrer schärfsten Agitation um die Erhöhung der Eisenzölle schaffte sie Hunderttausende Tonnen des deutschen Eisens ins Ausland, wo sie die gesamte Konkurrenz auf dem Markte schlug. Also nicht die Furcht vor der ausländischen Konkurrenz war es, die hier den Wunsch nach Zollschutz erzeugte. Aber das Häuflein Eisenindustrieller beherrscht den inländischen Markt. Gedeckt durch den Zoll gegen das Ausland, können sie im Inlande ungehindert die Preise steigern. Der Zoll ist also in den Händen der kartellierten Industrie eine Steuer, die sie den Käufern ihrer Waren auferlegt.

Diese Steuer ist umso verderblicher, wenn sie nicht auf Gebrauchsartikeln, sondern, wie gerade bei der Eisenindustrie, auf Rohstoffen und Produktionsmitteln lastet. Sie verteuert dadurch die gesamte industrielle Produktion, macht die inländische Industrie weniger konkurrenzfähig gegenüber dem Auslande. Dabei treiben gerade in Deutschland die Kartelle die brutalste Preispolitik, die man sich nur denken kann. Zu Zeiten des industriellen Aufschwungs scheuen sie sich nicht, die Produktion so einzuschränken und die Preise so zu steigern, daß trotz der Zölle, die Zufuhr vom Auslande vorteilhaft wird; während der Krisis verschleudern sie lieber ihre Waren im Auslande und halten die hohen Preise im Inlande aufrecht, — in beiden Fällen arbeiten sie also direkt der inländischen Produktionsentwicklung entgegen.

Alle Verteidiger der Schutzzölle wußten, daß sie konservativ wirken, sie beriefen sich nur als Gegengewicht dazu auf die mit der Entwicklung der Industrie im Inlande sich steigernde Konkurrenz. Wie man auch sonst über den Einfluß der Schutzzölle urteilen mag, im Zusammenhang mit den Kartellen werden sie zu einer reaktionären Maßregel,

die die Produktionsentwicklung hemmt, den Anreiz zur technischen Vervollkommnung schwächt und die Tendenz hat, die Industrie so zu konservieren, wie sie sie übernommen. Das ist die Stagnation, die die Industrie ins Hintertreffen auf dem Weltmarkt führen muß, statt sie vorwärts zu bringen. Ein sehr hoher Schutzzoll kann unter diesen Umständen sogar eine rückläufige Bewegung bedingen: es wird vorteilhaft, die Produktion einzuschränken, statt mit möglichst hohem Absatz zu rechnen, sucht der Kapitalist möglichst großen Profit von geringem Absatz herauszuschinden, er hält mit neuen Kapitalanlagen zurück, sucht dagegen die Produktionskosten zu verringern, wenn auch auf Kosten der Güte des Fabrikats, setzt die Arbeitslöhne herunter, soweit es nur irgend möglich ist — es berührt ihn wenig, wenn darunter die Fabrikation leidet, denn er hat ja seine gesicherten Preise. Der Schutzzoll wird direkt zu einer Prämie auf den Rückstand.

Die kartellierten Industrien sind in Deutschland die Hauptstützen des Schutzzolls. Anderseits sind eine Reihe Industrieller mit stark überwiegendem Export freihändlerisch. Die Anderen schwanken zwischen Schutzzoll und Freihandel. Da aber ihnen die Produktion durch den Schutzzoll der kartellierten Industrien verteuert wird, so kommen sie auf den Ausweg, durch den Zoll ihrerseits eine Preiserhöhung anzustreben, um die künstlich erhöhten Produktionskosten zu decken. So zieht Eins das Andere nach sich und Zoll entsteht aus Zoll.

Ein weiteres Moment, das den neuen deutschen Hochschutzzoll mit bedingt hat, liegt auf einem ganz anderen Gebiet.

Schippel spottet in seinen Artikeln über die vulgäre agitatorische Art, in allen Dingen nur den bösen Willen oder die Dummheit der bürgerlichen Parteien und der Regie-

rung zu erblicken. Er selbst suche vielmehr nach den allgemeinen Gründen, nach den ökonomischen Triebfedern der kapitalistischen Politik. Das ist gewiß sehr anerkennenswert, vorausgesetzt, daß man die Methode zu gebrauchen versteht, doch auf keinen Fall ist es ausreichend, um die kapitalistische Tagespolitik und im besonderen die Politik der deutschen Reichsregierung zu erklären. Da greifen noch eine ganze Menge anderer Faktoren, auch persönlicher Natur ein, worunter die Dummheit keine geringe Rolle spielt. Nicht hinter jedem Gesetz und Regierungsakt, nicht hinter jedem parlamentarischen Votum stecken die Gesetze der Weltgeschichte, die großen Triebfedern der kapitalistischen Produktionsentwicklung. Vielmehr, wenn man sich die Gegenwartspolitik der bürgerlichen Staaten ansieht, möchte man leicht das Paradoxon wagen, daß die Dummheit der hervorragendste Faktor des bewußten Eingreifens der Menschen in ihre Geschichte ist. Was nun unseren Fall des neuen deutschen Zolltarifs anbetrifft, so kommt man eher zu einer richtigen Erklärung, wenn man dahinter nicht die kapitalistischen Weltinteressen, sondern die preußische Bureaukratie und den deutschen Fiskus sucht. Die Reichsregierung hat die Gelegenheit ausgenützt, um ein feinmaschiges Netz zahlloser neuer Steuern und Steuererhöhungen zu schaffen, die sie sonst hätte entbehren müssen. Das ist des Rätsels Lösung.

Die Agrarier bilden die Kerntruppe des deutschen Schutzzolls. Hinter ihnen die Regierung mit ihrem fiskalischen Interesse. Zu diesen gesellen sich die kartellierten Industrien mit ihren Monopolpreisen. Der Rest der Industrie muß mitmachen, weil er sonst durch die anderen Schutzzölle benachteiligt wird. So entsteht ein System der staffelartigen Belastung der gesamten industriellen Tätigkeit durch Steuern und Extraprofite, die unbedingt die Produktionsentwicklung stören und hemmen muß.

Die Triebfedern der kapitalistischen Produktionsentwicklung sind freilich so groß, daß sie sich schließlich auch über die Schutzzölle hinwegsetzen. Das ist aber doch kein Grund, der industriellen Entwicklung auf Kosten des arbeitenden Volkes Hindernisse in den Weg zu legen mit dem einzigen Ergebnis, daß durch die Bereicherung des Fiskus der Militarismus großgezogen wird und daß die Taschen der Kartellmagnaten gefüllt werden!

Parvus.

Verantwortlich für Druck, Redaktion und Verlag
Richard Etzold, München 23.

Aus der Weltpolitik.

Sozialdemokratische Zeitungs-Korrespondenz.

VI. Jahrgang. Nr. 36. 3. September 1904.

Die Sozialdemokratie und die Zölle.

VI. Die Agrarzölle.

Wp. In seinem Schlußartikel wirft Schippel selbst seine eigenen Voraussetzungen und seine ganze Argumentation über den Haufen. Die logische Konsequenz seines Standpunkts ist der Schutzzoll, der industrielle wie der agrarische, er aber erklärt sich auf einmal zum entschiedenen Gegner der Agrarzölle. Die Wendung ist so schroff, daß man sich frägt, ob er uns denn die ganze Zeit zum besten hielt durch seine handelspolitischen Argumentationen, oder uns jetzt zum Narren halten will? Ich will darüber keine Entscheidung fällen, ich kann mir noch eine dritte Möglichkeit denken: daß er in eine Konfusion der Begriffe geraten ist, in der er sich nicht mehr zurechtfindet. Er kann so und kann auch anders, kann schutzzöllnerisch und kann freihändlerisch argumentieren, keins von beiden aber entspringt bei ihm einer wissenschaftlichen Einsicht, einer inneren Ueberzeugung. Er hat den leitenden Gesichtspunkt verloren, der erst die Ansichten zusammenfaßt und richtet, sein Geist irrt ohne Direktive, wie ein steuerloses Schiff in die Kreuz und Quere. Das mag eine persönliche Erklärung sein, ist aber keine politische Rechtfertigung. Und auf keinen Fall schon kann die Partei die Inkonsequenz zum Grundsatz ihrer Taktik erheben.

Den politischen Zusammenhang zwischen den Agrarzöllen und den Industriezöllen sieht Schippel selbstverständlich nicht. Aber wer in Deutschland die Agrarzölle bekämpft, der kämpft gegen das ganze schutzzöllnerische System, dessen Eckstein die Agrarzölle bilden. Man beseitige die Agrarzölle, und die Junker werden die ersten sein, die sich zum Freihandel bekehren. Der ganze komplizierte Aufbau der widerspruchsvollen Interessen des deutschen Zolltarifs, der sich nur durch gegenseitige Zollüberbietung hält, fällt dann in sich zusammen.

Aus welchen Gründen ist aber Schippel gegen die Agrarzölle? Weil sie „Stockprügel auf den Magen der Konsumenten" bedeuten. Ei, ist das nicht der pure „Nichts-als-Konsumenten" — Standpunkt, über den sich Schippel so oft lustig gemacht hatte? Aber so vulgär, so demagogisch wie es Schippel jetzt tut, ist der Konsumentenstandpunkt kaum je in der Partei gebraucht worden. Wenn wir überzeugt wären, daß die Zölle notwendig seien zur Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft, so würden wir unsere Opposition dagegen stark eingeschränkt haben. Aber nachdem uns Schippel immer und immer wieder belehrte, daß die Arbeiter nicht blos ein Konsumenteninteresse haben, daß sie in ihrer ganzen wirtschaftlichen Lage von der Produktionsentwicklung abhängen, nachdem er uns auf alle erdenkliche Weise beizubringen suchte, daß die Zölle notwendig seien für die Entwicklung der Industrie, und den Beweis antrat, daß die deutsche Landwirtschaft ohne Zölle ruiniert worden wäre und mit ihr die Industrie, die des Marktes auf dem Lande bedarf, empfiehlt er uns dennoch den Kampf gegen die Agrarzölle, obwohl, wenn seine vorangehenden Ausführungen richtig wären, die Beseitigung der Schutzzölle zur Arbeitslosigkeit und zu dem sonstigen Jammer der wirtschaftlichen Stagnation führen müßte! Schippel ist mit seinen han-

delspolitischen Grundsätzen und seiner handelspolitischen Argumentation auf Seiten der Schutzzöllner und Agrarier, nur daß er mit unserer Fraktion stimmt — seine Stimme gibt er uns, seine Gedanken sind bei unseren Gegnern.

Noch im letzten Augenblick, bevor er sein Votum abgibt, sucht er unseren Standpunkt selbst in der Frage der Preisverteuerung durch die Zölle — worauf er sich ja schließlich selbst zurückzieht — zu untergraben.

Um uns zu bekämpfen, begeht Schippel zunächst dieselbe Unterstellung, wie die Agrarier, obwohl wir sie hundertfach zurückgewiesen haben: er tut so, als wenn wir behaupteten, daß eine absolute Preiserhöhung für Getreide eingetreten sei, d. h. daß die Getreidepreise jetzt höher seien, als sie vor der Einführung der Getreidezölle waren. Das widerspricht den Tatsachen. Wir wissen sehr wohl, daß die Schutzzölle nicht im Stande waren, die sinkende Tendenz des Weltmarktpreises für Getreide aufzuheben. Aber das ist es gar nicht, worauf es ankommt? Was hat der deutsche Arbeiter davon, daß sein Großvater in den 50er und 60er Jahren das Brot noch teuerer zu bezahlen hatte? Seitdem haben sich sämtliche Verhältnisse verändert. Das Brot ist billiger, das Fleisch ist teuerer und noch teuerer sind die Wohnungen geworden; außerdem hat sich der gesamte Umkreis der Bedürfnisse erweitert. Für den Arbeiter, der in der Gegenwart lebt, kommen die Verhältnisse der Gegenwart in Betracht. Da sieht er aber, daß der Engländer sein Brot billiger bezahlt, weil er keine Getreidezölle kennt. Unter der Wirkung der Schutzzölle ist eine totale Umkehrung der Verhältnisse eingetreten: vorher war das Getreide in England teuerer, als in Deutschland — jetzt ist es in Deutschland teuerer als in England. Der deutsche Arbeiter sagt sich mit Recht, das sei einer der Gründe, weshalb der Engländer mehr Brot und mehr Fleisch konsumieren kann. Das

ist die relative Teuerung, die auch Schippel nicht bestreiten kann.

Eine andere Frage ist, wie sich die Getreidepreise ohne Schutzzölle gestaltet hätten. Der Weltmarktspreis wäre vermutlich etwas höher, als jetzt, aber er stünde unter dem jetzigen deutschen Getreidepreis. Insofern kann man sogar von einer absoluten Erhöhung des Getreidepreises sprechen, die als Folge der Schutzzölle eingetreten ist.

Schließlich hängt die Wirkung der Schutzzölle auf den Preis sehr von ihrer Höhe ab. Je mehr man die Zölle steigert, desto mehr nähert man sich einer absoluten Getreideteuerung selbst im Vergleich mit den Zeiten der höchsten Preise. Auch hat sich die Lage auf dem Getreideweltmarkt geändert. Den ersten Zollerhöhungen begegneten bekanntlich die Amerikaner durch Ausbau der Verkehrsmittel und Verbilligung der Frachten. Jetzt ist in den Vereinigten Staaten auf diesem Gebiete das meiste geleistet, die weitere Entwicklung kann nicht mehr in dem gleichen Tempo fortschreiten, zugleich sind die anderen Länder, die für den Getreideexport noch in Frage kommen, von Europa — mit Ausnahme Rußlands, das spezifische Verhältnisse hat und selbst unter dem Druck der amerikanischen Konkurrenz steht — viel weiter entfernt. Die Entwicklung der Industrie in Amerika hat ihrerseits die Tendenz, auch dort die Getreidepreise zu steigern. Der Getreidezoll wirkt jetzt stärker, als in den 80er Jahren und muß weiter noch viel stärken wirken. Das alles will Schippel nicht sehen. Als echter deutscher Agrarier kennt er in der Landwirtschaft nur das Interesse der deutschen Gutsbesitzer, das hohe Getreidepreise erfordert.

Ganz im Sinne der Agrarier sieht er in der amerikanischen Konkurrenz — und das ist sein Grundirrtum — eine Art Fatum, ein Naturereignis. Mit Unrecht beruft er

sich dabei auf Marx und Engels. Denn diese haben uns vielmehr die ökonomische Erklärung der Agrarkrisis gegeben. Daß der extensive amerikanische und der primitive russische Getreidebau mit dem europäischen konkurrieren kann, beruht vor allem auf der exorbitanten Steigerung der Grundrente in Europa. Die kapitalistische Landwirtschaft Europas hat selbst die Verhältnisse erzeugt, unter denen sie leidet. Das Kapital hat auch direkt selbst die amerikanische Konkurrenz geschaffen. Damit die amerikanischen Felder in weitestem Umfange in Anbau genommen werden, mußten erst die Menschen aus Europa über den Ozean hinüberkommen. Das Kapital bewirkte das durch Expropriation des Bauerntums, durch Schaffung einer steigenden proletarischen Reservearmee in Europa. Die amerikanische Konkurrenz ist das Produkt der europäischen Grundrente und der europäischen Auswanderung.

Das wirksamste Mittel, die Agrarkrisis zu beseitigen, ist die Beseitigung der Grundrente. Wir wollen das auf dem Wege der Nationalisierung des Grund und Bodens bewirken, die kapitalistische Gesellschaft dagegen kennt kein anderes Mittel als die Expropriation der Grundbesitzer zu Gunsten einer neuen Schicht Grundbesitzer.

Die Aufhebung der Getreidezölle würde gewiß für die Großgrundbesitzer unangenehme Folgen haben. Daß sie aber als Klasse diese Operation ertragen können, zeigt uns am besten das Beispiel Englands, wo die Landlords noch immer eine große ökonomische und politische Macht bilden. In Deutschland würden unter der Entwertung des Bodens hauptsächlich die Hypothekenbanken leiden. Im mittleren und größeren Grundbesitz würde ein bedeutender Besitzwechsel eintreten. Das Bauerntum, zumal die überwältigende Masse der Kleinbauern, wäre von der Maßregel am wenigsten berührt, da es bei den gesunkenen Bodenpreisen für die Gläubiger nur vorteilhaft wäre, die Grundschuldzinsen zu verringern, statt den entwerteten Boden unter den Hammer zu bringen. Daß anderseits das Kleinbauerntum von den gesunkenen Pacht- und Bodenpreisen Nutzen ziehen würde, liegt auf der Hand. Als allgemeines Ergebnis wäre für die Landwirtschaft eine neue Basis geschaffen, von der aus sie sich frei entwickeln könnte, ohne Furcht vor der amerikanischen oder russischen Konkurrenz.

Daß die Sache nicht ohne Schädigung einzelner Privateigentümer ablaufen kann, liegt im Wesen der kapitalistischen Produktion. Daran können wir nichts ändern. Daran haben auch die Schutzzölle nichts geändert, die nur die akute Agrarkrisis in eine chronische verwandelt haben — zum größten Schaden der industriellen und auch der landwirtschaftlichen Entwicklung.

Für Schippel freilich ist das Interesse der Gutsbesitzer identisch mit den Interessen der Landwirtschaft, wie ihm das Interesse des Industriellen schlechtweg gleich ist mit dem Interesse der kapitalistischen Produktionsentwicklung.

Parvus.

Verantwortlich für Druck, Redaktion und Verlag
Richard Etzold, München 23.

Aus der Weltpolitik.

Sozialdemokratische Zeitungs-Korrespondenz.

VI. Jahrgang. Nr. 37. 9. September 1904.

Die Sozialdemokratie und die Zölle.

VII. Handelsverträge, Produktionsentwicklung, Arbeiterpolitik.

Wp. „Wer Handelsverträge will, muß Zölle wollen" — erklärt Schippel, d. h. man brauche Zölle, um die fremden Schutzzölle zu bekämpfen. Das ist die Sophistik, wie wir sie auf Schritt und Tritt in der widerspruchsvollen kapitalistischen Politik treffen. So beim Militarismus. Niemand will den Krieg, aber aus Rücksicht auf die anderen, rüstet man und sucht, sich gegenseitig zu überbieten. Die gleiche Schraube ohne Ende wirkt auch bei den Zöllen. Man sollte meinen, das wäre für uns umsomehr Grund zu einer prinzipiellen Ablehnung.

Hätte man allgemein Freihandel, so brauchte man keine Handelsverträge. Die Handelsverträge sind selbst eine Palliativmaßregel, hervorgerufen durch die Schutzzölle. Woraus sich ergibt, daß die Handelsverträge nur dann für uns einen Wert haben, wenn sie uns dem Freihandel nähern, also wenn sie auf einer Herabsetzung der Zölle beruhen, nicht aber, wenn sie zu ihrer Steigerung führen.

Kann das eine Land für sich zum Freihandel übergehen, wenn die anderen schutzzöllnerisch sind? Schippel verweist auf das Beispiel Englands, in dem sich jetzt schutzzöllnerische Tendenzen geltend machen. Er deutet aber die handelspolitische Entwicklung Englands höchst einseitig.

Der Uebergang zum Freihandel war in England anerkanntermaßen durch Jahrzehnte von einem ganz außerordentlichen Aufblühen der Industrie begleitet. Aber der englische Kapitalismus hat sich selbst, worauf wir schon verwiesen haben, im Auslande eine steigende Konkurrenz geschaffen. Mit der Entwicklung der Industrie in den einzelnen Ländern stieg auch die politische Macht des „nationalen" Kapitals, das nicht verfehlt hat, sich durch Schutzzölle Extraprofite zu sichern. So sah sich England auf einmal von Schutzzöllen umgeben, in den fremden Staaten und selbst in seinen eigenen Kolonien. Es hat aber noch immer Nutzen gezogen von seinem Freihandel: nur auf diese Weise gelang es ihm, den größten Teil des Handelsverkehrs auch der fremden Staaten mit den Kolonien in seinen Händen zu konzentrieren. Aber mit der Erstarkung der anderen Industriestaaten gingen sie immer mehr zu einem selbständigen Verkehr mit den Kolonialländern über und entwickelten eine eigene Handelsflotte. Jetzt sieht sich Englands Handel in den Kolonien ernstlich bedroht. Das ist zwar die gesetzmäßige Folge der Weltmarktsentwicklung, aber von dem nationalen Gesichtspunkte des englischen Kapitals ist es nur unliebsame Konkurrenz, wie ja überhaupt dem Kapital die Gesetze seiner eigenen Entwicklung als feindliche Macht gegenübertreten. Nunmehr erst entstand der Gedanke, sich mit den Kolonien zu einem allgemeinen Zollbund zu vereinigen, um das Ausland vom Handelsverkehr möglichst abzuhalten. Schutzzoll und Imperialismus sind in England innig verbunden. Die englischen Schutzzollbestrebungen sind die konvulsivischen Versuche des englischen Kapitals, sich gegen die Gesetze des Weltmarkts zu wehren, die Entwicklung des Weltverkehrs zurückzuhalten, mit politischer

Gewalt sich die Handelsvorherrschaft zu sichern, die ihm durch die ökonomische Entwicklung entzogen wird. Es ist eine reaktionäre Politik, die unbedingt scheitern muß.

Wenn Deutschland jetzt zum Freihandel übergeht, so wird die Folge ein allgemeiner industrieller Aufschwung sein, wenn auch einige Kleinfabrikationen darunter Schaden leiden mögen. Praktisch handelt es sich aber vorläufig gar nicht um Freihandel oder Schutzzoll, sondern um Zollherabsetzungen oder Zollerhöhungen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß durch den Hochschutzzoll des neuen deutschen Zolltarifs die Handelsvertragsverhandlungen eminent erschwert worden sind. Auf Zollerhöhungen antworten die anderen Staaten mit Zollerhöhungen, und wenn dann Handelsverträge zu Stande kommen, so geschieht es durch eine Art Ausgleich der gegenseitigen Schädigungen und Nachteile. Günstige Handelsverträge waren, wie 1892, nur auf Grundlage der Herabsetzung der Getreidezölle zu erreichen.

Was sollen wir mit dem Schlagwort „wer Handelsverträge will, muß Zölle wollen"? Erstens, wollen wir keineswegs Handelsverträge um jeden Preis. Die Handelsverträge, die auf Grund des neuen deutschen Zolltarifs geschlossen werden, werden wir vielmehr mit aller Entschiedenheit bekämpfen müssen. Zweitens, gilt es bei der gegenwärtigen handelspolitischen Situation umgekehrt: wer Handelsverträge will, muß Zollherabsetzungen wollen.

Wir begreifen die Regierung, die Kampfzölle fordert, um besser unterhandeln zu können. Für sie ist der Abschluß der Handelsverträge eine Frage der staatsmännischen Kunst, bei der es sich darum handelt, den Gegner zu übervorteilen, — für uns ist es eine Frage der gemeinsamen Interessen der einzelnen Länder an der Verkehrs- und Produktionsentwicklung. Aber diese gemeinsamen Interessen sind nur von einem allgemeinen Gesichtspunkte aus zu erkennen, der außerhalb der sich widersprechenden Interessen der kapitalistischen Konkurrenzkämpfe liegt.

Nehmen wir z. B. den Handelsverkehr zwischen Europa und Amerika. Er hat Europa die amerikanische Getreidekonkurrenz gebracht. In den Augen Schippels ist das ein ungeheures Uebel, in Wirklichkeit diente der Verkehr mit Amerika und auch speziell der Getreidekehr in mannigfacher Weise der Entwicklung der europäischen Produktion. Die amerikanische Getreideausfuhr zog eine europäische Warenausfuhr nach sich, sie entwickelte die Handelsschiffahrt und erweiterte dadurch den Handelsverkehr nicht nur mit den Vereinigten Staaten, sondern auch mit Südamerika und überhaupt den Weltverkehr. Für Deutschland zumal bildete der Verkehr mit Amerika die Grundlage seines Welthandels — ohne diesen hätte Deutschland bis auf den heutigen Tag keinen überseeischen Handel. Speziell der Preisdruck auf dem Getreidemarkt kam unbedingt der europäischen Bevölkerung zugute. Man stelle sich nur vor, wie die Getreidepreise gestiegen wären, wenn die Preisentwicklung weiter so ginge, wie bis in die 70 er Jahre. Wenn nicht der Steigerung der Grundrente durch die amerikanische Konkurrenz Einhalt getan worden wäre, so wäre die gesamte Bevölkerung Europas von den Agrariern ausgewuchert und die gesamte Industrie wäre ihnen tributär — die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise vorausgesetzt.

Für Schippel existieren die Zusammenhänge des Weltmarkts überhaupt nicht. Er kennt nur noch das agrarische Schlagwort von der Bedeutung des flachen Landes als Absatzquelle der Industrie. Er sucht uns klarzumachen, daß für die deutsche Industrie die Interessen des Welthandels zurücktreten gegenüber dem Absatz, den sie auf den Gutshöfen und in den Dörfern findet, deshalb, meint er, sei sie für die Getreidezölle. Ach nein, die Sache steht

doch etwas anders. Wir haben schon früher gezeigt, aus welchem Interessenwirrwarr das deutsche Schutzzollsystem entspringt. Speziell die Getreidezölle haben die gesamte städtische Bevölkerung, nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Bourgeoisie gegen sich. Das hat die Massenbewegung gegen den Zolltarif, die Proteste der Großstädte ꝛc. gezeigt. Die eigentlichen Kapitalisten, die Fabrikbesitzer, verhalten sich zu den Getreidezöllen passiv. Wenn sie sicher wären, daß es ihnen bei einer Verbilligung des Brotes gelingen könnte, die Arbeitslöhne zu vermindern, so würden sie sich ganz anders verhalten. Aber bei der gegenwärtigen Entwicklung der Arbeiterorganisationen wäre das ein sehr gewagtes Experiment. Darum vermögen die Industriellen für sich kein direktes Interesse an der Abschaffung der Brotzölle zu entdecken, und bleiben indifferent, oder sie stimmen dafür, um selbst Zölle zu erlangen. Das ist alles.

Schippel geriet in seine handelspolitischen Irrungen, weil er den Gesichtspunkt des proletarischen Klassenkampfes verlassen hat, um sich auf den Boden der Interessen der kapitalistischen Produktionsentwicklung zu begeben. Diese besteht aber aus lauter Interessengegensätzen und Konflikten — darum sah sich Schippel veranlaßt, seinen Gesichtspunkt weiter einzuschränken, und er acceptierte den Standpunkt des nationalen Kapitals, das heißt der Interessen des Kapitals in den Schranken des einzelnen Staats. Doch auch hier wird er von den Widersprüchen der Konkurrenz verfolgt, und er schließt damit, daß er die Interessen einzelner industrieller Koterien zum Interesse der nationalen Industrie, das Interesse der Großgrundbesitzer zum Interesse der nationalen Landwirtschaft erhebt. So gerät er vollends in das Fahrwasser der Handelspolitik wie sie von der kapitalistischen deutschen Reichsregierung betrieben wird, mit dem Unterschied, daß diese

wenigstens ihr eigenes, sehr klares Ziel verfolgt, nämlich die Stärkung des Fiskus und dadurch des Militarismus, währenddessen Schippel in den schroffsten Widerspruch gelangt zu dem Ziel, das er, solange er in unserer Partei ist, zu verfolgen hat.

Doch kehren wir wieder zu den allgemeinen Gesichtspunkten zurück. Kann man es als Aufgabe des Proletariats hinstellen, die Produktionsentwicklung auch innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zu fördern? So allgemein können wir diesen Satz keineswegs acceptieren. Bei den Schutzzöllen mag es noch hingehen, weil wir hier eine Politik zu bekämpfen haben, die selbst von kapitalistischen Gesichtspunkten aus reaktionär ist. Aber es gibt eine Politik, die wohl im Interesse der kapitalistischen Produktionsentwicklung ist, die wir aber dennoch bekämpfen müssen. Dahin gehört vor allem die Kolonialpolitik. Diese ist ein notwendiges Ergebnis der kapitalistischen Ueberproduktion. Acceptiert man aber die Kolonialpolitik, so muß man auch die Flottenpolitik und den Militarismus acceptieren. Schippel ist nahe daran, diese Schlußfolgerung zu ziehen. Er wendet sich gegen einen Artikel von mir, den ich vor mehr als einem halben Dutzend Jahre anläßlich der Tirpitz'schen Flottenvorlage geschrieben habe. Ich polemisierte darin gegen die Behauptung, daß man die Kriegsflotte zum Schutze der deutschen Getreidezufuhr brauche, und führte, sowie ich mich erinnere, aus, daß der beste Schutz des Handels die Entwicklung der Handelsbeziehungen sei, die ein steigendes Interesse aller Staaten an der Aufrechterhaltung des Handelsverkehrs schaffen, und fügte hinzu, daß das Interesse der Amerikaner an dem Getreidehandel mit Deutschland sie veranlassen würde, diesen Handel selbst durch Kriegsschiffe zu schützen. Wie erinnerlich, stellte damals die offiziöse Presse die Dinge so dar, als wenn Deutschland eine Kriegsflotte

brauchte, um allein den Kampf gegen die ganze Welt aufnehmen zu können. Demgegenüber war der Hinweis auf die Gemeinsamkeit der Interessen mit Amerika, die durch den Getreideverkehr geschaffen wird, durchaus am Platze. Ich gebe aber gern zu, daß das Argument einseitig zugespitzt und falsch war — nicht aber, weil man nicht auf den amerikanischen Schutz rechnen dürfte, sondern weil doch die Sozialdemokratie in Amerika ebenso die Kriegsflotte zu bekämpfen hat, wie in Deutschland. Wie aber denkt sich Schippel das Verhältnis, der darüber spottet, daß man den Schutz des deutschen Handels anderen überlassen wolle? Soll Deutschland Kriegsschiffe bauen? Ihm, der den deutschen Handel durch Zölle schützen will, der dadurch eine nationale Isolierung schafft, bleibt tatsächlich nichts übrig, als zum Schutze des Handels auch noch die Kriegsschiffe zu bewilligen. Wir stehen auf dem Boden des Freihandels, wir wollen die größte Entwicklung der internationalen Handelsbeziehungen und sehen darin die beste Gewähr auch gegen die Handelsstörungen durch Kriege. Der Handel schützt sich selbst.

Grundsätzlich ist die Aufgabe des Proletariats nicht, die kapitalistische Produktionsentwicklung zu fördern, sondern vielmehr, ihr möglichst schnell ein Ende zu setzen. Es ergibt sich daraus keineswegs, daß wir die kapitalistische Entwicklung stören und hemmen müssen, denn die Beschleunigung der kapitalistischen Produktionsentwicklung beschleunigt auch ihr Ende, wohl aber, daß wir uns in der Wirtschaftspolitik, wie in der allgemeinen Politik, nicht vom Kapital ins Schlepptau nehmen lassen dürfen, sondern unsere eigenen Ziele verfolgen müssen.

Das Proletariat hat auch innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft seine eigene Wirtschaftspolitik. Ihre ersten Grundsätze sind:

Hoher Arbeitslohn, billige Lebensmittel, geringe Arbeitszeit.

Ob es sich um Zölle oder Kolonien, um den Auslands- oder Inlandsmarkt handelt, die erste Antwort der Arbeiter ist: laßt uns unsere Lage verbessern, und ihr habt eine Erweiterung des Warenmarkts, wie ihr sie sonst nicht erreichen könnt.

Das ist das erste. Darüber hinaus kann das Proletariat nur das unterstützen, was geeignet ist, die Produktivkräfte zu steigern, und die Produktion auf eine breitere gesellschaftliche Basis zu bringen. Darum vor allem die Entwicklung des Verkehrs, des internationalen wie des nationalen.

Und indem das Proletariat dies tut, arbeitet es zugleich auf die Beseitigung der politischen Schranken hin, die seiner internationalen Vereinigung als Klasse im Wege stehen.

Die schutzzöllnerischen Bestrebungen der entwickelten Industrie sind ein Zeichen des kapitalistischen Niedergangs. Die kapitalistischen Produktionskräfte sind weit über das Maß des kapitalistischen Marktes gewachsen. Darum sucht jeder kapitalistische Staat, mit Hilfe der politischen Gewalt, sich einen möglichst großen Anteil am Weltmarkt zu sichern. Schutzzölle, Kolonien, Imperialismus — das gehört alles zusammen. Ein allgemeiner Kampf um den Weltmarkt entsteht, begleitet von blutigen Kriegen.

Diese Periode des kapitalistischen Niedergangs ist die Periode des Aufschwungs des Proletariats. Eine selbständige Arbeiterpolitik wird notwendig selbst im Interesse der kapitalistischen Produktionsentwicklung. Dieser Aufgabe wird die deutsche Sozialdemokratie gerecht, indem sie mit aller Entschiedenheit die schutzzöllnerische Politik der Regierung bekämpft.

Parvus.

Verantwortlich für Druck, Redaktion und Verlag
Richard Etzold, München 23.

Aus der Weltpolitik.

Sozialdemokratische Zeitungs-Korrespondenz.

VI. Jahrgang. Nr. 38. 27. September 1904.

Das italienische Experiment.

Wp. Der Generalstreik kommt nicht mehr von der politischen Tagesordnung. Ob man ihn diskutieren will, oder nicht, — die Tatsachen sprechen statt Worte. Die Tatsachen haben soeben in Italien eine beredte Sprache geführt. Was sich da abgespielt hat, war ein geschichtliches Ereignis. Nicht zwar wegen der unmittelbar politischen Folgen, die es nach sich zog, aber wegen der politischen Perspektiven, die es eröffnete. Weniger als politischer Sieg, mehr als Kraftentfaltung des Proletariats.

Ob das italienische Proletariat Sieger geblieben wäre, wenn die Regierung ihre gesamte militärische Macht gegen die Arbeiter ins Feld schicken würde, ist mehr als zweifelhaft. Ganz sicher wäre der Streik blutig niedergeschlagen. Aber die Regierung, die es nicht getan hat, mußte wohl ihre Gründe gehabt haben, es nicht zu tun. Italien kannte schon auch eine andere Taktik. Man scheute hier nicht vor Massenmassacres zurück. Man kennt die Metzeleien von 1898. Die Regierung siegte in Strömen von Blut. Aber wenn jetzt an der Spitze Italiens eine kompromittelnde Regierung steht, die zu versöhnen sucht, so ist das die Frucht jener blutigen Siege der Regierung der starken Faust. Die Regierung hat damals gesiegt, aber siegend kam sie zur Erkenntnis, daß sie sich am meisten in Acht nehmen muß, öfters so zu siegen. „Der Säbel, der haut, die Flinte, die schießt", sie haben ihre Arbeit getan, — aber die Hände, die Säbel und Flinte führen, gehorchen den Köpfen, und die Köpfe wurden angesichts der vollbrachten Tat zum Nachdenken gebracht, die Köpfe wurden revolutioniert. Jeder Sieg der aus dem Volke sich rekrutierenden Armee über das Volk ist eine Etappe weiter zum Bankerott des kapitalistischen Staats.

Der Generalstreik macht vor unseren Augen die gleiche Geschichte durch, wie jedes Kampfmittel, dessen sich das Proletariat bedient, die Geschichte mißlungener, aber unverzagt wiederholter Versuche, elementarer Ausbrüche, begleitet von Ueberraschungserfolgen, verheerenden Niederlagen, des Rückzugs und der Organisation, der Verallgemeinerung und der Systematisierung des Kampfes, der nach jeder Niederlage an Tragweite gewinnt, statt abzunehmen. Die Macht des Proletariats ist eine steigende Größe, sie wächst, darum gibt es nichts, was das Proletariat auf die Dauer entmutigen könnte. Gelingt es heute nicht, so muß es morgen, gelingen, wenn die Zahl der Arbeiter größer, ihre Organisation stärker wird. Immer von Neuem erhebt sich das Proletariat, um seine Kraft mit der Macht des kapitalistischen Staats zu messen, und immer geringer wird die Differenz zu Gunsten der herrschenden Klassen. Das ist die Geschichte der Anwendung des allgemeinen Wahlrechts — das wird auch die Geschichte des Generalstreiks sein.

Der Generalstreik ist aber von vornherein ein spezifisch proletarisches Kampfmittel. Einen Volksauflauf kann auch die Bourgeoisie zu Stande bringen, aber Produktion und Verkehr im ganzen Lande lahmzulegen, das vermag nur die Arbeiterklasse, dazu ist ein Solidaritätsgefühl notwendig, das man bei keiner anderen Gesellschaftsklasse vorfindet. Darum die große Bedeutung des italienischen Expe-

riments. Die Arbeiter sämtlicher Großstädte des Landes erhoben sich, getragen einzig und allein durch das Gefühl der Klassenzusammengehörigkeit. Die Mobilisierung der proletarischen Armee ging mit einer Promptheit von Statten, die alles in den Schatten setzte, was bis jetzt von Militärs in Bezug auf Massenaufgebot geleistet wurde. Und ebenso musterhaft war die Entfaltung und der Abschluß der gewaltigen Kundgebung. Die Gesinnungseinheit, die Klassensolidarität gibt eine bessere Disziplin, eine vollkommenere Massenleistung, als Kasernendrill und Kommando.

Das italienische Experiment zeigte die Ausführbarkeit des Generalstreiks und zugleich seine Manövrierfähigkeit.

Die Gewerkschaften haben für die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter eine eigene Strategie und Taktik entfaltet. Es bedurfte langer Erfahrungen, um die Leitung und Organisation von Massenstreiks bis zu jener Vollkommenheit zu bringen, die jetzt in den Ländern mit starken Gewerkschaften erreicht ist. Nicht anders verhält es sich mit dem politischen Streik. Auch hier bedarf es noch vieler Versuche. Es wird noch Fehler und Enttäuschungen geben, zerstörte Illusionen und doch eine steigende Zuversicht, die sich auf den immer klarer hervortretenden Grundlagen der zu entfaltenden Macht aufbaut. Nur mehr solcher Experimente, wie soeben in Italien — das zeigt uns die Bahn, die wir einzuschlagen haben.

Der italienische Generalstreik ist aber nicht minder, wie durch seinen Verlauf, interessant durch seine Veranlassung. Bekanntlich war das die Verwendung von Militär gegen das Volk. Dagegen erhob das italienische Proletariat durch den Generalstreik seinen Protest. Wenn die Regierung Gewalt anwendet, dann wendet sich das Proletariat gegen den Staat, der ihr diese Gewalt liefert. Damit ist der Kern-

punkt der politischen Bedeutung der Generalstreiks offenbart.

Der Generalstreik ist das außerparlamentarische Kampfmittel des Proletariats. Der Parlamentarismus gibt dem politischen Kampf die Form eines numerischen Verhältnisses. Aus dem Kampf um die politische Macht wird ein Kampf um die parlamentarische Majorität. Dabei gibt man sich leicht der Illusion hin, als wenn das parlamentarische Zahlenverhältnis selbst die politische Entscheidung brächte, währenddem es doch nur ein politisches Kraftverhältnis zum Ausdruck bringt, das sich erst im Kampf betätigen muß, um die Entscheidung herbeizuführen. Das parlamentarische Verhältnis zeigt nur an, auf welcher Seite die meisten Siegeschancen sind, der Sieg selbst und der Moment des Sieges hängen von einer Menge weiterer Umstände ab, wie Organisation, Einsicht, Energie der Leitung ꝛc. ꝛc. Politische Macht wird nicht durch die Entwicklung einer mathematischen Formel erlangt, sie muß erobert werden. Wenn nun der parlamentarische Anzeiger auf eine steigende politische Spannung hinweist, so kann es nicht fehlen, daß diese durch politische Eruptionen zum Durchbruch kommt. Mehr oder weniger ist das jetzt der Zustand in allen Ländern mit einer entwickelten Sozialdemokratie. Je mehr die parlamentarischen Zahlen sich zu Gunsten des Proletariats verschieben, desto mehr wird das rein Formelle des parlamentarischen Kampfes offenbar. Die Regierung schiebt ihre Militärmacht vor, und das Proletariat sieht sich genötigt, seine parlamentarisch angezeigte politische Macht zu betätigen. Das geschieht durch den Generalstreik. Die Regierung, parlamentarisch bedrängt, zieht sich auf das Militär zurück — das Proletariat sucht, die politischen Grundlagen ihrer militärischen Gewalt zu erschüttern. Die Waffe, der es sich dabei bedient, ist die gleiche,

wie bei den parlamentarischen Wahlen — es weckt das Gefühl und die Erkenntnis der Klassensolidarität.

Der Staat hat einen Teil des Proletariats abgesondert, ihn in den Waffenrock gesteckt und gebraucht ihn, um die gesamte Klasse zu bekämpfen. Das ist unnatürlich. Aber durch Zwang und Kasernendrill wird das erreicht. Der Generalstreik, diese gewaltige Kundgebung des Klassenzusammenhangs des Proletariats, ist das einzige Mittel, die

Soldaten von der Hypnose der Armeedisziplin zu befreien. Das arbeitende Volk muß Fühlung nehmen zu der Armee, die man ihm entfremdet hat, die aber dennoch Fleisch von seinem Fleische und Blut von seinem Blute bleibt.

Parvus.

Verantwortlich für Druck, Redaktion und Verlag
Richard Etzold, München 23.

Aus der Weltpolitik.

Sozialdemokratische Zeitungs-Korrespondenz.

VI. Jahrgang. Nr. 39. 4. Oktober 1904.

Die russischen Niederlagen.

Wp. Und wenn sich die russische Regierung noch so sehr spreizt und so tut, als wenn sie bereit wäre, die 140 Millionen Russen zur Strecke zu bringen eher, als sie Japan gegenüber nachgibt — an ihrer Bereitwilligkeit dazu wird nicht gezweifelt, sondern an der Ausführungsmöglichkeit — so läßt es sich doch längst nicht mehr verhehlen, daß das Zarentum arg in der Klemme stecke. Seine großen Versprechungen der Zerschmetterung der Japaner, eines Spaziergangs über die japanischen Inseln erwiesen sich als elende Prahlereien. Ein Schlag folgte nach dem andern, und jedesmal war es eine neue Niederlage für die zarische Armee — erst zur See, dann zu Lande. Erst die „Ueberrumpelung" des Geschwaders von Port Arthur, dann der Untergang des „Petropawlowsk" samt der ganzen Admiralität, dann das Malheur der verlorenen großen Seeschlacht, die mit der definitiven Vernichtung der russischen Seemacht in den ostasiatischen Gewässern endete. Hier ist die Situation für Rußland rettungslos verloren. Der operettenhafte Zug der baltischen Flotte, zu dem noch immer gerüstet wird, ist die letzte Hoffnung der russischen Kriegsführung zur See — eine Kriegsflotte ohne Kohle und geführt von Seekadetten! Zu Lande der ewige, verlustreiche Rückzug, der stets — nachträglich — „in den Plänen des Oberbefehlshabers lag", während ebenso regelmäßig vorher angekündigt wurde, daß Kuropatkin in aller Ruhe den Japanern eine ungeheuere Niederlage vorbereitet habe. Erst sollte am Jalu das Eindringen der japanischen Armee in die Mandschurei und die Belagerung Port Arthurs verhindert werden — aber „es lag in den Absichten Kuropatkins", sich hier eine blutige Niederlage zu holen. Nachdem die Russen sich auf Mukden zurückgezogen hatten, drangen sie dann mit verstärkten Kräften wieder vorwärts, wie man glaubte und auch seitens des russischen Generalstabs verkündet wurde, um Port Arthur zu befreien — aber nein, wie es sich nachträglich herausstellt, zu dem speziellen Zweck, sich weitere Niederlagen zu verschaffen. In Liaojang hat sich General Kuropatkin verschanzt, umfassende Befestigungen wurden gebaut und gewaltige Vorräte an Munition und Lebensmitteln gesammelt — wollte er hier den Feind aufhalten? nein, seine Absicht war bloß, sich selbst den Rückzug zu erschweren!

Das einzige Gebiet, auf dem die russische Kriegsflotte sich mit Erfolg betätigte, war die Piraterie, wie die Kosakenplünderungen der einzige Erfolg der russischen Landarmee waren.

Die Ursachen der russischen Mißerfolge treten bereits auch deutlich zu Tage. Allerdings sucht man jetzt in Rußland, die eigenen Fehler durch die Vorzüge der Japaner zu verdecken. Man lobt jetzt über den grünen Klee den Feind, von dem man erst mit der größten Verachtung sprach. Kurz, man sucht, die eigenen Niederlagen durch die japanischen Siege zu rechtfertigen. Aber das täuscht niemand mehr.

Die Regierung erklärte wiederholt, daß sie zum Krieg nicht vorbereitet war. Das gerade ist aber der schwerste Vorwurf, der überhaupt gegen die russische Regierung und gegen die russische Armeeleitung erhoben werden kann. Ver-

lorene Schlachten können durch Zufälligkeiten und durch eine Reihe von Momenten, die nicht in der Macht der Armee- und Staatsleitung liegen, erklärt werden. Aber daß Rußland, trotzdem Japan vor aller Augen jahrelang mit dem größten Eifer zum Kriege rüstete, im entscheidenden Moment zu diesem längst vorausgesehenen Kriege unvorbereitet war, das ist ein Verschulden von solcher Tragweite, daß man es nicht einmal auf das Conto eines Einzelnen setzen, sondern nur durch eine Verwahrlosung sämtlicher politischer und militärischer Verhältnisse erklären kann. Man war in den militärischen und in den Regierungskreisen Rußlands höchst ungenügend über die Seestärke und Seetüchtigkeit der Japaner und noch weniger über ihre Landarmee instruiert. Man hat nicht einmal die aus öffentlichen Publikationen bekannten numerischen Verhältnisse dieser Armee berücksichtigt. Man beruft sich jetzt auf die mangelhafte Verkehrsverbindung mit der Mandschurei. Aber gerade deshalb hätte jeder andere Militärstaat längst für ausreichende Garnison, Militärstationen und Kriegsvorräte in Sibirien gesorgt, um beim Ausbruche des Krieges sofort eine Angriffsarmee dem Feinde entgegen senden zu können. In Rußland aber mußten die Armeen erst geschaffen werden, als der Krieg schon da war, und so wurde Sibirien zu einem großen Hindernis der russischen Kriegsführung, statt ihren Stützpunkt zu bilden. Der Hauptgrund dieser Unterlassung liegt darin, daß Rußland die finanziellen Mittel fehlten, derartige Rüstungen durchzuführen. Das beweist aber nur, daß das Mißverhältnis zwischen der russischen Eroberungspolitik und der russischen Staatsmacht nicht erst durch den japanischen Krieg geschaffen wurde, sondern längst bestand und, wenn nicht durch Japan, durch jeden anderen ernsten Konflikt aufgedeckt werden mußte. Außerdem haben die Verwahrlosung der Administration, die Oligarchie der einzelnen Ressorts, die

bekannten Diebereien und Gaunereien nicht wenig dazu beigetragen, daß Rußland im Augenblicke des Kriegs „unvorbereitet" dastand.

Es nimmt sich seltstsam aus, wenn man jetzt in der offiziösen russischen Presse liest: „Keiner unserer Generäle hat einen solchen Gegner, so gut vorbereitet, mit so vorzüglicher und zahlreicher Artillerie ausgerüstet, vorausgesehen — nicht einmal Kuropatkin, nicht auch der Chef seines Generalstabs, der jetzige Kriegsminister General Sacharoff, kein Mensch. Also gilt es nicht, zu kritisieren, sondern zu helfen. Von der Flotte gab es noch richtige und warnende gedruckte Berichte, aber die japanische Landarmee blieb nicht nur in qualitativer, sondern auch in quantitativer Beziehung eine terra incognita (ein unbekanntes Land) für unsere militärischen Agenten und selbst für unseren ganzen Generalstab". Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie!

Der Krieg selbst zeigte erst recht, daß der russische Absolutismus es bereits bis zur völligen politischen und militärischen Anarchie gebracht hat. Vor allem fehlte es an einer einheitlichen Leitung: Kuropatkin einerseits, Alexejeff anderseits, das Kriegsministerium dritterseits und das Antichambre des Kaisers vierterseits. Diese sich durchkreuzenden, die Kriegsleitung hemmenden und störenden Einflüsse sind kein Geheimnis mehr. So schreibt die „Nowoje Wremja" über Kuropatkin: „In einem gewissen Bereiche war er vollständiger Herr. Aber es war möglich, daß von den Heeresmengen, die nach Charbin kamen, nicht alle zu ihm gelangten. Der Hauptkommandierende konnte sie nach einen anderen Ort dirigieren, was auch vorkam. Die Bewegung des Corps Stackelberg hing nicht von ihm ab, und doch hat diese Bewegung die Verteidigung von Liaojang ungemein erschwert."

Nicht minder mangelhaft als die Oberleitung erwies

sich die Unterführung. Die Offiziere zeigten viel Tapferkeit, aber sehr wenig Einsicht und Kenntnisse. Sie wurden denn auch vom Feind hinweggemäht. Dieses Draufgängertum der russischen Offiziere ist aber unerläßlich für die russische Armee, in der die Soldaten nur dem Kommando folgen. Man hat aus ihnen jede selbständige Regung herausgeprügelt, jetzt laufen sie wie eine Hammelherde hinter ihrem Anführer her. Vorzügliches Kanonenfleisch, aber schlechte Kämpfer.

Auch das ist bereits evident geworden, aber man schiebt die Schuld auf die Reservisten. In der legalen russischen Presse wird unumwunden getadelt, daß man die Kriegsarmee vielzusehr mit Reservisten versetzt habe. Woher kam das aber? Man findet keine Erklärung, und doch liegt die

Erklärung sehr nah: man wollte das Land nicht vom gedrillten Heer entblößen aus Rücksicht auf die revolutionäre Gährung unter den Massen. Man traute der Verwendbarkeit des Reservemannes im Kampf gegen den inneren Feind noch weniger, als im Kampf gegen die Japaner. Allerdings ist der soeben aus den Volksmassen herausgerissene Reservist nicht gerade der geeignetste Soldat, um Bauern und Arbeiter niederzuknallen.

In allem und jedem erweist sich als letzte Ursache der russischen Niederlagen das politische System des russischen Absolutismus.

Verantwortlich für Druck, Redaktion und Verlag
Richard Etzold, München 23.

Aus der Weltpolitik.

Sozialdemokratische Zeitungs-Korrespondenz.

VI. Jahrgang. Nr. 41. 17. Oktober 1904.

Der Abschluß der ersten Kriegsperiode.

Wp. Die russische Offensive nahm ein rasches und schreckliches Ende. Aus Verzweiflung geboren, mußte sie, wenn sie mißlang, zu einer Katastrophe führen. Und die Katastrophe ist eingetreten. Ihre Tragweite läßt sich in dem Augenblick, wo diese Zeilen niedergeschrieben werden, noch nicht zahlenmäßig feststellen, aber die Situation ist so, daß keine Nachricht mehr überraschen kann, und wenn es sich um den Verlust ganzer russischer Armeedivisionen handeln sollte. Die moralische Wirkung dieser Schlappe ist umso gewaltiger, als sie furchtbar von den Hoffnungen absticht, die man in Rußland auf den Erfolg der Offensive gesetzt, und der Art, wie sich das offizielle Rußland für den Sieg engagiert hat.

Durch sein Manifest hat General Kuropatkin die verlorene Schlacht von vornherein zu einer politischen Niederlage gemacht. Aber vielleicht läßt sich dieses Manifest gerade aus der Niederlage am besten erklären. Man denke sich eine Armee, die eine Niederlage nach der anderen erleidet und sich monatelang auf dem Rückzuge vor einem Feind befindet, der ihr in taktischer und strategischer Beziehung überlegen ist, vor allem unauffindbar erscheint und dann wieder an allen Orten zugleich. Diese Armee ist demoralisiert, sie hat die Angst vor dem Feind in allen Gliedern, sie überschätzt seine Zahl, überschätzt seine Kraft und Tüchtigkeit und hat vor allem kein Vertrauen mehr in die eigene Kraft. Eine solche Armee muß moralisch angepeitscht werden. Darum sucht ihr das Manifest, den Gedanken an den Sieg zu suggerieren, darum erklärt es, man sei an Zahl dem Gegner überlegen und man habe die Gewißheit, ihn zu schlagen, ja in die Flucht zu jagen. Gewiß, der Inhalt des Kuropatkinschen Armeebefehls ließe sich auf diese Weise erklären, aber das wirft ein umso schlimmeres Licht auf die Kriegslage Rußlands: dann handelt es sich nicht bloß um eine durch eine verfehlte Taktik herbeigeführte Niederlage, sondern um den Zusammenbruch der Armee Kuropatkins. Ihre Widerstandskraft ist endgültig gebrochen und der Demoralisation gibt es keinen Halt mehr. Verfolgen wir den Gedanken weiter. War nicht die Kuropatkinsche Offensive selbst einfach ein Gebot der Not? Es scheint, daß ihm gar nichts anderes mehr übrig blieb, als entweder sich nach Charbin zurückzuziehen oder eine neue Generalschlacht anzunehmen. Vielleicht war auch der Rückzug selbst infolge der japanischen Umgehungsversuche nicht mehr ohne große Verluste durchzuführen. Und da entschloß er sich, statt den Feind abzuwarten, selbst zur Offensive überzugehen, um eine vom Feind weniger abhängige Taktik entwickeln zu können und um die Truppen zu neuem Mut anzufeuern? Dann hat die russische Landarmee jetzt dasselbe Schicksal ereilt, wie die russische Kriegsflotte bei ihrem Versuch, aus Port Arthur durchzubrechen.

Was aber auch General Kuropatkin zu seiner Offensive und zu seinem Armeebefehl bewogen haben mag, in Rußland war man vom Sieg felsenfest überzeugt. Gerade

die offiziöse russische Presse hat mit Hochdruck in diesem Sinne die öffentliche Meinung in Rußland und im Auslande zu bearbeiten gesucht. Schon war die Schlacht im Gange, da brachte die „Nowoje Wremja" einen Artikel, aus dem wir folgende markante Stellen hervorheben: „Es werden Vermutungen ausgesprochen, daß angesichts unseres unbedeutenden numerischen Uebergewichts, 225 000 gegen 200 000, die Japaner uns entgegentreten und sich nicht etwa auf eine passive Verteidigung beschränken werden. Darauf kann entgegnet werden, daß, erstens, die numerische Kraft der Parteien Niemand genau bekannt ist und, zweitens, sollten auch die Japaner in sich genügend moralische Kraft finden, um die Offensive gegenüber dem stärkeren Feind zu wagen, dieses Unterfangen gegenüber unseren, nunmehr erprobten Armeen nicht anders als viel zu riskant erachtet werden dürfte. Denn, im Falle einer solchen unsinnigen Waghalsigkeit des Feindes, könnten wir, angreifend bis zu dem Augenblick, wo die unvorsichtige Offensive der Japaner offenbar werden würde, Halt machen, den Angriff des Feindes abwarten, an ihm die ganze Stärke unseres Feuers ausnützen, und nachher, wenn der Feind zurückfluten wird, größere Verluste tragend als wir, wieder uns hinter ihm in Bewegung setzen. Technisch, militärisch gesprochen, hätten wir strategisch die Offensive, taktisch die Defensive, und es ist anzunehmen, daß nicht für lange die Energie und die Kräfte des Gegners reichen würden, um sich mit uns zu messen. Mit jedem Kampf würde sich das Verhältnis der Kräfte ändern, eine scharfe Wendung zu unseren Gunsten machend, denn der Angreifende, der den sich Verteidigenden nicht geschlagen hat und ihn nicht verfolgt, hat immer die größeren Verluste im Kampf; die Japaner aber haben selbst bis jetzt, wo sie das Uebergewicht der Kräfte hatten, uns nicht

geschlagen und nicht einmal den Versuch gemacht, uns zu verfolgen: also ist kein Grund vorhanden zu der Annahme, daß jetzt, wo wir stärker sind, als sie, ihre Offensivversuche für sie günstigere Ergebnisse haben könnten; wenn dem aber so ist, könnten derartige unvorsichtige Angriffe nur sehr schlimm für die Japaner enden."

Damit will sich aber der Artikelschreiber noch immer nicht zufrieden geben. Er will es einfach unter keinen Umständen gelten lassen, daß die Entscheidung in den kommenden Schlachten zu Gunsten der Japaner ausfallen könnte. Er setzt seine Betrachtungen fort: „Allerdings, wenn man die gewaltige Vervollkommung der modernen Feuerwaffen in Betracht zieht, wird man die Möglichkeit eines heroischen Sieges, selbst bei gleichen Waffen, des numerisch schwächeren über den numerisch stärkeren durch eine talentvolle Kombination des Geistes, der Bewegungen und der Waffen nicht bestreiten wollen, aber .... aber sind die japanischen Heerführer wirklich denn so begabt, daß man von ihnen eine derartige schöpferische Leistung erwarten dürfte? Die erste Periode des Feldzugs gibt keinen Grund für eine derartige Voraussetzung."

Aber vielleicht ersetzen die japanischen Soldaten das, was den japanischen Generälen noch zum „heroischen Sieg" über den gewaltigen Kuropatkin fehlt? Auch das läßt unser gewissenhafter Militärkritiker nicht ununtersucht und beantwortet die Frage wie folgt: „Die Reserveleute, die nunmehr die dünn gewordenen Reihen der japanischen Armeen ausgefüllt haben, geben den japanischen Heerführern kein Recht, mit der früheren Zuversicht auf die Fähigkeit ihrer Truppen zu rechnen, den schweren Prüfungen des Kampfes bei der Ausführung riskanter Kombinationen zu widerstehen."

Also alles war zum Triumphe der russischen Armee vorbereitet — und daraufhin erlitt sie eine furchtbare Nieder-

lage! Wie ist das zu erklären? Aus diesem Widerspruch kommt das offizielle Rußland nicht heraus. Seine Lösung liegt nicht auf militärischem, sondern auf politischem Gebiete.

Die zarische Regierung datierte mit der Kuropatkinschen Offensive eine „neue Periode" des Krieges. Das war ein bischen voreilig. Die erste Periode war noch nicht abgeschlossen. Das geschah erst durch die jetzige Generalschlacht. Der Abschluß dieser ersten Kriegsperiode ist: der Zar verlor seine Kriegsflotte nebst seinem Admiral, seine Feldarmee nebst seinem Feldherrn. Denn Kuropatkin ist nichts mehr, seine Autorität ist hin. Es bleibt nur noch, daß er gefangen genommen wird.

Die militärischen Folgen dieser ersten Kriegsperiode sind:

1.) Port Arthur muß fallen.
2.) Die Mandschurei muß geräumt werden.

3.) Beide Zweige der transsibirischen Eisenbahn, die Rußland mit dem Stillen Ozean verbinden, von Charbin nach Wladiwostok und von Charbin nach Port Arthur, gehen verloren.

4.) Wladiwostok geht verloren.

Diese Folgen können mehr oder weniger hinausgeschoben werden, aber sie sind unabwendbar. Um sich im fernen Osten zu behaupten, muß die zarische Regierung erst neue Armeen und neue Flotten sammeln.

Mit diesem Abschluß der ersten Kriegsperiode tritt auch eine Wendung in der durch den Krieg geschaffenen weltpolitischen Lage ein. Darüber nächste Woche. Bis dahin werden auch genauere Nachrichten über die Ergebnisse der großen Generalschlacht vorliegen.

Parvus.

Verantwortlich für Druck, Redaktion und Verlag
Richard Etzold, München 23.

Aus der Weltpolitik.

Sozialdemokratische Zeitungs-Korrespondenz.

VI. Jahrgang. Nr. 42. 29. Oktober 1904.

Die Kriegspause.

Wp. Der Rausch des russischen Sieges im Einzelgefechte hat sich schnell verflüchtigt und der Katzenjammer der verlorenen Schlacht greift immer hartnäckiger um sich und bohrt sich in das Bewußtsein ein. Man hat in diesen Tagen sehen können, wie parteiisch die öffentliche Meinung Deutschlands dem russisch-japanischen Kriege gegenüber sich verhält. Dieser einzelne Erfolg der russischen Armee in einem bedeutenderen Gefechte, der erste während der ganzen Campagne, wurde als eine entscheidende Wendung der ganzen Kriegscampagne hingestellt, man glaubte schon, die ganze japanische Armee sei auf der Flucht, sprach von gefangenen oder vernichteten japanischen Divisionen 2c. Das alles hat gar keine materielle Unterlage, wurde nur durch das Gefühl eingegeben, das sich so lange vergeblich nach russischen Siegen sehnte. Schon aus dieser Aufbauschung des russischen Erfolges ist zu entnehmen, daß die öffentliche Meinung eher geneigt sein dürfte, die japanischen Siege zu unterschätzen, als zu überschätzen. Das ist auch tatsächlich der Fall. Die Japaner hatten gegen die Voreingenommenheit Europas, ganz besonders Frankreichs und Deutschlands, zu kämpfen, und selbst der wahrhaft glänzende bisherige Verlauf ihres Feldzugs vermochte noch nicht, das Mißtrauen zu zerstreuen, mit dem man ihnen von vorn herein entgegentrat. Dieses Mißtrauen, geboren aus bornierter Ueberschätzung der Ueberlegenheit des Europäers, wird auch noch durch Mißwollen genährt. Hätte anstelle Japans eine andere Nation, z. B. Deutschland, den Kampf gegen Rußland mit dem gleichen Erfolg geführt, so würde man die Situation ganz anders beurteilen, dann erst hätte man eine richtige Vorstellung gewonnen von der ungeheueren militärischen Schwäche des Zarenreichs, die dieser Krieg offenbart hat.

Um den wirklichen Wert des russischen Gefechtserfolges zu bemessen, muß man sich vergegenwärtigen, daß die modernen Schlachten sich nicht nur durch die Massen, die an ihnen teilnehmen, sondern mehr noch durch die Raumausdehnung, die sie gewinnen, auszeichnen. Die Front der sich gegenübertretenden Heere hatte diesmal eine Ausdehnung von über 100 Kilometer. Die Bewegung der feindlichen Heere gegeneinander begann aus einer Entfernung von zum Teil 50—60 Kilometer. Das „Schlachtfeld", sofern überhaupt von einem solchen noch die Rede sein kann, umfaßte also einen Flächenraum von ca. 6000 Quadratkilometer. Man denke sich die gesamte Rheinpfalz von feindlichen Heeren überflutet, die an einzelnen Stellen sich bis auf den Bajonettenangriff nähern, an anderen noch durch mehrere Kilometer voneinander getrennt sind, einzelne Abteilungen von einander so entfernt, daß sie durch keinen Meldedienst mehr erreichbar sind, über das ganze Land durch Kreuz und Quer Schutzwälle und Laufgräben gezogen, die Flügel mit Batterien versehen, gleichsam zahllose kleine Festungen bildend, um die sich der Kampf konzentriert, und man wird ungefähr eine Vorstellung haben von den Raumverhältnissen, die bei den letzten russisch-japanischen Kämpfen in Betracht kamen. Unter diesen Verhältnissen löst sich die

Schlacht in eine Unsumme Einzelgefechte auf, die mit wechselndem Schicksal sich durch viele Tage hinziehen. Daß dabei auch die Partei, die die Oberhand gewinnt, manches einzelne Gefecht verlieren kann, liegt auf der Hand. Jede große Schlacht ist heutzutage gleichsam ein Feldzug für sich, bei dem einzelne Stellungen gewonnen, verloren, wiedererobert werden und zahlreiche Bewegungen und Contrebewegungen stattfinden. Das Endresultat setzt sich aus einer Menge einzelner Komponenten zusammen, worunter die Erfüllung des strategischen Zieles, die eingetretene Veränderung der gegenseitigen Stellungen, die Verfassung und der Geist der Armeen die hauptsächlichsten sind. Ziehen wir auf diese Weise das Ergebnis der Schlacht am Schaho, so erhalten wir Folgendes:

1). Die russische Offensive erlitt ein klägliches Fiasko.

2). Die Japaner haben selbst die Offensive ergriffen und die Russen auf der ganzen Linie — nach dem offiziellen Bericht des Marschall Oyama — um 22 Kilometer zurückgedrängt.

3). Es gelang den Japanern, die Russen zu umgehen und in dem „Hügel mit dem Baum", der erst den Russen gehörte, eine Stellung zu erobern, von der aus sie die sich zurückziehende russische Armee ernstlich bedrohten. Die Armee Kuropatkins war nahe daran, gefangen genommen oder vernichtet zu werden. Durch Einsetzung sämtlicher Reserven haben es die Russen unter unsäglichen Verlusten zu Stande gebracht, diese Position zurückzuerobern, und sich so den Rückzug gerettet. Das ist ihr so hoch gepriesener „Sieg."

4). Durch die wochenlangen Kämpfe trat eine Erschlaffung auf beiden Seiten ein, die zum Einstellen der Gefechte zwang.

5). Die Russen haben viermal soviel Geschütze verlo-

ren, als sie den Japanern abgenommen haben, auch ihre Verluste an Menschen waren anerkanntermaßen viel größer, das durch die Offensive angepeitschte Selbstvertrauen der Truppen ist wieder gebrochen, die Demoralisation muß schlimmer sein als zuvor.

6). Vor der Schlacht hatten die Russen eine befestigte Stellung in Mukden, die erst von den Japanern unter sehr schweren Verhältnissen hätte angegriffen werden müssen — jetzt kann der Rückzug auf Mukden nur noch unter den Kugeln des verfolgenden Feindes stattfinden und müßte in eine Flucht ausarten. Unter diesen Umständen kann Mukden nicht mehr gehalten werden.

7). Der russischen Armee bleibt nichts mehr übrig, als die Offensive weiter zu führen — bis zum Siege oder zur Vernichtung. Das letztere hat für sich entschieden die größere Wahrscheinlichkeit.

Alles in allem: die Katastrophe, zu der die russische Offensive geführt hat, ist hinausgeschoben, aber nicht beseitigt worden. Die Kuropatkinsche Armee steht vor dem Zusammensturz.

Die Stimmung in Rußland ist denn auch alles weniger denn heiter. Ganz im Gegensatz dazu, wie man vor der Schlacht den Mund voll genommen hat, ist man jetzt merkwürdig still geworden. Die Verluste sind enorm, die Situation ist verfahren, die Aussichten sind sehr trüb. Zum Ueberfluß, kommen Nachrichten aus der Mandschurei, daß plötzlich große Kälte eingetreten sei und es der Armee an warmen Kleidern mangle. Es werden deshalb öffentliche Kollekten veranstaltet, um die Armee mit Filzstiefeln, Flanellhemden 2c. zu versehen. Daß die russische Armeeintendanz in diesem Moment, wo die Wintermontur längst im Besitze der Soldaten sein mußte, auf die Mittel der privaten Wohltätigkeit angewiesen ist, das ist ein sehr böses Zeichen. Es wird auch

bereits offen zugegeben, daß Krankheiten mehr Unheil in der Armee anrichten, als die Schlachten. Danach kann man sich eine Vorstellung machen, wie es um das russische Heer bestellt ist.

Der Rücktritt des Statthalters Alexejeff von der Armeeleitung wälzt die ganze Verantwortung für das, was kommen wird, auf Kuropatkin ab. Das ist auch ein Zeichen, daß die Sache schief geht. Wäre ein Erfolg zu erwarten, so würde Alexejeff nicht zurücktreten, zumal wenn es wahr ist, daß er der Urheber der Offensive sei. Alexejeff gilt als der außereheliche Sohn Alexander III. Die politische Laufbahn dieses Mannes ist durchaus dazu angetan, diese Vermutung zu rechtfertigen. Er ist weder vom alten Adel, noch hat er sich durch eine besondere Beamten- oder Armeecarriere ausgezeichnet; dennoch nimmt er eine Stellung ein, die selbst für die russischen Verhältnisse einzig dasteht: er ist eine Art Vice-König, der Herrscher über Ostsibirien, der nur dem Zaren untertan ist. Jedenfalls gehört er zu den Persönlichkeiten, für welche andere die Verantwortung tragen, während sie die Erfolge für sich in Anspruch nehmen.

Indessen auf dem Kriegsschauplatz in der Mandschurei eine Pause eintrat, bemühte sich Admiral Roschdestwensky die Zwischenzeit seinerseits durch eine Blamage auszufüllen. Ein russisches Sprichwort sagt: „die Angst hat große Augen." Da der russische Admiral in steter Angst vor den Japanern war, so sah er in jedem sich ihm nähernden Fahrzeug ein japanisches Torpedoboot. Er sah Gespenster. Woraus nicht ohne Grund gemutmaßt werden kann, daß er den wirklichen Feind übersehen wird, wenn er ihm begegnet.

Der Zwischenfall hat ein grelles Licht auf die politische Situation geworfen. Vor allem die herausfordernde, kriegerische Haltung Englands, zugleich unverhohlene Parteinahme für England sämtlicher Staaten. Frankreich nicht ausgenommen. Es handelt sich allerdings um einen sehr krassen Fall. Aber wenn die Bourgeoisie politische Vorteile für sich erwartet, fehlt es ihr nicht an Gründen, um die schlimmste Schurkerei zu rechtfertigen. Man würde jedenfalls nicht sofort und ohne weiteres Stellung gegen Rußland nehmen. Allein „die Freundschaft des Zaren" scheint nicht mehr viel zu gelten. Man legt sich ihm gegenüber keinen Zwang mehr auf, ist ärgerlich, daß er immer neue Verwicklungen schafft, und sagt ihm grob seine Meinung. Man fürchtet das zarische Rußland nicht mehr und achtet es nicht.

Ob England den Krieg ernstlich will, ist zweifelhaft. Wenn es aber den Krieg will, so kann es sich keinen besseren Vorwand und keinen besseren Zeitpunkt wünschen. Niemand wird sich rühren, wenn England jetzt die russische Flotte angreift und vernichtet.

Nach den letzten Nachrichten hat denn auch die zarische Regierung kläglich beigeben müssen. Daß der Zar seine in den Krieg gesandten Offiziere zurückbehält, um sie vor ein internationales Gericht zu stellen, ist für eine Großmacht eine überaus schmachvolle Handlung. Aehnliches konnte man bis jetzt nur der Türkei und Griechenland zumuten, neben die also das große Zarenreich jetzt in der Rangliste der Staaten zu stehen kommt.

Verantwortlich für Druck, Redaktion und Verlag
Richard Etzold, München 23.

Aus der Weltpolitik.

Sozialdemokratische Zeitungs-Korrespondenz.

VI. Jahrgang. Nr. 43. 14. November 1904.

Die internationale Lage.

Wp. Die raschen Siege der Japaner waren bis jetzt ein eminenter Friedensfaktor. Hätte, umgekehrt, die zarische Armee den Erfolg für sich, so würde das die Macht und noch mehr den Uebermut des Zarentums steigern. Der Druck des Zaren auf die internationale Politik im Osten wie im Westen, in Asien wie in Europa, war aber schon vor dem Krieg unerträglich. Das war ja die Ursache des Krieges. Wie aber erst im Falle eines siegreichen Krieges? Da würde die Anmaßung der zarischen Diplomatie überhaupt keine Grenzen mehr kennen und eine Situation wäre geschaffen worden, bei der den Gegnern und Rivalen des Zarenreichs, England vor allem, nichts übrig bleiben würde, als entweder auf allen Gebieten, in China, in Zentralasien, in der Türkei vor dem Zaren zurückzuweichen, oder den militärischen Kampf mit ihm aufzunehmen. Anderseits würden die russischen Erfolge die kriegerische Stimmung in Frankreich steigern. Für die französische Bourgeoisie würden sich daraus Aussichten eröffnen, sich koloniale Vorteile zu verschaffen, und pochend auf die Macht des verbündeten Frankreichs würden die französischen Nationalisten alles aufbieten, um einen neuen chauvinistischen Rummel zu inszenieren. Der Friede Europas wäre gefährdet, die Gefahr eines Weltkrieges sehr nah. Da nun aber Japan allein so vorzüglich mit dem Zarentum fertig wird, braucht sich England in keine kriegerischen Unkosten zu stürzen. In Frankreich wiederum sieht man jetzt ein, was für eine böse Suppe man sich mit dem russisch-französischen Vertrag eingebrockt hat. Man wäre jetzt die Freundschaft des Zaren, um die man solange geworben und die man mit Milliarden bezahlt hat, gern los, da sie nur noch Frankreich in Ungelegenheiten bringen kann. Jedenfalls ist man weit davon entfernt, sich wegen des Zaren einen Krieg aufhalsen zu lassen. Das sah man deutlich soeben bei dem russisch-englischen Konflikt. Solange die Gefahr bestand, daß es zwischen beiden zum Kriege kommen könnte, nahm sich die französische Presse sehr in Acht, sich für Rußland zu engagieren, ja sie nahm sogar entschieden Stellung — gegen Rußland. Erst als man sich überzeugt hatte, daß man das englische Waffengerassel nicht ernst zu nehmen braucht, besann man sich eines Anderen und machte gegen England Front. Denselben Meinungswechsel vollzog übrigens auch die deutsche Presse so ziemlich innerhalb 24 Stunden.

Es vollzieht sich überhaupt unter dem Einfluß des Kriegs ein entschiedener Wechsel in der öffentlichen Meinung des bürgerlichen Europas in Bezug auf Rußland. Erst hatte man vor dem Zarenreich eine übertriebene Angst. Man überschätzte seine Macht so sehr, daß man sich einen Angriff auf Rußland seitens irgend einer Macht kaum denken konnte. Aber das Undenkbare wurde Tatsache, und zur allgemeinen Ueberraschung erlitten die Russen eine Niederlage nach der

anderen. Vor den Augen Europas entrollte sich ein Bild der höchsten staatlichen Verwahrlosung und militärischen Schwäche — und man begann jetzt, das Zarenreich politisch ganz anders einzuschätzen. Man rechnete mit der Stärke Rußlands — man muß mit seiner Schwäche rechnen. Man überzeugte sich, daß die Kriegsmacht des Zarenreichs, die einen so bestimmenden Faktor bei der Regelung der internationalen Beziehungen abgab, nur ein Trugbild war. Man sah Gespenster und ließ sich von ihnen in der Verfolgung der politischen Ziele abhalten. Man überzeugte sich, daß eine der Größen, die das politische Gleichgewicht Europas und damit der ganzen Welt zu bestimmen hatten, eine fiktive Größe war, deren wirklicher Wert in hohem Maße übertrieben war. Wenn man aber diese Größe ausscheidet oder auf ihr richtiges Maß zurückführt, so entsteht ein neues Verhältnis der Kräfte. Hier liegt die Gefahr neuer politischer Reibungen.

Die kriegerische Haltung Englands im letzten Konflikt war, wie es scheint, ein Versuch auf die geminderte politische Widerstandskraft Rußlands. Man wollte sehen, inwieweit man das Zarentum einschüchtern kann. Und das gelang auch zweifellos in einem sehr erheblichen Maße. Man konnte es aus der russischen offiziösen Presse ersehen, daß die englischen Kriegsrüstungen der russischen Regierung einen ganz gewaltigen Schrecken eingejagt haben. England erreichte auch in der Hauptsache, was es wollte. Die russischen Kriegsschiffe wurden angehalten, die Offiziere wurden zur Rechenschaft gezogen Die englischen Zeitungen möchten freilich die russischen Panzerschiffe bis zur Gerichtsentscheidung über den Vorfall zurückbehalten. Aber dazu lag schon wirklich kein Grund vor, da doch nicht die Schiffe, sondern ihre Leiter

zu bestrafen sind. Eigentlich würde das kommissarische Vernehmen der russischen Schiffskapitäne genügen. Daß man aber russische Offiziere für ein im Amte begangenes Vergehen nicht vor ein russisches, sondern vor ein internationales Gericht stellt, ist ein ganz außerordentliches Verfahren, das sich keine andere Großmacht gefallen lassen würde, Rußland aber zu anderer Zeit erst recht nicht. Und jetzt, nachdem man sich in Petersburg von dem ersten Schreck erholt hat, zieht man denn auch bereits andere Saiten auf. Wie aber auch diese Affaire sich weiter gestalten mag — ob es der russischen Diplomatie gelingt, die Angelegenheit im Sande verlaufen zu lassen, oder die Engländer unentwegt auf der Erfüllung ihrer Forderungen bestehen, so hat doch der Konflikt ein sehr wertvolles Licht auf die politische Situation geworfen. Er hat gezeigt: erstens, daß man auf die zarische Regierung durch Kriegsdrohung eine starke Pression ausüben kann, zweitens, daß das Zarentum in Europa bereits politisch isoliert ist.

Währenddem vor dem Krieg nichts in der Welt geschah, wobei nicht der Zar sein Machtwort zu sprechen wußte, wird die zarische Diplomatie sich jetzt veranlaßt sehen, überall einen Pflock zurückzustecken. Sie wird es nicht ohne Murren, Schimpfen und Drohungen hingehen lassen, aber sie wird es doch tun müssen. Eine rasche Lösung des japanischen Krieges ist nur noch durch eine vollständige Niederlage Rußlands möglich; in dem für Rußland günstigsten Fall wird sich der Krieg noch sicher über ein Jahr hinziehen, und Doppelkrieg auf eigene Faust — Verbündete aber gibts nicht mehr — kann die zarische Regierung nicht führen.

Der politische Einfluß des Zaren ist lahmgelegt. Die Kleinstaaten des europäischen Orients bekommen dadurch die

Möglichkeit einer freieren Entwickelung. Denn die zarische Diplomatie hielt sie absichtlich in einem Zustand, daß sie weder leben noch sterben konnten. Anderseits aber gewinnt, nach Ausschaltung Rußlands, die Rivalität zwischen Oesterreich und Italien schärfere Formen.

In Zentralasien hat England bereits eine sehr wirksame politische Offensive gegen Rußland ergriffen. Die tibetanische Expedition war nicht so sehr gegen den Dalai-Lhama, als gegen den Zaren gerichtet. Der Kampf zwischen Rußland und England in jenen Gegenden spielt sich ja in der Weise ab, daß man gegeneinander Einfluß zu gewinnen sucht auf die Völkerschaften, welche diese immensen Gebiete besiedeln. Schon gleich bei der Einleitung der Expedition erklärte die englische Regierung ostentativ, in Tibet habe Niemand, außer ihr, etwas zu suchen . Genau in diesem Sinne ist denn auch nachher der Tibetanische Vertrag abgeschlossen worden. Der handelspolitische Wert dieses Vertrages ist gleich Null, der strategische unbedeutend, aber sein moralischer Einfluß und die Nachwirkung der erfolgreich durchgeführten Expedition sind eminent in ganz Zentralasien. Die zarische Diplomatie schimpfte und intriguierte, mußte aber doch vor England zurückweichen.

Wenn nun aber England die Schwächung Rußlands im europäischen Orient willkommen ist und in Zentralasien zugute kommt, so sieht es doch in Anbetracht der ostasiatischen Frage den japanischen Siegen mit sehr geteilten Gefühlen entgegen. Ja, die englische Presse läßt es sogar durchblicken, daß ihr nunmehr etliche Niederlagen der Japaner gar nicht unwillkommen wären. Es zeigt sich gegenüber der „gelben Gefahr“ tatsächlich eine Solidarität des gesamten kapitalistischen Europas. Worin besteht diese „gelbe Gefahr“? Man fürchtet nicht etwa Japan als kolonialpolitischen Rivalen. Daß Japan Korea sich unterwirft, daß es Port Arthur erobert, selbst wenn es noch irgend einen chinesischen Hafen in Besitz nimmt, das alles würde an und

für sich nur noch bedeuten, daß zu den verschiedenen Kolonialmächten, die in Ostasien rauben, eine neue hinzugetreten sei. Aber man fürchtet anderes. Man fürchtet, daß durch die Politik Japans die europäische Kolonialwirtschaft in Ostasien überhaupt unmöglich gemacht wird. Man fürchtet, daß unter der Führung Japans China sich ebenso politisch und militärisch auf eigene Füße stellen wird, wie Japan selbst. Das wird wohl auch so sein, doch Japan führt hier bloß zu Ende, was das europäische Kapital durch lange Jahre vorbereitet hat. Ohne die vorbereitende Tätigkeit der Industrialisierung Chinas wäre es unmöglich, China in einen Militärstaat nach europäischem Muster zu verwandeln. Kommt es so weit, so hat sich Europa selbst diese politische Konkurrenz geschaffen, nachdem es erst, nicht zum geringsten durch Mittel der militärischen Gewalt, die wirtschaftliche kapitalistische Konkurrenz nach China verpflanzt hat. Jetzt freilich wäre man nicht abgeneigt, mit Hilfe der militärischen Gewalt diese Entwicklung zurückzuhalten. Es ist einer der großen Widersprüche der kapitalistischen Produktionsentwicklung: der Widerspruch zwischen der kapitalistischen Kolonialpolitik, die die industrielle Entwicklung schafft, und der industriellen Entwicklung, die die Kolonien in selbständige Industriestaaten verwandelt. Das alles können die kapitalistischen Regierungen nicht einsehen. Deshalb ist es nicht ausgeschlossen, daß sie einen Kampf wagen, der für sie von vornherein aussichtslos ist.

Die „gelbe Gefahr“ ist keine mongolische Gefahr, es ist die Gefahr, die den mongolischen und den europäischen Völkern seitens der Kolonialpolitik der kapitalistischen Regierungen Europas droht. Diese Gefahr ist durch den japanisch-russischen Krieg aktuell geworden.

Parvus.

Verantwortlich für Druck, Redaktion und Verlag
Richard Etzold, München 23.

Aus der Weltpolitik.

Sozialdemokratische Zeitungs-Korrespondenz.

VI. Jahrgang. Nr. 44. 26. November 1904.

Die Bourgeoisie und der Parlamentarismus.

(Ein Beitrag zur Revision der politischen Begriffe.)

I. Niedergang des Liberalismus.

Wp. Die politische Bedeutung des Reichstags ist fast bis zur Null gesunken. Die Regierung tut, was sie will, und stellt den Reichstag vor fertige Tatsachen. So hat sie diesmal die Zusammenberufung des deutschen Parlaments bis zum Äußersten hinausgeschoben, zum Teil wohl weil sie nicht gern über den Hererokrieg interpelliert sein möchte, in der Hauptsache aber, weil sie erst die Handelsverträge zum Abschluß bringen wollte. Sie wollte in ihren handelspolitischen Verhandlungen vom Reichstag nicht „gestört" werden. Diese Abmachungen, die von einem unmittelbaren Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes sein werden, sollten ohne Einmischung des Reichstages getroffen werden und der Kritik der öffentlichen Meinung gänzlich entzogen werden. Sind die Handelsverträge perfekt, dann wird dem Reichstag die Pistole auf die Brust gesetzt: Zustimmen, oder alles geht in die Brüche. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß der Reichstag in diesem Fall pflichtschuldigst Ja sagen wird. Er wird ein bischen rumoren, aber schließlich doch über den Stock springen. Dann wird die späte Session auch noch von sehr kurzer Dauer sein: der Reichstag kommt zusammen, bewilligt die Handelsverträge — und tritt seine Weihnachtsferien an.

Und das Bürgertum läßt sich das ruhig gefallen. Es sehnt sich gar nicht nach dem Zusammentritt seines Parlaments. Denn das deutsche Bürgertum hat das Interesse an der Reichstagsopposition verloren. Soweit es nicht direkt reaktionär ist, ist es deshalb parlamentsmüde.

Das ist das Resultat einer langen Entwicklung. Man kann es als die Tendenz der gesamten bisherigen parlamentarischen Geschichte des Deutschen Reichs bezeichnen.

Man spricht gern von dem „Zug nach links" in der Zusammensetzung des Deutschen Reichstags. Sieht man aber von der Sozialdemokratie ab, so läßt sich vielmehr ein Zug nach rechts konstatieren. Im Jahre 1871 verfügte die bürgerliche Linke, zu der wir die Nationalliberalen, die sonstigen liberalen Fraktionen und die Süddeutsche Volkspartei rechnen, über 202 Mandate, 1874 sogar über 208. Das waren die Zeiten der liberalen Majorität. Schon 1877 sank die Mandatzahl auf 180. Dann kamen die Angstwahlen von 1878. Bismarck hat das rote Gespenst des Terrorismus, Anarchismus und der sozialen Revolution aufmarschieren lassen und jagte dadurch die Bourgeoisie ins Bockshorn. In Scharen liefen die liberalen Wähler direkt zu den Konservativen hinüber. Die liberale Wählerschaft zeigte eine absolute Verminderung der Stimmen um 150 000 und ihre Mandatzahl sank auf 138. Dann trat eine Ernüchterung ein. Man mußte sich eingestehen, daß man vom „Eisernen" gefoppt wurde. Das Bürgertum wurde wieder liberal. 1881 stieg die Mandatzahl der liberalen Parteien, dennoch blieb sie hinter der Zahl von 1877 zurück: sie beträgt jetzt 164. Bei den nächsten Wahlen — 1884 — zeigt die Reichstagsvertretung der bürgerlichen Linken wieder eine starke Verminderung, sie verfügt nur noch über 125 Sitze. Für die Wahlen von 1887 wurde das berüchtigte Kartell abgeschlossen. Die Nationalliberalen suchten ihre Mandate zu retten, indem sie ihren Liberalismus aufgaben. Sie verbanden sich mit den Konservativen und erreichten auf diese Weise eine starke Vermehrung ihrer Mandate. Anderseits erlitten die mehr radikalen Fraktionen des bürgerlichen Liberalismus starke Verluste. Das Ergebnis für die gesamte bürgerliche Linke war — 131 Mandate. Diese Zahl sank bei den Wahlen von 1890 auf 118, dann auf 101, auf 95 und schließlich bei den letzten Wahlen auf 86 Mandate. Seit dem Zusammentritt des ersten deutschen Reichstags hat die bür-

gerliche Linke 60 Prozent ihrer Mandate verloren. Das Gesetz der Schwächung des bürgerlichen Liberalismus setzt sich demnach, trotz aller Zufälligkeiten, konsequent durch die ganze Geschichte des deutschen Reichsparlaments durch.

Die Linksliberalen wurden von der Sozialdemokratie verdrängt, allein der Verfall des Liberalismus zeigt sich schon zu einer Zeit, wo die Sozialdemokratie keinen nennenswerten Einfluß auf die Zusammensetzung des Reichstags hat ausüben können. Also *erst* die Schwächung des Liberalismus, *dann* die Sozialdemokratie, die sich selbstverständlich diese Schwächung hat zu Nutze kommen lassen. Der Verfall des bürgerlichen Liberalismus wäre auch ohne die Sozialdemokratie eingetreten, die allerdings diesen Prozeß beschleunigte. Zieht man die gesamte Linke, einschließlich die Sozialdemokratie, in Betracht, so findet man, daß mit der Erstarkung dieser letzteren ein neuer Prozeß der Mandatvermehrung der Opposition einsetzt: die gesamte Linke verfügte 1893 über 145 Mandate, 1898 über 151 und nach den letzten Wahlen über 166.

Der bürgerliche Liberalismus wird von rechts und links gefressen. Er schmilzt zusammen, wie eine Kerze, die man an beiden Enden anzündet. Dem entspricht auch seine innere Entwicklung. Diese geht durch Spaltungen. Die nachlassende oppositionelle Energie der Partei führt zur Ausscheidung eines radikalen Flügels, der Rest rückt umsomehr nach rechts. Die radikale Fraktion hat dann in erster Linie den Druck von links aufzunehmen. Bald bildet sich eine Scheidung auch in ihrer Mitte — ein gemäßigter Teil geht nach rechts ab. So zersplittert können die Linksliberalen am wenigsten Widerstand leisten — sie sind es dann auch, die von uns zuerst aufgerieben werden. Infolgedessen ändert sich auch das innere Verhältnis der bürgerlichen Linken im Sinne einer Schwächung ihres Liberalismus: nach den Wahlen von 1889 standen 51 Nationalliberale 74 Linksliberalen gegenüber, nach den Wahlen von 1903 dagegen 50 Nationalliberale gegen nur noch 36 Linksliberale, die überdies in drei Fraktionen

gespalten waren — 20 Freisinnige Volkspartei, 10 Vereinigung, 6 Süddeutsche Volkspartei.

Also, erstens, hat der bürgerliche Liberalismus numerisch ganz gewaltig abgenommen. Zweitens haben in seiner eigenen Mitte die gemäßigteren Parteien ein bedeutendes Übergewicht gewonnen. Drittens aber hat bekanntlich der Liberalismus jeder liberalen Partei im besonderen stark abgefärbt: der Freisinn ist jetzt ungefähr dort angelangt, wo die Nationalliberalen im Anfang waren, und bei den Nationalliberalen weiß man oft nicht mehr, was sie von den Konservativen trennt. Eine so andauernd und eindringlich sich durchsetzende Entwicklung läßt sich nicht durch Zufälligkeiten und Augenblicklichkeiten erklären, sie muß ihre allgemeinen Ursachen haben.

II. Das Schwinden der liberalen Opposition.

Die Opposition im Deutschen Reichstage setzte bei den *Steuern* und *Militärrüstungen* ein. Die Opposition knüpfte direkt an die Traditionen des bürgerlichen Liberalismus an. Allein, schon war die Situation anders. Die Idee einer „sparsamen Regierung" wurde zuerst von der Bourgeoisie in diesem Kampf gegen den Liberalismus aufgestellt. Sie ist aus der Opposition geboren, war ein Mittel des Kampfes gegen die Regierung, hatte die Aufgabe, sie zu diskreditieren. Ihrem politischen Inhalte nach entspricht sie den ersten Stadien der kapitalistischen Entwicklung. Es ist die Zeit, da das Kapital sich noch nicht an die großen Probleme der Weltpolitik heranwagt, die Bourgeoisie auf dem Pfennigstandpunkt steht. Die Zeit, da die Kapitalistenklasse das Schwergewicht auf die Mehrwertsbildung und nicht auf die erweiterte Reproduktion des Kapitals legt. Die Bourgeoisie arbeitete an der Sammlung des „nationalen" Kapitals. Mörderische Ausbeutung und Sparsamkeit — das waren damals die Grundlagen ihrer ökonomischen und ihrer politischen Weisheit. Das war die Zeit, da die politische Ökonomie noch allen Ernstes die Kapitalbildung auf „Sparsamkeit" zurückführte. Es war die Zeit der Gutzkowschen

Romane, der strumpfstrickenden Bürgersfrau, des Schlapphutes und der demokratischen Ansichten. Aber auf einer weiteren Entwicklungsstufe sammelt sich soviel Kapital an, daß die Hauptsorge der Kapitalistenklasse nicht mehr die Mehrwertsbildung, sondern die Mehrwertsverwendung ist. Jetzt tritt der „weitsichtige" Unternehmer auf den Schauplatz, der Spekulant, der „geniale Tantiemedirektor" ꝛc. — kurz, alle, die es verstehen, Kapital „in Bewegung" zu bringen, sei es, indem sie es vor neue, großartige Produktionsprobleme stellen, oder durch gemeinen Schwindel. Anstelle der Pfennigfuchserei wird zur kapitalistischen Haupttugend die Fähigkeit, Millionen aufs Spiel zu setzen. Die hochentwickelte Kapitalistenklasse, die sich weltumfassende Produktionsprobleme stellt, lacht über die „sparsame" Regierung, sie will einen mächtigen Staat, der über kolossale Mittel verfügt, Großes wagt und Großes leistet. Die Steuern drücken sie nicht, sie kann sie zahlen. Und währenddem die primitive Bourgeoisie gegen das Schuldenmachen des Staats eiferte, treibt die entwickelte Bourgeoisie den Staat zielbewußt in Schulden hinein, denn sie schafft dadurch eine indirekte Ausbeutungsform und macht den Staat von sich abhängig.

Anfangs der 70er Jahre gab es in Deutschland bereits ein Großbürgertum. Dieses profitierte von dem Milliardensegen des deutsch-französischen Krieges und bildete deshalb die treue Gefolgschaft Bismarcks. Der Rest der Bourgeoisie ließ sich von der Oreole des Nationalhelden blenden, der das deutsche Volk unter die preußische Pickelhaube brachte und so durch mörderische Kriege eine verstümmelte nationale Einheit schuf, die das Bürgertum seit 1848 nicht mehr wagte, auf revolutionärem Wege durchzuführen. So bildete sich die Unterwürfigkeit des Nationalliberalismus. Die Linksliberalen stützten sich auf die damals noch sehr zahlreichen bürgerlichen Mittelschichten, die kleineren Kaufleute, die Handwerker u. dgl. m., und auf die Arbeiter.

Das Klein- und Mittelbürgertum, kämpfend um seine nackte Existenz, ertrug schwer die Staatssteuern. Kein Wunder, daß es gegen die steigenden Staatslasten rebellierte.

Von der nationalen Einheit erwartete es Frieden und Wohlfahrt. Statt dessen kamen neue Kriegsrüstungen und — die Handelskrisis. Das war eine arge Enttäuschung und schuf Erbitterung. So entwickelt denn dieses Kleinbürgertum eine Politik der Verdrießlichkeit. Es mäkelt an allem herum und wagt nichts grundsätzlich zu bekämpfen, es ist durch nichts zufriedenzustellen und weiß doch selbst nicht, was es will. Es verlangt nach politischer Freiheit und weiß aus ihr keinen anderen Gebrauch zu machen, als parlamentarisches Räsonieren, als das Maul möglichst weit aufzureißen. Es will mäßige Steuern und doch ein starkes Heer. Im Süden webt es einen romantischen Schleier über die Vergangenheit und schimpft über die Verpreußung Deutschlands, ist aber weit davon entfernt, zum alten Zustand der politischen Schwäche zurückkehren zu wollen. Im Grunde ist es allem abhold, was vorwärts treibt, und im Namen des Fortschritts tritt es für die Stagnation ein. Durch die kapitalistische Entwicklung dem Untergang geweiht, machen diese Gesellschaftsschichten, statt eines politischen Kampfes, eine politische Agonie durch, und diese drückt ihren Stempel der gesamten Parlamentsgeschichte des Deutschen Reichs auf.

Die sich zersetzenden sozialen Mittelschichten schufen nicht bloß die liberale Opposition. Sie machten sich vielmehr in allen Parteien geltend. Sieht man von jenem, nicht unbeträchtlichen Teil des Handwerkertums ab, der in sich den geistigen Mut fand, die Grundursachen seiner sozialen Verkümmerung zu erkennen, und zur Sozialdemokratie überging, so kann man drei politische Richtungen der kleinbürgerlichen Opposition unterscheiden. Die eine stärkte den Liberalismus. Die zweite schloß sich dem Zentrum an, dem Bismarck durch den Kulturkampf einen oppositionellen Charakter gab und zur politischen Macht verhalf. Bismarck hat dem katholischen Klerus ein vorzügliches Mittel in die Hand gespielt, um die in sich zerfahrenen sozialen Mittelschichten politisch zu vereinigen. Es gelang dem Zentrum bekanntlich mehr als das: die Katholiken vom Kapitalisten bis auf den Proletarier zu einer Partei zu verschmelzen. Doch

für unsere Betrachtung ist vor allem wichtig, daß der katholische Handwerker und Kaufmann einen Konzentrationspunkt fanden für ihre politische Verdrossenheit. Die dritte Richtung der kleinbürgerlichen Opposition umfaßte die rückständigsten Elemente dieser Gesellschaftsschicht: Innungsmeister, Kleinkrämer und allerlei Volk der Landstädte, dem durch die Konzentration von Industrie und Handel in den Großstädten der materielle Boden unter den Füßen entzogen wurde. Diese bildeten erst das unruhige Element der konservativen Partei, die, um sich ihrer zu versichern, allerlei utopistische Projekte zur „Hebung des Handwerks" ausklügelte. Gegen die 90er Jahre, als sie bereits den Ruin vor Augen sahen, brachten sie es jedoch zu einer eigenen politischen Bewegung. Wiederum war irgend ein äußerliches Moment nötig, um diese zusammenhangslosen Elemente zu vereinigen. Das war — der Antisemitismus. Steuerfeindlich und militärfromm, für zünftlerische Beschränkungen des Handels und der Industrie und zugleich für Weltpolitik schwärmend, vor jedem größeren politischen Problem nach allen Richtungen auseinanderlaufend, ohne jede politische Direktive, außer dem brutalen Schimpfen auf die Juden, zeigte der Antisemitismus die ganze politische Hohlheit und Schwäche des Kleinbürgertums.

Es ist Gesetz der kapitalistischen Entwicklung, daß die sozialen Mittelschichten sich numerisch verringern. Das zeigte sich in allen drei Richtungen. Der Antisemitismus wurde binnen weniger Jahre zerrieben. Das Zentrum entwickelte sich — allerdings erst nachdem die Streitigkeiten des Kulturkampfes aus dem Weg geräumt wurden — zur Regierungspartei. Es ist also diese Wandlung nicht nur dadurch bedingt worden, daß der katholische Klerus seinen Pakt mit der Regierung schloß, sondern es vollzog sich in der inneren Zusammensetzung des Zentrums eine Änderung in dem Sinne, daß die Mittelschichten in den Hintergrund traten und die Großbourgeoisie die politische Führung bekam. Schließlich, da die Arbeiter an die Sozialdemokratie abgingen, wurde durch den Untergang des Kleinbürgertums der Liberalismus geschwächt.

Die Opposition gegen die Steuern und die Militärvorlagen erreichte ihren Höhepunkt in den 80er Jahren. Seitdem wurde sie von den bürgerlichen Parteien mit abnehmender Schärfe, immer lauer geführt. Um die Mitte der 90er Jahre bekam aber die Opposition neuen Stoff in dem Kampf gegen die Weltpolitik der Regierung. Hier zeigte sich bereits eine deutliche Scheidung zwischen Großbürgertum und Kleinbürgertum. Die Großbourgeoisie trat in richtiger Konsequenz ihrer kapitalistischen Gesichtspunkte für Kriegsflotte und Kolonien ein. Das Kleinbürgertum, dem der prinzipiell ablehnende Standpunkt des Sozialismus fremd ist, konnte dagegen nur Kleinlichkeiten und Nebensächlichkeiten vorbringen und den allgemeinen Unwillen, Steuern zu zahlen. Die Regierung setzte ihren Willen durch, und siehe: die vollendete Tatsache machte das Kleinbürgertum schwankend und lähmte seine Opposition. Damit ist die letzte Entscheidung getroffen: die Politik Deutschlands geht von nun an nur noch im großkapitalistischen Sinne.

In der Frage des Zolltarifs war die deutsche Großbourgeoisie selbst uneinig. Aber nachdem der Zolltarif nun einmal gesetzliche Form erhalten, steht sie wieder geschlossen hinter der Regierung. Sie wird den Handelsverträgen kaum mehr Opposition machen. Damit ist freilich die Sache nicht abgetan. Wenn die wirtschaftlichen Konsequenzen des durch den Hochschutzzoll geschaffenen Zustandes eintreten — und die Schärfe dieser Konsequenzen hängt sehr von der allgemeinen Entwicklung des Weltmarkts ab — kann wohl eine neue oppositionelle Bewegung entstehen. Diese wird sich auf die industrielle Bourgeoisie stützen und dementsprechend einen großzügigen Charakter tragen: es wird der Kampf sein — um die Handelsfreiheit.

Mit der alten Opposition gegen Steuern, Militär, Flotte, Kolonien ist es in Deutschland, soweit die bürgerlichen Parteien in Betracht kommen, vorbei. Die sozialen Mittelschichten, auf die sich diese Opposition stützte, sind verschwunden, das Großbürgertum aber will einen starken Staat und eine starke Regierung.

(Schlußartikel folgt.) Parvus.

Aus der Weltpolitik.

Sozialdemokratische Zeitungs-Korrespondenz.

IV. Jahrgang. Nr. 46. 17. Dezember 1904.

Vom guten Ton!

„Und allerliebste Akteurs! eßt keine Zwiebeln, keinen Knoblauch; denn wir sollen süßen Odem von uns geben."

Zettel in Shakespeares Sommernachtstraum.

Wp. Graf Bernhard von Bülow, der Kanzler des Deutschen Reichs, beklagte sich über den schlechten Ton unserer Partei! Er hat Recht! Zwar seine eigene hohe Persönlichkeit dürfte er uns nicht als Muster hinstellen — er, der seine geschmeidige Zunge sich selbst um die Ohren schlagen kann. Das kann nicht ein Jeder. Es ist Naturgabe. Wer sie besitzt, wird in Deutschland Reichskanzler.

Wir haben einen schlechten Ton, das ist wahr. Wir können sehr grob werden — manchmal. Unser Ton ist rüde. Doch nicht immer. Manche unter uns befleißigen sich gelegentlich besserer Umgangsformen. Genosse Vollmar z. B., bemühte sich, dem Reichskanzler nachzuweisen, wie man noch diplomatischer sein kann, als dieser politische Matjeshering. Er hielt dem Grafen Reichskanzler einen Fürstenspiegel vor, belehrte ihn über staatsmännische Kunst. Dabei ist er selbst noch gar nicht Minister.

Aber gewiß nicht jedem gelingt es so, wie Vollmar, und dem gelang es auch nicht. Selbst wenn wir uns noch so sehr die glatten Manieren der glatten Gesellschaft des Hohen Hauses, in dem 397 Sitze über die Schicksale des Landes zu entscheiden haben, angewöhnen, so sieht man uns doch den Emporkömmling an. Unter dem schwarzen Frak treten deutlich die scharfen Konturen der knochigen, knorrigen Gestalt aus dem Volke hervor.

Nein, wir passen nicht in diese Gesellschaft. Wir können es nicht, selbst wenn wir es wollten. Wir sind anders — ganz anders. Unser Ton ist anders. Unsere Sprache ist anders. Abgründe sind zwischen uns und ihnen. Eine Hölle tut sich auf zwischen uns und ihnen.

Ein rauher Wind zieht durch unsere Sprache. Wie ein Pesthauch weht es von unseren Artikeln und Reden. Unsere Sprache hat einen schlechten Odem — sie bringt Krankheits- und Zersetzungsstoffe zu Tage.

Denn, wo unsere Gedanken weilen, da ist Blut, Schmutz, Siechtum, Tränen!

Blut und Schweiß, die ihr aus dem Ausgebeuteten ausgedrückt habt — ihr mit euerer Eigentumsordnung und euerem Staat, an dessen Spitze der edle Graf Bernhard von Bülow dem Volke gute Manieren beibringen will und nennt das Sozialpolitik.

Schmutz und Kot, in denen die Arbeitermassen wohnen, weil ihr ihnen Luft und Licht entzieht, ihre Kinder hinsiechen laßt, um die Hausrente wachsen zu lassen.

Es ist der Pesthauch euerer Missetaten, die euch unsere Sprache entgegenbringt, es ist euere soziale Schuld, die mit heiserer Stimme klagt, euch schimpfend und mit häßlich verzerrtem Gesicht anklagt — euch an der Spitze des Staats, die ihr vor dem Elend und vor der Not des Volkes die Augen schließt und euch mit dem parfümierten Taschentüchlein Kühlung zuweht, um den heißen, stinkenden Atem der Elenden, des verlumpten Pöbels nicht zu spüren.

Wir sind die Vertreter dieser verwahrlosten Rotte von Elenden — deshalb ist unsere Stimme so rauh.

Ihr lernt uns nur begreifen, wenn ihr uns in diesem Zusammenhange faßt. Seht nicht auf den Einzelnen unter uns, seht auf die Massen hinter uns.

Als Wortführer der Arbeiter sind wir Ankläger der Gesell-

schaft des Staats, der Regierung, der Parteien, jeder einzelnen politischen Persönlichkeit, die eine den Arbeitern schädliche Politik treibt oder die Arbeiter hintergeht. Wir haben eine Welt zu bekämpfen, wie sollen wir da Rücksicht nehmen auf die verletzten Gefühle des Einzelnen, wenn nur unsere Angriffe das Richtige getroffen haben? Und nur weil wir Recht haben, deßhalb tun euch unsere Angriffe weh. Unsere Kraftausdrücke würden euch kühl lassen, wenn nicht hinter ihnen die Wahrheit wäre.

Auf der einen Seite wir, die wir eine Unsumme von Elend, Jammer, Ungerechtigkeit, Bedrückung, zu Worte bringen, auf der anderen der Kanzler des Deutschen Reichs, ausgerüstet mit der ganzen Macht des Staates und im Glanze dieser Macht, der sein Stumpfnäschen rümpft und klagt: „Ach, dieser schlechte Ton!" Dies die Antwort auf unsere Beschwerden! Man behandelt den Arbeiter wie einen räudigen Hund und verlangt von ihm noch politische Courtoisie!

Und die Sozialpolitik der Regierung? Die Arbeiter sollen auf den Hinterpfötchen gehen und „bitt schön" machen, wie ein gelehriger Pudel, — dann erhalten sie das Zuckerstück — oder auch nicht!

So höhnt man der Not der Arbeiter.

Und angesichts dieses Schimpfes, den man uns antut, sollen wir noch wählerisch in unseren Ausdrücken sein? Freilich, wir würden es vorgezogen haben, anders zu antworten, wenn wir nur die Macht dazu hätten. Jedoch die Macht im Staate haben unsere Feinde. Wenn wir die Staatsmacht hätten, würden wir uns gern den Luxus gestatten, höflich zu sein.

Die Art wie die Herrschenden von heute mit ihren Gegnern verfahren, würden wir uns dann jedenfalls nicht zum Muster nehmen.

Wir könnten eine lange Liste aufführen. Aber ist denn das nötig? Die ganze Geschichte der Klassenherrschaft ist mit Blut geschrieben, ist voll brutaler Unterdrückung der menschlichen Persönlichkeit, voll Schimpf und Schande. Wo man auch anfaßt, überall nicht nur barbarische Verfolgungen, sondern Scheußlichkeiten, die der Haß geboren hat, die dem Bestreben der Herrschenden entspringen, ihre Gegner zu erniedrigen. Bis auf das Sozialistengesetz, bis auf den heutigen Tag. Ich will nur einen Fall zitieren, der zur gleichen Zeit passierte, da der Deutsche Reichskanzler seine Anklagen gegen den Ton unserer Parteipresse erhoben hat.

Ich meine den Fall Janina Berson.

Janina Berson stand im Verdachte anarchistischer Gesinnungen. Und weil man sie im Verdachte hatte, daß sie anarchistisch denke, deshalb:

1.) wurde sie von Polizeispitzeln umlagert, die in allen Winkeln ihres Privatlebens herumschnüffelten;

2.) mußte sie sich gefallen lassen, daß Schutzleute in ihr Nachtquartier eindrangen;

3.) wurde sie in aller Frühe, als wenn es sich um einen gemeingefährlichen Kriminalverbrecher handelte, aus dem Bett gerissen und ins Gefängnis gebracht;

4.) sollte sie der russischen Gendarmerie ausgeliefert werden, um eventl. nach Sibirien verbannt zu werden, eine Gefahr, der sie nur deshalb entging, weil die russische Polizei sich diesmal humaner erwies, wie die preußische;

5.) wurden die Intimitäten ihres Privatlebens von einem preußischen Minister unter dem geilen Gegröhle der Landtagsabgeordneten vor der Oeffentlichkeit breitgetreten.

Dies die Meinungsfreiheit, dies die Achtung vor der Persönlichkeit im Deutschen Reich! Und da hat man noch die Stirn, uns der Unduldsamkeit zu beschuldigen, weil wir verlangen, daß man entweder unsere Grundsätze anerkennt, und darnach handelt, oder sich nicht zu uns zählt.

Und diese schurkische Gesellschaft, die die Ehre eines Mädchens mit den Füßen tritt, bloß weil es ihre Gegnerin ist, sie beklagt sich noch über den „schlechten Ton!"

So hundsgemein, wie man uns behandelt, können wir gar nicht sprechen.

Aber hier der Unterschied: unsere Grobheiten verletzen, weil sie wahr sind, der Schimpf jedoch, den man uns antun will, fällt

auf seine Urheber zurück. So auch in diesem Fall. Daß Janina Berson keinen Gefallen daran fand, als staatlich konzessioniertes Eheweib zu gelten, spricht wahrlich nicht zu ihrem Ungunsten. Vielmehr verraten die Herren, die sich mit dem ausschließlichen Nutzungsrecht brüsten, das ihnen Staat und Kirche auf ihre Frauen gewähren, die Niedrigkeit ihrer Gesinnung. Und kurz und gut: die Schweinebande im preußischen Landtag wälzte sich in ihrem eigenen Kote.

Wir müßten lügen, wollten wir in solchen Fällen nicht grob sein.

Allerdings kann man auch die Grobheit übertreiben. Wenn das Schimpfen zum Selbstzweck wird, verfehlt es seine Wirkung: es schwächt den Eindruck, statt ihn zu stärken. Das ist unzweckmäßig und muß aus diesem einfachen Grunde vermieden werden. Aber das Recht auf Grobheit wollen wir uns wahren. Wir wollen uns das Recht wahren, jede Gemeinheit bei ihrem richtigen Namen zu nennen.

Und wenn sich in der Partei ein Mißstand bemerkbar macht, so liegt er nicht in der Richtung der Verschärfung des Tones, sondern umgekehrt, in jener einer übertriebenen Mäßigung. Unsere Agitation hat an Deutlichkeit verloren, seitdem wir uns die sogenannten parlamentarischen Formen angewöhnt haben.

Es hat einmal einer unter uns das schöne Wort gesprochen von dem glatten Parkett der Parlamente, auf dem man leicht ausrutschen kann. Man ist denn auch neulich ganz bedenklich ausgerutscht — als Bebel namens der Fraktion vor dem Reichstag die Leipziger Volkszeitung wegen ihres schlechten Tones desavouierte.

Der bezügliche Artikel der Leipziger Volkszeitung war durchaus berechtigt. Ich unterschreibe in ihm jedes Wort, der Artikel ist wahr, und ich kann mir gar nicht denken, daß man auch nur das geringste an ihm abstreiten könne. Es war einfach Pflicht der Redaktion, das infame Spiel der Regierung und der Brotwucherparteien mit den schärfsten Waffen abzufertigen. Hier, wo es sich nicht nur um die krassesten Ausbeuterinteressen handelt, sondern

auch noch darum, daß man das Volk politisch vergewaltigt und es systematisch hintergeht, durfte sie kein Blatt vor den Mund nehmen. Täte sie anders, so würde sie selbst eine verlogene Beschwichtigungspolitik treiben.

Ich behaupte: der Artikel war in keiner Weise unserem Kampf im Parlament hinderlich, im Gegenteil, er bot unserer Fraktion einen famosen agitatorischen Stützpunkt. Wenn der Reichskanzler aus dem Zusammenhang gerissene Kraftausdrücke aus dem Artikel aneinandereihte, so brauchte unsere Fraktion ihn blos so fragen, ob er denn die Tatsachen bestreiten wolle, auf die sich jene Ausdrücke stützen? Sie brauchte nur aus dem Artikel den geschichtlichen Hergang der Durchdrückung der Zolltarifvorlage, die Schliche und Kniffe der Parteien und der Regierung auzuführen, und diese Tatsachen würden ihr schon jedenfalls eine bessere Kampfstellung gesichert haben, als sie sich selbst schuf, indem sie sich von der Agitation außerhalb des Hauses loslöste, zu der doch der Artikel der Leipziger Volkszeitung, der nicht einzig in der Parteipresse steht, gehörte. Aber die Fraktion hat sich bereits so an die parlamentarischen Floskeln gewöhnt, daß sie kein Bedenken trägt, wegen des Tones den Artikel einer Parteizeitung in aller Form zurückweisen, der inhaltlich ihre eigenen Ansichten vertritt.

Die Fraktion hat sich bereits so in dem parlamentarischen Getue verstrickt, daß sie sich selbst mit der Partei verwechselt.

Gewiß, die Fraktion ist mehr, als sonst 78 Parteigenossen. Sie hat die Partei zu vertreten. Sie ist auch durchaus berechtigt, zu verlangen, das wir andere in der Agitation und in der Presse auf ihre parlamentarischen Kämpfe Rücksicht nehmen. Aber sie hat nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. Auch sie muß auf uns andere und besonders auf die Parteipresse Rücksicht nehmen. Sie muß uns schützen, wie wir sie schützen und unterstützen. Die Fraktion faßt aber das Verhältniß höchst einseitig auf. Sie verlangt, daß alles sich nach ihrem gelegentlichen Zweck richte. War ihr nicht paßt, wird einfach zurückgewiesen, gilt nicht mehr als Parteiparole. Nach rechts und links und allen Richtungen wird dementiert: — wille

in der gleichen Sitzung die Leipziger Volkszeitung und der Vorwärts. An ein derartiges Gebahren waren wir bis jetzt nur noch bei den Liberalen gewöhnt — bei diesen gibt es allerdings nur noch Fraktionen und Zeitungen, die nach allen Richtungen auseinanderlaufen, und keine Parteien mehr. Wir aber sind eine Partei. Und zur Partei gehört vor allem das Gefühl der Waffenbrüderschaft. Dem Feinde gegenüber müssen wir einig sein. Und das ist doch das Geringste, was man verlangen kann: daß, wenn wir in den Grundsätzen und in der Taktik und in der Beurteilung der Tatsachen einig sind, wir nicht wegen der mehr oder weniger scharfen Tonart angesichts des Feindes uns voneinander separieren, sondern treukameradschaftlich zusammenhalten und für einander einstehen.

Was hat denn die Fraktion erreicht? Auf ihre Höflichkeitsbezeugung vor dem Feinde wurde ihr eine kühle Zurückweisung und spöttisches Lächeln zuteil. Man nannte ihre Haltung schwächlich. Und in die eigenen Reihen hat sie Erbitterung und Zwist getragen; alles wegen dem schlechten Ton!"

Durch den guten Ton machen wir unsere Gegner nicht gerechter, sondern nur frecher. Auch kommt es ihnen in Wirklichkeit gar nicht auf den Ton an. Nur klagen sie regelmäßig über unseren „schlechten Ton", wenn wir ihnen im Kampfe hart auf den Leib rücken. Dabei aber soll es bleiben.

Parvus.